



Protokoll

der 22. - 24. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Mittwoch, den 28. Juni 2023 um 09:00 Uhr und 15:00 Uhr

Donnerstag, den 29. Juni 2019, um 09:00 Uhr

Vorsitz: *Bülent Pekerman, Grossratspräsident*
Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher und Andrea Steffen, Texterfassung

Abwesende:

28. Juni 2023, 09:00 Uhr
22. Sitzung *Lorenz Amiet (SVP), André Auderset (LDP), Olivier Battaglia (LDP),
Raoul I. Furlano (LDP), Claudio Miozzari (SP), Lea Wirz (GAB).*

28. Juni 2023, 15:00 Uhr
23. Sitzung *Lorenz Amiet (SVP), André Auderset (LDP), Olivier Battaglia (LDP), Anina
Ineichen (GAB), Pascal Pfister (SP), Lea Wirz (GAB).*

29. Juni 2023, 09:00 Uhr
24. Sitzung *André Auderset (LDP), Olivier Battaglia (LDP), Jo Vergeat (GAB),
Lea Wirz (GAB).*

Verhandlungsgegenstände:

1.	Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung.....	963
2.	Entgegennahme der neuen Geschäfte.....	964
3.	Wahl des Präsidenten der Präsidentin der Bau- und Raumplanungskommission (Nachfolge Jeremy Stephenson, LDP).....	964
4.	Bericht der Finanzkommission zur Jahresrechnung 2022 und Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission zur Rechnung 2022 der fünf kantonalen Museen.....	965
5.	Rechenschaftsbericht der Geschäftsprüfungskommission und Bericht zum Jahresbericht 2022 des Regierungsrats.....	983
6.	Kantonale Volksinitiative Für den Ausbau der separativen Angebote an der integrativen Schule Basel-Stadt (Förderklassen-Initiative) ; Bericht und Antrag für eine Verlängerung der Frist für die Berichterstattung des Regierungsrates an den Grossen Rat.....	1000
7.	Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zur kantonalen Volksinitiative Kinderbetreuung für Alle . Fristverlängerung zur Bearbeitung.....	1000
8.	Kantonale Volksinitiative für Sicherere Velorouten in Basel-Stadt ; Bericht und Antrag für eine Verlängerung der Frist für die Berichterstattung des Regierungsrates an den Grossen Rat sowie eine Verlängerung der Frist zur Durchführung der Volksabstimmung.....	1001
9.	Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Bericht zur kantonalen Volksinitiative Für ein gesundes Stadtklima (Gute-Luft-Initiative) sowie zum Ratschlag zum Gegenvorschlag sowie Bericht der Kommissionsminderheit.....	1001
9.	Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Bericht zur kantonalen Volksinitiative Für ein gesundes Stadtklima (Gute-Luft-Initiative) sowie zum Ratschlag zum Gegenvorschlag sowie Bericht der Kommissionsminderheit.....	1011
10.	Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Bericht zur kantonalen Volksinitiative Für eine zukunftsfähige Mobilität (Zukunfts-Initiative) sowie zum Ratschlag zum Gegenvorschlag sowie Bericht der Kommissionsminderheit.....	1020
11.	Bericht der Bau- und Raumplanungskommission zum Ratschlag betreffend Spezielle Nutzungspläne für den öffentlichen Raum; Festsetzung spezieller Nutzungspläne sowie Abweisung von Einsprachen im Bereich Barfüsserplatz Theaterplatz, Kasernenareal, Marktplatz, Münsterplatz, Oberer Rheinweg, Schützenmattpark und Unterer Rheinweg.....	1027
12.	Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an das Theater Basel für den Zeitraum vom 1. August 2023 bis 31. Juli 2027.....	1029

13. Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Leistungsauftrag und den Gesamtinvestitionen der IWB Industrielle Werke Basel für die Periode 2023-2026 (Planungsbericht IWB 2023-2026)	1036
Anhang A: Abstimmungsergebnisse	1039
Anhang B: Neue Geschäfte (Zuweisungen)	1064
Anhang C: Neue Vorstösse	1067

Beginn der 22. Sitzung

Mittwoch, 28. Juni 2023, 09:00 Uhr

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung.

[28.06.23 09:00:23, MGT]

Mitteilungen

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen verschiedene Mitteilungen zu machen:

Aussererordentliche Statthalterin

Statthalter Claudio Miozzari ist heute Morgen krank. Entsprechend schlage ich vor, dass wir Jo Vergeat als aussererordentliche Statthalterin für die Sitzung heute Morgen wählen. Gibt es dagegen Widerstand?

Sie haben stillschweigend so beschlossen.

Geburtstag unseres I. Ratssekretärs

Heute feiert unser I. Ratssekretär seinen Geburtstag. Es kommt wohl nicht so oft vor, dass du, lieber Beat, deinen Geburtstag in einem solch grossen Kreis feiern kannst. Heute hast du die Gelegenheit – und eine Nachtsitzung ist nicht vorgesehen. Eigentlich perfekt.

Im Namen des Grossen Rates gratuliere ich dir herzlich zu deinem Geburtstag und wünsche dir für das kommende Lebensjahr viel Freude, Zuversicht – und Gesundheit. A propos Gesundheit: Es ist uns zu Ohren gekommen, dass du die Freude an Laufanlässen wieder entdeckt hast. Gerne unterstützen wir dich hierbei mit einigen nützlichen Utensilien wie Joggingsocken, Schweißband, Duschmittel und Handtuch sowie Powerriegel. Frohes Laufen – und weiterhin alles Gute!

Hinweis neues Abstimmungsgerät

Auf Platz 130 wurde bereits ein neues Abstimmungsgerät installiert. Der Vorteil, des neuen Systems wird sein, dass die Abstimmungseinheiten per Kabel mit dem zentralen Server verbunden sind. Es wird somit keine Verbindungsunterbrüche geben und ein Abstimmen ist unmittelbar nach einstecken der Abstimmungskarte möglich.

Dies bedeutet aber auch, dass Sie heute nochmals unser bestehendes Abstimmungssystem mit nicht sehr reaktivem touch-screen und Verbindungsproblemen geniessen können. Für die Septembersitzung werden wir dann das neue System haben.

Kaffeespende

Grossrat Eric Weber feierte seinen 60igsten Geburtstag. Aus diesem Grund offeriert er uns heute Morgen den Kaffee. Ich möchte Eric Weber im Namen des Grossen Rates zu seinem runden Geburtstag gratulieren und bedanke mich für die grosszügige Geste.

[Applaus]

Vorankündigung Tagung der IPK NWCH

Die diesjährige Tagung der IPK Nordwestschweiz findet am 27. Oktober statt und steht unter dem vorläufigen Titel «Unter Strom – die Suche nach der Energiepolitik der Zukunft für Kantone und Gemeinden». Bitte reservieren Sie das Datum bei Interesse. Sie erhalten die Vorankündigung noch per Mail.

Rücktritt einer Richterin

Stephanie von Sprecher hat den Rücktritt als Richterin am Strafgericht auf den 31. August 2023 erklärt.

Die gesetzliche Frist von sechs Monaten gemäss § 64 GOG wurde nicht eingehalten. Der Grosse Rat hat die vorzeitige Beendigung des Amtes zu bewilligen.

Erhebt sich dagegen Widerspruch?

Das ist nicht der Fall. Sie haben den Rücktritt auf den gewünschten Termin bewilligt.

Ich danke der Zurücktretenden für die dem Staat in dieser Funktion geleisteten Dienste. Das Geschäft geht an die Wahlvorbereitungskommission.

Das waren meine Mitteilungen. Wir kommen damit zur

Tagesordnung

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Tagesordnung zu genehmigen.

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte.

[28.06.23 09:06:54, ENG]

Zuweisungen

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, **die Zuweisungen** gemäss Verzeichnis der neuen Geschäfte (Anhang B zu diesem Protokoll) **zu genehmigen**.

Kenntnisnahmen

Der Grosse Rat nimmt Kenntnis

von den im Geschäftsverzeichnis zur Kenntnisnahme beantragten Geschäften gemäss Anhang B zu diesem Protokoll.

3. Wahl des Präsidenten der Präsidentin der Bau- und Raumplanungskommission (Nachfolge Jeremy Stephenson, LDP)

[28.06.23 09:06:54, WA1]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich beantrage Ihnen, die Wahlen bei den Traktanden XXX bis XXX offen durchzuführen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind, also nicht mehr Kandidaturen vorliegen, als Sitze zu vergeben sind. Selbstverständlich werden die Abstimmungen dann aber einzeln durchgeführt.

Für offene Wahlen braucht es die Zustimmung eines Zweidrittelmehr, also doppelt so viele JA-Stimmen wie NEIN-Stimmen.

Abstimmung

Durchführung offener Wahlen (Zweidrittelmehr)

JA heisst offene Wahl, NEIN heisst geheime Wahl.

Ergebnis der Abstimmung

82 Ja, 1 Nein. [Abstimmung # 757, 28.06.23 09:06:55]

Der Grosse Rat beschliesst

die Wahl offen durchzuführen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind.

Die Fraktion LDP nominiert Michael Hug (LDP) als Präsident der Bau- und Raumplanungskommission.

Abstimmung

Wahl von Michael Hug

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 0 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 758, 28.06.23 09:08:22]

Abstimmung

Michael Hug als Präsidenten der Bau- und Raumplanungskommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

4. Bericht der Finanzkommission zur Jahresrechnung 2022 und Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission zur Rechnung 2022 der fünf kantonalen Museen

[28.06.23 09:11:02, FKom / BKK, FD, 23.5307.01, HGR]

Zu diesem Geschäft begrüsse ich auf der Regierungsbank auch den Präsidenten des Gerichtsrates, Herrn Stephan Wullschleger.

Die Finanzkommission des Grossen Rates beantragt, die Jahresrechnung YYYY zu genehmigen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Zu diesem Geschäft begrüsse ich auf der Regierungsbank auch den Präsidenten des Gerichtsrates, Herrn Stephan Wullschleger.

Die Finanzkommission beantragt, die Jahresrechnung 2022 zu genehmigen.

Ich gebe Ihnen den Ablauf der Beratung der Jahresrechnung bekannt.

Zuerst erfolgt eine allgemeine Debatte über den Bericht der Finanzkommission und die Jahresrechnung, in welcher zunächst der Präsident der Finanzkommission das Wort erhält. Danach spricht die Präsidentin der BKK, welche einen Mitbericht zu den kantonalen Museen verfasst hat. Seitens der übrigen Sachkommissionen wurden keine weiteren Mitberichte eingebracht.

Nach den Kommissionen sprechen die Finanzdirektorin, der Vorsteher des Gerichtsrates anschliessend die Fraktionen (je maximal 10 Minuten) und dann die Einzelvotierenden (je maximal 5 Minuten). Das erste Schlusswort zum Eintreten haben die Finanzdirektorin, der Vorsitzende des Gerichtsrats sowie die Präsidentin der BKK und das ultimative Schlusswort hat wieder der Präsident der Finanzkommission.

Nach dem Eintreten folgt eine departementsweise Detailberatung.

Am Schluss folgt dann die formelle Beratung des Grossratsbeschlusses des Berichts der Finanzkommission und die Schlussabstimmung.

Gibt es zu diesem Ablauf Wortmeldungen?

Joël Thüring, Präsident FKom: Wir dürfen heute einen erneut ausgezeichneten Rechnungsabschluss 2022 behandeln und ich kann Ihnen schon jetzt namens der Finanzkommission empfehlen, diesem Abschluss und auch unserem Bericht zuzustimmen.

Wäre unser Kanton eine Fussballmannschaft, Schwarz-Weiss oder Rot-Blau, dann wären wir mit diesen Zahlen wohl definitiv in der Champions League. Ein Finanzabschluss und Überschuss in Höhe von Fr. 217'000'000, den wir erzielt haben, das ist ausgesprochen erfreulich. In dieser Champions League würden wir wohl aber auch auf andere Schweizer Teams treffen, denn auch die allermeisten anderen Kantone haben das Jahr 2022 mit schwarzen Zahlen abgeschlossen. So beispielweise der Kanton Zürich mit einem Plus von Fr. 543'000'000 oder auch Bern, das schmerzt uns fussballerisch natürlich ganz besonders, mit einem Plus von Fr. 358'000'000. Diese Fussballmannschaft aus Basel-Stadt wäre also auch im Jahr 2022 deutlich erfolgreicher als die Erwartungen gewesen und hätte jede Menge Tore geschossen.

Wir weisen einen Überschuss aus, wobei im Budget 2022 zuerst noch von einem Überschuss von Fr. 61'000'000 ausgegangen worden ist, welcher sich aber durch bewilligte Nachtragskredite von über Fr. 75'000'000 zu einem Defizit von Fr. 14'000'000 entwickelte. Die Rechnung schloss also letztlich um Fr. 231'000'000 besser ab als vorgesehen. Immer wieder wurde in den vergangenen Jahren auch in der Ratsdebatte diskutiert, ob allenfalls der Kanton bewusst so budgetiert, dass man im Anschluss dann bessere Zahlen beim Rechnungsabschluss vorstellen kann. Tatsächlich konnten wir uns aber auch davon überzeugen lassen, dass die Berechnungen dieser Annahmen nicht ganz einfach sind und auch diverse externe Faktoren dazu kommen können, welche man nicht immer schon berücksichtigen kann, wenn man ein Budget erstellt. Gerade auch, weil sich heute die Welt sehr rasch bewegt und die Lage generell volatiler geworden ist. Schliesslich wurde zu Beginn des Rechnungsjahres 2022, welches letztlich mit Beschluss des Budgets im Dezember 2021 hier im Grossen Rat behandelt wurde, noch nicht ganz klar, wie sich die damals noch stark grassierende Corona-Pandemie weiterentwickelt und auch der russische Angriffskrieg auf die Ukraine war noch kein Thema.

Es kann also Gründe geben, und diese sind aus unserer Sicht auch plausibel, dass es zu Recht zu grossen Abweichungen zwischen Rechnung und Budget kommen kann. Solange diese wie im Jahr 2022 positiv ausfallen, scheint uns dies auf den ersten und vielleicht auch auf den zweiten Blick unproblematisch zu sein. Festzuhalten ist, dass sich auch andere Kantone "verschätzt" haben. Der erwähnte Kanton Zürich verschätzt sich gar um gut Fr. 1'000'000'000 und auch der Kanton Bern mit knapp Fr. 450'000'000 oder der Kanton Zug mit knapp Fr. 130'000'000 Differenz zwischen Budget und Rechnung war hier nicht viel genauer als der Kanton Basel-Stadt.

Hauptgründe für das viel bessere Ergebnis sind aber vor allem auf der Einnahmenseite zu finden. Diese überragen das Budget insgesamt um Fr. 224'000'000, so waren beispielsweise pandemiebedingte Steuerausfälle in Höhe von Fr. 32'000'000 kalkuliert, was dann so nicht eintraf. Ebenso lagen die Einkommenssteuern mit Fr. 54'000'000 und die Vermögenssteuern mit Fr. 49'000'000 über Budget. Dies ist vor allem, und das ist erfreulich, mit dem Zuzug kapitalstarker

Unternehmen und dem Wegfall von Steuerprivilegien in Folge der Volksabstimmung zur Steuerreform und zur AHV-Finanzierung zu begründen. Mehreinnahmen konnten ausserdem bei der Grundstückgewinnsteuer, Fr. 47'000'000, und der Handänderungssteuer mit Fr. 13'000'000 erzielt werden. Hier liegen die Hauptgründe natürlich bei den hohen Immobilienpreisen und dem hohen Transaktionsvolumen.

Auch die Gewinnausschüttung der Nationalbank war deutlich höher als budgetiert, diese bezieht sich ja jeweils auf den Gewinn der SNB des Vorjahres, also im 2022 auf den Gewinn der SNB des Jahres 2021. So wurde die maximale Ausschüttung von Fr. 6'000'000'000 an die Kantone ermöglicht, womit der Anteil in Basel-Stadt Fr. 45'000'000 über Budget lag. Hier gilt es bereits anzumerken, dass für das Jahr 2022 keine Ausschüttung erwartet wird, was sich auf das Rechnungsjahr 2023, in welchem wir uns ja bereits befinden, auswirken wird.

Auch die Departemente trugen, zumindest teilweise, mit total Fr. 45'000'000 zum besseren Rechnungsabschluss bei. So trug insbesondere die Sozialhilfe mit Fr. 47'000'000 sowie dann zusätzlich Fr. 13'000'000 tieferen Auszahlungen bei den Prämienverbilligungen zum Ergebnis bei. Unerfreulich belastet wird der Rechnungsabschluss leider von einer Wertberichtigung beim Universitären Zentrum für Altersmedizin (UAFP). Die diesbezügliche Abschreibung von Fr. 92'000'000 war im Budget nicht vorgesehen, belastet den Rechnungsabschluss aber erheblich. Die Beteiligung des UAFP ist nun in den Büchern des Kantons vollständig abgeschrieben, ich komme später noch auf diese unerfreuliche Situation zu sprechen. Verschlechtert wurde das positive Resultat des Kantons zudem durch eine Korrektur von Bewertungen der Liegenschaften im Finanzvermögen von Fr. 60'000'000.

Das Investitionsvolumen lag mit Fr. 417'000'000 rund Fr. 130'000'000 über dem Wert der Vorjahre. Die grössten Positionen hier waren die Beteiligung an der MCH Group, eine Einlage in die Stiftung für preisgünstiges Wohnen, ein Darlehen für die Beschaffung neuer Elektrobusse, der Neubau Naturhistorisches Museum und Staatsarchiv sowie die Erweiterung der Abwasserreinigungsanlage. Der Selbstfinanzierungsgrad betrug 134 Prozent, womit der Kanton das Investitionsvolumen vollumfänglich aus eigenen Mitteln finanzieren konnte.

Ich möchte nun in der Eintretensdebatte noch einige Feststellungen adressieren, welche uns als Kommission besonders wichtig erscheinen. Ich gehe dann dafür in der Detailberatung bei den einzelnen Departementen nicht oder nur noch sehr geringfügig auf andere Themen ein.

Zuerst zum Fachkräftemangel. Im Bericht zum Budget 2023 haben wir auf die Thematik des Fachkräftemangels hingewiesen. Dieser ist auch in der Verwaltung, zumindest in einzelnen Bereichen problematisch und besorgt die Finanzkommission. Verstärkt wird diese Sorge durch den Umstand, dass wir vor pensionierungsintensiven Jahren stehen. Das bedeutet, dass relativ gleichzeitig viele erfahrene Mitarbeiter auf vielen Stufen in Pension gehen werden. Dieser Umstand ist herausfordernd und die Regierung ist aufgefordert, Massnahmen zu ergreifen, damit frühzeitig geeignetes Personal gewonnen werden kann. Dafür ist es aus unserer Sicht sinnvoll, ein geeignetes Monitoring bevorstehender Pensionierungen zu führen, damit keine Lücken entstehen. Solche Lücken können letztlich dem Kanton teuer zu stehen kommen, wenn dadurch Knowhow verloren geht oder aber auch, wir haben es beim Bau- und Gastgewerbeinspektorat gesehen, es dadurch zu einem grossen Pendenzenstau kommt. Wir begrüssen es deshalb, dass der Regierungsrat die Problematik grundsätzlich erkannt hat und eine regierungsrätliche Delegation eingesetzt hat. Hier sollen dann im Laufe dieses Jahres weitere Massnahmen vorgestellt werden, was aus unserer Sicht sehr zu begrüssen ist. Wir haben die Diskussion ja bereits bei der Behandlung der Arbeitsmarktzulage für die Kantonspolizei erwähnt und diskutiert.

Dann zur Energiekrise. Etwas diffus klingen die Antworten der Departemente zur Energiekrise und den für den Kanton dadurch entstandenen Kosten. Zumindest im Jahr 2022 lässt sich noch nicht von substantziellen Mehrkosten sprechen, wobei sicherlich bereits implementierte Sparmassnahmen und aber auch der milde Herbst/Winter eine Rolle spielten. Wesentliche Tarifierhöhungen wurden zudem erst per 1.01.23 in der Energiebranche wirksam, womit die Belastung wohl dann eher in der Rechnung 2023 aufzufinden sein wird.

Dann zur Stiftung "Wohn Raum Basel" im Präsidialdepartement. Vorstellen liessen wir uns in den Hearings mit dem PD die im Jahr 2021 neu geschaffene Stiftung "Wohn Raum Basel", welche basierend auf einem Verfassungsauftrag "Recht auf Wohnen" mit einem Vermögen von Fr. 35'000'000 ausgestattet wurde. Diese Stiftung agiert grundsätzlich unabhängig und ist beaufsichtigt von einem Stiftungsrat, welcher von der Regierung gewählt wird. Der Regierungsrat hat also wirklich eine Aufsichtsfunktion und muss Reglemente, aber auch beispielsweise das Budget genehmigen. Leider trat schon nach kurzer Zeit die Präsidentin des Stiftungsrates zurück, die Position war bis vor kurzem dann auch länger vakant, womit ein erheblicher Mehraufwand für die restlichen Stiftungsratsmitglieder entstand. Nicht zuletzt, weil auch keine Geschäftsführung vorhanden war und auch bis heute noch immer nicht ist.

Die Vertreterinnen des Stiftungsrates, es waren nur Vertreterinnen, stellten während des Hearings bei der Finanzkommission ihre bisherige Arbeit vor und äusserten sich auch zur Kadenz der Sitzungen. Dabei mussten wir feststellen, dass die Stiftungsratsmitglieder in Folge fehlender Geschäftsführung durchgängig operativ tätig waren und neben dem Liegenschaftserwerbsentscheid auch mit einer Vielzahl an Sichtungen und Grobprüfungen beschäftigt waren. Auch wenn sie dabei extern begleitet wurden, scheint dieser Aufwand zumindest mittelfristig nicht leistbar zu sein. Es wurden im September 2022 zwei Liegenschaften am Burgfelderplatz und in Kleinhüningen erworben, der Aufwand dafür lag, wie gesagt, beim Stiftungsrat, dies dann auch zu evaluieren und zu entscheiden. Erfreulicherweise konnten dort auch die Ziele erreicht werden, nämlich dass die Mietzinse entsprechend den untersten zehn Prozent der Basler Mietpreise entsprechen. Damit wurde der Stiftungszweck, günstiger Wohnraum zu schaffen, Folge geleistet, das ist sicherlich sehr positiv.

Dort passierte dann allerdings ein kleiner Fehler. Bei einem dieser beiden Käufe wurde ein Aktienkaufvertrag abgeschlossen, wofür Fachanwälte beigezogen wurden, und dabei ist ein Fehler bei der Berechnung der Steuerbelastung entstanden, was eine Mehrbelastung für die Stiftung bedeutet. Diese Mehrkosten von Fr. 1'500'000 werden nun via einen Anwalt und einer Berufshaftpflichtversicherung geltend gemacht. Die Stiftung verfügt nun zwischenzeitlich über das

gesamte Vermögen, das Stiftungsvermögen wurde vom Kanton aufgrund der Negativzinsen tranchiert überwiesen, da jeweils auch eine Prüfung gemäss § 8 des Finanzhaushaltsgesetzes stattfinden musste.

Daneben gibt es einen Fonds für Genossenschaften. Ursprünglich wurde davon ausgegangen, dass dieser einfach aufzusetzen ist, was aber offenbar nicht der Fall war. Der Fonds in Höhe von Fr. 1'800'000 als Darlehen ist auf fünf Jahrestanchen aufgebaut. Die erste Tranche ist bereits abgelaufen, das Darlehen muss gegenüber dem Kanton verzinst werden, was ein gewissen Zielkonflikt darstellt. So soll preisgünstiger Wohnraum angeboten werden auf der einen Seite, andererseits wird gleichzeitig dieser künstlich über Zinsen verteuert. Die Verzinsung war allerdings eine politische Forderung, weshalb die Finanzkommission dies nicht werten möchte.

Aus Sicht der Finanzkommission waren aber die Vorbereitungen im Hinblick auf den Start der Stiftung sicherlich nicht optimal. So durfte keine Geschäftsstelle geschaffen werden, da zuerst Einnahmen generiert werden mussten und der Stiftungsrat, ich habe es bereits erwähnt, musste als strategisches Organ viele operative Aufgaben übernehmen und aufwendige Aufbauarbeiten leisten, um überhaupt erst den Kauf von Liegenschaften zu ermöglichen, die dann wiederum Einnahmen generieren. Wir stellen fest, dass die Stiftung einzig aufgrund des grossen Engagements und des persönlichen Aufwands der beteiligten Stiftungsratsmitglieder überhaupt diese Tätigkeiten durchführen konnte. Wir hätten uns deshalb eine etwas grössere Unterstützung durch das Präsidialdepartement gewünscht. Wir erhoffen, dass nun mit der Neuwahl des Stiftungsratspräsidenten und dann der Implementierung einer Geschäftsführung ab Herbst 2023 sich diese Situation, was den Aufwand angeht, verbessern wird.

Dann haben wir uns auch mit dem Bau- und Gastgewerbeinspektorat im BVD auseinandergesetzt. Die Finanzkommission nimmt die Fortschritte bei der Digitalisierung, aber auch bei der Besetzung der Vakanzen zur Kenntnis, so konnten seit Oktober 2022 drei neue Mitarbeitende eingesetzt werden. Weitere Stellen sind in der Zwischenzeit besetzt. Die Bearbeitungsfrist der pendenten Fälle soll von aktuell ca. 67 Prozent auf 80 Prozent Erfüllungsquote wieder deutlich angehoben werden, was ebenfalls aus unserer Sicht erfreulich ist. Trotzdem müssen wir feststellen, dass von der aktuellen, das war Anfang Mai 2023, pendenten 589 Baubegehren, 62 vor dem 31. Dezember 2021 eingegeben worden sind. 189 wurden im 2022 und 338 im Jahr 2023 eingegeben. Unter den langen dauernden Verfahren finden sich gehäuft Bewilligungsverfahren für Mobilfunkantennen und nachträgliche Baubegehren, also solche, bei denen das Vorhaben ohne Bewilligung oder in Abweichung der Bewilligung ausgeführt wurden und nachträglich legalisiert werden müssen.

Auch sind letztes Jahr die Pendenzen aufgrund der massiven Ausfälle beim Personal durchaus nochmal angewachsen. Wie viele Pendenzen entweder aufgrund der Personalsituation oder aufgrund der mangelnden Nachreichung von Dokumenten seitens der Bauherren vorhanden sind, ist der Kommission nicht bekannt. Dies wäre laut dem Departement nur mit einem grossen Aufwand und von Hand eruierbar. Wir sind ein wenig erstaunt darüber, dass es trotz angehender Digitalisierungsfortschritte nicht möglich ist, auf einfache Art und Weise die Gründe der Pendenzen zu kategorisieren und auszuwerten. Auch ist die Finanzkommission der Meinung, dass die Pendenzen rasch abgearbeitet werden müssen und dass es zu keiner weiteren Verzögerung kommen darf.

Dann zu den Sek II-Abschlüssen im Erziehungsdepartement. Besorgt ist die Finanzkommission über die tiefe Abschlussquote auf dem Niveau Sek II. Diese Quote ist im interkantonalen Vergleich sehr tief. Mit einer Quote von nur 85 Prozent, das ist die zweitschlechteste in der Schweiz, verfehlt der Kanton Basel-Stadt auch das nationale Tief von 95 Prozent überdeutlich. Auffällig ist dabei, dass die Quote auch bei jenen Personen, welche in der Schweiz geboren sind und das Schweizer Bürgerrecht haben, tief ist. Dies zeigt, dass die Mängel im System zu verordnen sind. Das Erziehungsdepartement hat verschiedene Risikofaktoren identifiziert und diese der Finanzkommission auch vorgestellt.

Besorgniserregend ist dabei besonders, dass die Quote in der Tendenz sogar abnimmt, obwohl diverse Bemühungen unternommen wurden und auch erhebliche Beträge, also Finanzmittel eingesetzt werden. Das Thema ist in erster Linie ein bildungspolitisches Thema, das ist uns klar, die Finanzkommission bringt aber trotzdem ihre Besorgnis darüber zum Ausdruck, da es auch eine finanzpolitische Frage ist, ob der Kanton seine Mittel effektiv und effizient einsetzt und Basel-Stadt hat bekanntlich pro Schülerin und Schüler auch die höchsten Bildungsausgaben der Schweiz.

Und zweitens, und das ist vielleicht der fast wesentlichere Punkt, für unsere Gesellschaft birgt diese sehr hohe Zahl an jungen Menschen ohne Sek II-Abschluss erhebliche finanzpolitische Risiken für die Zukunft, weil diese Personen auch ein höheres Risiko einer Sozialhilfeabhängigkeit haben und auch beispielsweise eher dann nur in Berufen tätig sein können, die zum finanziellen Überleben etwas schwierig sind. So wurde uns auch dargelegt, dass die Gruppe der über 25-Jährigen ohne Schulabschluss überdurchschnittlich häufig entweder arbeitslos und von der Sozialhilfe abhängig sind oder aber in prekären Arbeitsverhältnissen engagiert sind.

Die Finanzkommission versteht, dass diese hohe Zahl an jungen Menschen ohne Sek II-Abschluss in Basel zu einem wesentlichen Teil tiefer liegende strukturelle und soziale Ursachen hat. Gleichwohl zeigt das Beispiel anderer Kantone, dass es möglich ist, die Zahl an jungen Menschen ohne Abschluss zu reduzieren. Die Finanzkommission anerkennt, dass es im Kanton Massnahmen gibt, um dieses Ziel zu erreichen. Sie hat aber nicht den Eindruck gewinnen können, dass es ausreichend vertiefte Analysen und eine klare, ambitionierte Strategie gibt, um die Zahl der jungen Menschen ohne Sek II-Abschluss zu reduzieren. Hier ist also das Erziehungsdepartement sicherlich stark gefordert.

Zur Zwei-Zentralen-Strategie und dem Spiegelhof im JSD. Die Umsetzung der Zwei-Zentralen-Strategie und die Sanierung des Standorts Spiegelhof waren ein Schwerpunktthema im Hearing mit dem JSD. Sie wissen das, der Spiegelhof befindet sich im Umbau. Das ursprüngliche Projekt beinhaltet unter anderem die erdbebenertüchtigte Einsatzzentrale der Kantonspolizei. Das Projekt wies bereits im Jahresbericht 2019 einen Verzug in der Planungsphase von 2 Jahren auf. Damals ging man davon aus, dass die Sanierung bis Ende 2023 abgeschlossen würde und dass die über den unmittelbaren Projektperimeter hinausgehenden Bauteile des Gebäudes noch nicht sanierungsbedürftig seien. Im Jahr 2022 stellte man dann aber fest, dass auch dieser Teil des Gebäudes totalsaniert werden muss.

Die Ausgaben für die zusätzlichen Sanierungsmassnahmen hat der Regierungsrat im September 2022 als gebundenes

Vorhaben in das Investitionsprogramm aufgenommen und zusätzliche Ausgaben in der Höhe von rund Fr. 32'500'000 bewilligt. Das JSD orientierte die Finanzkommission über die bisherigen Ausgaben. Gesamthaft wurden Gelder für die Gebäudeerhaltung und den Neubau der Einsatzzentrale im Umfang von Fr. 69'900'000 gesprochen. Die Hochrechnung des JSD hat nun ergeben, dass diese Kosten immerhin so eingehalten werden sollen. Auch bei den betrieblichen Investitionen wurden Fr. 8'100'000 bewilligt. Die Hochrechnung geht auch dort nun aber bereits von einer Kostenüberschreitung von Fr. 4'100'000 aus. Ursächlich seien Kostensteigerungen bei der IT.

Einer der wesentlichen Gründe für die sehr hohen Gesamtkosten liegt gemäss JSD bei der Erdbebenertüchtigung. Hier ging man im Ratschlag von 2016, der ja jetzt auch schon sieben Jahre alt ist, von Kosten von Fr. 46'200'000 aus. Die Finanzkommission ist irritiert darüber, dass die Mehrkosten für die zusätzlichen Sanierungsarbeiten nicht bereits bei der Projektierung erkannt wurden. Das ist dieses vielleicht auch etwas grundsätzliche Problem mit Bauen im Kanton Basel-Stadt, wir kennen das aus anderen Themenfeldern und aus anderen Bauprojekten. Die hohen Gesamtkosten lassen deshalb durchaus die Frage zu, ob ein Neubau nicht die bessere Variante gewesen wäre. Ein weiteres Projekt, in welchem wir uns wohl eher auf Niveau Challenge Ligue befinden, zumindest wenn es um die Einhaltung des Kostenrahmens geht, was für die Finanzkommission doch sehr unerfreulich ist.

Dann zu den Sozialausgaben im WSU. Im Hearing mit dem WSU waren die sinkenden Sozialausgaben und möglichen Ursachen Thema, weil 2022 mit Fr. 109'000'000 sowohl weniger bedarfsabhängige Sozialleistungen bezogen wurden und mit 5,3 Prozent die Sozialhilfequote sank. Einzig bei der Altersgruppe der über 50-Jährigen und bei Menschen mit einer psychischen Beeinträchtigung nehmen die Fallzahlen weiter zu. Die Frage, warum in Basel-Stadt weniger Menschen ein Antrag auf Sozialhilfe stellen, lässt sich aus Sicht der Finanzkommission derzeit nicht abschliessend beantworten.

Das Departement nannte als einen der Gründe für den Rückgang die positive Entwicklung der Arbeitsmärkte. Es muss weiter aber auch natürlich die Frage gestellt werden, wie viele Menschen, die vielleicht Anspruch auf Sozialhilfeleistungen hätten, diese nicht geltend machen. Dazu wurde auch eine Studie in Auftrag gegeben, welche aufzeigen soll, wer warum auf die Sozialleistungen verzichtet. Sie haben es vielleicht mitbekommen, diese Studie wurde in der Zwischenzeit im Mai 2023 vorgestellt. Die Finanzkommission wird sich deshalb bei Gelegenheit damit auseinandersetzen und mit dem WSU im Gespräch bleiben.

Nun zum UZB. Kritisch diskutiert wurde in der Finanzkommission auch die veränderte Abschreibungsdauer für das im Jahr 2019 bezogene neue Gebäude für die Universitären Zahnkliniken Basel (UZB). Das UZB hat die Abschreibungsdauer von 40 auf 50 Jahre erhöht und damit ihr Jahresergebnis wiederkehrend um Fr. 345'000 entlastet. Das GD als Eigner bzw. Vertreter des Eigners hat der Änderung zugestimmt. Von aussen ist keine Notwendigkeit für die Verlängerung der Abschreibungsdauer erkennbar gewesen, sie beeinflusst jedoch das Jahresergebnis des UZB positiv. Die verlängerte Abschreibungsdauer liegt am obersten Rand des üblichen Branchenstandards und ist generell kritisch zu sehen, weil die Veränderung von Regeln in der Rechnungslegung, Stichwort Wahrung der Stetigkeit, das Ergebnis beeinflussen, was sicherlich so nicht besonders günstig ist.

Die Verantwortlichen im GD und im FD führten gegenüber der Finanzkommission aus, dass bei den Beteiligungen in der Eignerstrategie Vorgaben zum Rechnungslegungsstandard gemacht würden, nicht aber zu den Abschreibungsdauern. Der Verwaltungsrat der Beteiligung sei dafür verantwortlich. Dazu gehört auch die Festlegung der Abschreibungsdauer. Das Management des UZB habe die Nutzungsdauer der Immobilien frisch eingeschätzt. Die Verlängerung der Abschreibungsdauer liege im Rahmen des Vertretbaren, was auch die Revisionsstelle bestätigt habe.

Die Finanzkommission kann das Handeln des Regierungsrats im Sinne der Autonomie des UZB und die Begründungen verstehen. Die unmittelbare Notwendigkeit der Veränderung der Abschreibungsdauer hat sich für uns aber nicht erschlossen. Wir mahnen deshalb an, dass die Stetigkeit in den Rechnungslegungen zu wahren ist und grundlegende rechnungslegerische Eckwerte nur in gut begründeten Ausnahmefällen, nicht zur Aufbesserung des Ergebnisses und auch nicht wiederholt, verändert werden, da sonst die Transparenz und Nachvollziehbarkeit finanzieller Entwicklungen verloren gehen. Sie erwartet vom Regierungsrat, dass er bei aller Autonomie der Beteiligungen auf die Wahrung der Stetigkeit achtet.

Nun zum bereits erwähnten UAFFP. Im Berichtsjahr hat die Universitäre Altersmedizin Felix Platter (UAFFP) ein Impairment bzw. eine Wertberichtigung von Fr. 96'200'000 zulasten des Eigenkapitals vorgenommen. Diese ausserordentliche und ausserordentlich hohe Wertberichtigung belastet auch die Jahresrechnung des Kantons als Eigner. Sie haben das gesehen, der Jahresabschluss des Kantons wäre sonst fast Fr. 100'000'000 besser, als er nun heute uns präsentiert wird. Aus diesem Grund hat die Finanzkommission die Situation im Rahmen eines zusätzlichen Hearings mit den Verantwortlichen diskutiert.

Für diese massive Wertberichtigung führt das UAFFP, und nun wird es sehr technisch, einen entgegen der Finanzplanung von vor ein paar Jahren stark verteuerten Spitalbetrieb an, so dass in der Folge die ordentlichen Abschreibungen auf den Spitalneubau betrieblich nicht mehr getragen werden können. Der verteuerte Spitalbetrieb ist auf inflationsbedingt gestiegene Sach- und Beschaffungskosten, auf fachkräftemangelbedingte höhere Personalkosten, auf Umsatzausfall durch nicht betriebene Betten und insbesondere auf die tiefere Tarifabgeltung zurückzuführen. Zudem habe sich die Akutomatik der DRG in den letzten Jahren ungünstig entwickelt.

Die gestiegenen Kosten des Spitalbetriebes sind der Finanzkommission verständlich, sie kann auch die Umsatzausfälle aufgrund des Fachkräftemangels und die gesunkene tarifliche Abgeltung nach DRG nachvollziehen. Die Finanzkommission teilt die Einschätzung des Departementes aber nicht, wonach keine Grundlage dafür besteht, die damalige Entscheidung für den obsiegenden Spitalneubau nachträglich in Frage zu stellen. Auch wenn damals das Projekt mit dem besten Preis-/Leistungsverhältnis ausgewählt wurde, muss nach heutigem Kenntnisstand davon ausgegangen werden, dass die UAFFP auch bei gutem Geschäftsgang die Immobilieneigentümerkosten nicht tragen kann, da diese offenbar zu hoch sind. Die Hauptnutzungsflächen des neuen Spitals weisen im Vergleich zu anderen Spitalbauten zu viel

nicht-ertragsfähige Flächen aus, was bedeutet, dass das Spital zu gross oder zu teuer gebaut wurde.

Sie müssen sich das so vorstellen, in diesem Spitalbau hat es Betten und diese Betten erwirtschaften einen Ertrag und darüber hinaus hat es sehr viele tote Flächen, die natürlich auch betrieben werden müssen. Diese toten Flächen erwirtschaften keinen Ertrag und das wiederum hat dann auf diesen entsprechenden Finanzabschluss Einfluss, weil wir eine Hauptnutzungsfläche haben, die eine viel tiefere ertragsfähige Fläche hat wie andere Bauten. Das ist aus unserer Sicht ein Teil des Problems und das wurde uns auch in den Hearings so von der Finanzkontrolle, die sich mit diesem Thema auch beschäftigt hat, bestätigt.

In den vergangenen beiden Rechnungsjahren wurden bereits schon Wertberichtigungen vorgenommen. Die Kommission hinterfragte daher das Abschreibungsregime nach REKOLE, das ist das sogenannte betriebliche Rechnungssystem für Spitäler, welches eine Abschreibungsdauer von 33.3 Jahre auf das Spitalgebäude und eine Abschreibungsdauer von 20 Jahre auf Betriebsinstallationen wie beispielsweise die Heizung vorsieht. Bei der Aktivierung des Spitalgebäudes der UAFP und erneut im Jahr 2022 wurden Simulationen mit beiden Abschreibungs-Klassifikationen durchgeführt. Dabei wurde deutlich, dass die Berechnung der Abschreibungen nach REKOLE den tiefsten jährlichen Abschreibungsbedarf zur Folge hat. Die UAFP hat die Berechnungen von einem externen Wirtschaftsprüfer validieren lassen. Die externe Überprüfung bestätigte, dass eine Verringerung der jährlichen Abschreibungslast durch den Komponentenansatz so nicht möglich ist. Sie muss der Aussage Glauben schenken, dass mit einem Wechsel hin zum Abschreibungsregime mit Komponentenansatz und einer Abschreibungsdauer von 40 Jahren die Abschreibungslast nicht zufriedenstellend hätte reduzieren und somit die ordentlichen Betriebsrechnungen entlasten können. Diese Tatsache erscheint der Kommission auch auf den zweiten Blick wenig verständlich.

Hintergrund der massiven Wertberichtigung ist das sogenannte Impairment, das durch verschiedene Eckwerte wie einem Wachstum von 1,5 Prozent und einem internen Zinssatz für Eigen- und Fremdkapital von 3,3 Prozent bestimmt ist. Nach Aussage der Verantwortlichen sind diese Parameter vergleichsweise tief angesetzt und könnten höher angesetzt dann sogar noch unvorteilhafter ausfallen. Für die Finanzkommission bleibt die Grundfrage, weshalb die UAFP mit Eigenkapitalkosten rechnet, letztlich unbeantwortet, gehört das öffentliche Spital mit universitär-medizinischem Auftrag doch dem Kanton. Die Kommission blickt deshalb mit grossem Unbehagen über das Vergangene in die Zukunft.

Wir attestieren den aktuellen Verantwortlichen aber Problembewusstsein und Kompetenz, mit bereits erfolgten oder eingeleiteten und künftigen Massnahmen die Ertragssituation zu stärken und die Spitalnutzung zu optimieren. Dies vor allem auch im Hinblick auf das Ablösen der beiden Darlehen beim Kanton über Fr. 50'000'000 bzw. Fr. 120'000'000, das nicht zu Lasten der Kantonsrechnung gehen darf. Die Finanzkommission wird in ihrem Mitbericht zur Rechnung 2022 des UAFP dann noch vertieft auf Fragen der rechtlichen Zulässigkeit dieses Vorganges eingehen. Für den Moment bleibt vor allem auch ein Unbehagen darüber, dass aufgrund der erwähnten Probleme in der Planung und der Rechnung des Spitalneubaus unsere Jahresrechnung so verschlechtert wird.

Zum Schluss noch zur Arbeitsbelastung der Gerichte. Der Finanzkommission ist aufgefallen, dass in den Jahresberichten der Gerichte in einzelnen Abschnitten jeweils auf das Thema der Arbeitsbelastung hingewiesen wird. Der Arbeitsaufwand scheint sehr hoch und für die Mitarbeitenden eine grosse und kaum zu bewältigende Belastung. Deshalb wurde seitens der Kommission auch nachgefragt, welche Massnahmen bis jetzt ergriffen wurden und was dazu geplant ist. Die Ausführungen zu den einzelnen Gerichten finden Sie in unserem Jahresbericht. Die Finanzkommission nimmt die Erläuterungen zur Kenntnis und wird die Situation weiterhin beobachten, da diese letztlich auch finanzpolitisch relevant sind.

Zum Schluss möchte ich die Gelegenheit nutzen, dem Regierungsrat, dem Gerichtsrat, der Verwaltung, den Gerichten für die Arbeit im Rechnungsjahr 2022 herzlich zu danken, für die Zusammenarbeit auch mit der Finanzkommission zu danken. Wir sind finanzpolitisch weiterhin auf sehr gutem Kurs, das zeigt ja auch die erste Hochrechnung für das Jahr 2023. Schauen wir, dass wir Champions League bleiben, dafür braucht es die Leistungen von allen, dafür braucht es vor allem auch starke Unternehmen, die in diesem Kanton weiterhin gute Standortbedingungen vorfinden. Dafür und dazu sind wir auch entsprechend alle gefordert und wir werden selbstverständlich als Finanzkommission auch in diesem Bereich weiterhin ein wachsames Auge darauf halten, dass wir in dieser Champions League bleiben und nicht wie der FC Basel irgendwo in der Conference League oder darunter dümpeln. Ich bin aber sehr zuversichtlich, dass dies dem Kanton weiterhin auch gelingen wird, in dieser Champions League zu bleiben.

Ganz zum Schluss möchte ich mich bei meiner Finanzkommission herzlich bedanken. Mein Dank geht an die Vize-Präsidentin der Kommission, Michela Seggiani, an die einzelnen Kommissionsmitglieder, dass sie mich in diesem Jahr weiterhin begleitet haben. Mein Dank geht aber auch an unseren Kommissionssekretär Matthias Wiesinger, der diese ganze Arbeit dann auch jeweils leisten muss, das, was wir so den ganzen Tag sprechen, zu Papier zu bringen und auch zwischen Regierung und Finanzkommission zu koordinieren.

Ich bitte Sie im Namen der Finanzkommission, unserem Bericht zuzustimmen und danke Ihnen für die Aufnahme.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, wie vom Präsidium vorgeschlagen vorzugehen.

Franziska Roth, Präsidentin BKK: Die meisten Museen konnten die budgetierten Publikumszahlen erreichen. Die Menschen gehen nach Corona wieder in die Museen. Hilfreich ist sicher, dass die Museen durch die Herausforderungen der Corona-Schliessungen neue Konzepte entwickelt haben, welche sich positiv auf das Angebot und das Zuschaueraufkommen auswirken. Dass alle fünf staatlichen Museen unter dem Strich gestärkt aus der Pandemie hervorgehen können, hat auch damit zu tun, dass sie während der Pandemie-Einschränkungen stark unterstützt worden

sind.

Bei allen Institutionen haben sich die Teuerung und hauptsächlich die gesteigerten Energiekosten negativ auf das Betriebsergebnis niedergeschlagen. Ebenfalls kann bei allen Museen festgestellt werden, dass das Akquirieren von Drittmitteln schwieriger geworden ist und sich die Finanzierung der Ausstellungen sowie die Erweiterung der Sammlungen in Zukunft schwieriger gestalten wird.

Erfreulich ist, dass sich alle fünf Museen intensiv mit der Provenienzforschung befassen und das, obwohl sie bis vor kurzem nicht über genügend personelle und finanzielle Ressourcen verfügt haben. Trotzdem sind Strategien erarbeitet worden und in allen Museen haben Provenienzforschungsprojekte stattgefunden. Hier zeigt sich deutlich, dass alle das Thema sehr ernst nehmen und bereit sind, Zusatzarbeit zu leisten.

Zu den einzelnen Museen möchte ich an dieser Stelle nichts weiter erläutern, das Wesentliche steht im Mitbericht der BKK. Allerdings ist es der BKK noch wichtig, ein paar Worte zu den künftigen Globalbudgets zu sagen. Die BKK hat den Eindruck erhalten, dass die Leistungsziele, die ein Museum zu erreichen hat, manchmal eher tief gesetzt werden, so dass sie sicher erfolgreich erreicht werden können. Im Zuge der Arbeit zu den künftigen Globalbudgets empfiehlt die BKK darum, die Zielvorgaben einerseits weiterhin sorgfältig zu machen, andererseits aber auch so zu setzen, dass eine Entwicklung angestrebt werden kann.

Die BKK empfiehlt die Rechnungen der fünf Museen zu genehmigen.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Der Präsident der Finanzkommission hat die wichtigsten Eckwerte bereits zusammengefasst, daher werde ich jetzt nur noch ein paar Punkte, die mir wichtig erscheinen, nochmals erwähnen.

Der erfreuliche Überschuss von Fr. 217'000'000 kommt vor allem auch von den steigenden Steuereinnahmen. Das konnten wir damals nicht absehen, wir werden das aber heute sicher antizipieren. Das haben alle Kantone in den Rechnungen gemerkt, es sind nicht nur einzelne Steuern wie die Grundstückgewinnsteuer, sondern es sind vor allem auch die Einkommenssteuer und die Vermögenssteuer. Bei der Einkommenssteuer kann man davon ausgehen, dass die Löhne steigen, also werden wir auch zukünftig davon ausgehen, dass die Steuereinnahmen eher eine Tendenz nach oben haben.

Was auch noch vielleicht dieses Mal speziell ist, sind die hohen Investitionen. Der Grosse Rat pocht ja immer darauf, dass wir wirklich auch das Geld ausgeben, investieren. Dieses Mal sind wir mit Fr. 417'000'000 etwa Fr. 130'000'000 über den Vorjahre. Das betrifft natürlich auch die Darlehen an die Beteiligungen, aber wenn man dann anschaut, dass es zum Beispiel die Anschaffung neuer Elektrobusse ist, dann ist das natürlich auch eine Investition im Sinne des Grossen Rates.

Das Nettovermögen hat sich weiter erhöht und die Nettoschuldenquote sinkt auf minus 0,3 Promille. Wir konnten aber auch die Bruttoschulden reduzieren, die belaufen sich jetzt noch auf etwa Fr. 3'300'000'000, wir konnten dort also Fr. 65'000'000 abbauen.

Dann noch zum anderen Hauptgrund, warum der Überschuss so viel besser ist. Die Departemente unterschreiten Fr. 45'000'000. Das ist nicht, weil wir Dinge budgetiert haben, die wir dann nicht gebraucht haben, sondern das ist einerseits, weil wir dazu angehalten sind, wirklich auch zu budgetieren, was wir für nötig erachten und dabei einer der höchsten Rahmen nehmen, dass wir auch nicht überschüssen. Das war damals auch schwierig zu machen, daher hat es vor allem auch die Sozialhilfe getroffen, aber man muss auch sagen, die Departemente sind sehr sorgfältig mit dem Budget, im Umgang mit dem Geld, so dass sie in der Regel das Budget unterschreiten, was ich auch für richtig halte.

Auch der Ausblick fürs 2023 ist positiv. Wir haben in der ersten Hochrechnung ein Überschuss von Fr. 84'000'000, budgetiert haben wir Fr. 39'000'000. Wir sehen auch bereits in der Hochrechnung, dass die Steuern steigen, das sehen wir auch dort. Wir haben zwar keine Gewinnausschüttung mehr der SNB, aber die Steuereinnahmen haben eine steigende Tendenz. Man muss aber sagen, die erste Hochrechnung, da gibt es grosse Unsicherheiten, das ist noch sehr unklar, aber ich gehe davon aus, dass wir auch im 2023, nächstes Jahr einen guten Abschluss haben können. Wie es dann weitergeht, ist noch sehr unsicher, das wird man sehen, aber im Moment haben wir eine sehr solide und gute Finanzlage und ich möchte hier auch der Finanzkommission danken, dass sie die Rechnung so ausführlich prüft und die Zusammenarbeit wirklich sehr konstruktiv ist.

Philip Karger (LDP): Eigentlich nur danke und weiter so und doch habe ich einige Anmerkungen und Kommentare. Gute finanzielle Steuerung bedeutet, dass man seine Einnahmen und Ausgaben im Gleichgewicht hält. Dazu gehört auch, gegebenenfalls Einsparungen vorzunehmen. Eine gute finanzielle Steuerung hilft langfristig ein finanziell stabiles Leben zu führen. Der sorgfältige Umgang mit finanziellen Mitteln lässt sich am Beispiel des Leuchtturms Neubau AUE, wo allerneuste Technologie eingebaut wurde, aufzeigen. Wie sich die Wartungskosten in der Zukunft entwickeln, bleibt abzuwarten. Wir empfehlen in diesem Zusammenhang, einen vorsichtigen Umgang mit den Folgekosten. Über die Punkte, die die Finanzkommission an der Rechnung 2022 bemängelt, konnten Sie in der Mitteilung der FKom und in den Medien lesen. Im grossen Ganzen schliessen sich die LDP-Vertreter der Finanzkommission in diesen Punkten an.

Auf zwei Punkte, die sich nicht direkt in der Rechnung spiegeln, sie aber beeinflussten, möchte ich hier kurz hervorheben. Das von der Regierung hochgelobte Dreierrollenmodell. Gerade bei grossen Bauprojekten scheint dieses Modell immer weniger zu funktionieren. Solange keines der drei jeweils beteiligten Departemente klar die Führung und die Verantwortung für die entsprechenden Bauprojekte übernimmt, befürchte ich weitere grosse negative und zusätzlich finanzielle Veränderungen. Solange keine eindeutige Verantwortung zugeordnet ist, werden sich die Departemente immer den Ball zuschieben, vor allem wenn es darum geht, zusätzliche Kosten zu verantworten.

IT-Sicherheit und Digitalisierung. Bei beiden Themen braucht es dringend eine gesamtregierungsrechtliche Strategie. Es

kann nicht sein, dass jedes einzelne Departement oder sogar einzelne Abteilungen eigene Strategien entwickeln. Das muss aus einem Guss kommen und schnell umgesetzt werden. Beim Thema Cyber-Security zeigten die gestohlenen Daten im ED, das bei jedem Departement hätte passieren können, wie angreifbar der Kanton ist. Ein gutes Abwehr-Dispositiv muss zentral erarbeitet, implementiert und überwacht werden. Dasselbe gilt für die Digitalisierung in den Departementen. Immer noch sind sehr viele Projekte nur geplant oder werden schleppend umgesetzt. Dabei gibt es durch die Digitalisierung, und ich meine damit nicht Formulare als PDF anzubieten, ein sehr grosses Potenzial, um Abläufe zu optimieren und kundenorientierter zu werden. So kann Geld eingespart und dann wirklich für besseres eingesetzt werden. Zusätzlich ist die digitale Kommunikation und das digitale Abwickeln von Behördengängen ein Anliegen der Bevölkerung. Leider hat der Einsatz eines Chief Digital Officers noch keine sichtbaren Veränderungen gebracht. Das ist auf eine fehlende Strategie und den Willen zu radikalen Veränderungen in den Departementen zurückzuführen.

Mit dem wiederum beträchtlichen Überschuss der Jahresrechnung, der die LDP freut, muss besonnen umgegangen werden. Besonders die Steuer- und Abgabentlastung muss für alle natürlichen und auch juristischen Personen auf ein konkurrenzfähiges Niveau sinken. Gebühren wurden teilweise seit vielen Jahren nicht mehr angepasst. Sie müssen in kürzeren Intervallen überprüft und reduziert werden. Ganz allgemein müssen sich die Verwaltung, die Regierung und Politikerinnen und Politiker wieder verstärkt bewusst werden, dass sämtliche staatlichen Mitteln von den juristischen und natürlichen Personen stammen, welche diese dem Gemeinwesen in Form von Steuern, Gebühren und anderen Abgaben zur Verfügung stellen. Diese Abgaben mussten jeweils vorab erwirtschaftet werden.

Insbesondere mittelständische Familien und Firmen werden auch nach der letzten Steuerreduktion im Kanton Basel-Stadt immer noch stärker belastet als im schweizerischen Durchschnitt. Das macht den Standort Basel-Stadt nicht gerade attraktiv. Ein attraktives Abgabeklima ist aber eine Grundvoraussetzung für eine prosperierende Wirtschaft und für den Wohlstand des Kantons und damit der Bevölkerung. Basel muss zu einer nachhaltigen Finanzpolitik finden. Ausgaben müssen sich an den verfügbaren Ressourcen und den Bedürfnissen aller Steuerzahlenden orientieren.

Im Namen der LDP möchte ich mich bei den Kolleginnen und Kollegen der Finanzkommission, der Finanzaufsicht, den Behörden, bei der Regierung und bei der Verwaltung für die gute, transparente und konstruktive Zusammenarbeit durch das Jahr bedanken. Der Dank gilt aber vor allem auch den Steuerzahlenden.

Die Fraktion der LDP stimmt der Rechnung zu.

Tim Cuénod (SP): Die SP-Fraktion nimmt die Rechnung sowie den Bericht der Finanzkommission mit Befriedigung zur Kenntnis. Sie kann sich auch den Ausführungen des Kommissionspräsidenten weitgehend anschliessen. Sie dankt der Finanzdirektorin, der Finanzkontrolle sowie sämtlichen Mitgliedern der Finanzkommission für die konstruktive, umsichtige und von Sachlichkeit geprägte Zusammenarbeit. Dieser Dank umfasst ausdrücklich auch die Arbeit und die Rede jetzt des Kommissionspräsidenten und im gleichen Sinne möchten wir aber auch sein altes Ego in den sozialen Medien widersprechen, das da schreibt, dass diese Regierung eine Regierung der Schande ist. Das ist, glaube ich, die Formulierung. Klar, jeder hat unterschiedliche Hüte an, aber da stellen wir uns schon gewisse Fragen.

Das kleine Nettovermögen unseres Kantons ist gestiegen auf rund Fr. 200'000'000 und auch die Bruttoschulden konnten auf Fr. 3'300'000'000 ausgebaut werden. Bei der Struktur der Einnahmen fällt auf, dass der Anteil der Einkommens- und Vermögenssteuer am Gesamtsteuerertrag in den letzten 15 Jahren deutlich gestiegen ist. Wenn umgekehrt der Anteil des Unternehmenssteuerertrags gesunken ist, kann man das unterschiedlich werten. Fest steht auf jeden Fall, dass die Stabilität unserer kantonalen Finanzen deutlich weniger stark als auch schon davon abhängt, ob die Gewinne bei einigen Unternehmen sprudeln oder nicht. Wir denken, dass sehr vieles für den Standort Basel spricht, Steuern sind nicht alles. Die Differenzen bei den Steuern zu den Tiefsteuern im Kanton nehmen in Folge der OECD-Besteuerung ab, insofern sehen wir da im Gegensatz zum LDP-Fraktionssprecher auch kein grundlegendes Problem für die Wettbewerbsfähigkeit von Basel.

Was bei den Einnahmen kurzfristig ins Auge sticht, sind die positiven Budgetabweichungen 2022 bei der Handänderungs- und Grundstückgewinnsteuer. Es ist für uns zu wenig klar, ob hier ein Einmaleffekt eine Rolle gespielt hat, der Immobilienmarkt angeheizt ist oder ob auch in den kommenden Jahren in diesem Bereich mit hohen Einnahmen zu rechnen ist. Die Entwicklung in diesem Bereich gilt es auf jeden Fall weiter zu beobachten. Leichte Sorgen bereitet uns die in der Tendenz verstärkte Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen.

Auf der Ausgabenseite ist besonders erfreulich, dass die Sozialhilfeausgaben um Fr. 47'400'000 tiefer ausgefallen sind als budgetiert. Auch da ist allerdings nicht abschliessend klar, was die Ursachen anbelangt. Von ausufernden Sozialausgaben, wie es in der Vergangenheit gerade auch von rechts immer wieder moniert worden ist, und einer verstärkten staatlichen Abhängigkeit von Menschen am unteren Ende der Gesellschaft kann auf jeden Fall wirklich keine Rede sein. Diejenigen, die vom Sozialstaat im Allgemeinen oder auf die Sozialhilfe als letztes soziales Netz angewiesen sind, sind von der Teuerung der letzten Monate auf jeden Fall besonders stark betroffen. Ähnliches gilt für die Entwicklung der Mieten und der Krankenkassenprämien.

Deswegen ist es auch wichtig, wie von uns gefordert, einen Schwerpunkt auf die Armutsbekämpfung zu legen und weiterhin dafür zu sorgen, dass die untere Schicht bei den Krankenkassenprämien, bei den Unkosten entlastet wird. Es ist aus unserer Sicht ein unterbewertetes Thema, dass viele Menschen, die Anspruch auf Sozialleistungen hätten, zum Beispiel bei der Prämienverbilligung oder den Stipendien, dies nicht geltend machen und deswegen in prekären Verhältnissen leben. Sei es aus Scham dafür, von staatlicher Unterstützung abhängig zu sein, aus mangelnder Information oder auch aus administrativer Überforderung. Wir sind der Überzeugung, dass es hierzu nähere Untersuchungen geeigneter Massnahmen bedarf. Wir werden diesbezüglich auch noch einen Vorstoss einreichen.

Sorgen bereiten uns ausserdem die vielen Kosten, die dadurch entstehen, dass die psychischen und psychosozialen

Schwierigkeiten unserer Kinder und Jugendlichen zugenommen haben. Es macht sich in der Rechnung, wie gesagt, an ganz unterschiedlichen Stellen bemerkbar. Auch das sollten wir mit Sicht auf die gute Finanzlage unseres Kantons nicht vergessen.

Was die Investition des Kantons anbelangt, so ist die auf einem hohen Niveau in Kombination mit einer sehr hohen Eigenfinanzierung überaus erfreulich. Die Investitionsfähigkeit des Kantons im Bau- und IT-Bereich muss aus unserer Sicht durch den Ausbau der Kompetenzen in der Verwaltung und im Dialog mit den hierfür relevanten Akteuren in der Privatwirtschaft erhöht werden.

Wir danken allen, im Grossen wie im Kleinen, die zu den sehr guten Ergebnissen des letzten Jahres beigetragen haben. Dadurch hat der Kanton den notwendigen Spielraum, um die grossen Herausforderungen anpacken zu können, die auf uns zukommen. Es wird in den nächsten Jahren notwendig sein, viel Geld zu investieren. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang die nötigen Investitionen im Energie- und Verkehrsbereich, Massnahmen zugunsten des Forschungsstandorts, die anstehenden Investitionen bei den Spitälern, eine aktive Bodenpolitik im Sinne des Volkswillens und der nachhaltigen Gewährleistung des bezahlbaren Wohnraums oder auch die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Diese zuletzt genannte Verbesserung ist nicht nur im Sinne einer modernen Familienpolitik, sondern gerade auch mit Blick auf den grassierenden Fachkräftemangel und die anstehende Pensionierungswelle schlicht auch eine Notwendigkeit. Es wird unumgänglich sein, dass der Kanton als Arbeitgeber wettbewerbsfähiger wird, um in den nächsten Jahren das nötige qualifizierte Personal zur Erfüllung der staatlichen Aufgaben finden zu können. Machen wir uns nichts vor, das wird nicht gratis werden. Schliesslich gilt es zu beachten, dass die vom Grossen Rat und den Stimmberechtigten beschlossenen Steuersenkungen noch nicht in Kraft sind.

Schliesslich ist es gerade auch im Sinne einer nachhaltigen Finanzpolitik auch notwendig, einige strukturelle Probleme im Bildungsbereich anzugehen wie die Sicherstellung des Erwerbs gewisser Grundkompetenzen für möglichst alle Schülerinnen und Schüler oder auch die Reduktion der erschreckend hohen Zahl derjenigen, die kein Sek II-Abschluss erlangen. Auch hier zu investieren, wäre im Sinne einer vorausschauenden sozialen Finanzpolitik.

Trotz all diesen Herausforderungen lässt sich nicht bestreiten, und wir wollen auch nicht bestreiten, dass der Kanton finanziell sehr gut dasteht. Dazu haben wir auch keinen Grund, schliesslich verdanken wir diese gute Finanzlage nicht zuletzt Finanzdirektorin Eva Herzog und jetzt Tanja Soland. Dadurch hat der Kanton finanzielle Spielräume und kann wichtige Investitionen angehen, ohne sich in übermässige neue Schulden stürzen zu müssen. Angesichts diverser Unsicherheiten, und da teile ich die Ausführungen des LDP-Fraktionssprechers, unter anderem Stichwort zweite Etappe der OECD-Steuerreform, halten wir es für sinnvoll, die vorsichtige und umsichtige Finanzpolitik der letzten Jahre nicht einfach über Bord zu werfen.

Zur Rechnung der einzelnen Departemente ist von unserer Seite her folgendes zu sagen. Beim Präsidialdepartement hat sich offenbar eine kleine Ungenauigkeit eingeschlichen. Es wurde der Stiftung für preisgünstiges Wohnen nicht irgendwie untersagt oder verboten, eine Geschäftsstelle aufzubauen, das war offenbar ein selbstgewählter Entscheid, dies noch nicht zu tun.

Im Bereich der Gerichte stellen wir fest, dass offenbar die Dolmetschergehälter seit 2003 nicht mehr angepasst wurden. Unter anderem wurde da auch verwiesen auf eine bessere Situation in Zürich in diesem Bereich. Wir begrüssen bei den Gerichten ausdrücklich, dass ein Security-Manager für die IT-Sicherheit eingestellt worden ist und sind gespannt und hoffen auch, dass die Bereitschaft für die Umsetzung von Justitia 4.0 gegeben ist.

Zum BVD haben wir keine speziellen Bemerkungen, nur die Tatsache, dass uns die verstärkte Umwandlung in Eigentumswohnungen gewisse Sorgen bereitet.

Was das JSD anbelangt, stellen wir fest, dass die Zwei-Zentralen-Strategie mit dem Spiegelhof die Kosten offenbar doppelt so teuer sind, als ursprünglich budgetiert. Beachtlich ist da, dass trotz Personalmangel von Minderausgaben bei den Personalkosten zu registrieren sind. Die strukturellen Probleme beim Übergang zur Systempflege sind noch nicht behoben. Da gibt es Alllasten, die finanziell noch belastend wirken. Es wäre gut, wenn hier bald eine nachhaltige Lösung gefunden werden könnte.

Was das Erziehungsdepartement anbelangt, stellen wir fest, dass es mehr nichtqualifiziertes Personal gibt, vor allem auf Sek I-Ebene, die Zunahme verstärkter Massnahmen Jugendhilfe, eine Warteliste beim Zentrum für Frühförderung und es bei den Stipendien Fragen gibt, wieso die Nachfrage nicht so gross ist.

Zuletzt zum Gesundheitsdepartement. Die Kosten in Sachen Felix Platter Spital sind aus unserer Sicht wahrscheinlich noch nicht ausgestanden. Ob die Darlehen rückerstattet werden können, scheint aus unserer Sicht noch nicht sicher. Einige Jahre nach diesem ersten Spitalneubau und ausgelagerter Regimes spricht jetzt ex post nicht unbedingt für eine Spitalauslagerung als Erfolgsmodell und uns scheint zentral, dass man die notwendigen Lektionen vom UAFP lernt und bei einem weiteren Spitalneubau zum Beispiel beim EBITDAR-Parameter realistisch ist.

Ich beende hier meine Ausführungen und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Daniel Seiler (FDP): Es war ein spannender, aber auch intensiver Prozess, das Studium, die Hearings und der Bericht über die Jahresrechnung. Es war sehr viel Papier, in meinen Augen würde ich sogar sagen, zu viel Papier. Ich möchte mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen in der Finanzkommission bedanken für die Zusammenarbeit und auch für die freundliche Aufnahme im Gremium. Ich möchte mich auch beim Regierungsrat und bei den Mitarbeitenden bedanken für die Auskünfte, für die Zeit in diesen Hearings. Es war aus unserer Sicht auch ein konstruktiver Prozess.

Es geht unserem Kanton gut, sehr gut, würde ich sagen. Wir leben hier immer noch im Schlaraffenland. Obwohl die

Gesamtausgaben und der Personalbestand laufend zunehmen, nehmen die Steuereinnahmen auch noch zu. Jährlich werden also hunderte von Millionen zusätzlich oder zu viel Steuern einkassiert. Bei diesen Zahlen fühlt sich die FDP darin bestätigt, dass die Steuern weiter gesenkt werden müssen. Daher haben wir heute auch die Motion für die Einkommenssteuersenkung lanciert.

Erlauben Sie mir ein paar allgemeine Anmerkungen zu den Zahlen. Die Verschuldung. Ja, es ist richtig, die Verschuldung hat sich reduziert, aber wir haben nach wie vor eine Bruttoverschuldung von Fr. 3'300'000'000. Die Zinsen nehmen zu, die Inflation nimmt zu, wir wissen auch noch nicht genau, in welche Richtung das läuft. Wir müssen uns einfach im Klaren sein, 1 Prozent mehr Zinsen bei Fr. 3'300'000'000 sind Fr. 33'000'000 zusätzliche Zinskosten, die wir haben.

Personalkosten. Der Personalaufwand ist in den letzten Jahren auch nochmal um Fr. 40'000'000 gewachsen und beträgt heute Fr. 1'400'000'000. Effizienzsteigerung durch die Digitalisierung oder Automatisierung sind trotz der laufenden IT-Projekte nicht in Sicht. Da erwartet die FDP in den nächsten Jahren spürbare Effekte und erfolgreiche Umsetzungen der IT-Projekte. Apropos Personalkosten, im Rahmen der Diskussion um die Arbeitsmarktzulage der Polizei kam die Frage auf, warum beim Unterbestand von über 80 Polizistinnen und Polizisten trotzdem das Personalbudget überschritten wird. Das heisst, es müssten da eigentlich Fr. 10'000'000 weniger sein. Die Ausführungen dazu waren zum Teil ein bisschen überraschend, so wurde die Systempflege von 2015 als Einfluss erwähnt. Das ist natürlich schwierig nachzuvollziehen, wenn man sieben Jahre nach einer Systempflege immer noch das Geld nicht in das ordentliche Budget überführt hat. Ich glaube, das muss man wirklich anschauen.

Investitionen. Es ist erfreulich, dass die Investitionen sich gesteigert haben im Vergleich zum Vorjahr. Die Fr. 417'000'000 ist eine schöne Zahl. Wenn man ein bisschen detaillierter in die Zahlen schaut, dann fällt der grösste Einzelposten bei der Messe mit Fr. 40'000'000 auf. Diese Fr. 40'000'000, wie nachhaltig die am Schluss sind, das wird sich in Zukunft noch zeigen. Ebenfalls die Fr. 122'000'000, die wir in die Hochbauten investieren. Wir wissen alle, dass bei diesen Fr. 122'000'000 doch die einen oder anderen Mehrkosten drin waren, die man zumindest teilweise hätte verhindern können.

Baukosten haben uns allgemein in der Finanzkommission beschäftigt. So zum Beispiel der Abschreiber Felix Platter, über den wir auch in Zukunft, nehme ich an, im Herbst nochmal sprechen werden. Die Fr. 92'000'000 werden auch in Zukunft ein Thema sein. Wichtig ist da einfach, dass wir die richtigen Konsequenzen daraus ziehen und wenn es um Gesundheitskosten geht und Investitionen vor allem in die Infrastruktur im Gesundheitswesen, dass wir solche Bauten in Zukunft nicht als Rolls Royce konzipieren und bauen, sondern das mehr zweckmässig gestalten, damit wir da nicht in Zukunft wieder intensive Diskussionen über höhere Tarife führen müssen. Sie wissen alle, wenn wir die Spitaltarife erhöhen, dann hat das Konsequenzen für uns alle mit den Krankenkassenprämien, die in der Stadt schon viel zu hoch sind.

Ein weiteres Beispiel, der Präsident hat es angemerkt, der Spiegelhof, wo wir auch zusätzlich nochmal Fr. 33'000'000 jetzt in den zweiten Bau investieren müssen. Hätte man das am Anfang angeschaut, ich glaube, am Anfang hätte man sich die Frage gestellt, sind Fr. 70'000'000 oder Fr. 80'000'000 nötig, um ein altes Gebäude zu sanieren oder hätte man da nicht schlauserweise einen Neubau erstellt.

Noch ein Wort zum Bau- und Gastgewerbeinspektorat. Diese Abteilung hat in letzter Zeit bei einigen Planern und Architekten dazu geführt, dass sie graue Haare bekommen haben. Da ist einiges nicht gut gelaufen. Man hat uns versichert, dass die Pendenzen abgearbeitet werden, und hat uns auch versichert, dass die Digitalisierung und Umorganisation funktionieren wird. Wir hoffen, dass das schnell geht. Wir diskutieren bei der Staatsanwaltschaft seit Jahren über diese Pendenzenberge, wir hoffen, dass wir da diese Berge auch wirklich wegbekommen. Die FDP wird ein Auge auf das Thema "Frist-Stopp" in dem Zusammenhang haben. Der Frist-Stopp tritt scheinbar ein, wenn irgendwelche Dokumente fehlen, das heisst, die ganze Dauer wird dann nochmal gestoppt und fängt dann wieder von vorne an. Ich hoffe, dass dieser Frist-Stopp dann nicht missbraucht wird, damit die Frist-Bilanz frisiert wird.

Unterschiedlich bewertet werden die sinkenden Ausgaben für die Sozialhilfe. Für die FDP sind die geringeren Unterstützungsleistungen der Sozialhilfe auch ein Zeichen dafür, dass viele Menschen davon profitieren, wenn es der Wirtschaft gut geht.

Abschliessen noch einige Gedanken zum Erziehungsdepartement. Das wurde auch vorhin schon erwähnt, da haben wir einen Punkt, wo wir wirklich daran arbeiten müssen, dass wir mehr von diesen jungen Menschen wieder in den Arbeitsprozess integrieren können und wir haben ein bisschen das Gefühl gehabt, dass da wirklich auch eine Strategie fehlt, wie wir konkret von diesen 15 Prozent auf 5 Prozent runterkommen. Wir sind aber guten Mutes, dass wir das zusammen anpacken können im Sinne der jungen Menschen.

Die FDP stimmt der Rechnung somit zu.

Pascal Messerli (SVP): Auch die SVP-Fraktion wird der Rechnung zustimmen und diese zur Kenntnis nehmen. Man kann es auch in diesem Jahr durchaus positiv zur Kenntnis nehmen, aber bevor jetzt, um beim Fussball zu bleiben, die allergrosse MiaSanMia-Euphorie ausbricht, sollten wir jetzt trotzdem etwas demütig und kritisch sein. Die Hauptgründe für die guten Finanzergebnisse liegen nämlich ganz klar auf der Seite der Einnahmen. Wir haben gute Pharma, gute Unternehmen, gute Steuerzahler und es ist jetzt nicht so, dass wir in den letzten Jahren eine besonders nachhaltig gute Ausgabenpolitik gepflegt haben. Hier muss ich meinem Vorredner der SP, Tim Cuénod, ganz klar widersprechen. Wenn wir nämlich mit uns ehrlich sind, dann sind wir das Paris Saint-Germain der Schweiz. Wir haben sehr gute Geldgeber, welche sehr viel Geld in ein System reinpumpen, was uns möglich macht, dass wir das Geld teilweise auch mit beiden Händen zum Fenster rauswerfen können, und es geht uns immer noch blendend und dank der OECD-Mindeststeuer werden wir jetzt neue Honigtöpfe bekommen und können dann noch mehr Geld ausgeben. Hier muss man einfach auch mal ganz klar sagen, dass auch die Einnahmen und die externen Faktoren auch in Zukunft variieren können. Sie können

auch mal ins Negative verlaufen und hier wäre es schon auch mal angebracht, dass wir auf der Ausgabenseite eine nachhaltigere Politik machen.

Wir sind jetzt auch nicht der Meinung der Finanzkommission, dass wir jetzt rein wegen diesem Überschuss von Champions League sprechen können. Von Champions könnten wir sprechen, wenn wir mit möglichst wenig Einnahmen das Beste für den Kanton herausholen würden und wenn ich mir jetzt das Finanzdebakel beim Felix Platter Spital anschau, wenn ich mir anschau, wie die Stiftung Wohnraum Basel vom Präsidentsdepartement im Regen stehen gelassen wird, wenn ich mir anschau, wie schlecht die Zustände beim Bau- und Gastgewerbeinspektorat sind und wenn ich anschau, wie schlecht die Schulen und die Abschlussquoten auf Sek-Ebene sind, dann spielen wir nicht Champions League, dann hätten wir wahrscheinlich nicht einmal die Qualifikation für die Conference League erreicht. Das sind die Fakten und wir können hier nicht nur einfach von guten Finanzerträgen sprechen.

Ich glaube, wenn wir jedes Jahr über hundert Millionen oder mehrere hundert Millionen Gewinn machen, dann müssten wir ganz klar wieder den Fokus auf Steuersenkungen legen, weil es da einfach auch ein Fakt ist, dass wir viel zu viel Einnahmen haben und auf der Einnahmenseite das Ganze gut läuft und wir bei der Ausgabenseite etwas besser werden müssen und wir nicht überall mehr sprechen können. Wir kommen ja später noch beim Theater Basel zu einem Geschäft, wo auch die SVP einen Abänderungsantrag stellen wird.

Vielleicht noch zu den einzelnen Themen. Ich habe das Bau- und Gastgewerbeinspektorat vorhin erwähnt. Hier ist es schon so, dass die Pendenzen gross sind. Es gibt eine starke Bürokratie, viel Wartezeiten, es kommen Architekten und Bauherren auf uns zu, die sich wirklich über die Zustände nerven, dass sie teilweise ein Drittel ihrer Arbeitszeit damit verbringen, um das Bau- und Gastgewerbeinspektorat zu befriedigen. Teilweise kann man gewisse Eingaben digital machen, andere Eingaben wiederum nicht, die Wartezeiten sind sehr lang und hier erwarten wir wirklich einmal jetzt von der SVP-Fraktion, dass das BVD hier ein Schwerpunkt beim Bau- und Gastgewerbeinspektorat setzt. Es sind jetzt Zustände, die seit Jahren kritisiert werden. Hans-Peter Wessels hat die Zustände jahrelang wegelächelt, Esther Keller nimmt sie zumindest zur Kenntnis, ich möchte Sie aber auch daran erinnern, dass im Wahlkampf Digitalisierung eines ihrer Hauptpunkte waren. Hier sollte man wirklich auch die Prozesse optimieren, damit die Wartezeiten abgebaut werden können und die Pendenzen abgebaut werden können, damit man auch die Bürokratie etwas in den Griff bekommt. Hier erwarten wir von der SVP-Fraktion einen klaren Schwerpunkt auf dieses Thema.

Es ist bekannt, dass wir bei der Rechnung als Parlament jetzt nicht sehr viele Kompetenzen haben. Wir können ein Fraktionsvotum halten, wir können Einzelvoten halten, ändern können wir diese nicht mehr, wir können diese jetzt einfach noch formell genehmigen. Ich glaube, unser parlamentarisches Instrument, das wird dann im nächsten halben Jahr die Budgetdebatte sein und hier rege ich sowohl die Finanzkommission als auch das Parlament an, dass wir hier auch unsere finanzpolitische Kompetenz wahrnehmen und vielleicht nicht immer alles kritisch abnicken, was von der Regierung kommt. In anderen Kantonen finden viel lebhaftere Debatten statt in diesem Bereich und ich denke, man muss nicht immer nur regierungskritisch sein, aber die Gewaltenteilung sollten wir dann schon auch wahrnehmen und nicht immer alles absegnen, was dann in einem halben Jahr von der Regierung kommt. Und hier ersuche ich auch die Finanzkommission, so wie das auch im letzten Jahr das erste Mal seit langem wieder mal geklappt hat, dass wir auch dort gewisse Abänderungsanträge stellen und auch gut der Regierung und der Verwaltung auf die Finger schauen, was man in Zukunft für Ausgaben benötigt und welche nicht und dann können wir vielleicht auch mal ernsthaft davon reden, dass wir Champions League spielen.

Zwischenfrage

Georg Mattmüller (SP): Pascal Messerli, wie bringen Sie das Challenge League-Bild mit dem Triple-Rating von Standard & Poor's vom vergangenen November in Verbindung?

Pascal Messerli (SVP): Es gibt immer gewisse Labels, auf die man sich beziehen kann, aber ich bin trotzdem der Meinung, dass wir halt einfach schauen müssen, dass wir möglichst wenig Ausgaben haben, dass wir auch die Menschen, den Mittelstand entlasten können. Das haben wir jetzt einmal sehr gut geschafft bzw. die letzten paar Jahre haben wir es geschafft, aber wenn wir so starke Überschüsse haben, dann müssen wir auch in Zukunft wieder darüber reden und die Entlastung des Mittelstandes ist aus meiner Sicht wichtiger als hunderte Millionen Überschüsse.

Jo Vergeat (GAB): Für mich ist es keine Kunst, Geld zu machen. Das sagte nicht unsere Finanzdirektorin, sondern Dagobert Duck. Aber vielleicht denkt sich das Tanja Soland manchmal, wenn sie wieder vor einer Abrechnung steht. Spass beiseite. Unserem Kanton Basel-Stadt geht es finanziell gut, sehr gut sogar. Das bestätigt wiederum die Jahresrechnung 2022. Die Fraktion des GAB stimmt dem Bericht der Finanzkommission zur Jahresrechnung des Kantons sowie dem Mitbericht der BKK zu den fünf dazugehörigen Museen zu und bedankt sich in erster Linie bei den Mitarbeitenden im Kanton und bei den Gerichten, insbesondere im Finanzdepartement für die umsichtige Rechnungsführung. Wir sehen die grosse Arbeit, welche sich hinter diesen Zahlen verbirgt, auch wenn wir jetzt einiges kritisch kommentieren.

Den grossen Überschuss von Fr. 217'000'000 nehmen wir zur Kenntnis und möchten im gleichen Zug klarstellen, und wir merken, es ist wichtig, dass dieses Geld nicht für weitere Steuersenkungen genutzt, sondern unter anderem in unser vom Volk bestätigtes Ziel Netto-Null 2037 investiert werden muss. Wir brauchen jetzt gute und sozialgerechte Klimaschutzmassnahmen, um alle Menschen auf diesem Weg, den wir gemeinsam bestreiten wollen, mitzunehmen und wir freuen uns darüber, dass wir mit unserem guten Finanzhaushalt Kapazitäten haben, diese Massnahmen fair auszugestalten. Denn eines ist sicher, Klimaschutz wird teurer, je länger wir warten.

Nach der deutlichen Annahme der OECD-Steuer in Basel wird auch die Frage laut, wohin die Einnahmen aus der OECD-Steuer fließen. Wir möchten uns schon jetzt vehement dafür stark machen, dass die Einnahmen nicht einfach zurück in die Wirtschaft gehen, sondern in eine Standortförderung, die sowohl der Wirtschaft wie auch der Bevölkerung zugutekommt. Denn Standortattraktivität generiert vor allem, wer seiner Bevölkerung einen guten Lebensstandard, ein sicheres soziales Netz, eine vielfältige Kulturszene, ein breites Freizeitangebot, bezahlbaren Wohnraum, gute Bildung, Grundlagen für Vereinbarkeit und eine für die Zukunft gerüstete Stadt-Infrastruktur bieten kann.

Und bevor noch ein paar allgemeine Punkte aus den Departementen aufgegriffen werden, äussern wir vom GAB noch einen Wunsch an die Regierung. Immer wieder erhalten wir als Parlament im Nachgang an eine Forderung, einen Vorstoss oder bei Umsetzung von Ratschlägen und Konzepten vor allem eines, pessimistische Prognosen und mutlose Umsetzungsvorschläge. Das zieht sich von der Budgetierung über die Klimaanpassungen in unserer Stadt hin zum Ausbau der Erneuerbaren. Und gerade die pessimistische Budgetierung zeigt uns auch immer wieder, wir schaffen es doch und am Ende sieht alles etwas anders aus.

Wir wünschen uns, dass diese Zurückhaltung, teilweise gar Mutlosigkeit von einem Umsetzungswillen ersetzt wird. Dass anspruchsvolle Projekte mit Energie angepackt und gemeinsam mit den Mitarbeitenden und dem Parlament umgesetzt und diskutiert werden. Sie alle, geschätzte Regierungsrät*innen, sitzen in der Exekutive in einem Amt, das es ermöglicht, gross zu denken. Sie wurden von der Bevölkerung gewählt, weil man Ihnen Grosses zutraut. Setzen Sie Akzente und denken Sie zuerst einmal gross, bevor wir es hier drin dann sowieso wieder kleinreden. So können wir die grossen Herausforderungen am Ende wohl ambitionierter meistern.

Und nach dem Appell zu einigen kritischen Punkten in den einzelnen Departementen. Wir werden aber auch bei den einzelnen Departementen noch votieren.

Im BVD beschäftigt uns das Bauen sowohl im Hoch- wie auch im Tiefbauamt. In beiden Planungsbereichen scheint keine Projektplanung aus der Vergangenheit im damaligen Kostenrahmen realisierbar zu sein. Das Resultat sind steigende Ausgaben. Obwohl diese teilweise erklärbar sind, zieht es sich durch und weckt beim GAB die Sorge der Zukunft. Wie gehen wir mit diesen Fehleinschätzungen und Projektierungen um, damit wir die Kosten im Rahmen halten und dennoch Planungen an die aktuellen Ansprüche und Nutzungsformen anpassen können? Die Frage nach Stärke und Schwäche des Dreirollenmodells stellt sich auch hier wieder deutlich.

Die Auseinandersetzung mit dem Geschäftsmodell Infrastruktur ist sehr zentral für den Diskurs über den Umbau unserer Stadt in eine klimaneutrale Stadt, die der kommenden Hitze trotzen kann. Dazu kommt der Erhalt der städtischen Infrastruktur. Für einen schnellen und effektiven Umbau wird manchmal auch zusätzlicher Restwert vernichtet. Das GAB möchte hier aber betonen, dass dies im grossen Blick betrachtet werden muss. Nur weil Jahrzehnte lang nicht auf die Klimaerhitzung reagiert wurde und passende Massnahmen erst jetzt unter hohem Zeitdruck umgesetzt werden, kommt es überhaupt zu diesen vielen Abwägungen in der Planung. Unsere Stadt an die Klimaerhitzung anzupassen, ist zentral und wir vom GAB wünschen uns gerade hier, dass die Begründung in der ganzen Stadt und die Entsiegelung vorangeht. Klimagerechtes Bauen gewinnt im BVD an Bedeutung. Das erfreut uns. Wir verfolgen den Bau am Walkeweg sehr interessiert und hoffen, die Erkenntnisse werden mutig in die nächsten Projekte eingebaut.

Weiter beobachten wir auch die Entwicklung in der ÖV-Nutzung. Auch wenn die Zahlen noch nicht das Vor-Corona-Niveau erreichen, zeigt sich eine Rückkehr der Nutzenden. Damit das auch in Zukunft so bleibt, braucht es weiterhin einen starken und attraktiven ÖV, denn die Illusion, dass Sharing-Trottis und -Bikes die ganz grossen Mengen an Menschen in Zukunft transportieren können, dürfen wir trotz Angebot und Nachfrage nicht zu hoch halten. Oder möchte sich jemand das Verkehrschaos am Aeschenplatz vorstellen, wenn statt zwei Trams zusätzliche 60 bis 120 Trottis unterwegs sind?

Nach der Abschreibung des UAFF bleibt beim GAB die Frage im Raum, wie die Finanzierung der Spitäler sich in Zukunft entwickeln soll. Wir sind froh, dass wir das auch nochmal hier drin diskutieren.

Der Spiegelhof, welcher als Immobilie beispielhaft dafür steht, dass alles massiv teurer wird, lässt Teile unserer Fraktion fragen, ob es sich nicht gelohnt hätte, das Gebäude abzureissen. Was für Gedanken unserer Fraktion, welche sich ja bekannterweise vehement gegen die Vernichtung von grauer Energie in Bauten wehrt.

Wichtig ist es uns ausserdem bezüglich dem WSU zu betonen, dass wir als GAB nicht per se erfreut darüber sind, dass der Bezug der Sozialhilfe abnimmt. Dem gegenüber stehen nämlich die Zahlen zur unsichtbaren Armut, welche deutlich zunehmen. Wir begrüssen es, dass sich das Departement intensiv mit den Gründen für die Abnahme der Sozialhilfebezügen auseinandersetzt.

Hiermit sind wir am Ende eines kritischen Votums angekommen. Vielleicht liegt es am Zusammenlegen vom GPK- und dem Finanzkommissionsbericht, dass bei uns besonders viele kritische Punkte laut wurden. Vielleicht aber kann man gerade dann, wenn es der Kantonskasse gut geht, noch ein bisschen genauer hinschauen, wohin das Geld fliesst. Wir bedanken uns auf jeden Fall trotzdem für die konstruktive und kritische Zusammenarbeit. Und um versöhnlich mit einer anderen Perspektive auf Geld zu schliessen, zitiere ich noch Donald Duck, der bekanntlich nie ein Händchen für Geld hatte: "Happiness is the richest thing we own".

Balz Herter (die Mitte/EVP): Auch im letzten Jahr konnte der Kanton Basel-Stadt erneut wider Erwarten einen saftigen Überschuss im dreistelligen Millionenbereich verbuchen. Dank den sprudelnden Steuereinnahmen, welche durch die Privatpersonen und Firmen erarbeitet wurde, können wir uns unseren üppigen Staatshaushalt, die Ausgaben und die Investitionen weiterhin leisten. Zum Glück wurde das Basler Steuerpaket vom Stimmvolk im März mit 84,4 Prozent angenommen. Dies führt zu einer spürbaren Entlastung aller steuerzahlenden Personen in unserem Kanton und verhindert eine Abwanderung von Personen, die sehr viel Steuern zahlen und somit zum Wohlstand unserer Region beitragen. Auch der letztjährige Rechnungsabschluss zeigt einmal mehr auf, dass wir uns diese Massnahmen durchaus leisten können.

Wie auch schon in den Voten der letzten Jahre muss ich mich erneut fragen, ob wir es einmal hinbekommen, ein grösseres Bauprojekt im gesetzten Zeitplan, im gesprochenen Budget und ohne abschliessende Baumängel und Rechtsstreite zu finalisieren. Die Negativspirale scheint in diesem Thema leider nicht abzubrechen. Es ist daher allerhöchste Zeit, dass hier gehandelt wird und die Prozesse und das Monitoring so angepasst werden, dass die Projekte geordnet über die Bühne gehen können.

Auch beim Bau- und Gastinspektorat haben wir anscheinend eine Dauerbaustelle. Trotz Fortschritte bei der Digitalisierung und der Besetzung von Vakanzen, was sehr erfreulich ist, werden Bauherrschaften durch Fristverzögerungen Steine in den Weg gelegt. Die extrem hohen Auflagen und die enormen Verzögerungen bei der Bearbeitung der Gesuche führen nicht dazu, dass die gesetzten Klimaziele erreicht werden können. Hoffen wir doch sehr, dass sich die Situation bald entspannt und die Gesuche zukünftig wieder in nützlicher Frist abgearbeitet werden können, damit auch das Bauen weiterhin im Kanton Basel-Stadt möglich bleibt und dies in einem Zeitraum, der vertretbar ist.

Sorgen bereitet uns der Fachkräftemangel im Kanton. Während den Hearings wurde der Finanzkommission mitgeteilt, dass es vor allem nach Pensionierungen schwierig ist, diese Stellen in der Verwaltung neu zu besetzen. Wir sind daher sehr erfreut darüber, dass die Regierung mit den Personalabteilungen departementsübergreifende Strategien erarbeitet, um den Fachkräftemangel mit einer sorgfältigen Planung und den entsprechenden Massnahmen bestmöglich abzufedern. Wir hoffen, dass dieses Vorhaben erfolgreich sein wird und die Stellen auch zukünftig besetzt werden können.

Zum Schluss möchte ich allen zuständigen Stellen in den Departementen und Gerichten für die gute Arbeit und die Budgettreue bedanken, aber auch bei unseren Steuerzahlenden, die mit ihrem Beitrag Jahr für Jahr dafür sorgen, dass wir schwarze Zahlen schreiben.

Ich bitte Sie im Namen der Fraktion Mitte/EVP, die Rechnung zu genehmigen.

David Wüest-Rudin (GLP): Der Jahresbericht ist ja jeweils ein Blick zurück mit einer Bilanzierung. Darum möchten wir von den Grünliberalen zuerst dem vollzähligen Regierungsrat und allen Mitarbeitenden für ihren Einsatz für die öffentlichen Aufgaben und das Gemeinwohl danken. Basel ist ein sehr guter Standort und Lebensort. Die Menschen fühlen sich wohl hier, die Stadt wächst, sowohl wirtschaftlich wie von den Einwohnenden. Wir profitieren hier von einer sehr guten Lebensqualität. Danke an dieser Stelle für Ihren Beitrag dazu.

Im Kern geht es in dieser Debatte um die Finanzen und den Bericht der Finanzkommission. Auch finanziell sieht es ja insgesamt gut aus. Fr. 217'000'000 Überschuss, die Eigenfinanzierung bei den Investitionen liegt bei satten 134 Prozent. Die Einkommens- und Vermögenssteuern steigen stetig trotz Steuersenkungen, wir sind mittlerweile bei über Fr. 2'000'000'000.

Der kritische Teil unserer Betrachtung der Entwicklung der Finanzen bleibt der Gleiche wie die vergangenen Jahre. Da hat sich die Situation nicht geändert, Sie kennen das schon. Darum denken wir, spielen wir auch nicht in der Champions League und die Finanzpolitik ist nicht als besonders vorsichtig zu bezeichnen, wie das von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern gesagt wurde. Sie kennen das, die Ausgaben, bzw. technisch genauer gesagt, das zweckgebundene Betriebsergebnis wächst stark, zu stark. Das ist natürlich eine Frage der Einschätzung, das ist unsere Einschätzung, dass wir dieses Wachstum kritisch sehen, wenn Basel-Stadt im Betriebsergebnis immer noch mit Fr. 20'000'000 defizitär ist. Ja, dafür ist auch das Parlament verantwortlich und ja, manchmal sprechen auch wir Grünliberalen zusätzliche finanziellen Mittel für neue Aufgaben oder für uns wichtige Anliegen. Das schliesst sich nicht aus.

Mit der Ertragssituation kann sich Basel-Stadt tatsächlich auch mehr als andere Kantone leisten. Wir ziehen aber aus der Situation und dem Bericht der Finanzkommission verschiedene Schlüsse. Zum einen sind die Anstrengungen zur Transparenz und Effizienz im Finanziellen weiter zu verstärken. Regierung und Verwaltung sind grundsätzlich bestrebt, wirtschaftlich zu handeln und die Mittel effizient einzusetzen. Das würden wir und sicher wohl auch sonst niemand bestreiten. Es gibt aber durchaus Beispiele, auch im Bericht der Finanzkommission, die darauf hinweisen, dass das stete hartnäckige Bestreben, die finanziellen Mittel transparenter und effizienter einzusetzen und damit auch Raum für neue Aufgaben und Ausgaben zu schaffen, dass dies noch weiter gestärkt werden kann.

Da ist zum Beispiel die St. Jakobshalle, bei der nicht transparent ist, was ihre Leistungen dem Kanton effektiv kosten. Bekanntlich benötigte sie in der Vergangenheit regelmässige Baukredite. Ein Gutachten regt an, die Transparenz für den Kanton durch die Etablierung einer eigenständigen Rechtsform herzustellen. Der Regierungsrat ist bisher taub auf diesem Ohr. Wir begrüssen es, dass sich die Finanzkommission weiter mit der Halle befassen wird.

Da gibt es als weiteres Beispiel das Projekt SAP S/4HANA, bei dem etwas kontrovers blieb, ob und wie sehr von Beginn weg die möglichen Effizienzpotenziale angestrebt wurden. Das ist generell bei steigenden Informatikausgaben eine Frage, welche die Finanzkommission beschäftigt. Wie können auch Effizienzgewinne realisiert werden? Wir möchten das Finanzdepartement ermutigen, bei SAP und anderen Informatikanwendungen weiter konsequent die Effizienzen anzustreben.

Als weiteres Beispiel kann der Abschreiber betreffend das Felix Platter Spital genannt werden. Da wird dem Kanton nun ein zu teurer Spitalbau zum Verhängnis oder als weiteres Beispiel die Systempflege bei der Polizei. Da geht es vor allem um das Thema Transparenz. Die Systempflege wurde sieben Jahre lang nicht ins Budget aufgenommen, was eine deutliche Differenz zwischen Realität und Plan in Millionenhöhe ergibt. Der Präsident der Finanzkommission hat auch darauf hingewiesen und auf weitere Beispiele verwiesen bezüglich Thema Effizienz und Transparenz, die man noch stärken könnte. Die Bestrebungen nach Effizienz und Transparenz können also weiter vorangetrieben werden.

Eine zweite Schlussfolgerung aus der Entwicklung des ZBE ist für uns, dass das Parlament zu der mittelfristigen Entwicklung dieser Grösse mitreden können sollte. Der Regierungsrat setzt sich selbst den maximalen Wachstumspfad, was die Entwicklung der finanziellen Situation des Kantons wesentlich beeinflusst. Das Parlament hat dazu bisher nichts

zu sagen. Hier sollte man über eine Änderung nachdenken. Dann könnten wir die Entwicklung nicht nur in Voten kritisieren oder befürworten, je nachdem, wir könnten auch dazu mitbestimmen und die Politik des Regierungsrates hätte hier eine andere Legitimation.

Das zweite grosse Thema, das wir jeweils kritisch sehen und Sie auch schon kennen, ist die Entwicklung der Schulden, genauer der Bruttoschulden. Sie sind immer noch sehr hoch, Fr. 3'300'000'000, Daniel Seiler hat es auch erwähnt. Das ist im Vergleich zu den Steuereinnahmen, die ich vorhin gesagt habe, die Einkommens- und Vermögenssteuern von Fr. 2'000'000'000, ein sehr hoher Wert. Die pro-Kopf-Verschuldung in Basel-Stadt ist einer der höchsten in der Schweiz. Dass die Zinsen sich ändern werden und wir dann zweistellige Millionenbeträge von uns Steuerzahlenden an Banken abführen werden, das mahnen wir seit Jahren an. Nun tritt es nach und nach ein. Ein Zahlenbeispiel hierzu. 1,5 Prozent Zinsanstieg sind etwa Fr. 50'000'000 und diese 1,5 Prozent, die werden kommen. Im Moment profitieren wir noch von den mit tiefen Zinsen abgeschlossenen Finanzierungen, Basel-Stadt konnte im Jahr 2022 zwar etwas Schulden und damit Zinslast abbauen, es steht aber im Verhältnis zum Ertrag immer noch am selben Ort wie 2020 zum Beispiel. Wir müssen in den nächsten Jahren rasch und deutlich Bruttoschulden abbauen, um die absehbare Zinsbelastung abzufedern.

Wir ziehen zwei Schlussfolgerungen daraus. Erstens ist die OECD-Steuerreform und der mögliche Mehrertrag die Gelegenheit, nun ein Abbau von Schulden zu betreiben. Die Begehrlichkeiten sind ja bereits geweckt und es werden mannigfaltige Forderungen angemeldet auch hier schon in dieser Debatte. Es werden Forderungen angemeldet, wie dieses Geld ausgegeben werden soll. Dem ist zum ersten Mal entgegenzutreten. Denn erstens wissen wir noch gar nicht, welche Auswirkungen die Steuerreform haben wird, wie gross die Mehreinnahmen effektiv sein werden, Firmen abwandern werden, usw. Man kann die Ernte nicht verteilen, bevor überhaupt angesät ist.

Und zweitens, wir haben genügend grosse Aufgaben vor uns, die wir beschlossen haben. Die Netto-Null-Zielsetzung beim Klimaschutz mit 2037 wird grosse, auch finanzielle Anstrengungen verlangen. Jo Vergeat hat das deutlich auch gesagt und da stimmen wir ihr zu. Wir haben die Kindertagesstätten, wir haben das U-Abo, die Liste könnte erweitert werden. Wir dürfen hier also auf keinen Fall künftig noch weniger finanzpolitische Disziplin zeigen als heute. Und eben, wir sollten unsere hohe Verschuldung abbauen.

Das alles zeigt uns, dass wir unsere parlamentarische Finanzpolitik stärker mittel- bis langfristig ausrichten sollten. Der Jahresbericht mit der Rechnung hat zu wenig Bezug darauf, was eigentlich vom Regierungsrat mittelfristig geplant wurde, was er sich vorgenommen hat und ob er es erreicht hat, auch finanziell. Die Finanzplanung ist zwar da, aber es geht auch um die Details. Die jährliche Sicht ist hier sehr eingeschränkt, sie bezieht sich immer nur kurzfristig auf Rechnung gegenüber Budget. Das Parlament gibt keine mittelfristigen finanzielle Zielsetzungen vor, nach dem es sich selbst und vor allem der Regierungsrat richten könnte und im Jahresbericht wird nicht eine längerfristige Entwicklung gezeigt. Auch hier würde es sich aus Sicht der Grünliberalen lohnen, weiter zu denken, zum Beispiel in Richtung eines Aufgaben- und Finanzplans.

Zum Abschluss möchte ich und die GLP-Fraktion trotz diesen auch kritischen Blicken und Anregungen dem Finanzdepartement speziell danken für die seriöse und gute Führung der Buchhaltung und für die Darstellung der Rechnung. Auch das ist eine sehr zu würdigende Leistung.

Selbstverständlich folgen die Grünliberalen der Finanzkommission und genehmigen die Rechnung 2022 und empfehlen Ihnen, dies auch zu tun.

Eric Weber (fraktionslos): beantragt Rückweisung der Rechnung

Ich bin der Grossrat, der sagt, sparen, sparen, sparen. Ich möchte in freier Rede erklären, wie ein Bürger von Basel das sieht, sparen, sparen, sparen. Aber das Wort sparen ist für die Regierung ein Fremdwort. Ich möchte auf meine Anfragen zu sprechen kommen. Ich habe aufgedeckt, dass die Regierung Fr. 70'000 in den Sand gesetzt hat mit dieser Bundesratsfeier für Eva Herzog. Man hatte zwei Wochen Zeit, diese Feier zu planen und nicht drei Wochen vorher die Eintrittskarten zu versenden und ich weiss auch jetzt, ich hätte als Grossrat keine Einladung bekommen zur Bundesratsfeier für Eva Herzog.

Ich bin mit dieser Rechnung nicht einverstanden und ich stelle Rückweisung an die Kommission und ich stelle Antrag auf Nichteintreten. Ich bin nicht einverstanden, wie unser Geld verschleudert wird. Gehen Sie ins Kleinbasel, fragen Sie die Leute, wie die Leute immer mehr verärgert sind. Ich bringe es hier vorne in einem freundlichen Wort, was die Volksseele empfindet. Die Gesellschaft ist gespalten zwischen diesen, die Geld haben und die kein Geld haben. Es kann auch nicht sein, dass die Regierung Fr. 5'000 für ein Interview an einen Journalisten bezahlt. Ich darf hier vorne sagen, dass wir Geld verschleudern, darum stelle ich den Antrag auf Nichteintreten und Rückweisung.

Das Volk will diese Rechnung nicht, das Volk hat kein Geld. Gehen Sie an den Badischen Bahnhof, die Leute sammeln Pfandflaschen und ich erhalte ständig auf meinem Handy die Nachricht, dass die einheimische Bevölkerung Pfandflaschen sammeln muss, weil die AHV nicht reicht, aber der Regierungsrat gibt Geld aus. Lesen Sie die Basler Zeitung von heute, das zweiseitige Interview zum Thema Drogen, Kokain, etc. Der Polizist sagt in der Basler Zeitung, wir haben zu wenig Polizisten.

Der Präsident erteilt Eric Weber einen ersten Ordnungsruf

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Besten Dank für Ihre Voten, die ich alle sehr interessant fand, mit Punkten, über die wir gerne in der Finanzkommission auch weiter diskutieren können. Ich möchte nur einen Punkt erwähnen. Wenn ich von der FDP höre, übrigens auch mit einem sehr schönen Bild auf Twitter, die Steuern, Sie möchten neue Steuersenkungen, dann

möchte ich einfach hier erwähnen, dass sich die Steuersenkungen von Fr. 112'000'000 erst auf die Rechnung 2024 auswirken werden. Daher sehen wir zwar steigende Steuereinnahmen, aber das wird wohl dann auch einen Knick geben von etwa Fr. 112'000'000. Das bitte ich Sie noch zu bedenken, wenn Sie hier weitere Steuersenkungen fordern.

Joël Thüring, Präsident FKom: Ich danke für die wohlwollende Aufnahme unseres Finanzkommissionsberichts, ich danke auch für die Voten der Fraktionen. Mir ist es heute zum ersten Mal in meinem Leben gelungen, dass mein Fraktionskollege Pascal Messerli MiaSanMia sagt. Er ist ja ein bekennender Nicht-Bayern-Fan, das ist für ihn sicher sehr schwierig gewesen, das jetzt in diesem Zusammenhang hier drinnen zu sagen. Ich bleibe deshalb dabei, dass der Kanton Basel-Stadt in der Champions League spielt, wenn wir uns dieses Finanzresultat anschauen und ich bin auch der Meinung, dass der Kanton gut vorbereitet darauf ist, in dieser Champions League zu bleiben.

Pascal Messerli hat darauf hingewiesen, dass wir als Finanzkommission kritisch sein sollten. Ich glaube, wir sind als Finanzkommission weiterhin sehr kritisch, waren auch schon immer sehr kritisch, auch schon in früheren Jahren. Wir werden weiterhin auch bei einem positiven Rechnungsabschluss kritische Fragen stellen, das haben Sie auch in diesem Kommissionsbericht jetzt gesehen. Wir haben ja bei aller Freude über diesen hohen Überschuss trotzdem einige Punkte adressiert, die wir finden, die suboptimal sind, die man besser machen könnte und wir bleiben selbstverständlich auch bei diesen Themen so dran.

Der Regierungsrat selber ist bei den Ausgaben ja auch kritisch. Er hat gemäss Gesetz und Verfassung den Auftrag, alle vier Jahre ein GAP, eine Generelle Aufgabenüberprüfung durchzuführen und wir sind auch in der Finanzkommission sehr gespannt, was dann das Resultat dieser GAP sein wird. Insofern, glaube ich, nimmt die Finanzkommission wie auch die Geschäftsprüfungskommission ihre Aufgaben zu dieser Frage sehr ernst.

Ich möchte auch noch auf das von David Wüest-Rudin eingehen resp. das haben aus meiner Sicht auch andere Sprechende kurz erwähnt, diese OECD-Steuerreform. Ich möchte da einfach wertneutral, ich mache keine politische Aussage dazu, daran erinnern, dass diese Steuerreform nicht morgen bereits wirksam ist. Diese wird sich in unserem Kantonshaushalt in den Jahren 2026/2027 vielleicht zum ersten Mal richtig auswirken. Seien wir ein wenig vorsichtig, wenn wir heute schon zu stark mit dieser OECD-Steuerreform argumentieren bei allen Geschäften, die noch so kommen werden. Wir haben finanzpolitische Herausforderungen, das hat Regierungsrätin Tanja Soland ja auch schon bei der Debatte zum Budget 2023 erwähnt und diese Herausforderungen, glaube ich, werden wir angehen müssen und die Finanzkommission wird selbstverständlich diese Herausforderungen auch kritisch weiter betrachten.

Wichtig scheint mir, weil ich es in meinem Eintretensvotum nicht erwähnt habe, aber unter anderem auch David Wüest-Rudin für die GLP-Fraktion noch speziell hervorgehoben hat, ist die Situation mit der St. Jakobshalle. Das ist tatsächlich ein Geschäft, das uns Bauchschmerzen bereitet. Es ist auch kein Geheimnis, dass es nicht nur dieser Oberaufsichtskommission Bauchschmerzen bereitet, sondern auch einer zweiten Oberaufsichtskommission und die Finanzkommission bleibt bei diesem Geschäft St. Jakobshalle dran. Wir werden hierzu, das steht auch im Bericht der Finanzkommission, wieder an Sie gelangen. Das ist ein Thema, das tatsächlich bei uns auf der Prioritätenliste sehr weit oben stehen wird oder auch weiterhin steht. Sie sehen, uns wird die Arbeit nicht ausgehen.

Es ist natürlich als Finanzkommissionspräsident immer schöner, wenn man hier vorne sitzen kann bei solch tollen Überschüssen, wahrscheinlich wird es etwas schwieriger, wenn der Kanton keine Überschüsse mehr schreiben würde. Wir bleiben deshalb konstant kritisch und werden auch kommende Rechnungen kritisch beäugen, sind aber überzeugt, dass diese kritische Hinterfragung auch seitens Regierungsrates geschehen wird. Wir sind deshalb auch gespannt auf die Präsentation des Budgets 2024 seitens des Regierungsrates, das wird ja dann hier drin sicherlich auch wieder kritisch diskutiert werden können.

Ich bitte Sie also, dem Antrag der Finanzkommission so zuzustimmen und den anderen Anträgen nicht Folge zu leisten.

Eintretensdebatte

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: damit ist die Eintretensdebatte abgeschlossen. Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde beantragt durch Eric Weber.

Abstimmung

über die Rückweisung an die Kommission

JA heisst Rückweisung, NEIN heisst keine Rückweisung.

Ergebnis der Abstimmung

2 Ja, 88 Nein. [Abstimmung # 759, 28.06.23 10:54:23]

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen damit zur **Detailberatung des Berichts der Finanzkommission**. Zuerst behandeln wir die allgemeinen Kapitel 1 - 4 des Jahresberichts und des Berichts der Finanzkommission. Danach kommen wir zu den einzelnen Departementen.

Bei jedem Departement erhalten zuerst die Vorsteherin oder der Vorsteher des jeweiligen Departements das Wort, dann allfällige Fraktionsvotierende, danach Einzelvotierende, und schliesslich nochmals die Vertreterin oder der Vertreter des Regierungsrates. Bei den Gerichten spricht der Präsident des Gerichtsrates.

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf das Geschäft ein.

Detailberatung

Allgemeine Bemerkungen

keine Wortmeldungen.

Präsidentialdepartement

Regierungspräsident Beat Jans, Vorsteher PD: Ich möchte mich dem Dank anschliessen an die Finanzkommission und an die BKK für ihre sorgfältige wichtige Arbeit, die sie auch beim Präsidentialdepartement gemacht hat. Wenn ich jetzt das Wort ergreife, ist es einfach darum, darauf aufmerksam zu machen, dass hier sich ein Fehler eingeschlichen hat und es uns wichtig ist, dass der nicht stehen bleibt. Es geht um diese Stiftung für preisgünstigen Wohnraum. Hier wird das PD kritisiert, dass es diese Stiftung zu wenig unterstützt hat und im Bericht auf Seite 27 heisst es: "Zum Beispiel durfte eine Geschäftsstelle nicht aufgebaut werden, da zuerst Einnahmen generiert werden mussten."

Aus Sicht des Regierungsrates ist die Situation umgekehrt, die Aussage ist falsch. Der Regierungsrat hat die Stiftung mehrfach angeregt, sie möge doch eine Geschäftsstelle einrichten, bevor sie aktiv wird. Dass sie das dann anders gemacht hat, hat die Stiftung selber gewählt. Sie wollte diesen Weg gehen und deshalb hat der Regierungsrat sogar nachgedoppelt und sie auch später nochmal darauf hingewiesen, dass es eigentlich richtig wäre, sie würde die Arbeit nicht selber machen, sondern durch eine Geschäftsleitung ausführen lassen, die Stiftungsräte. Das hat dann erst jetzt darin gemündet, dass auch eine Geschäftsstelle ausgeschrieben wurde.

Von diesem Vorwurf müssen wir uns leider distanzieren, nicht hingegen vom Lob, dass gegenüber dieser Stiftung und dem Stiftungsrat ausgesprochen wurde. Sie haben die Arbeit dann halt selber erledigt, sind sehr schnell vorangekommen, haben bereits Immobilien erwerben können und dafür gebührt ihnen grossen Dank.

Bau- und Verkehrsdepartement

Joël Thüring, Präsident FKOM: Wir haben im Eintretensvotum beim BVD die Situation beim BGI, beim Bau- und Gastgewerbeinspektorat bereits erwähnt. Ich möchte darauf nicht zurückkommen, ich möchte einfach ganz kurz auf unseren Bericht hinweisen im Abschnitt zum BVD, in welchem es auch um das Globalbudget ÖV geht. Wir müssen dort schon mit einer gewissen Sorge zur Kenntnis nehmen, dass hier die finanziellen Zahlen nicht unbedingt sehr positiv sind für den Moment und dass sie sich nach der Corona-Pandemie zwar wieder verbessern, aber nicht so, wie es allenfalls wünschenswert wäre. Wir glauben schon, dass es hier wichtig ist, dass wir uns Gedanken dazu machen, weil dieses Globalbudget ÖV und das Geld, dass dann der Kanton einschiessen muss, es war im Rechnungsjahr 2022 ein Fehlbetrag von Fr. 9'900'000, das Budget des Kantons durchaus auch belastet. Hier wünschen wir uns, dass man das zumindest auch so zur Kenntnis nimmt und dann auch entsprechend handelt.

Raphael Fuhrer, Präsident UVEK: Ich kann im Namen der UVEK zur Rechnung des ÖV-Globalbudgets sagen, was wir uns zeigen lassen und was wir diskutiert haben. Wir haben festgestellt, dass sich mehrere Effekte überlagern. Es gibt einerseits die Teuerung, es gibt andererseits der Effekt, der durch Corona eingetreten ist und dann als drittes auch noch die gestiegenen Energiepreise. Und immer als Basis die andere buchhalterische Abbuchung, wie man die Investitionen in die Infrastruktur darstellt in der Rechnung.

Uns als UVEK wäre es ein Anliegen, wenn es transparent wäre, wenn diese verschiedenen Effekte einzeln dargestellt werden könnten, so dass besser nachvollziehbar wird, was genau die Gründe sind, warum sich die Zahlen verändert haben in den letzten Jahren und wie sie sich weiter entwickeln werden. Weil die Aussage, dass der öffentliche Verkehr immer nur teurer wird, war in unserer Kommission nicht das Fazit.

Es ist immer auch zu berücksichtigen, dass der öffentliche Verkehr ein Gesamtsystem ist, der als Gesamtsystem funktionieren muss und der auch zeitversetzt eine gewisse Wirkung erzielen wird, weil Umsteigeeffekte nicht immer gerade dann passieren, wenn man zum Beispiel einen Takt verdichtet, wie wir das im Moment machen in den Abendstunden oder auch am Wochenende.

Uns als UVEK ist darum das Monitoring in den nächsten Jahren wichtig, dass diese Effekte getrennt ausgewiesen werden, damit man wirklich schlussfolgern kann, was passiert, wie teuer ist der öffentliche Verkehr tatsächlich, wie steht das im Verhältnis zu den Veränderungen beim Modalsplit und welche Angebote lohnen sich, welche Angebote eher nicht, wo könnte man noch mehr machen, wo müsste man vielleicht abwarten oder zurückschauen.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Nur ganz kurz, weil es jetzt zweimal angesprochen wurde. Tatsächlich, das beobachten wir natürlich auch mit Sorge, dass das Globalbudget ÖV steigt und ich danke auch noch für die Hinweise von Raphael Fuhrer, wir nehmen das gerne mit. Ich denke auch, dass es wichtig sein wird, diese verschiedenen Effekte auch

auszuweisen, zu zeigen, woran das liegt. Wichtig ist mir einfach an dieser Stelle der Hinweis, dass wir nicht jetzt am Angebot schrauben sollten oder weniger Angebote fahren als bisher, weil ich glaube, das würde einfach zu einem Teufelskreis führen. Wenn wir das ÖV-Angebot weniger attraktiv machen, dann werden es auch weniger nutzen. Das ist mir als Hinweis einfach noch wichtig und die Anregungen nehmen wir aber sehr gerne mit.

Erziehungsdepartement

keine Wortmeldungen.

Finanzdepartement

keine Wortmeldungen.

Gesundheitsdepartement

Oliver Bolliger (GAB): Ein Votum vom GAB zum Gesundheitsdepartement möchte ich dafür nutzen, denn die Covid-Pandemie und Auswirkungen auf die Bevölkerung scheinen aktuell sehr weit weg, etwas wie von einer anderen Zeit und dies obschon die WHO erst diesen Frühling den Corona-Notstand offiziell beendet erklärt hat. Und weil es so weit weg ist und es uns doch die letzten drei Jahre alle geprägt hat, möchte ich Namen des GAB nochmals die Gelegenheit nutzen, einen grossen Dank an das Gesundheitsdepartement und den Mitarbeitenden der diversen Abteilungen für ihre wertvolle Arbeit in dieser anspruchsvollen Zeit auszusprechen.

Dass die Pandemie im letzten Jahr abgeflaut ist, ist auch in der Jahresrechnung erkennbar, bleiben noch die effektiven Kosten für Personal, Impfen und Testen sowie die Zusatzaufwendungen für die Spitäler unter dem Budget. Dies ist natürlich sehr erfreulich. Trotzdem erscheint es wichtig, hier bei der Jahresrechnung zu betonen, dass eine weltweite Pandemie nur durch staatliches Handeln, hohem finanziellen Mitteleinsatz und mit einem starken und effektiven Service Public bewältigt werden kann. Wir sollten uns daran erinnern, denn ohne Menschen, welche in dieser Zeit oft zeitlich befristet für unseren Kanton gearbeitet haben, hätten wir dies alles nicht so geschafft.

Grosse Sorgen bereitet dem GAB der Anstieg der Spitalkosten, überhaupt der Kostendruck und Finanzierung der Spitäler, dieser stellt auch der grösste Kostenblock in der Rechnung dar. Ich bezweifle, dass dies allein mit den pandemiebedingten Nachholeffekten begründet werden kann. Es ist klar auch ein Ausdruck, dass die ambulanten Tarife in den Spitäler alles andere als kostendeckend sind und dies dazu führen kann, dass die Strategie ambulant vor stationär nicht mehr gleich wirksam ist und eine Verlagerung in den stationären Bereich angenommen werden muss. Der Anstieg bei der Spitalfinanzierung von rund Fr. 20'000'000 in der Akutumatik und in der Rehabilitation muss deswegen genauer analysiert werden. Ich habe auch ein Verständnis für die Spitäler, dass aufgrund der Kostengestaltung stationär im Vergleich zu ambulant finanziell doch attraktiver ist, insbesondere wenn es gelingt, die Aufenthalte in den Spitäler kurz zu halten, was ja auch sinnvoll ist.

Finanziell gesehen ist auch das Konstrukt auf die Erreichung der EBITDAR-Marge ausgerichtet und das GAB ist klar der Meinung, dass sich diese Realität auf die Art und Weise der Behandlung, aber auch auf die Personalpolitik auswirkt. Es ist offensichtlich, ein solches Finanzierungssystem bringt uns definitiv nicht in die Zukunft und müsste dringend angepasst werden. Es ist auch klar, dass wir das nicht nur im Kanton Basel-Stadt machen können.

Die ausserordentliche Wertberichtigung des Felix Platter muss aus unserer Sicht zwingend auch unter diesen Aspekten betrachtet werden und kann nicht nur dem kostenintensiven Bau angelastet werden. Es stellt sich fürs GAB die grundsätzliche Frage, ob Spitalbauten vielleicht doch nicht besser im Besitz des Kantons sein müssten, so wie dies auch bei Schulhäusern der Fall ist. Dies widerspricht zwar der zurzeit konstruierten Systemlogik, aber die funktioniert halt eben auch nicht. Marktkonforme und ökonomische Spitalbauten sind vielleicht einfach eine Illusion und liberales Wunschenken, denn alle Spitäler in der Schweiz leiden unter denselben Schwierigkeiten, insbesondere wenn diese zusätzlich einen universitären Auftrag erfüllen und zudem in einem Bereich tätig sind, der tariflich schlecht ausgestattet ist, wie das beispielsweise in der Altersmedizin so ist.

Ich möchte in keiner Weise sagen, dass hier keine Fehler bei der Kalkulation oder beim Bau gemacht wurden. Das GAB ist aber der Meinung, dass der systemische Fehler betreffend Finanzierung von Spitalbauten zukünftig in Grossinvestitionen in Spitalinfrastruktur das zentrale Problem ist, welches immer wieder auftauchen kann. Diese Systematik führt dazu, dass die Gefahr besteht, dass Kalkulationen schlussendlich auch so ausgerichtet werden, dass die definierten EBITDAR-Margen erreicht werden können, ohne in der Realität dann bestehen zu können. Es ist Zeit, dies vom Grundsatz her neu zu denken, denn die Spitäler werden in Zukunft neben der Erneuerung der Spitalinfrastruktur vor allem in der Personalpolitik gefordert sein. Es müssen mehr Menschen ausgebildet werden und die Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen sind dringend zu verbessern, damit die Ausgebildeten auch im Berufsfeld verbleiben. Dies kostet Geld, welches nicht durch EBITDAR-Margen hereingearbeitet werden können.

Justiz- und Sicherheitsdepartement

keine Wortmeldungen.

Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Das letzte Jahr, das war nicht so wie geplant, das war ein Jahr von drei Krisen in meinem Departement. Gestartet, das konnte man fast planen, mit Covid das erste Quartal, da waren noch Härtefallgelder

notwendig. Eine ausserordentliche Sache, die wir sonst nicht haben in unserer Jahresrechnung. Dann kam der Angriffskrieg von Russland auf die Ukraine und entsprechend hat sich die Anzahl schutzsuchenden Menschen verdoppelt in relativ kurzer Zeit. Und wir hatten die Energiemangellage-Situation im Herbst. Diese drei Krisen wurden gut gemeistert, gut bewältigt, aber sie sind entsprechend auch abgebildet in der Rechnung 2022.

Herausheben möchte ich, auch weil Sie das getan haben, die Sozialhilfe. Ich finde es höchst erfreulich, wenn die Zahl der Sozialhilfebeziehenden sinkt. Insbesondere für die betroffenen Menschen, die jetzt genügend Einkommen haben und nicht mehr auf die Sozialhilfe angewiesen sind. Das ist eine erfreuliche Entwicklung und die können wir auch froh zur Kenntnis nehmen. Das beruht vor allem auf den starken Arbeitsmarkt.

Es gibt den Nichtbezug, das ist mir ein wichtiges Anliegen. Wir haben das extra jetzt, nachdem wir das schon bei den Ergänzungsleistungen, Prämienverbilligungen untersucht haben, jetzt auch bei der Sozialhilfe untersucht, wie hoch die Nichtbezugsquote ist. Wir haben jetzt da die Daten seit 2016 bis 2020 und wir sehen, dass die Zahl der Anspruchsberechtigten, dass auch die sinkt. Der Rückgang der Fallfälle bei der Sozialhilfe beruht nicht darauf, dass die Nichtbezugsquote ansteigt, sondern dass es Menschen gibt, die Einkommen haben, die jetzt über dem Existenzminimum sind und nicht mehr auf die Sozialhilfe angewiesen sind. Das ist eine höchst erfreuliche Entwicklung.

Die Nichtbezugsquote behalten wir im Auge. Wir möchten die senken, das ist so. Wir haben auch im 2020 einen kleinen Anstieg, das ist höchstwahrscheinlich auf Covid zurückzuführen, dass die Menschen davon ausgegangen sind, dass ihr tieferes Einkommen vorübergehend ist und deshalb nicht zur Sozialhilfe sind. Wir werden aber auch, um da sicher zu sein, diese Nichtbezugsstudie alle zwei Jahre aktualisieren und wir werden dann sehen, ob das auch wieder zurückgegangen ist im 2021 und 2022, sobald wir die Zahlen haben.

Dieser Rückgang, der hilft uns auch finanziell, wie Sie sehen in der Rechnung. Die Ausgaben bei der Sozialhilfe sinken, entsprechend brauchen wir auch weniger Leute, die die betreuen, entsprechend sinkt auch die Zahl der angestellten Mitarbeitenden dort. Ich denke, das ist wirklich wichtig, man sollte dies auch positiv zur Kenntnis nehmen.

Der andere Rückgang, der ist bei den Krankenkassenprämien. Das ist insbesondere ein Budgetierungseffekt, wir sind von stärker steigenden Krankenkassenprämien ausgegangen beim Zeitpunkt der Budgetierung, was dann zum Glück tiefer war, entsprechend haben wir weniger Geld gebraucht. Wir bauen ja die Prämienverbilligung jedes Jahr konsequent aus, und zwar im gleichen Umfang wie jeweils die Krankenkassenprämien steigen. Also der Regierungsrat erhöht entsprechend die Prämienverbilligung für die Menschen, bei gleichem Einkommen bekommt man, wenn die Krankenkassenprämien steigen, auch mehr Prämienverbilligung. Da sind wir konsequent, das werden wir auch in Zukunft so weiterführen.

Tonja Zürcher (GAB): Ich möchte jetzt nicht allzu sehr in die Details gehen, ich denke, die Berichte sind sehr ausführlich und ich danke Regierungsrat Kaspar Sutter, dass er sich hier jetzt auch nochmal zur Sozialhilfe und die Entwicklungen da geäussert hat. Ich denke, Jo Vergeat hat es beim ersten Votum für die Fraktion deutlich ausgeführt, wie wichtig es ist, dass hier nicht einfach judihui gemacht wird, wir müssen weniger bezahlen, sondern wirklich geschaut wird und auch noch in Zukunft geschaut wird, welche Personen auf die Sozialhilfe verzichten oder andere unterstützende Massnahmen und welche nicht davon wissen, welche es aus Angst machen beispielweise, wir kennen das bei der Aufenthaltsbewilligung, usw., dass das hier wirklich vertieft angeschaut wird.

Ich möchte aber den Bogen etwas grösser machen auch im Bereich mit anderen Buchstaben des WSU, insbesondere im Bereich des Us. Es dünkt uns, dass gerade im Umweltbereich mit dem Klima, wo ja auch zum Teil hier angesiedelt ist im WSU, sehr wenig passiert. Es wird mehr verwaltet als gestaltet und es dünkt uns, dass man vor allem froh ist, wenn man Projekte dann abschliessen kann. Ein Beispiel dafür ist die Massnahme zur Energiemangellage, die dann einfach ausgesetzt wird, dabei wäre es aus unserer Sicht wichtig, dass generell ein Suffizienz-Gedanken oder das Energie sparen nicht einfach nur dann gemacht wird, wenn eine drohende Kulisse von einer Energiemangellage da ist, sondern generell.

Auch im Bereich, Sie kennen das Thema, der Altlasten. Sie kommen im Bericht nicht wirklich vor, aber es dünkt mich schon, dass es in Basel-Stadt einfach keine Probleme mit Altlasten gibt, weil man das einfach nicht haben will. Ich denke, hier läuft man auf ein grosses Problem, auf ein grosses finanzielles Problem zu. Auch der Kanton hat Areale, wo es grosse Probleme mit Altlasten gibt oder diese zumindest vermutet werden. Wenn man einfach im WSU so tut, als würde es das Problem nicht geben, dann hilft uns das nicht für die Zukunft.

Es sind nur zwei kleine Aspekte, wir können dann auch noch auf die Kreislaufwirtschaft im Ganzen eingehen, auf die nach wie vor nicht umgesetzte Möglichkeit zu Recyclen, das Sack im Behälter-Prinzip oder der Kompost, usw. Hier gibt es ganz viele Beispiele, über die wir hier drinnen schon x-mal gesprochen haben, dass es ein ganz klarer Willen des Parlaments, in der Bevölkerung gibt und einfach nichts passiert. Hier bitten wir den Regierungsrat, insbesondere das Departement von Kaspar Sutter, etwas vorwärtszumachen und es sich nicht immer nur so bequem zu machen und sich auf das W zu konzentrieren und vielleicht auch noch ein bisschen im Nebensatz auf das S.

Joël Thüring, Präsident FKom: Es wurde ja auch schon in den Fraktionsvoten und jetzt auch nochmal von Tonja Zürcher, aber auch von Regierungsrat Kaspar Sutter erwähnt, es gibt in der Zwischenzeit diese Studie. Wir haben sie bewusst in unserem Jahresbericht nicht gewürdigt, weil sie erst im Mai 2023 veröffentlicht wurde. Wir waren der Ansicht, wir berichten zum Rechnungsjahr 2022 und nehmen jetzt diese Studie einmal so zur Kenntnis. Wir werden diese sicher auch mit dem zuständigen Departementvorsteher dann im zweiten Halbjahr besprechen. Wir erkennen aber tatsächlich, wie es auch Regierungsrat Kaspar Sutter erwähnt hat, dass die sinkenden Sozialausgaben hauptursächlich schon mit der guten Arbeitsmarktsituation zu tun hat. Geht es der Wirtschaft gut, geht es der Bevölkerung gut, das ist, glaube ich, kein allzu abgedroschener Leitsatz, den man hier an dieser Stelle erwähnen kann. Wir sind aber überzeugt, dass das WSU, gerade

auch weil es diese Studie in Auftrag gegeben hat, dieses Thema des Nichtbezuges auf dem Radar hat und dort auch entsprechend nachjustiert, wenn es nachjustiert werden muss.

Bei der Energiemangellage, auch den Energiekosten, das haben wir im Bericht ja auch festgehalten, haben wir aufgrund der Daten der IWB gesehen, dass es zu einem Rückgang des Stromverbrauchs kam in diesem Zeitraum Juli bis Dezember 2022. Der war bei etwa 2 Prozent, das hängt natürlich auch damit zusammen, dass es vielleicht in dieser Phase des Winters nicht ganz so kalt war. Über alles gesehen, scheinen uns die Energiesparpläne in Kombination mit den Preissignalen eher beim Gas- als beim Stromverbrauch auch tatsächlich Wirkung gezeigt zu haben. Wir sind auch überzeugt, dass der Regierungsrat für die bevorstehende weitere Energiemangellage, wir haben ja dann bald wieder einmal einen Herbst/Winter, das dürfen die Leute nicht vergessen, insgesamt gut vorbereitet ist darauf.

Wo wir ein wenig Fragezeichen haben, ist, das haben wir auch in der Kommission diskutiert, ob dann allenfalls neue Sparappelle die gleiche Wirkung nochmal erzielen wie bei einem ersten Mal. Das ist ja immer ein bisschen bei der Corona-Pandemie die Frage gewesen, wie stark nimmt man dann die Bevölkerung noch mit, wenn man immer wieder mit dem gleichen wirbt oder resp. auf das gleiche aufmerksam macht, aber auch hier sind wir der Meinung, wird der Kanton für den Herbst/Winter gut vorbereitet sein und wir werden das Thema der Energiekosten sicher auch in der nächsten Jahresrechnung 2023 als Finanzkommission dann noch einmal vertiefen.

Gerichte

keine Wortmeldungen.

Behörden und Parlament

keine Wortmeldungen.

Regierungsrat

keine Wortmeldungen.

Detailberatung

Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission

keine Wortmeldungen.

Antrag

Die Finanzkommission beantragt dem Grossen Rat, die Jahresrechnung 2022 des Kantons Basel-Stadt zu genehmigen.

Schlussabstimmung

JA heisst Genehmigung der Rechnung, NEIN heisst Nichtgenehmigung.

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 0 Nein. [Abstimmung # 760, 28.06.23 11:21:05]

Der Grosse Rat beschliesst

Die Jahresrechnung 2022 des Kantons Basel-Stadt wird wie folgt genehmigt:

Erfolgsrechnung 2022

Betriebsergebnis	Fr.	-20'829'943
Finanzergebnis	Fr.	238'170'640
Gesamtergebnis	Fr.	217'340'697

Bilanz per 31. Dezember 2022

Total Finanzvermögen	Fr.	7'153'870'449
Total Verwaltungsvermögen	Fr.	6'134'358'284
Total Aktiven	Fr.	13'288'228'733
Total Fremdkapital	Fr.	-6'952'528'956
Total Eigenkapital	Fr.	-6'335'699'776
Total Passiven	Fr.	-13'288'228'733

Investitionsrechnung 2022

Ausgaben	Fr.	-446'771'765
Einnahmen	Fr.	29'847'100
Saldo Investitionsrechnung	Fr.	-416'924'665

Die Geldflussrechnung 2022, der Eigenkapitalnachweis per 31. Dezember 2022 und der Anhang zur Jahresrechnung 2022 (gemäss Kapitel 4.4 bis 4.6 des Jahresberichts 2022) werden genehmigt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

5. Rechenschaftsbericht der Geschäftsprüfungskommission und Bericht zum Jahresbericht 2022 des Regierungsrats

[28.06.23 11:21:57, GPK, 23.5305.01, HGJ]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Die Geschäftsprüfungskommission beantragt, die Jahresberichte des Regierungsrates, des Gerichtsrates und der Gerichte zu genehmigen. Ausserdem beantragt sie, ihre Empfehlungen und Erwartungen zu den vorliegenden Berichten in zustimmendem Sinne zur Kenntnis zu nehmen und ihren Bericht zu genehmigen. Die Sachkommissionen des Grossen Rates haben auf eine schriftliche Stellungnahme zum Jahresbericht verzichtet.

Ich gebe Ihnen bekannt, wie wir bei diesem Geschäft vorgehen:

Zuerst erfolgt eine allgemeine Debatte über den Bericht der GPK und den Jahresbericht, in welcher zunächst der Präsident der Geschäftsprüfungskommission das Wort erhält.

Anschliessend sprechen die Präsidien allfälliger Sachkommissionen, sofern sie das Wort wünschen.

Dann erhalten der Vorsitzende des Gerichtsrates und der Vertreter des Regierungsrates also der Regierungspräsident das Wort, anschliessend die Fraktionen (je maximal 10 Minuten) und die Einzelvotierenden (je maximal 5 Minuten). Das erste Schlusswort zum Eintreten hat der Regierungspräsident, das zweite der Vorsitzende des Gerichtsrates und das ultimative Schlusswort wieder der Präsident der Geschäftsprüfungskommission.

Nach dem Eintreten folgt eine departementsweise Detailberatung.

Am Schluss folgt dann die formelle Beratung des Grossratsbeschlusses auf Seite 63 des Berichts der GPK und die Schlussabstimmung.

Gibt es zu diesem Ablauf Wortmeldungen?

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, wie vom Präsidium vorgeschlagen vorzugehen.

Eintretensdebatte

Christian von Wartburg, Präsident GPK: Ich freue mich, Ihnen heute unseren Bericht zum Berichtsjahr 2022 kurz vorstellen zu können. Ich gehe natürlich davon aus, dass Sie alle diesen Bericht im Detail gelesen haben und auch auf dem Stand sind, auf dem wir von der Kommission sind. Ich möchte aber vorher kurz vier Vorbemerkungen machen.

1. Wenn jetzt die Tage lang, die Nächte kurz sind, wir geniessen es alle. Wir sitzen am Rhein an der Sonne, wir baden, wir leben in unserer Stadt, wir arbeiten in unserer Stadt und manchmal vergessen wir dabei, dahinter steckt eine gewaltige Anstrengung von ganz vielen Menschen. Im Abfallwesen, im Strassenunterhalt, beim Strom, bei den Spitälern, beim ÖV, beim Wasser, beim Abwasser, bei den Schulen, bei der Sanität, bei der Polizei, bei der Notfallstation, bei der Baumpflege hin bis zu den Duschen am Rhein, nichts ist selbstverständlich. Dahinter stecken Menschen, Menschen, die unsere Stadt ermöglichen und bei aller Kritik, die unserem Bericht zu entnehmen ist, möchte ich im Namen der Kommission all diesen Kantonsangestellten danken für diesen Einsatz, der all dies möglich macht. Die Stadtreinigung, die Rettung, die Lehrer*innen, die Stadtgärtner*innen, die Tramchauffeure und -chauffeusen, die Buschauffeure und -chauffeusen, die Menschen in den Spitälern, aber auch in der ganz normalen Verwaltung, all diese Menschen, die im Service Public tätig sind, sie machen mit ihrem Einsatz unsere Stadt zu dieser fröhlichen kleinen Metropole, die sie ist, und dafür danke von unserer Seite.

2. Der Dank geht auch an die Regierung. Wir in der GPK, wir haben auf Englisch gesagt einen front row seat. Wir können zuschauen, wie gearbeitet wird, wir bekommen sehr viel mit und ich kann Ihnen eins versichern, in der Regierung wird sehr viel gearbeitet. Dieser Job ist anspruchsvoll, nicht zuletzt die Anhörungen in der Geschäftsprüfungskommission, die wir durchführen. Die Verantwortung ist gross und wir wissen es alle, die mediale Aufmerksamkeit, die gibt es heute fast nur noch, wenn etwas schief geht. Das ganz normale, das Gute findet manchmal viel zu wenig Gehör. Dann geht der Dank der Geschäftsprüfungskommission auch an unsere sieben Regierungsrätinnen und Regierungsräte für ihren grossen Einsatz und ihre grundsätzlich sehr gute Arbeit in ihren Ämtern und das möchte ich auch nicht unterlassen, gesagt zu

haben.

3. Die Pandemie ist vorbei und trotzdem ist die GPK der Auffassung, dass es ein Ereignis war, das derart ausserordentlich war, dass es eine Aufarbeitung noch bedarf, auch seitens der GPK. Wir wissen, dass auch seitens der Regierung eine Aufarbeitung noch stattfinden wird und wir sind noch dabei, dies zu koordinieren. Ganz offiziell, wir haben es vorhin gehört, ist die Pandemie ja noch lange vorbei, aber auch wenn es in unseren Köpfen niemanden mehr interessiert, ist es unsere Pflicht als GPK, eine Rückschau zu halten und wir wollen das in der gebotenen Sorgfalt tun, vor allem darum, dass dann hoffentlich eine über-, über-, übernächste Generation die richtigen Instrumente in der Hand hat, falls es dann wieder zu einer solchen Pandemie kommen kann. Dass es wieder zu einer Pandemie kommen wird, so viel ist wahrscheinlich leider sicher.

4. Wir haben in der GPK uns dieses Jahr entschieden, einen neuen Weg zu begehen im zweiten Bereich unserer Berichterstattung, nämlich bei der Analyse des Jahresberichts der Regierung. Wir haben mündliche Anhörungen durchgeführt mit allen Departementsvorsteher*innen und auch mit wichtigen Playern in den Departementen und ich glaube, in diesem dialektischen Prozess zwischen Oberaufsicht, Regierung und Parlament ist es sinnvoll, dass man im Gespräch ist, dass man im Dialog ist und das hat jetzt auch dieser Ablauf gezeigt. Wir haben es auch geschafft, jetzt schon im Juni quasi im Parlament zu sein zusammen mit der anderen Oberaufsichtskommission, mit der Finanzkommission. Beide unsere Berichte sind heute hier für Sie zur Verfügung, dann kann man auch abgleichen. Man sieht dann auch, was an Schwerpunkten in beiden Oberaufsichtskommissionen geschehen ist und wir hoffen, dass wir dieses Tempo auch in den nächsten Jahren aufrechterhalten können. Sie können mir glauben, das ist ein ziemlicher Sprint, weil wir den Jahresbericht der Regierung auch nicht schon im Januar bekommen, sondern auch erst um Ostern und dann muss es schnell gehen. Aber ich glaube, auch wenn es dann natürlich auch Fehler gegeben hat, ich komme vielleicht noch darauf, ist es sicher sinnvoll, dass wir dieses Tempo beibehalten.

Eine letzte Vorbemerkung, bevor ich zu den einzelnen Punkten komme im Bericht, die ich vonseiten der Kommission hervorheben möchte, die für das Verständnis für unsere Arbeit vielleicht notwendig ist, dass ich erkläre, dass die GPK immer im ersten Halbjahr ihre Pendenzen abarbeitet. Das heisst, Themen, die aufgekomen sind, Themen, die auf unserer Pendenzenliste gelandet sind, Sachen, die über Medien, über Whistleblower, über Menschen aus unserer Kommission, aus Ihrem Parlament an uns getragen worden sind, dass wir die priorisieren, abarbeiten und dazu auch Anhörungen machen und darüber leisten wir Rechenschaft im ersten Teil unseres Berichts. Wir haben aber die gesetzliche Pflicht, auch den Jahresbericht der Regierung anzuschauen und nachzufragen und das ist immer der zweite Teil, das zweite Halbjahr ab Februar/März, wo wir das untersuchen.

Meine Überzeugung ist, dass wir als Kommission es immer wieder schaffen, über Parteipolitik hinaus solidarisch die Rolle der Oberaufsicht auszuüben und versuchen, ein Gegengewicht zu sein zu einer selbstverständlich mächtigen Verwaltung und auch mächtigen Regierung und auch damit für Sie alle, diese Oberaufsicht auszuüben. Wir machen das nicht für uns als GPK, sondern die GPK macht es für das Parlament, weil das Parlament die Aufgabe der Oberaufsicht über Regierung und Verwaltung hat. Wir debattieren viel, wir debattieren manchmal auch hart, wir debattieren manchmal auch so weit, dass wir abstimmen müssen, aber wir schaffen es am Schluss fast immer, dann doch einstimmig einen Bericht zu verabschieden. Und ich glaube, das ist auch wichtig, auch für die Zukunft wichtig, weil es dort Sinn macht, das über Parteigrenzen hinaus gedacht wird, dass auch einmal ein Links-/Rechtsschema aufgebrochen wird und man wirklich versucht, ausschliesslich in der Sache zu bleiben, weil es sich auch von der Sache her anbietet.

Letzter Punkt, glauben Sie ja nicht, dass die GPK sich nicht kritisieren lassen würde. Es ist Teil des dialektischen Prozesses, dass wir auch Kritik wieder zurücknehmen müssen. Wir stellen eine These in den Raum, dann kommt eine Kritik zurück und ich glaube, wenn Sie sich wirklich für unsere Arbeit interessieren, dann sehen Sie auch, die Regierung macht den Jahresbericht, wir machen unseren Bericht, dann kommt jetzt schon zeitnah die Stellungnahme der Regierung zu unseren Punkten, die wir auch wieder aufnehmen, die wir wieder verarbeiten in unserem nächsten Jahresbericht, also ich glaube, da gehört Kritik dazu, das muss man sportlich nehmen. Das gelingt, das sage ich ganz offen, mal besser, mal schlechter, aber für was ich sicher hinstehe, für unsere Kommission, ist stetes Bemühen, unsere Rolle sorgfältig, ausgewogen und fair zu gestalten und dies nach bestem Wissen und Gewissen, aber auch für den Mut, manchmal das Unangenehme deutlich auszusprechen.

Ich komme zu einzelnen Punkten unseres Berichts. Zuerst ein Aspekt, der in der GPK schon seit Jahren schon fast Thema ist, die Digitalisierung. Sie ist ein Schwerpunkt des Regierungsrates. Es ist auch klar, dass ein digitaler Service Public ein Standortfaktor ist. Das nimmt an Bedeutung immer wie mehr zu und wir haben bereits im letzten Jahresbericht vom Regierungsrat einen grossen Effort bei der Durchsetzung dieses Legislaturschwerpunkts gefordert. Wir haben damals auch strukturelle und ziemlich gewichtige Führungsdefizite festgestellt und wir begrüssen aber heute, dass jetzt die Digitalstrategie des Regierungsrates da ist, dass man eine departements- und hierarchieübergreifende Struktur geschaffen hat, ein Digital Lab, und wir erwarten und hoffen, dass diese gesamtantonale Digitalisierung nun wirklich schnell vorangetrieben wird und dass wir auch zusammen mit der Öffentlichkeit regelmässig über diese Fortschritte orientiert werden. Wie wichtig gute digitale Lösungen sind und die auch departementsübergreifend sind, zeigt die letzte die Krise, die es gegeben hat im Zusammenhang mit diesen Angriffen auf unsere Netzwerkinfrastruktur. Wir sind angreifbar und es ist wichtig, dass wir hier wirklich mit Hochdruck daran arbeiten, dass diese Infrastruktur auf dem gleich hohen Niveau ist wie unsere andere Infrastruktur. Wir dürfen nicht mehr nur an Strassen, Gleise und Wasserversorgung denken, sondern die digitale Versorgung wird eine zusätzliche Ader sein unserer Gesellschaft und da möchte die GPK wirklich einen Punkt setzen. Wir haben einige Mitglieder, auch Spezialisten, die sich da schon seit Jahren damit befassen und ich hoffe, dass da dieser dialektische Prozess auch zu einer Verbesserung führt.

Wir haben uns dieses Jahr auch mit den Baubewilligungsverfahren auseinandergesetzt. Dies nicht von ungefähr. Wenn Sie Präsident einer GPK sind, Mitglied, dann werden Ihnen auch immer wieder Informationen zugetragen, Missstände

zugetragen und wir haben viele Beschwerden bekommen über die Bearbeitung von Baugesuchen, vor allem Verzögerungen. Wir haben das BGI intensiv angehört und wir haben verschiedene Feststellungen gemacht. Sicherlich war ein Problem mangelnde personelle Ressourcen, das ist adressiert und wir hoffen, dass das wirklich auch jetzt zum Guten sich wenden wird und dass zumindest der Erledigungsstau behoben wird. Wir haben aber auch festgestellt, dass es eine hohe Anzahl von internen Weisungen gibt, die die Baubewilligungstätigkeit zusätzlich erschwert, weil auch die nicht transparent sind für Dritte. Das ist etwas, was wir vorschlagen, dass man hier eben diese Zahl der Weisungen reduziert, dass man Ermessen auch ausfüllt, das ist der Witz von Ermessen, dass es eben auch von den Entscheidungsträgern in einer Bewilligungsbehörde genutzt wird und dass damit auch klar wird, an was sich Bauwillige künftig orientieren können. Wir sind aber guter Hoffnung, dass dieses BGI, wir haben uns lange an den Öffnungszeiten abgeturnt, dass dieses BGI jetzt auf guten Wegen ist und ich kann Ihnen versichern, wir haben uns auch in den Anhörungen ziemlich deutlich ausgedrückt, was unsere Erwartung ist an dieses Amt.

Wir haben uns dieses Jahr auch mit der integrativen Schule auseinandergesetzt. Auch das nicht von ungefähr. Auch da haben uns Signale erreicht von Überforderungen von Lehrpersonen, von grosser Überforderung auch durch dieses Modell der integrativen Schule und wir haben mit Besorgnis auch zur Kenntnis genommen, dass die Situation von vielen Beteiligten enorm belastet ist. Wir haben einen Anstieg zu verzeichnen gehabt von Schülerinnen und Schüler, die zusätzliche Unterstützung benötigen. Sie können sich vorstellen, dass in einer Schulklasse schon nur ein, zwei Personen mehr, die Unterstützung brauchen, ein System enorm herausfordern. Wir sind dabei froh und anerkennen, dass da jetzt eine Unterstützung durch eine Beratungsstelle geschaffen wird. Wir erwarten aber angesichts der Dringlichkeit der Problematik und der Dringlichkeit auch, dass diese Schultätigkeit, dass Lehrerinnen und Lehrer wirklich wieder auch Schule geben können und nicht nur mit dem quasi Courant normale beschäftigt sind, dass überhaupt die Klasse einigermaßen geriert werden kann, dass man dort wirklich zügig diese Verbesserungen, die Massnahmen, die da vorgeschlagen sind, die im Raum stehen, dass man die zügig umsetzt. Und das ist noch ein Aspekt, den ich jetzt noch hinzufügen möchte, der nicht im Bericht steht, aber auch dass man zügig zur Evaluation schreitet, schnell schaut, wieder rückfragt, hat es etwas gebracht, ist es besser, müssen wir nochmal nachbessern, dass wir hier wirklich den jungen Menschen der nächsten Generation gerecht werden und dort eine integrative Schule schaffen, die wirklich auch den Namen verdient und wirklich auch integriert und nicht nur Probleme schafft.

Wir haben uns auch mit dem ABES, dem Amt für Beistandschaften und Erwachsenenschutz, und dem KJD, Kinder- und Jugenddienst, auseinandergesetzt. Warum. Wir haben dort hohe Fallzahlen und wir haben auch zur Kenntnis genommen, dass die Fallzahlen weiterhin steigen und eine wirkliche Entlastung der Fallverantwortlichen noch nicht erreicht werden konnte. Wir haben auch bei der KESB und beim KJD unvermindert hohe Fallzahlen und eine hohe Arbeitslast und wir wissen, dass da vom WSU grosse Anstrengungen unternommen werden, aber auch dort haben sie Fachkräftemangel und dort haben wir Probleme. Aber bei allem Anerkennen der Bemühungen erwarten wir, dass jetzt trotzdem diese Massnahmen effektive Wirkung zeigen, dass die Menschen, die dort arbeiten, genügend Zeit haben, sich den Schwächsten unserer Gesellschaft auch wirklich gut anzunehmen und die Zeit dafür haben, sich deren Probleme auch sorgfältig anzunehmen.

Sie erinnern sich gut, letzten Sommer war es heiss, sehr heiss und ein Medienthema in dem Sommer war die Situation im Untersuchungsgefängnis Basel-Stadt, im Waaghof, mit enorm hohen Temperaturen. Die GPK hat sich dann entschieden, anstatt einfach eine Anhörung zu machen mit dem JSD, wir gehen einmal auch wirklich vor Ort, haben uns die Situation im Waaghof erklären lassen und haben uns vor allem auch über diese Lüftungssituation informiert. Erfreulich ist, dass bis im Juli 2024, also bis in einem Jahr, die 16 Gruppenstationen an die neue Lüftung angeschlossen sind. Im Moment ist es noch nicht so heiss, aber was nicht ist, kann ja noch kommen. Und sollte es wirklich wieder sehr heiss werden, hoffen wir, dass Lösungen gefunden werden, dass dort Menschen nicht unter enormen Hitzesituationen leiden müssen und dass dort auch je nachdem kreative Lösungen gefunden werden mit dem Bässlergut. Dass man wirklich versucht, die Zellen zu belegen, wo die Lüftungssituation vielleicht besser ist, einfach noch, um einmal durch diesen Sommer zu kommen, ohne dass Leute dort drin verzweifeln.

Etwas, was ich der GPK mitgegeben habe für diesen Besuch, ich kenne ja das Untersuchungsgefängnis einigermaßen gut, ich sage jetzt nicht wieso, war, sich durchaus bewusst zu sein, dass Untersuchungshaft etwas ist, was uns alle treffen kann, alle. Sowohl die auf der Bank da oben wie Sie da unten, wie die Menschen draussen in der Stadt. Untersuchungshaft kann begründet sein, wenn ein Tatverdacht entsteht. Das heisst nicht, Sie sind schuldig, das heisst nicht, Sie haben irgendwas gemacht, aber es kann sein, es ist eine legitime Zwangsmassnahme, wenn ein dringender Tatverdacht entsteht, und das kann uns allen passieren. Glauben Sie mir, das ist meine Erfahrung in 25 Jahren Strafverteidigung, jeden und jede kann es treffen. Darum war es auch interessant, mit der GPK einmal die Zellsituation generell anzuschauen und dass man dann zur Kenntnis nimmt, dass Untersuchungshaft wirklich hart ist, dass man je nachdem mit drei Personen in einer Zelle ist mit einer offenen Toilette. Das hat die GPK doch mit einigem Erstaunen zur Kenntnis genommen und ist der Auffassung, dass das letztlich einem Staatswesen wie unserem, einem modernen Staat nicht würdig ist. Wir erwarten dort darum vom Regierungsrat auch konkrete Verbesserungen der Haftbedingungen, insbesondere, ich meine, ein Vorhang vor der Toilette wäre ein Vorhang vor der Toilette.

Vielleicht hier noch eine persönliche Anmerkung. Meine Überzeugung ist, dass sich eine Gesellschaft immer auch daran messen lassen muss, wie sie mit den Schwächeren, den Schwächsten, mit den Menschen am Rande unserer Gesellschaft umgeht. Unsere Leuchtturmprojekte sind wichtig, das ist klar. Neue Museen, neue Gebäude, Biozentrum, Universität, etc., das ist alles wichtig. Aber wir müssen auch dort gut sein, wo niemand wirklich hinsieht. Das bedeutet für mich persönlich und ich glaube, auch für die GPK, ein Amtsbeistand muss die Möglichkeit haben, sich genügend Zeit zu nehmen für seine Fälle. Der KJD muss Ressourcen haben, wenn er von Missständen von Kindern hört, dass er wirklich auch zeitnah dorthin gehen kann. Bei Menschen in Untersuchungshaft besteht kein Grund, sie nicht mit Würde zu behandeln, bei allem Verdacht, der dort je nachdem im Raum steht. Das sind Aspekte, die, glaube ich, immer wieder auf

allen Ebenen konzentriert angeschaut werden müssen und ich bin froh, wenn wir hier als Gesellschaft dieser Vorgabe, dass wir auch mit den Schwächsten unser Bestes geben müssen, gut umgehen.

Dann gab es noch zwei Punkte, die ich jetzt doch noch kurz vor der Mittagspause Ihnen mit ins Mittagessen geben möchte, nämlich Verzögerungen beim elektronischen Patientendossier. Da hat doch tatsächlich Alain Berset als Bundesrat auch eingeräumt, das würde er beim nächsten Mal besser machen und glauben Sie mir, da wären wir auch froh, wenn wir im Kanton Basel-Stadt dieses Problem endlich mit der nötigen und gebotenen Aufmerksamkeit und Lösungsorientiertheit angehen. Es ist der GPK darum ein wichtiges Anliegen, dass über diese Möglichkeit, die es nämlich jetzt gibt, ein elektronisches Patientendossier zu eröffnen, proaktiv informiert wird, dass das wirklich vorangeht. Ich glaube, das hängt auch damit zusammen, dass wir im Gesundheitswesen noch sehr verzettelt sind, aber auch Alain Berset meint, man könne das besser machen. Wir meinen es auch und wir haben grosse Bemühungen schon unternommen, das sei hier durchaus gesagt, aber sie sind leider gescheitert an was auch immer im ersten Anlauf und wir hoffen, dass jetzt im zweiten Anlauf diese Geschichte zum Laufen kommt. Ich glaube, das ist etwas, was unserem Gesundheitswesen gut anstehen würde, wenn man dort wirklich gute, digitale Lösungen hat, die solide sind und die auch funktionieren.

Dann haben wir noch eine Mietgeschichte, die wir in unserem Bericht thematisiert haben. Das ist mein letzter Punkt, der aber doch noch einiger Erklärungen bedarf. Um was geht es. Es geht um die Vermietung der Messehalle 3. Die Messehalle 3, die stand früher im Baurecht der MCH Group. Baurechtsgeberin war die Einwohnergemeinde der Stadt Basel. Ende 2019 hat dann die MCH das Baurecht zurückgegeben und sofort die Messehalle wieder gemietet. Feste Vertragsdauer, alles kein Problem, bis 31. Dezember 2025 und nun brauchte die BVB dringend eine Halle, um ihre Elektrobusse aufladen zu können, bis die neuen Gebäude, die wir auch geplant haben, die halt noch nicht fertig sind, bereit sind. Bei dieser Miete gab es dann doch erstaunliches zu lesen. Die GPK hat vor allem sich dann einmal darüber gekniet, wie ist denn das genau abgelaufen und wie ist es detailliert zu dieser Situation gekommen, da es um einen sehr hohen Mietpreis ging, den die BVB plötzlich zahlen sollte als Untermieterin, nämlich einen fast zehnmal höheren Mietpreis, als die Messe selber zahlen musste für ihre Miete an die Einwohnergemeinde.

Wir haben dann all diese Vertragsentwürfe angeschaut und eigenartige Terminologien gefunden wie eine sogenannte Nutzungsausfallsentschädigung, die noch separat vergütet werden musste. Das hat uns insofern überrascht, weil ich als Jurist zumindest mit meinen bescheidenen mietrechtlichen Kenntnissen immer gedacht habe, der Witz einer Miete ist ja, dass man es selber nicht mehr nutzen kann und dafür Geld bekommt, und warum man dann noch zusätzlich zur Miete noch eine sehr hohe Nutzungsausfallsentschädigung bekommt, hat uns nicht eingeleuchtet. Wir haben die Finanzkontrolle gebeten, sich doch einmal dieser Sache anzunehmen. Auch mit dem Hintergrund, dass wir uns sowieso schon sehr vielen Sachen annehmen und es Sinn macht, dass wir die Finanzkontrolle auch als Hilfsperson unserer Arbeit ab und zu einsetzen. Die Finanzkontrolle hat das untersucht und letztlich im Schluss verschiedene Sachen auch kritisiert und hat auch meines Erachtens zu Recht moniert, dass letztlich da die Diskrepanz zwischen Mietzins und Untermietzins zu hoch war.

Man hat sich dann geeinigt nach diesen medialen Runden, die es gegeben hat. Man hat dort ein Gutachten in Auftrag gegeben, was denn wirklich die richtige Miete ist, und hat sich darauf geeinigt, hat aber dann doch seitens der Finanzkontrolle festgestellt, dass die Miete, über die man sich geeinigt hat, immer noch sehr hoch ist. Die vereinbarte Untermiete in der Grössenordnung von Fr. 700'000 übersteigt die Miete von Fr. 150'000 immer noch um das Vierfache und die Finanzkontrolle ist dann so weit gegangen und hat gesagt, es ist eigentlich ein subventionierter Mietzins. Das Problem ist ja, darum hat die GPK wirklich versucht, das aufzuklären, was aufzuklären, wenn wir eine BVB auslagern, auch wenn sie uns immer noch gehört, dann kann die nicht einfach irgendwelche Fantasiepreise an jemand anderen zahlen für eine Miete, einfach weil es ja sowieso der Kanton ist und alles nicht so eine Rolle spielt. Sondern da muss man das Spiel korrekt zu Ende spielen und da hat die Finanzkontrolle auch kritisiert, dass die Vermieterin, die Immobilien Basel-Stadt, eigentlich eine gute Position eingenommen hat, aber dann halt von der Departementsleitung quasi überstimmt worden ist.

Wir haben darauf eine Empfehlung gemacht, Tanja Soland wird sich sicher nachher noch dazu äussern, die wahrscheinlich misslungen ist. Da ist das Wort "immer" drin. Wir sind nicht der Meinung, dass die Departementsleitungen immer, wenn ihre Chefbeamt*innen irgendeine Position vertreten, diese tel quel übernehmen müssen, sondern dass sie sorgfältig überprüfen, ist da etwas dran und dann vielleicht auch wirklich sich nochmal überlegen, könnte es nicht sein, dass auch der Chefbeamte einmal recht hat. Ich bitte bereits hier um Entschuldigung für eine Empfehlung, die wirklich, ich glaube, das darf ich sagen, ein wenig misslungen ist. Aber das geschieht im Eifer des Gefechts selbstverständlich auch einer GPK.

Ein letztes Thema noch, bevor ich zum Dank komme. Wir haben immer wieder auch das Problem, dass wir uns in der Rückschau auf Geschehnisse halt trotzdem mit Missständen beschäftigen, die juristisch noch nicht einer letzten Klärung zugeführt sind. Ich bin der Meinung, dass eine GPK das mit der gebotenen Zurückhaltung machen kann in ihrer Rolle. Wir sind kein Gericht, wir haben keine Parteistellung in irgendwelchen Auseinandersetzungen, aber es ist trotzdem wichtig, das ist meine Meinung, dass eine GPK sich einigermaßen zeitnah einer Situation annimmt und sich ihre Position überlegt. Das ist nicht mehr als eine Position, das ist nicht, und das ist vielleicht wichtig, dass ich das mal kläre, das ist nicht das Parlament mit der GPK als Gesetzgeber, sondern das ist das Parlament in der Rolle der Oberaufsicht. Das ist eine unterschiedliche Rolle, das ist nicht die Rolle des Gesetzgebers, das ist die andere Rolle, die ein Parlament hat, und darum denke ich, ist das nicht a priori problematisch.

Damit wäre ich bereits beim Dank. Mein ganz persönlicher sehr grosser Dank geht an unsere Geschäftsleitungsstelle, an unsere Geschäftsführerin, Kathrin Pavic. Sie begleitet uns in der GPK in einer ausgezeichneten sorgfältigen und fürsorglichen Art und Weise, ohne sie wären diese Berichte schlicht unmöglich und dafür gebührt mein Dank, aber sicher auch der Dank der gesamten Kommission. Dann geht auch mein grosser Dank an meinen Vize-Präsidenten Erich

Bucher. Ohne ihn würde ich das sowieso gar nicht machen, ich wäre schon längst zum Fenster rausgesprungen. Er hilft, er strukturiert mit, er führt die Diskussionen für mich, was mich immer enorm erleichtert und dafür, Erich Bucher, wirklich von Herzen grossen Dank und für Ihren grossen Einsatz für diese Sache. Dann geht mein Dank und unser Dank auch an das Redaktionsteam. Der GPK-Bericht wird lektoriert von Oliver Thommen schon seit Jahren und neu auch von Daniel Albiets, Ihnen beiden auch ganz herzlichen Dank. Selbstverständlich geht mein Dank auch an die Gesamtkommission Beat Schaller, Johannes Sieber, Daniela Stumpf, Andrea Strahm, Lukas Faesch, André Auderset, Laurin Hoppler, Pascal Pfister und Alexandra Dill. Sie alle sind im Service Public im Bereich der Oberaufsicht und ihnen für den grossen Einsatz, und glauben sie mir, dass sind viele Stunden, die diese Menschen mit mir verbringen müssen, was sicher nicht immer einfach ist, dafür grossen Dank und ich habe damit geschlossen.

Regierungspräsident Beat Jans, Vorsteher PD: Es ist dem Regierungsrat ein grosses Anliegen, die ihm aufgetragenen Aufgaben effizient, in guter Qualität und im Sinne der Bevölkerung, im Sinne auch Ihrer Vorgaben und der Gesetze zu erledigen. Die Aufgaben sind viel, sie sind zahlreich und nicht immer planbar. Sie haben es gehört, auch das letzte Jahr brachte unerwartet grosse zusätzliche Aufgaben. Die Pandemie war noch nicht vorbei und Russland griff die Ukraine an. Zusätzliche Schutzsuchende, Energieknappheit waren die Folgen, die wir irgendwie mit Ihnen zusammen auch bewältigen mussten. Ich meine, die Mitarbeitenden unseres Kantons haben diese Aufgaben gut geleistet über das hinaus, was sie sowieso Jahr ein, Jahr aus leisten. Auch das zu bewältigen, war nicht selbstverständlich, es ist ihnen aber gut gelungen. In diesem Sinne möchte der Regierungsrat allen Mitarbeitenden des Kantons einen grossen Dank aussprechen für die wichtige Dienstleistung, die Sie an der Bevölkerung Tag ein, Tag aus leisten.

Weil die Aufgaben nicht immer planbar, einfach und wirklich sehr vielfältig sind, übrigens auch immer zunehmen, ist es umso wichtiger, dass es eine Oberaufsicht gibt, dass es die GPK gibt, die uns über die Schultern schaut und auch darauf aufmerksam macht, wo es Verbesserungen geben kann und muss. In diesem Sinne möchte ich auch der Geschäftsprüfungskommission im Namen der Regierung sehr herzlich danken. Ihre Aufgabe ist nicht immer einfach, aber sie ist sehr wichtig und wir anerkennen das ohne Vorbehalt an.

Wir möchten auch sehr herzlich danken, dass Sie jetzt das Verfahren neu strukturiert haben. Früher war es ja so, dass der Regierungsrat kurz vor den Ferien zusammen mit den Medien diesen Bericht der Geschäftsprüfungskommission erhalten hat und dann zwei bis drei Monate fast quasi warten musste, bis er eine konsolidierte Stellungnahme abgeben konnte. Das war aus Sicht des Regierungsrates unbefriedigend, jetzt ist das Verfahren aus unserer Sicht klar besser. Erstens durften wir den Entwurf sehen und dazu Stellung nehmen. Wir konnten so auch gewisse Fehler, glaube ich, korrigieren, wenn es das gab. Sie haben mit unseren Inputs gemacht, was Sie wollen und das ist auch richtig so, aber wir hatten die Gelegenheit, das vorher noch anzuschauen, das war für uns wertvoll.

Zweitens können wir jetzt auch innert recht kurzer Frist dazu konsolidiert Stellung nehmen und dafür sind wir sehr dankbar. Das neue Verfahren, glaube ich, führt zu einer Verbesserung der Zusammenarbeit. Eine Zusammenarbeit, die am Schluss ja dazu münden muss, dass die Aufgaben, wie gesagt, effizient und in guter Qualität für alle geleistet werden können.

In diesem Sinne möchte ich der GPK für diesen Fortschritt danken. Es war nicht immer ganz einfach, in der kurzen Frist, die uns zur Verfügung stand, alle Aufgaben schnell und richtig zu erfüllen. Das können wir künftig vielleicht noch besser machen, auch sonst müssen wir uns vielleicht noch austauschen, wie man das Verfahren optimieren kann, aber es ist ein eindeutiger Fortschritt. In diesem Sinne herzlichen Dank.

Schluss der 22. Sitzung

12:00 Uhr

Beginn der 23. Sitzung

Mittwoch, 28. Juni 2023, 15:00 Uhr

Lukas Faesch (LDP): Um es vorwegzunehmen, die LDP-Fraktion folgt allen Anträgen der GPK. Wir verbinden dies mit dem herzlichen Dank an die GPK für ihre grosse und wertvolle Arbeit. Der fundierte und sorgfältige Jahresbericht der GPK ist für uns Spiegel und Richtschnur zur Beurteilung des staatlichen Handelns. Die LDP-Fraktion steht hinter den Feststellungen, Empfehlungen und Erwartungen der GPK und erwartet auch, dass diese vom Kanton aufgenommen bzw. umgesetzt werden. Da ich nur einmal spreche, werde ich nun auf einige Punkte näher eingehen, da diese der LDP besonders wichtig erscheinen.

Zuerst zum Fernwärmeausbau. Das Ziel, der Fernwärmeausbau bis 2037 zu schaffen, ist zeitlich und finanziell sehr ambitioniert. Dies setzt eine sorgfältige und vorausschauende Planung aller Akteure voraus und beachten Sie das, eine disziplinierte Politik, die dies nicht überlädt mit ständig neuen und erweiterten Zusatzansprüchen. Die Belastungen und Einschränkungen für die Bevölkerung und das Gewerbe sind möglichst gering zu halten. Keine einfache Aufgabe, wenn man an die 60 Kilometer langen Bauabschnitte denkt bzw. an die vier Kilometer pro Jahr aufgerissenen Strassenzüge. Die LDP erwartet und fordert, dass der Kanton bei auftretenden Problemen die Öffentlichkeit zeitnah informiert.

Ich komme zum Bau- und Gewerbeinspektorat. Die GPK stellt in Übereinstimmung mit Bauwilligen fest, dass Baubewilligungsverfahren nicht zufriedenstellend abgewickelt werden. Zu lange Verfahrensdauer, überspitzer

Formalismus, nicht Ausnutzen des Ermessensspielraums und ein intransparentes internes Weisungsnetz sind die einigermaßen happigen Vorwürfe. Das sind schlechte Vorzeichen für Bauwillige, Investoren und auch fürs Baugewerbe und dies, obwohl diesen Akteuren das Leben in Basel auch sonst schon schwer genug gemacht wird. Die LDP erwartet mit der GPK, dass das BGI subito eine Praxis des Ermöglichens statt des Verhinderns aufnimmt. Kundenfreundlichkeit muss oberstes Ziel sein, intransparente, nicht überprüfbare interne Weisungen sind sofort abzuschaffen und der Ermessensspielraum ist konsequent und kundenfreundlich auszunutzen.

Ich komme zur Digitalisierung und der Datensicherheit. Aufgrund der Tatsache, dass jedes Departement, ja oft jede Dienststelle eigene digitale Lösungen hat, ist eine Vereinfachung und Vereinheitlichung auf Kantonsebene schwierig, aber schon wegen der stark verbesserungswürdigen Datensicherheit notwendig. Es ist deshalb unverständlich, dass zum Beispiel die Dienststelle Digitalisierung beim BVD keine Weisungskompetenz hat. Trotz bereits vermehrten Hackerangriffen und massivem Datenklau sind bis dato das von der GPK zu Recht geforderte IT-Weisungsrecht der zentralen Informatik gegenüber allen Departementen nach wie vor nicht umgesetzt. Das ist aber dringend und sehr wichtig, wollen wir nicht unsere Steuererklärungen oder unsere elektronischen Daten, Patientendossiers in Bälde im Darknet wiederfinden. Da ist wirklich Handlungsbedarf gegeben.

Mit dem nochmaligen Dank an die GPK für ihre wertvolle, unverzichtbare Arbeit wird die LDP allen Anträgen folgen.

Johannes Sieber (GLP): Die Fraktion der Grünliberalen schliesst sich dem Dank an die Regierung, die Verwaltung, die Kleeblatt-Organisationen und allen Involvierten an. Der Dank gilt auch der GPK, die ja bekanntlich die Aufgabe hat, staatliches Handeln hinsichtlich Angemessenheit, Berechenbarkeit, Effizienz, Kundenfreundlichkeit, Rechtmässigkeit und Transparenz zu prüfen und zu fördern. Wir sind überzeugt, dass die Arbeit hinsichtlich des Schaffens von Vertrauen der Öffentlichkeit in staatliche Institutionen wichtig ist. Weder ist dieses Vertrauen selbstverständlich noch hat eine Regierung es vorbehaltlos verdient. Das wache Auge der GPK und die Gewissheit, dass Konflikte, Vorwürfe und der eine oder andere herbei geschriebene Skandal in einer grossrätlichen Oberaufsicht und mit Hilfe professionell aufgestellter Kleeblatt-Organisationen untersucht und falls nötig kritisiert wird, schafft dieses Vertrauen.

Bei der Veröffentlichung des GPK-Berichts interessieren vor allem die konkreten Empfehlungen der Kommission, sozusagen die handfeste Kritik an der regierungsrätlichen Arbeit. GPK-Präsident Christian von Wartburg und auch Lukas Faesch haben die wichtigsten Punkte dazu bereits ausgeführt. Die Grünliberalen begrüssen die Empfehlungen der GPK und wir unterstützen diese. Wichtig sind aber auch die Untersuchungen, in denen die Kommission feststellen konnte, dass die Regierung trotz anfänglichen Befürchtungen erwartungsgemäss gearbeitet hat. Die Anzahl der bearbeiteten Themen und der durchgeführten Hearings ist beachtlich. Wenn zudem bedacht wird, dass nur ein Teil der Hinweise und Verdachtsmomente überhaupt zu einem Hearing führen, lässt das die Tiefe und die Auseinandersetzung mit der Arbeit der Regierung und Verwaltung erahnen.

In der Grünliberalen Fraktion ist immer wieder die Verhältnismässigkeit ein Thema. Wann gilt staatliches Handeln als angemessen. Wir begrüssen darum, dass die GPK sich in all den Themen auch diese Frage immer wieder stellt. Die Beurteilung fällt unterschiedlich aus. Am Beispiel der Missstände an der Ballettschule Theater Basel zeigt sich, dass gewisse Zuständigkeiten und Schnittstellen nicht ganz richtig gelegt waren. Auch wenn in diesem speziellen Fall die Verantwortung nicht ausschliesslich beim Kanton zu suchen sei, hält die GPK hier eine gewisse Nachlässigkeit in der Aufsicht fest. Die Grünliberalen begrüssen die Empfehlung der GPK, systematisch zu überprüfen, wo ähnliche Strukturen wirken, dass Menschen in ihrer Ausbildung missbräuchlichem Verhalten ausgesetzt sind. Wir vertrauen auf die Regierung, dass diese Empfehlung umgesetzt wird und wo nötig entsprechende Massnahmen ergriffen werden.

Wenn das staatliche Handeln in Bezug auf die Ballettschule auf der Angemessenheitsskala eher bei der Nachlässigkeit zu verordnen ist, nennt die GPK in ihrem Bericht auch Beispiele, die an Augenmass vermissen lassen. So hat die GPK festgestellt, dass der Rückstau der Gesuche beim Bauinspektorat auch, aber nicht ausschliesslich auf den personellen Unterbestand zurückzuführen war. So sei bei der Gesuchsbearbeitung nach der Maxime gearbeitet worden, Entscheide im Baubewilligungsverfahren möglichst "rekursfest" zu fällen. Was nach solider Arbeit klingt und faktisch auch ist, führte in der Praxis zu den kritisierten Verzögerungen. Die GPK erwartet hier, dass der vorhandene Ermessensspielraum künftig im Sinne einer verstärkten Kundenorientierung genutzt wird. Dem schliessen wir uns an und begrüssen, dass bereits Massnahmen ergriffen wurden.

Auch Potenzial zur Unverhältnismässigkeit hat der Prozess der Lohngleichheitsanalyse. Bekanntlich unterstützt die GLP-Fraktion das Ziel der Lohngleichheit. Auch sind wir bereit, eine gewisse Verschärfung mitzutragen. Wie das Sekretariat der Eidgenössischen Wettbewerbskommission und die GPK sind wir gleichzeitig der Auffassung, dass der Regierungsrat hier über das Ziel hinausschiesst, wenn er zum Nachweis der Lohngleichheit eine einzige Software-Lösung als zwingend erklärt. Richtig ist, dass die Analysemethode wissenschaftlich und rechtskonform sein muss. Wir appellieren hier aber an die Transparenz und wie das die GPK verlangt, an die Bekanntgabe der grundsätzlichen Parameter für die Prüfung der Lohngleichheit. Mit welcher Software die Analyse erfolgt, sollte nicht vorgeschrieben werden. Wir geben zudem zu bedenken, dass die Lohngleichheit nur in Zusammenarbeit mit den Unternehmen und den Organisationen erreicht wird und nicht gegen sie.

In diesem Sinne steht das Beispiel der Ballettschule punkto Angemessenheit des staatlichen Handelns eher auf der nachlässigen Seite, während beim Bauinspektorat und der Lohngleichheitsanalyse unseres Verständnisses nach das Augenmass verloren ging. In allen drei Fällen sind Korrekturen notwendig in die eine oder andere Richtung. Ich fokussierte hier den Aspekt der Angemessenheit, weil wir denken, dass es eine der wichtigsten und anspruchsvollsten Aufgaben der regierungsrätlichen Verantwortung ist. Vom Polizeieinsatz bis zur Absicherung im Kulturförderbeitragen ist die Verhältnismässigkeit immer aufs Neue zu prüfen. Es bleibt anspruchsvoll, das richtige Mass zu finden und zu halten, wir appellieren auf die Aufmerksamkeit für die Herausforderung.

Dem Grossen Rat empfehlen wir, den GPK-Bericht zu genehmigen.

Erich Bucher (FDP): Nach der Diskussion zum Jahresbericht der Finanzkommission befassen wir uns heute zum zweiten Mal mit dem Jahresbericht der Regierung. Nach den mehrheitlich positiven Tönen zur Arbeit des Regierungsrates zum ausgezeichneten Finanzresultat des Kantons zeigt der Bericht der GPK ein etwas anderes Bild, die andere Seite der Medaille. Seit Jahren moniere ich immer wieder, dass der Jahresbericht der Regierung mit seinen 500 Seiten endlich ein echter Rechenschaftsbericht wird. Der Regierungsrat berichtet, ob er richtig gearbeitet hat. Dies ist weiter immer noch nicht der Fall. Hinweise auf Probleme, Fehler, Unzulänglichkeiten, Projektverzögerungen, Kostenüberschreitungen findet man nur im Kleingedruckten. Das vorliegende Buch ist deshalb lediglich ein Marketinginstrument, das die Departemente und Abteilungen im besten Licht darstellt. Liebe Regierungsmitglieder, stehen Sie endlich dazu, dass auch die Verwaltung Fehler machen kann, und zeigen Sie dann auf, was Sie unternommen haben, um diese zu korrigieren.

Erlauben Sie mir im Namen der Fraktion einige kritische Punkte zum Jahresbericht. Zuerst die Digitalisierung, eines der drei Hauptziele im Legislaturplan der Regierung. Bereits im Jahresbericht 2021 hat der Regierungsrat festgehalten, dass die Digitalisierung ein Rückstand gegenüber anderen Kantonen aufweist. Leider müssen wir feststellen, dass in der Hälfte der neuen Legislatur noch immer keine für die Kunden feststellbare konkrete Fortschritte erzielt wurden. Die Problematik dokumentiert der Regierungsrat gleich selbst. Auf der Seite 414 steht, dass der Regierungsrat ab 2022 Fr. 36'000'000 IT-Investitionen plante. Investiert hat er aber nur Fr. 19'300'000. Die GPK stellt zwar fest, dass die Digitalisierungs-Strategie sowie die IT-Infrastruktur-Analyse erstellt wurden, das sind sicher wichtige erste Schritte, aber hier braucht es eine bedeutend höhere Realisierungsgeschwindigkeit und bedeutend mehr Fokus. Wie die GPK sehen auch wir es als zwingend notwendig, dass der Regierungsrat mindestens einmal pro Jahr detailliert über die Fortschritte im Projekt berichtet.

Ein weiteres Problem der Umsetzung der Digitalisierung und der IT-Projekte sehen wir in der nicht existierenden Kompetenz der zentralen Informatik. Vorgaben, auch solche, die der Regierungsrat gemeinsam beschlossen hat, können nicht in den Departementen durchgesetzt werden. Zum Beispiel, es darf nicht sein, dass IT-Sicherheitslösungen in den verschiedenen Departementen unterschiedlich umgesetzt werden. Die GPK hat dies bereits vor einem Jahr in ihrem Bericht als Problem dokumentiert. Unsere Fraktion erwartet, dass der Regierungsrat dies sofort jetzt an die Hand nimmt und in Zukunft sicherstellt, dass zentrale Funktionen, und zwar nicht nur in der Informatik, die Möglichkeit erhalten, Weisungen des Gesamtregierungsrates auch in den Departementen durchzusetzen.

Zum Projektportfolio. Dass der Regierungsrat vor einigen Jahren auf meine Empfehlung hin das Projektportfolio im Jahresbericht dokumentiert, ist ein echter Fortschritt. Es ist einer der wenigen Orte, wo er wirklich Rechenschaft ablegt. Mit dem Ampelsystem Grün, Gelb und Rot zeigt er auf, wer die Projekte betreffend Kosten, Termin, Qualität beurteilt. Die ersten Erfahrungen zeigen jedoch, dass das Ampelsystem auch zu Fehlinterpretationen führen kann. Gerne mache ich ein Beispiel. Im Projektportfolio wird die Erneuerung der St. Jakobshalle wie folgt dargestellt. Kosten auf Grün, Termin auf Gelb, Qualität auf Grün. Wir alle in diesem Saal wissen, dass die Kosten, der Endtermin und die Qualität mehr als Rot sind. Die Differenz ergibt sich daraus, dass der Regierungsrat nach einer Planänderung wie zum Beispiel Zusatzinvestitionen oder ein neuer Endtermin die Parameter den neuen Zielen gegenüberstellt. Die GPK, was wir auch unterstützen, fordert deshalb zusätzliche Informationen im Portfolio.

Eine wichtige Information fehlt jedoch vollständig im Projektportfolio, und zwar ist das der Einsatz des eigenen Personals. Ob in einem Projekt eine oder hunderte Personen beschäftigt werden, wird nie transparent gemacht. Dies muss unbedingt ersichtlich gemacht werden. Denn vor allem in Reorganisationsprojekten, und das sind die Digitalisierungsvorhaben, sind es meistens die gleichen Leute, die im Tages- und im Projektgeschäft involviert sind. Dadurch entsteht evtl. eine Doppelbelastung oder führt bei Tagesgeschäftspriorisierung zu Projektverzögerungen.

Zum Dreirollenmodell beim Bauen. Im Jahresbericht nimmt die GPK auch das Thema Bauen im Kanton auf und hält fest: "Die GPK hält es für problematisch, dass sich der Regierungsrat bei Grossprojekten die Verantwortung aufteilt." Geteilte Verantwortung gleich keine Verantwortung. Die GPK fordert, dass der Regierungsrat prüft, ob die Verantwortung klarer zugeteilt werden kann. Die FDP-Fraktion geht hier einen Schritt weiter und fordert, dass bei jedem Projekt absolut klar sein muss, wer, und dies kann nur eine Person sein, für die Realisierung zuständig ist.

Noch zum Fernwärmeausbau. Der Fernwärmeausbau, den der Regierungsrat an die IWB ausgelagert hat, ist mit Abstand das grösste Projekt im Kanton. Damit dies erfolgreich wird, es ist einer der Pfeiler zur Erreichung der Klimaneutralität, müssen alle involvierten Parteien eng zusammenarbeiten und fokussiert bleiben. Das gilt notabene auch für uns als Parlament. Wir können nicht laufend neue Forderungen an das Projekt stellen. Die GPK fordert, dass der Regierungsrat jährlich über die Fortschritte berichtet und sofort signalisiert, wenn Probleme auftreten sollten. Es herrscht aber grosse Unsicherheit. Die GPK schreibt selbst, dass sie zweifelt, dass das Projekt termin- und kostengerecht realisiert werden kann. Auch wir, die FDP-Fraktion, zweifeln an der Machbarkeit. Damit der Fernwärmeausbau des Netzes bis 2037 abgeschlossen ist, braucht es jährlich 4,5 Kilometer neue Leitungen. Heute ist man etwa bei einem Drittel davon. Wie wollen wir das Ziel erreichen bei diesem Tempo? Und wenn ich nun an die beiden Initiativen denke, die wir heute noch diskutieren werden, werden die Chancen, das Projekt termingerecht zu realisieren, weiter reduziert. Es ist an diesem Parlament, die richtigen Prioritäten zu setzen. Wir können nicht den Fünfer und das Weggli haben. Bleiben Sie realistisch und fokussieren Sie sich auf den Fernwärmehausbau, alles andere muss zurückstehen. Und bevor wir nun 40 Prozent aller Strassen in Basel aufreissen, empfehlen wir, dass der Regierungsrat nochmals über die Bücher geht und evtl. mit externer Hilfe die Realisierbarkeit betreffend Kosten und Termine überprüfen lässt und dann die Resultate auch publiziert und notfalls uns, dem Parlament, reinen Wein einschenkt.

Die FDP wird dem Bericht der GPK vollständig zustimmen.

Und zum Schluss noch der Dank. Wie die GPK dankt auch die FDP-Fraktion dem Regierungsrat, der Verwaltung, den

Gerichten, der Staatsanwaltschaft, dem Datenschutzbeauftragten, der Finanzkontrolle, der Ombudsstelle und den öffentlich-rechtlichen Anstalten und allen ihren Mitarbeitenden für die konstruktive Zusammenarbeit.

Andrea Strahm (die Mitte/EVP): Im Namen der Mitte/EVP-Fraktion bitte ich Sie, Rechenschaftsbericht und Jahresbericht der GPK zu genehmigen. Ich erlaube mir namens meiner Fraktion an dieser Stelle noch kurz auf zwei Themen hinzuweisen, denn viel wurde schon gesagt.

Die Probleme und Schwächen der kantonalen IT hat die GPK schon in früheren Berichten gerügt und dazu aufgefordert, diese rasch zu beheben. Wie wir in den letzten Wochen erlebten, nicht ohne Grund. Die Fraktion sieht die Ursache dieser zögerlichen Erledigung insbesondere darin, dass ein Top-down-Lead fehlt. Die Departemente sehen sich auf Augenhöhe als gleichberechtigte Partner und wollen sich gegenseitig nicht auf die Füsse treten. Jede Abteilung hat aber andere Wünsche, schwört auf andere Programme, es entstehen Schnittstellenprobleme und ein reibungsloses Funktionieren gelingt nur mit Ach und Krach. Dass dies sicherheitspolitisch gefährlich ist und nicht gut geht, sahen wir. Die Fraktion wünscht sich deshalb, dass die Regierung sich hier auf einen einheitlichen Lead, eine übergeordnete IT-Verantwortung einigt und an diese die Beschaffung, Kontrolle, Koordinierung und Überwachung der Sicherheit delegiert.

Ebenfalls Sorgen bereitet uns das Bauwesen im Kanton und dies leider auf breiter Front. Die Probleme sehen wir insbesondere im Dreirollenmodell, das wurde auch schon erwähnt, und hier insbesondere bei Projekten, die nicht im Courant normal wie etwa Schulhäuser entsprechen. Der hochkomplexe Bau des Biozentrums hat die Grenzen der kantonalen Bautätigkeit eindrücklich aufgezeigt. Die Universität hat ihre Lehren daraus gezogen, sie baut nicht mehr im Dreirollenmodell, sondern mit eigenen Unternehmen, wie wir wissen. So etwa Tropeninstitut und Neubau Biomedizin. Die Fraktion wünscht sich hier, dass die Regierung die Grenzen ihrer eigenen Kapazitäten in baufachlicher Hinsicht besser erkennt und komplexe Projekte abgibt. So liessen sich Probleme, wie sie zum Beispiel bei der St. Jakobshalle entstanden sind, verhindern.

Aber auch in Bezug auf die Bautätigkeit Privater stösst die Verwaltung an ihre Grenzen. Baugesuche sind mühsam, umfangreich und langwierig geworden, bis endlich eine Bewilligung vorliegt, vergehen Monate. Hier muss dringend Abhilfe geschaffen werden, die Verfahren müssen effizienter, übersichtlicher und einfacher werden. Das wurde hier auch schon gesagt.

Allerdings, und das wurde vielleicht noch nicht so deutlich gesagt, muss ich an dieser Stelle auch selbstkritisch anmerken, dass das Parlament an der Kompliziertheit der gegenwärtigen Verfahren eine Mitverantwortung trägt. Wir treffen Entscheidungen und machen Vorschriften in Bezug auf günstigen Wohnraum, in Bezug auf Kostenmiete, in Bezug auf Genossenschaften, in Bezug auf Wohnungen, Sanierungen, Begrünungen, Privatparkplätze, ökologische Anforderungen, städtebauliche Aspekte, schliesslich wünscht sich der Grosse Rat mehr Wohnraum, ökologische Sanierungen, etliche Häuser benötigen alternative Heizungssysteme wie Wärmepumpen, usw. Dazu braucht es eine Baubewilligung, usw. Wir schaffen hier drinnen Bibliotheken an Vorschriften, wie gebaut werden darf und soll in diesem Kanton, insbesondere durch Private und auch die Verwaltung. Die Verwaltung muss dieses Dickicht sichten, umsetzen, den Benutzern erklären und die richtige Bewilligungspraxis entwickeln.

Und so manches Mal schiessen wir uns hier drinnen selbst ins Knie mit unserem Wunschzettel, weil sich unsere Wünsche schlicht widersprechen. Mieterschutz versus Wohnungsbau versus Stadtbild versus Klimaschutz, die Baustellen sollen sie koordinieren, aber gleichzeitig die Fernwärme schon gestern einziehen, Tramschienen, Gas, Elektrisch, Fernwärme, Wasser, nicht alles wird aber gleichzeitig fällig. Bäume sollen dann natürlich auch noch hinein, da bin ich ja auch dafür, und noch haben wir den Prozentsatz noch nicht entschieden hier drin, zu welchem Bruchteil eine jegliche Strasse einen Sickerbelag aufweisen muss. Sonnensegel, Sprühanlagen, Sie wissen schon, was ich meine. Wir werden unter den Traktanden nachher wieder schön vor Augen geführt kriegen, was wir der Regierung erneut aufs Auge drücken möchten. Und schafft die Regierung es nicht, das umzusetzen, kommt die GPK und meckert. Hier wäre mehr Achtsamkeit der Legislative dringend notwendig.

Mit diesen eher philosophischen Überlegungen bittet die Mitte/EVP-Fraktion den Grossen Rat, Rechenschaftsbericht und Jahresbericht der GPK zu genehmigen und sie wünscht sich von der Regierung, diesem Bericht gebührend Beachtung zu schenken.

Beat K. Schaller (SVP): Auch im letzten Jahr hat sich, wie wir wissen, in dieser Stadt sehr viel getan und wie überall, wo gearbeitet wird, wurden viele gute Dinge getan und andere, welche im Rückblick unterschiedlich hätten verlaufen können. Wir von der SVP anerkennen die grosse Arbeit von Regierung, von Verwaltung, von all denjenigen, welche für das Wohl unseres Kantons arbeiten und wir danken ihnen dafür. Gleichwohl finden wir es angezeigt, eine Rückschau zu machen, nicht der Kritik wegen, sondern um für die Zukunft besser zu werden. Das wäre auch einmal ein Leitbild oder ein Legislaturziel, ständig besser zu werden. Für die SVP sind folgende Punkte erwähnenswert.

Zum ersten, die Bautätigkeit im Kanton. Diese Bautätigkeit ist nach wie vor sanierungsbedürftig. Das Dreirollenmodell könnte in der Theorie funktionieren, erweist sich aber in der Praxis gelebten Umsetzung als sehr problembelastet. Zur Erinnerung, das Dreirollenmodell heisst, einer bestellt und benutzt, einer baut und einer bezahlt. Die Gefahr hat sich gezeigt, sie besteht, sie hat sich realisiert, dass in diesem Modell bei Problemen die Zuständigkeit, die Verantwortung hin und hergeschoben werden und, wie zum Beispiel bei der St. Jakobshalle geschehen, der eine dem anderen eine Leistung verweigert. Hier ist ganz dringend ein Neujustieren dieses Dreirollenmodells angezeigt und die GPK hat in ihrem Bericht ja auch klare Vorgaben gemacht dazu.

Speziell verblüffend für die GPK war es zu hören, ich zitiere: "Dem Bestellungsmoment kommt ein unglaubliches Gewicht zu. Wenn dort Fehler passierten, gerate man in eine ungewollte rollende Planung." Zitat Ende. Also die Regierung sagt

selbst, man müsse wissen, was man bestellen will, bevor man bestellt. Das ist eine ganz bahnbrechende Erkenntnis, wir staunen. Die SVP fordert, dass in dieser Bestellung von Leistungen mehr Gedanken und Inhalte einfließen, als es bis jetzt der Fall war.

Ein weiterer Dauerbrenner, meine Vorredner haben es schon erwähnt, ist das Bau- und Gastgewerbeinspektorat. Ich habe mit diversen Architekten gesprochen, die Äusserungen waren sich alle sehr ähnlich. Wir anerkennen die schwierige personelle Situation, in welcher sich das BGI befand. Es sind aber systemische Probleme vorhanden, welche dringend behoben werden müssen. Wenn männiglich nach Bauen im Kanton ruft, darf die Verwaltung das nicht behindern und den Aufwand, der ein Architekt für administrative Aufgaben aufwenden muss, ist bis zu 30 Prozent. Das heisst, er muss bis zu 30 Prozent artfremde Arbeit machen, damit er dereinst vom BGI eine Baubewilligung erhält. Es gab Zeiten, als das BGI Freigaben erteilten, vorbehaltlich der Einrechnung von Unterlagen XY. Damit haben der Architekt und der Bauherr eine gewisse Sicherheit, dass sie auf dem richtigen Weg waren und weiterarbeiten konnten. Heute müssen bei Nachfragen, wurde mir gesagt, sämtliche Unterlagen neu eingereicht werden. Eine unglaubliche Belastung für den Kunden.

Kommt hinzu, dass im BGI eine Vielzahl von internen Weisungen existieren, von welchen der Kunde nichts weiss. Wie soll jemand ein Baugesuch vollständig einreichen, wenn er gar nicht weiss, nach welchen Kriterien es wirklich bewertet wird. Das BGI muss der Straffung und vor allem der Veröffentlichung dieser internen Weisungen hohe Priorität geben. Wir anerkennen, dass die Mitarbeiter eine komplexe Aufgabe haben, welche Kenntnisse sowohl architektonischer wie auch baujuristischer Natur voraussetzen. Es erstaunt deshalb die Aussage unserer Baudirektorin in einer Fachzeitschrift: "Der berufliche Hintergrund der Leitung ist sekundär." Die GPK ist der Ansicht, dass die nötigen Kenntnisse auf allen Stufen vorhanden sein müssen, um so eine Durchgängigkeit und Nachvollziehbarkeit der Entscheide sicherzustellen. Handkehrum begrüssen wir die Aussage unserer Baudirektorin im gleichen Artikel dieser Zeitschrift: "Eine Vorgabe lautet beispielsweise, dass man den vorhandenen Spielraum nutzen und es künftig auch wieder mehr Ausnahmen geben soll." Wir wünschen unserer Baudirektorin auf diesem Weg gutes Gelingen und werden uns beim nächsten Jahresbericht nach dem Stand erkundigen.

Nächster Punkt. Zu reden gab natürlich auch der Deal zwischen Messe, der BVB und dem Kanton. Das war auch ein Dreierrollenmodell, aber ein Dreierrollenmodell der ganz besonderen Art und nennen wir doch das Kind beim Namen, was es war, es war ein Hinterzimmer-Deal, mit dem die Messe ihre Zahlen verschönern wollte. Sie machte einen Nutzungsausfall geltend. Es wurde uns noch von niemandem, auch auf meine Interpellation hin, stichhaltig begründet, wieso die Messe diesen Nutzungsausfall vom Steuerzahler finanzieren lassen will und ihn nicht mit ihrem eigenen Kerngeschäft erzielen kann. Dazu kommt natürlich, dass der ganze Ablauf höchst fragwürdig war und wie es die GPK verlangt, unterstützen wir es, soll zukünftig eine chronologisch richtige Abwicklung der Geschäfte erfolgen.

Ein weiterer Punkt, die Einschränkung der Software für den Nachweis der Lohngleichheit im Beschaffungswesen, das bekannte LOGIB. Das Sekretariat der Eidgenössischen Wettbewerbskommission nennt das potenziell wettbewerbsrechtlich problematisch. Eine wunderschöne Formulierung für das Faktische, so nicht. Der Regierungsrat begründet seine Einschränkung auf das LOGIB mit dem Argument, dass nur so eine Vergleichbarkeit möglich sei. Dieses Argument ist überhaupt nicht stichhaltig, der Nachweis der Lohngleichheit ist eine Frage des Ja/Nein, erfüllt oder nicht erfüllt. Da muss es nicht noch eine Beurteilung geben, hat jemand besser erfüllt als ein anderer, das wird nicht gewichtet. Wer es erfüllt, der ist weiter im Rennen für den Auftrag, wer es nicht erfüllt, der ist raus. Diese Bewertung wird aufgrund von wissenschaftlich erarbeitenden Fragen, mathematischen Berechnungen zusammengestellt. Schlussendlich eine Berechnung, die von jedem Programm gemacht werden kann. Es braucht da nicht ein ganz bestimmtes Programm, das können viele Anbieter erfüllen. Deshalb fordern wir, dass der Regierungsrat für die Prüfung der Lohngleichheit die grundsätzlichen Parameter definiert und dann den einzelnen Anbietern überlässt, wie sie diese Parameter erfüllen, ob sie sie erfüllen. Der Regierungsrat bewertet diese Antwort mit Ja/Nein, erfüllt, nicht erfüllt, und das war es dann. Es sind deshalb auch andere Produkte wie nur LOGIB zuzulassen.

Schlussendlich interessant waren die Ausführungen des JSD zur Schwerpunktsetzung bei der Kriminalitätsbekämpfung. Im Vordergrund stehen die Gewaltdelikte, bei welchen unser Kanton einen unrühmlichen Spitzenplatz einnimmt. Wir wünschen der Regierung hier viel Erfolg, dass wir diesen Spitzenplatz bald abgeben können. Vielleicht beginnen Sie mit der Trockenlegung der nigerianischen organisierten Kriminalität, die Bewohner des Kleinbasels werden Ihnen dafür sehr dankbar sein.

Abschliessend, auch die SVP bittet Sie, dem Bericht zuzustimmen und den Grossratsbeschluss anzunehmen.

Alexandra Dill (SP): Dass wir heute gemeinsam mit dem Bericht der Finanzkommission auch den GPK-Bericht beraten können, ist Resultat der neuen Prozessgestaltung, die heute Vormittag unser Kommissionspräsident vorgestellt hat. Wir konnten etwas schneller abschliessen, aber insbesondere konnten wir auch mehr in den Dialog mit den Departementsvorstehenden treten und vertiefter nachfragen und rascher Einblick bekommen. Dass wir in der GPK in diesem Jahr nicht noch eine Parlamentarische Untersuchungskommission bildeten und gleichzeitig einen diesbezüglichen Abschlussbericht verfassten, half natürlich.

Mit dem Bauen im Kanton haben wir uns aber auch in diesem Jahr beschäftigt und vieles, das wurde bereits ausführlich erwähnt, unter die Lupe genommen. Es bleibt komplex, aber es lässt sich feststellen, dass aus dem Biozentrum Lehren gezogen wurden, insbesondere was die bessere und frühzeitige Kommunikation bei Kostenüberschreitungen betrifft, auch wenn diese per se ärgerlich bleiben.

Die Digitalisierung als Oberthema des Berichts wurde auch schon mehrfach erwähnt. Hier haben wir tatsächlich einige Herausforderungen zu meistern und es ist wichtig und richtig, dass das FD hier mit IT BS den Lead übernimmt und angestaute Probleme angeht und zusammen mit einem externen Unternehmen nun ein ganzheitliches IT-Assessment durchführt.

Spürbar sind an vielen Enden im Kanton auch der Fachkräftemangel und die Überlastung vieler sozialer Dienste. Auch bei der Polizei, bei der Rettung und auch beim BGI. Die GPK musste bereits in ihrem letzten Bericht die zu hohen Falllasten bei den Mitarbeitenden im ABES, bei der KESB und im KJD beanstanden und leider wurde in diesem Jahr nichts besser, im Gegenteil. Da muss dringend etwas gehen und die zuständigen Departemente scheinen da auch dran zu sein. Auch bei der Sanität haben die Fälle zugenommen, dies sollte untersucht werden und braucht auch entsprechende Reaktionen.

Sorgen mache ich mir um unsere jüngsten Generationen. Vielen Kindern und Jugendlichen geht es nicht gut. Verhaltensauffälligkeiten und psychische Beeinträchtigungen nehmen zu und alle involvierten Stellen, ich habe sie bereits erwähnt, kommen kaum nach. Lange Wartezeiten erschweren die Situation für alle Betroffenen. Spürbar ist dies dann auch in der Schule. Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler, die zusätzliche Unterstützung benötigen, ist erneut angestiegen und trotz zunehmender separativen Settings werden die meisten weiterhin im Klassenverbund geschult, was für die betroffenen Schüler*innen, die Klassen- und Förderlehrpersonen und die Mitschüler*innen eine tägliche Herausforderung bildet. Das nächste Traktandum auf unserer Tagesordnung heute zeugt davon, dass wir uns mit den Problemen der integrativen Schule weiter und intensiv befassen müssen.

Zu sprechen kommen möchte ich auch auf die Ballettschule Basel. Als GPK haben wir keine Aufsicht über die Ballettschule selbst, an der es offenbar zu groben Missständen gekommen ist. Aber der Kanton Basel-Stadt hat via Lehraufsicht eine Verantwortung für die Personen, die in den Lehrverhältnissen in der BTB waren. Diese sind in einer vulnerablen Situation. Sie sind abhängig als Lernende, sie bewegen sich in einem Spitzenumfeld und wohnen oft weit weg von ihren Eltern. Die GPK hat den Eindruck, dass aufgrund der aufgesplitterten kantonalen Zuständigkeiten für die Lehrverhältnisse, die Schule und das Wohnheim, die Lernenden der BTB zwischen Stuhl und Bank gefallen sind. Wir haben uns darum in der GPK angeschaut, wo es ähnliche Konstrukte gibt und wir erwarten generell für alle Bereiche der Leistungssportförderung, Meldestellen durchzusetzen und allen zuzusichern, dass aus einer Meldung keine negativen Konsequenzen für den Abschluss ihrer Ausbildung entstehen, gerade weil diese Abhängigkeit sehr heikel ist. Es war absolut richtig, eine externe Untersuchung der BTB in Auftrag zu geben, aber die GPK hätte sich sehr gewünscht, dass diese Untersuchung publiziert würde. Am Herzen liegt mir aber insbesondere, dass die Lehren daraus gezogen werden innerhalb des EDs.

Im Waaghof hat auch mich die Toilettensituation ziemlich erstaunt, auch gerade in Kombination mit der Lüftungssituation. Bei der Lüftung ist die Lösung absehbar. Hoffen wir auf einen nicht ganz so heissen Sommer dieses Jahr und nächstes Jahr soll dann ja alles auch schon fertig sein. Ich fände es aber auch wichtig, bei den Toiletten mehr Privatsphäre zu schaffen und auch die Personalsituation im Waaghof ist angespannt.

Beim Präsidialdepartement und beim Gesundheitsdepartement habe ich nicht viel anzumerken, meine Fraktionskollegin Christine Keller wird sich noch zum GD äussern. Beim GD möchte ich noch betonen, dass auch die GPK die Provenienzforschung ernst nimmt.

Zu den Lohnvergleichsanalysen finde ich noch wichtig anzumerken, dass uns bewusst ist, dass ein Rekursverfahren läuft und dass wir dies respektieren und in keinster Weise zu beeinflussen gedenken. Auf die Lohnvergleichsanalysen selbst wird meine Fraktionspräsidentin Michela Seggiani noch näher eingehen.

Allen Mitarbeitenden des Kantons und auch Ihnen, liebe Regierungsrätinnen und -räte möchte ich für Ihren Einsatz danken. Es ist an vielen Orten im Kanton wirklich nicht einfach und die Arbeit wird nicht weniger. Auch wenn die GPK in ihrem Bericht eher Kritik bringt, das ist ja auch unsere Aufgabe, sehen wir, wie viel Sie leisten und dass Sie das allermeiste ziemlich beeindruckend auf die Reihe kriegen. Und um alles andere kümmern wir uns in der GPK weiterhin.

Im Namen der SP-Fraktion bitte ich Sie um Zustimmung zum Bericht.

Laurin Hoppler (GAB): Ganz am Anfang möchte ich der GPK danken für ihre Arbeit in diesem Bericht, die dort dahintersteckt. Ich weiss, wovon ich spreche. Auch ich war froh, mussten wir nicht nebensächlich noch eine PUK haben. Ich möchte aber an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen, allen Staatsangestellten ein grosses Dankeschön auszusprechen für ihre tägliche Arbeit, die sie leisten in diesem Kanton. Diese Arbeit ist nicht immer sichtbar und ich denke, sie bekommt oft nicht die Wertschätzung, die sie verdient hätte. Auch der Regierung möchte ich ein grosses Dankeschön aussprechen für die nicht immer einfache Aufgabe, der sie nachgehen bzw. den nicht immer einfachen Aufgaben, die wir Ihnen auferlegen. Natürlich möchte ich auch den Kleeblatt-Organisationen und den Gerichten danken.

Jetzt möchte ich auf ein paar Themen eingehen, die unserer Fraktion besonders wichtig sind. Es wurde schon sehr viel gesagt und ich werde vielleicht auch ein bisschen wiederholen, aber kommen wir zu der ganzen Thematik der IT und Digitalisierung. Ich denke, die letzten Wochen haben eindrücklich gezeigt, wie verletzlich wir dort sind und wenn es um die IT-Sicherheit geht, muss sich die Regierung und Verwaltung bewusst sein, dass wir sensible Daten unserer Bevölkerung verwalten. Ich bin jetzt seit zwei Jahren in der GPK und in jedem Bericht geht es immer um das gleiche und man hat ein bisschen das Gefühl, dass zwar eine Strategie da ist oder Geld, aber es wird dann nicht ausgegeben oder nicht umgesetzt und das GAB erwartet, dass sich das jetzt wirklich ändert. Wir sehen einfach, dass die Entwicklungen in der IT rasant sind und wenn wir da nur ansatzweise mithalten wollen, dann muss ein Ruck durch die ganze Verwaltung und auch durch die Regierung. Es wäre toll, wenn wir zukünftig die Klassenfotos von einem sicheren Link herunterladen könnten und sie nicht im Darknet suchen müssen. Können wir bitte nicht darauf warten, bis sie in den nächsten Tagen im Darknet sind, sondern wirklich jetzt starten und schauen, dass wir dort vorwärts machen. Ich erwarte von der Regierung, dass das ein Thema ist, das priorisiert wird.

Wenn wir bei der Privatsphäre sind, möchte ich noch auf den Waaghof zu sprechen kommen. Dort durfte ich als GPK-Mitglied auch an dieser Besichtigung dabei sein, das war sehr eindrücklich. Auch ich war schockiert von diesen Zuständen, gerade die Situation bezüglich der Privatsphäre. Wenn man Pech hat, ist man in einer 3er-Zelle und hat nicht

einmal die Privatsphäre, um auf die Toilette zu gehen. Ich bin aber froh, dass sich die Lüftungssituation verbessern wird, dort habe ich auch Vertrauen darin, dass das auch kommen wird. Wir als GAB müssen aber ganz klar sagen, dass es unbedingt bauliche oder sonstige Massnahmen braucht, um diese Probleme bezüglich der Privatsphäre in den Zellen zu beheben. Das ist wirklich eine Situation, die ziemlich avanti verbessert werden muss, sonst werden wir auf parlamentarischem Weg Massnahmen fordern, um die Situation dort zu verbessern. Wir erwarten auch ein bisschen, dass dort proaktiv informiert wird, wie das weitergeht und was man für Massnahmen ergreift.

Wenn wir gerade beim JSD sind, möchte ich noch auf den Polizeipersonalmangel eingehen. Das Problem ist altbekannt, es zeichnet sich schon länger ab. Es ist gut, dass Massnahmen ergriffen worden sind, um diesen Beruf attraktiver zu machen und vor allem auch die Arbeitsbedingungen, die indirekt auch den Beruf attraktiver machen, zu verbessern. Gleichzeitig hat man mit der Arbeitsmarktzulage, die man gesprochen hat, eine weitere Verbesserung in die Wege geleitet. Das bringt aber das Problem mit sich, dass man in der Evaluierung der Massnahmen auch schwer herauslesen kann, welche Massnahmen gut gegriffen haben und welche nicht. Ich denke, das ist sicher nicht optimal und muss sicher bei der Auswertung dieser Massnahmen berücksichtigt werden.

Dann Stichwort optimal. Die Situation an der Ballettschule ist auch nicht optimal, das ist noch gelinde ausgedrückt. Es hat uns, glaube ich, alle im letzten halben Jahr ziemlich beschäftigt und wichtig ist es uns da, dass die Regierung die Situation auch zum Anlass nimmt, auch bei anderen Lehrberufen, wo man weiss, dass die Voraussetzungen ähnlich sind, wo Menschen in ähnlichen Situationen und Abhängigkeitsverhältnissen stehen, dass man dort in Zukunft genauer hinschaut, dass so etwas nicht mehr passiert. Ich bin auch froh, dass das ED das auch erkannt hat, dass dort eine gewisse Rollenverteilung nicht unbedingt wahnsinnig optimal ist oder war und bereits Massnahmen ergriffen hat. Ich erwarte aber trotzdem stark, dass die Empfehlungen der GPK dort wirklich umgesetzt werden.

Zudem bin ich schon sehr erstaunt und auch unzufrieden darüber, dass wir hier drinnen Geld gesprochen haben, dass diese Untersuchung gemacht werden kann und am Schluss die Resultate nur der GPK vorliegen und nicht der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Das finde ich nicht unbedingt richtig. Es hätte auch gereicht, schon nur in einer anonymisierten Version die Ergebnisse zu veröffentlichen. Man muss aber sehen, dass bei diesem Thema viele Punkte nicht im Kompetenzbereich des Kantons liegen und damit auch nicht in der GPK, darum möchte ich das bei dem belassen.

Kommen wir zur Energiemangellage. Die hat uns letzten Winter sehr viel beschäftigt oder im Herbst, aber jetzt scheint ja wieder die Sonne und es ist länger hell, von dem her ist das ja kein Problem mehr. Das hat man so bisschen das Gefühl. Ich glaube, dass dort das GAB die Forderungen auch stützt, dass man das Thema weiterhin priorisiert behandelt und das Problem nicht gelöst ist, sondern dass Stromsparmassnahmen weiterhin gemacht werden müssen, dass Unternehmen weiterhin beraten werden können, wie sie ihren Energieverbrauch senken können. Nicht nur, um einer Mangellage entgegenzuwirken, sondern auch im Allgemeinen.

Dann kommen wir zur Fernwärme. Da wurde auch schon viel darüber gesagt, ich möchte jetzt nicht zu viel darauf eingehen. Ich glaube, der Regierung ist bewusst, dass das eine Riesenkiste ist und dass es wichtig ist, dass man sich hier koordiniert, und zwar jetzt. Man braucht eine Strategie, man muss jetzt koordinieren und es kann nicht sein, dass man von Baustelle zu Baustelle schaut, was es dort gerade noch braucht und man dann jede Strasse sieben Mal aufreisst, weil die Swisscom noch das machen will und die IWB noch das und dies. Das kann einfach nicht sein, wenn wir dieses Projekt über die Ziellinie bringen wollen.

Zum Schluss möchte ich noch auf das Engagement kommen für die geflüchteten Kinder und Menschen aus der Ukraine. Vor allem im ED ist dort wirklich viel passiert, die Schule hat wirklich einen wahnsinnigen Job gemacht. Bis zu 500 Kinder sind in das Schulsystem aufgenommen worden, das hat für viele Lehrpersonen eine Mehrbelastung bedeutet, wo viele Lehrpersonen ja auch schon sehr belastet sind. Ich weiss, da haben sicher einige darunter gelitten und dort ist es dem GAB doch auch sehr wichtig, dass dort alles daran gesetzt wird, dass man auf die Bedürfnisse dieser Lehrerinnen und Lehrer eingeht und an dieser Stelle möchte ich mich bei diesen Lehrpersonen und allen involvierten Menschen bedanken. Das hat sicher viel Improvisation, Geduld und Kraft gebraucht und ich denke, das gilt es zu würdigen.

Was wir bei diesem Thema sehen, ist die gelebte Solidarität, nicht nur von der Bevölkerung, sondern auch vom Kanton. Für uns vom GAB ist klar, dass Gerechtigkeit geschaffen werden muss mit allen Menschen, die geflüchtet sind, egal aus welchem Land sie kommen oder welchen Hintergrund sie haben. Das muss unbedingt ein Learning sein für die Zukunft. Das GAB als Fraktion empfiehlt Ihnen allen darum, den Bericht so entgegenzunehmen.

Daniel Albiets (die Mitte/EVP): Bitte erlauben Sie mir als Einzelsprecher noch kurz auf eine Empfehlung der GPK einzugehen, die durch die Regierung offenbar überlesen wurde. Jedenfalls wird sie in der heute als Tischvorlage erhaltenen Stellungnahme zum Rechenschaftsbericht nicht behandelt, vielleicht weil die Empfehlung nur als Vorbemerkung geschrieben war. Sie teilt das Schicksal vieler Vorworte zu einem Buch, die meistens nicht gelesen werden. Sie können aber sicher sein, dass die GPK eine Empfehlung als sehr wichtig erachtet, zumindest nicht weniger wichtig als die übrigen, wenn sie sie in ihren gesamten Ausführungen zum Jahresbericht der Regierung als Vorbemerkung voranstellt. Sie betrifft nämlich mehrere der anschliessend behandelten Sachverhalte. Vielleicht war der Hintergrund der Empfehlung nicht ganz klar, weshalb ich ihn kurz erläutern möchte.

Um welche Empfehlung geht es denn eigentlich. Auf Seite 33 ganz zu Beginn der Berichterstattung zum Jahresbericht schreibt die GPK: "Die GPK empfiehlt, bedeutsame Sachverhalte, die für öffentliches Aufsehen und Irritation gesorgt und zu Fragen geführt haben, im Jahresbericht des Regierungsrats differenziert und detailliert zu erläutern." Was meint die GPK damit. Es ist eine allgemeine Ermunterung der Regierung, im Jahresbericht keine Schönfärberei zu betreiben und Schwierigkeiten nicht zu verschweigen, sondern zu benennen. Insofern darf sich der Jahresbericht der Regierung im

Vergleich zu den Hochglanzberichten hiesiger Konzerne durchaus etwas abheben.

Irritierend ist, wenn der Regierungsrat zu einem heiklen Thema einen ernüchternden Bericht abgibt, der im Kontrast zur öffentlichen Wahrnehmung und zur teilweise umfangreicher Medienberichterstattung steht. Ich möchte zwei Beispiele nennen, es gibt noch weitere. Nämlich das Baubewilligungsverfahren und der Wohnschutz bzw. die Umsetzung der Wohnschutzinitiative.

Beim BGI und beim Baubewilligungsverfahren schreibt der Regierungsrat, dass er die Problematik erkannt habe. Es heisst: "Deshalb wurde und wird weiterhin mit hoher Priorität eine Verbesserung der Personalsituation angestrebt. Die vakanten Stellen konnten inzwischen besetzt werden." Was verschwiegen wird oder nur angedeutet, dass bis heute im Baubewilligungsverfahren massive Umsetzungsprobleme bestehen, dass Baugesuche teilweise viermal länger brauchen als früher und dass die Dringlichkeit erkannt und falls erforderlich, ihr auch mit ausserordentlichen Massnahmen begegnet wird. Es wird einfach so getan, erledigt, erkannt, gemacht.

Noch schlimmer war es bei der Umsetzung der Wohnschutzinitiative. Zunächst liest man das Vorwort des Regierungspräsidenten, der sagt, die Wohnschutzkommission sei neu etabliert worden, damit der Kanton Basel-Stadt auch künftig ein attraktiver Wohn- und Arbeitsstandort bleibe. Er schreibt nicht, er habe eine Volksinitiative umsetzen müssen, die in der Umsetzung extrem herausfordernd ist und Schwierigkeiten bereitet. Er deutet an, dass das von lokalen Medien mitunter als Bürokratiemonster bezeichnet wurde, ein strategisches Ziel der Regierung oder ein Auftrag des Parlaments gewesen sei, was bekanntlich der Fall war. Solche Dinge darf man in einem Jahresbericht durchaus benennen. Und dann schreibt der Regierungsrat zur Umsetzung: "Die neue Behörde und die Wohnschutzkommission waren fristgerecht am 28. Mai 2022 einsatzbereit. Im November traf das erste Gesuch ein." Nichts von all den Problemen, die es in der Umsetzung und in der Etablierung in dieser Kommission gegeben hat. Der Regierungsrat weckt den Anschein, als ob beim Ausbau der Fachstelle und der Wohnschutzkommission alles reibungslos verlaufen sei, während die Medien über massive Probleme in der Umsetzung berichteten.

Sie können dem GPK-Bericht, den ich nicht wiederholen werde, entnehmen, dass die Regierung im Rahmen des Hearings zum Jahresbericht die massiven Herausforderungen bei der Umsetzung der Wohnschutzinitiative gegenüber der GPK eingeräumt hat. Sie habe ja bereits im Vorfeld der Abstimmung auf die massiven Schwierigkeiten hingewiesen. Und wir finden eben, solche Schwierigkeiten und Herausforderungen, die dürften bei der Berichterstattung im Jahresbericht überhaupt und deutlich zur Sprache kommen. Die GPK anerkennt, dass es nicht ohne ist, eine neue Fachstelle und ein neues faktisch richterliches Gremium zu installieren. Dass das Zeit, Geld, Nerven und Schweiß braucht, ist völlig klar.

Darum die Empfehlung der GPK, dass solche Herausforderungen, solche Schwierigkeiten eben genannt und eingeräumt werden. Das wirkt viel ehrlicher, das wirkt authentischer, das wirkt menschlich und nicht übermenschlich.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: damit ist die Eintretensdebatte abgeschlossen. Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt.

Wir kommen damit zur Detailberatung. Bei jedem Departement erhalten zuerst die zuständige Vorsteherin oder der zuständige Vorsteher das Wort, dann allfällige Fraktionsvotierende, danach Einzelvotierende, und schliesslich nochmals die Vertreterin oder der Vertreter des Regierungsrates. Das Schlusswort hat jeweils der Präsident der Geschäftsprüfungskommission.

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf das Geschäft ein.

Detailberatung

des GPK-Berichts und des Jahresberichts.

Allgemeine Fragen der Oberaufsicht

keine Wortmeldungen.

Departementsübergreifende Themen

keine Wortmeldungen.

Präsidialdepartement

Michela Seggiani (SP): Ich möchte wirklich sehr gerne noch etwas zum Thema Lohngleichheitsanalysen sagen an dieser Stelle. Seit Mai 2021 sind in Basel-Stadt alle Unternehmen, die sich an einer öffentlichen Ausschreibung beteiligen, verpflichtet, Lohngleichheitsanalysen vorzunehmen und den Nachweis zur Lohngleichheit zu erbringen. Zudem müssen schweizweit alle Arbeitgebenden mit über 100, in Basel ab 50 Angestellten alle vier Jahre eine Analyse zur Lohngleichheit durchführen. Das sind wichtige und richtige Schritte hin zur tatsächlichen Gleichstellung. Der Bund stellt den Firmen mit LOGIB ein Standardanalysetool zur Verfügung, das kostenlos, sicher, anonym und einfach ist und offensichtlich bewährt es sich auch. Es vergleicht nämlich gleiche Arbeit mit gleichwertiger Arbeit, wurde dabei bereits ausgezeichnet und wird von anderen Ländern auch übernommen und angewendet.

Jetzt lese ich aber mit Erstaunen, dass die GPK nicht etwa festhält, dass sie die Lohngleichheit effizient voranbringen will,

sondern dass sie hier Wettbewerb haben möchte. Also dass innerhalb der anbietenden Betriebe zwar Lohngleichheit bestehen soll, anstelle von LOGIB aber verschiedene Lohnnachweismöglichkeiten auf dem Markt sein sollen. Logischerweise wären das dann ja kostenpflichtige Tools, dessen Parameter noch der Kausalität geschuldet ebenfalls kostenpflichtig erst noch zu definieren sein sollen. Anhand diesen zu definierenden Parameter kann dann individuell ein Nachweis für Lohngleichheit erbracht werden oder eben auch nicht.

Ich lese dies eher als Kritik an den Lohnanalysen grundsätzlich als am Tool, das dafür angewendet wird. Denn dass eine Wettbewerbssituation innerhalb von gewinnorientierten Firmen die anderen Firmen auf Fairness überprüfen, lässt nur die Schlussfolgerung zu, dass dann kaum noch Lohnungleichheit nachgewiesen werden kann. So passte diese Forderung von neuer Parameter-Definition einerseits recht gut zu einem jüngst erschienenen Interview des Präsidenten des Gewerbeverbandes, in dem er Lohngleichheitsanalysen kritisiert. Andererseits würde diese Forderung aber einen massiven Mehraufwand generieren für etwas, von dem es schon eine gute Version gibt, was wiederum kaum im Sinne der Gewerbevertretung sein kann. Auch in diesem Sinne sehe ich deshalb LOGIB immer noch als gutes, oder sagen wir doch gar singuläres Analysetool.

Zwischenfrage

Johannes Sieber (GLP): Michela Seggiani, was spricht denn für Sie dagegen, dass die Parameter, wie diese Lohngleichheitsanalyse gemacht wird, transparent gemacht werden, dass auch nachvollziehbar ist, wie das gemessen wird? Was spricht da dagegen?

Michela Seggiani (SP): Es spricht nichts dagegen, aber vieles spricht dagegen, jetzt LOGIB dermassen zu kritisieren, dass es eigentlich nicht mehr um das Thema Lohngleichheit geht. Das ist wichtig, da können Sie auch gerne beim Bund nach den Parametern fragen, ich denke, sie werden Ihnen Auskunft geben, ich hoffe es auf jeden Fall.

Bau- und Verkehrsdepartement

Oliver Thommen (GAB): Ich bin ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und der Regierungsrat doch das Gute schafft. Dieses Gefühl ist eines, das wir heute Morgen bei der Diskussion, aber vor allem unsere Fraktion im letzten Jahr stark hatte, nämlich dass das, was aus dem Parlament kommt, an die Verwaltung geht, doch wieder etwas anders zurückkommt, als wir uns das erhofft hatten oder das beauftragt war. In diesem Sinne ist es auch ein bisschen ein breiteres Votum. Auch wenn ich es jetzt hier beim BVD halte, gilt es doch eigentlich für zahlreiche Departemente, aus unserer Sicht doch speziell für das BVD.

Ich möchte einfach diese Wahrnehmung unserer Fraktion, insbesondere auch der Mitglieder der beiden Oberaufsichtskommissionen hier kurz kundtun. Wir sehen es nicht als Aufgabe vor allem der Verwaltung, aus einem Beispiel, in den Kommissionen für gewisse Sachanliegen zu lobbyieren, so ist es zumindest unser Eindruck. Wir halten es aber für die Aufgabe der Verwaltung und damit auch des Regierungsrats, Vorstösse, die überwiesen wurden, auch mit einem gewissen Mass an Ernsthaftigkeit, wenn es Prüfaufträge sind, zu prüfen und zu berichten. Weil sonst führt es einfach dazu, dass immer mehr Anzüge als Motionen überwiesen werden, weil nur so eine Chance besteht, von der Verwaltung bzw. vom Regierungsrat überhaupt eine richtige Antwort zu bekommen. Allgemein sehen wir es ein bisschen als ein Trend in letzter Zeit, dass Beschlüsse, die wir fassen, dann verwässert werden in den Ratschlägen, die dann nach Jahren daraus entstehen, oder sogar ins Gegenteil verkehrt werden.

Wir bitten Sie also, ein bisschen mehr auf das Parlament, das staatspolitisch zwar auf gleicher Höhe, aber doch noch etwas über Ihnen steht, zu achten.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Danke auch für das Votum von Oliver Thommen. Ich möchte das immer so verstanden wissen, dass wir Vorstösse natürlich ernst nehmen, aber manchmal vielleicht als Regierung anderer Meinung sind, auch gerade bei Anzügen prüfen und berichten, wo wir ja aufgefordert sind, unsere Meinung kundzutun.

Eigentlich gemeldet habe ich mich auch wegen dem BGI, weil da doch zahlreiche Voten kamen. Auch da vielen Dank der Kommission für den offenen Austausch. Ich glaube, hier kann man jetzt nicht sagen, dass wir nicht selbstkritisch waren und sind und auch offen sind in dieser Thematik. Wir haben ja auch sehr früh gesagt, dass wir da zahlreiche Abwesenheiten und Vakanzen hatten, das war eine sehr schwierige Situation, übrigens auch für das Team, also auch danke da für die Geduld der Architekten. Es hat sich da wirklich eine Bugwelle an Dossiers angesammelt, aber das ist nicht das einzige und damit war ich immer sehr offen. Ich denke auch, wir müssen da mehr in Richtung Beratung gehen. Ich habe auch angetönt, dass wir unseren Spielraum mehr nutzen müssen und das alles ist natürlich auch nicht ganz einfach zu bewältigen. Wir haben 1'800 Dossiers jedes Jahr, man kann sich vorstellen, das waren bisher rund sieben Stellen, die sich damit befassen, man kann sich die Zeit pro Dossier etwa ausrechnen. Insofern, da müssen wir uns verstärken, aber zuerst war es vor allem wichtig, das Team zu stabilisieren und jetzt diese grosse Bugwelle abzarbeiten.

Die Erfüllungsquote, die erholt sich, es ist auch nicht so, dass wir immer nur bestätigt hätten, dass es eine Krise gibt und nichts gemacht hätten. Wir haben hier zu ungewöhnlichen Mitteln gegriffen, wir haben Pensionierte zurückgeholt, um uns weiterhin zu verstärken. Wir haben Aufgaben verschoben, also wir haben durchaus wirklich sehr kurzfristige Massnahmen ergriffen.

Ich glaube auch, dass das digitale Bewilligungsverfahren da wirklich auch Erleichterung schaffen wird. Der Pilotversuch, der startet jetzt im Juli, dann werden wir Anpassungen machen aufgrund der Rückmeldungen und dann freuen wir uns, wenn das voraussichtlich im Herbst dann auch endgültig in Betrieb geht. Ich freue mich auch, im Austausch zu bleiben, es

ist klar, dass Sie hören wollen, was sich weiterhin da entwickelt, wie das weitergeht und Sie wissen ja vielleicht auch, dass ich mich generell mit der Thematik des einfachen Bauens und auch einfachen Umbauens intensiver beschäftigen möchte. Grossrätin Andrea Strahm hat ein sehr interessantes Votum gehalten betreffend die Rolle all der verschiedenen Player in dieser Frage, also auch der Legislative, die auch Gesetze schafft und damit neu zu umsetzende Texte. Also wir alle haben eine Rolle in dem Ganzen.

Ich denke, diesem ganzen Thema müssen wir uns intensiv widmen, auch mit Blick auf den Klimaschutz, auch mit Blick auf die Herausforderungen, die wir da noch haben beim nachhaltigen Bauen. Ich freue mich auf den weiteren Austausch und danke Ihnen nochmals für die Arbeit.

Erziehungsdepartement

Luca Urgese (FDP): Ich möchte gerne das Augenmerk auf einen Punkt im Bericht richten, der im Zusammenhang steht mit der Kreditsicherungsgarantie Departement Biomedizin. Das hat zwar nur indirekt mit dem Erziehungsdepartement zu tun, weil es in diesem Abschnitt steht, aber deshalb spreche ich das hier an. Wir haben vor kurzem über einen Anzug diskutiert, wo es um die Einrichtung einer bikantonalen PUK ging. Das wurde dann abgelehnt, weil der Kanton Baselland das nicht wollte. Der Regierungsrat hat dann darauf verwiesen, es gebe ja noch die IGPKs und da wurde dann wörtlich ausgeführt, das seien starke interkantonale Instrumente der parlamentarischen Oberaufsicht. Nun lesen wir im Bericht der Geschäftsprüfungskommission, dass die IGPK es abgelehnt hat, die Vorgänge zu dieser Kreditsicherungsgarantie für den Neubau Departement Biomedizin zu untersuchen, weil das angeschaut werde oder in Behandlung bei entsprechenden Kommissionen des Kantons Baselland sei.

Da habe ich ein Appell an die Kolleginnen und Kollegen dieser Kommissionen, nicht nur hier aus Basel-Stadt, sondern auch aus dem Baselbiet, diese Oberaufsicht, die ist, ich hoffe, das ist unbestritten, sehr wichtig und wir haben eine Verantwortung gegenüber den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, dass wir diese Oberaufsicht in verantwortungsvoller Weise wahrnehmen. Wir haben jetzt hier eine Aufsichtslücke meiner Meinung nach, weil wir eben bei bikantonalen Institutionen keine PUK haben und umso grösser ist die Verantwortung für die Mitglieder solcher IGPKs, nicht nur jetzt der Universität, sondern generell aller IGPKs, die wir haben. Ich bin schon der Meinung, dieser Verantwortung kann man sich nicht entziehen, indem man darauf verweist, dass Kommissionen oder eine Kommission eines Kantons sich jetzt mit einem solchen Geschäft ohnehin befasst, weil das die inhaltlichen, die sachlichen Prüfungen sind, aber das ist nicht Oberaufsicht. Oberaufsicht ist zumindest in meinem Verständnis nochmals etwas anderes.

Wir sind klar der Meinung, bikantonale Institutionen brauchen eine bikantonale Aufsicht und deshalb müssen wir die Institutionen, die wir haben, die eben keine PUK sind, keine entsprechenden Kompetenzen haben, nutzen. Die müssen einwandfrei funktionieren. Und deshalb meine Bitte, mein Appell an die Kolleginnen und Kollegen, nehmen Sie diese Oberaufsicht wahr, nehmen Sie diese Verantwortung wahr und schauen Sie hin und nicht erst dann, wenn es zu spät ist und wir dann wieder eine PUK sprechen müssen.

Finanzdepartement

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich danke der GPK für ihren Bericht und ihre Empfehlungen, die ich fast alle sehr zu Herzen nehme. Ich möchte kurz etwas zur Messehalle 3 sagen. Ich gehe mit der GPK einig, dass das Vorgehen nicht ideal war, vor allem nicht rückblickend. Was ist passiert. Ich versuche das jetzt ganz kurz zusammenzufassen, denn es war wirklich sehr verworren. Der Kanton kauft die Messehalle 3 und das Musical Theater zurück. Der Boden gehört ja schon dem Kanton, er kauft dies zurück, macht einen Marktpreis ab mit der Messe, möchte natürlich auch nicht zu viel zahlen, dann macht er einen Mietzins, weil die Messe noch eine Halle gebrauchen möchte. Sie hat dort auch noch ein Annex-Gebäude, welches sie auch heute noch benutzt, dann wird der Mietzins anhand des Kaufpreises festgesetzt.

Nächster Akt, die BVB möchte ihre Elektrobusse irgendwo unterbringen. Der Grosse Rat macht Druck, das muss schneller gehen, die Busse müssen kommen, wir brauchen einen Platz, die können nicht alle da irgendwo ins Klybeck, also die Messehalle 3. Dann wird das so abgemacht, die Busse kommen in die Messehalle 3, macht das ab mit der Messe.

Dritter Akt, die IBS muss dieses Untermietverhältnis genehmigen. Der Vertrag mit der Messe und der BVB hat sich natürlich nicht am Kaufpreis orientiert, nein, sondern die Messe hat das als Private abgemacht mit der BVB und daher ist er viel höher. Die Diskrepanz, das verstehe ich, da mussten wir auch nachfragen, die ist hoch, das hat Fragezeichen aufgeworfen. Die IBS hat dann noch versucht mit der Messe zu reden. Sie kennen den Schluss, Esther Keller und ich sind mit der Messe zusammengesessen und was haben wir gemacht, wir fanden, was ist jetzt prioritär, was wollen wir. Wir wollen, dass die Elektrobusse kommen können, das war unsere Priorität, ganz klar. Die BVB war schon halb drin, da wurde schon gebaut, wir wollten nicht, dass dieses Mietverhältnis gefährdet ist, dass der Unterschlupf für diese Busse gefährdet wird.

Das Schiedsgutachten schien uns eine gute Lösung, eine Drittmeinung zu haben. Dieser hat dann einen Betrag festgesetzt, da haben wir uns darauf geeinigt. Ich gebe Ihnen recht, rückblickend kann man dieses Vorgehen als fragwürdig bezeichnen, aber ich glaube, die Regierung hat am Ende die richtigen Prioritäten gesetzt. Daher nehme ich Ihre erste Empfehlung sehr zu Herzen.

Die zweite Empfehlung, das hat auch schon der Präsident der GPK heute gesagt, ich werde Dienststellen jederzeit einbeziehen, ja, aber ich werde Ihre Entscheidungen nicht immer mittragen. Ich kann Ihnen hier auch verraten, wir haben uns eigentlich, da ich so gerne Krimis schaue, unsere Taktik vorbesprochen. Das war mit IBS abgemacht, Bad Cop, Good Cop. Ja, IBS war der Bad Cop, hat da mal der Messe gesagt, so geht es nicht und dann kam ich und die Messe war schon ganz weich und hat gesagt, ja, also wir lassen uns darauf ein. Das war ein wenig eine Taktik, wir haben das abgesprochen, ich weiss nicht, ob sie aufgegangen ist, aber am Ende konnten Esther Keller und ich uns mit der Messe auf

dieses Schiedsgutachten einigen. Das fand ich eigentlich das Wichtigste, da wir ja diese Elektrobusse wollen und da sind, soviel ich weiss, die ersten auch schon eingefahren.

Zwischenfrage

David Jenny (FDP): Jetzt ist da diese dialektische Bad Cop/Good Cop-Strategie bekannt, wie reagieren Sie im nächsten Fall?

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich kann beides, ich kann auch mal Bad Cop sein.

Gesundheitsdepartement

Christine Keller (SP): Ich möchte hier über ein Amt sprechen, das zum Gesundheitsdepartement gehört, aber nicht so viel Beachtung findet hier in diesem Hause, auch nicht im GPK-Bericht und im Jahresbericht sind nur gerade drei Seiten des durchaus lesenswerten Jahresberichts des Veterinäramtes abgedruckt. Mir persönlich ist dieses Amt wichtig und darum erlaube ich mir hier ein paar Bemerkungen dazu.

Auch im Bericht der GPK ist die Rede von Hunden. Hundebesitzer und -besitzerinnen soll es dem Vernehmen nach auch im Regierungsrat einige geben. Wir alle warten dann gespannt, wenn dann 2024, wie wir im Bericht lesen, diese neuen Freilaufzonen definiert werden in der Langen Erlen. Im Moment geniessen wir es noch, dass wir dort die Hunde noch ganz frei laufen lassen dürfen und hoffen auf grosszügige Zonen, wobei selbstverständlich auch die übrige Tierwelt zu schützen ist. Ebenso freuen wir uns auf die jüngst angekündigten weiteren Freilaufzonen in Basel, wenn wir auch etwas Zweifel haben, ob jetzt der Holbeinplatz wirklich genug Platz dafür hat. Dann gibt es aber nicht nur Hunde, sondern auch Katzen. Hierüber lesen wir wenig, nein, gar nichts, dabei gibt es auch Katzennot in Basel. Es gibt auch gelegentlich Problemfälle unter Katzen, so war von einer Bengalkatze die Rede in der Presse, die offenbar die anderen Katzen terrorisiert im Hirzbrunnen. Es ist ein Anzug von unserer Kollegin Claudia Baumgartner hängt und wir warten gespannt auf die Antwort. Dieses Tier, das sich selbst als Krönung der Schöpfung bezeichnet und sich den möglicherweise unzutreffenden Beinamen Sapiens gegeben hat, hat sich die Natur nicht nur Untertan gemacht, wie sie in der Bibel aufgefordert wurden, sondern die übrigen nichtmenschlichen Tiere auch in Haus- und Nutztiere eingeteilt, was weniger lustig ist für diejenigen, die das Pech haben, zur letzten Kategorie gehören. Dazu lesen wir auch Betrübnliches im Bericht des Veterinäramtes, nämlich dass die Schlachtzahlen zugenommen haben. Zwar zugegebenermassen nur um 1,2 Prozent, aber doch eigentlich ein Trend, der von mir aus gesehen in die falsche Richtung geht. Ich verrate Ihnen gerne, dass Fleisch essen ja nicht alternativlos ist.

Ebenfalls wohl zu den Nutztieren gehören die Versuchstiere. Auch hier betrüblich, wir lesen im Jahresbericht des Veterinäramtes eine Zunahme, auch bei den Primaten um 40 Tiere, insgesamt 151 Tiere. Es handelt sich allerdings um nichtbelastende Versuche, wie wir dem Bericht entnehmen dürfen, und ich hoffe natürlich sehr, dass das so bleibt, denn das wurde ja im Zusammenhang mit der Abstimmung über die Primaten-Initiative so versprochen, dass keine belastenden Tierversuche stattfinden sollen an Primaten. Weniger Glück haben all diese vielen Nagetiere, es sind mehr als 6'500, die schwersten Belastungen ausgesetzt werden in Tierversuchen. Dabei ist es nicht alternativlos, auch nicht im Interesse der menschlichen Gesundheit, an Tieren Versuche vorzunehmen. Wir haben mit Freude gelesen, dass Roche an Alternativen arbeitet, an diesen Organoiden. Es gibt auch Organellen und Computersimulationen, ich hoffe also sehr, dass diese Versuche künftig nicht weiter ansteigen.

Ich wünsche dem Veterinäramt im Interesse unserer Mitgeschöpfe eine gute Arbeit und danke für den Einsatz für den Tierschutz.

Justiz- und Sicherheitsdepartement

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerade die Hitzesituation im Waaghof ist beträchtlich. Wir haben den letzten Sommer wirklich hohe Temperaturen gehabt. Es ist einiges gegangen, was als Sofortmassnahme zählt. Man hat versucht, wirklich Luft reinzubekommen mit Ventilatoren, mit speziellen Lüftungsmethoden, aber selbstverständlich muss die bauliche Situation angegangen werden, wird angegangen und es ist im Moment ja auch im Bau. Es hat Verzögerungen gegeben, leider muss ich sagen, es wäre sehr wichtig gewesen, dass wir hier zeitnah eine gute Lösung bekommen. Es ist aber allerdings auch nicht ganz so einfach, weil die ganze Renovation, die ganze Anpassung muss im laufenden Betrieb geschehen. Man kann nicht einfach das Gefängnis leeren, die Gefangenen irgendwo anders unterbringen, das muss etappenweise erfolgen, das erfolgt jetzt auch etappenweise und dann werden während der Bauphase auch Probleme offenbart, die vielleicht so nicht ersichtlich waren. Wenn zum Beispiel diese Lüftungsschächte dann plötzlich mitten in den Raum reinragen, ist es eine andere Situation in einem Gefängnis, das sowieso schon beengt ist, und dann braucht es immer wieder gewisse Anpassungen, dass das wirklich im Endeffekt auch gut kommt. Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir das jetzt auf den Herbst 2024 schaffen und dass wir bis dahin wirklich das Beste machen, dass die Verhältnisse so angenehm wie möglich sein werden.

Die Privatsphäre wurde angesprochen, auch da gebe ich Ihnen recht, 3er-Zellen sind heute nicht mehr State of the Art. Nur eben, das Gefängnis ist nicht neu erbaut worden, es ist in einer anderen Zeit gebaut worden, da war das noch gar kein Thema. Heute ist Standard, wenn man auf der grünen Wiese plant und baut, dass man 1er-Zellen macht, das ist heute nicht Fakt. Aber was ich Ihnen versichern kann, ist, dass es nicht standardmässig so ist, dass wir 3er-Belegungen haben in den Zellen. Es soll wirklich die Ausnahme sein, wenn wir wirklich Spitzenzeiten haben in der Belegung und sonst wird sehr stark darauf geschaut, dass man höchstens zwei Personen in einer Zelle unterbringt. Aber selbstverständlich,

auch da werden wir schauen müssen operativ, was wir tun können.

Hier einfach noch ein Wort an den GPK-Präsidenten. Sie haben gesagt, man kann ja einen Vorhang reinziehen. Es ist halt schon auch so, dass wir immer schauen müssen, was ist das Sicherheitsrisiko bei eigentlich einfachen Massnahmen. Sie wissen auch, dass Haftsituationen heikel sind, dass es nicht selten auch zu gefährlichen Situationen kommt, zum Teil unter den Gefangenen, aber auch in der Suizidprävention und ich denke, diese Rahmenbedingungen müssen wir alle anschauen. Die Lösungen tönen oft einfach, die Ideen sind vorhanden, aber dennoch müssen wir der speziellen Situation in Haft ebenfalls Rechnung tragen.

Ein drittes Thema, das als Empfehlung angesprochen wird, ist das Insourcing, also diese Situation, dass wir Securitas-Mitarbeitende beschäftigen in den Gefängnissen. Auch dieses Thema ist erkannt. Der Regierungsrat resp. das Justiz- und Sicherheitsdepartement hat einen Ratschlag ausgearbeitet. Der ist so weit fertig, wird allerdings nach den Sommerferien dann erstmals in der Regierung beraten. Der enthält umfassende Vorschläge zur Reorganisation des Justizvollzugs. Ein Punkt darin ist dieses sogenannte Insourcing, weil man sich tatsächlich mit guten Gründen die Frage stellen kann, soll man in diesem hochsensiblen, ich würde sogar sagen, höchstsensiblen Bereich der Haft, soll man da private Player zulassen oder müsste man da nicht auch sagen, das ist eigentlich ein kernstaatlicher Auftrag. Ein Vorschlag dazu wird kommen, das wird gewisse finanzielle und ressourcenmässige Folgen haben, aber ich denke, von der Stossrichtung her ist der Moment da und gut gewählt, dass wir uns diese Fragen in dieser Gesamtorganisation auch stellen und Sie werden darüber selbstverständlich auch beraten können.

Was darin auch enthalten ist, es wurde in einem Votum auch gesagt, ist die Situation des Personals. Ich denke, auch da müssen wir Acht geben auf das Personal, das eine nicht einfache Arbeit leistet in diesem Umfeld mit Personen in Gefangenschaft. Das Arbeitsumfeld ist ganz speziell und ich denke, auch da müssen wir schauen, dass die Bedingungen für diese Personen entsprechend gut organisiert sind und gut aufgestellt sind.

Das habe ich vergessen, das möchte ich noch nachliefern, zur Situation der 3er-Belegung der Zellen. Hier sind auch Ideen vorhanden im Ratschlag, und zwar geht es dahin, es gibt auch eine Modellempfehlung der KKJPD, die verschiedene Haftphasen unterscheidet in der Untersuchungshaft. Also dass man vor allem am Anfang relativ nahe und im engen Setting in der Nähe der Staatsanwaltschaft sein muss, aber je länger das dauert, desto mehr kann man auch hier etwas an Lockerung bringen und wir haben hier geplant, dass wir das Bässlergut aktivieren werden, weil ich denke, ein Neubau eines Gefängnisses, das ist nicht realistisch. Wir werden am Waaghof festhalten, aber wir schauen hier ganz stark darauf, dass wir den entdichten können und Kapazitäten im Bässlergut sind vorhanden und da werden wir ebenfalls mit den entsprechenden Ideen und Umsetzungsmöglichkeiten dann auf Sie zukommen.

Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt

keine Wortmeldungen.

Staatsanwaltschaft

keine Wortmeldungen.

Bericht des Gerichtsrates

Oliver Thommen (GAB): Zum Rechenschaftsbericht der GPK hätten wir erwartet, dass der Gerichtsrat, oder vielleicht kann man das jetzt als Wunsch für die zweite Runde bringen, dass der Vorsteher des Gerichtsrats hier auch noch Stellung nimmt, insbesondere zu diesem Fall, den die GPK da aufgearbeitet hat. Der zwar sicher ein Einzelfall war, aber der bei der GPK doch den Eindruck hinterlassen hat, dass Fragen der Aufsicht noch sehr in der Schwebe sind oder vielleicht sogar verbesserungswürdig sind. Uns hätte sehr interessiert, was der Gerichtsrat dazu zu sagen hat.

Stephan Wullschleger Vorsteher des Gerichtsrates: Ich nehme diese Aufforderung gerne an, zu berichten und Stellung zu nehmen. Zunächst zum Punkt 2.7, die Information über mögliche Missstände an einem Gericht. Es handelt sich hier um ein oberes kantonales Gericht und der Grosse Rat resp. der Gesetzgeber hat bewusst darauf verzichtet, weiterhin eine Aufsicht über obere kantonale Gerichte durch das Appellationsgericht vorzusehen. Das war früher so, das machten wir auch, wir haben insbesondere das Sozialversicherungsgericht eng immer wieder begleitet. Das wurde aber durch den Gesetzgeber so abgeschafft. Wir haben ja auch darauf hingewiesen bereits bei der GPK-Beratung, dass das so war. Es gab gewisse Gründe, das Bundesgericht hat in Frage gestellt, ob das überhaupt zulässig ist, dass ein oberes kantonales Gericht durch ein anderes oberes kantonales Gericht beaufsichtigt wird. Dem ist der Gesetzgeber gefolgt und dann gibt es eben keine Aufsicht. Wir können nicht Aufsicht machen, wenn der Gesetzgeber das nicht will, dass wir Aufsicht machen.

Und weiter ist zu sagen, der Gerichtsrat ist kein Aufsichtsorgan. Das ist auch wiederum das GOG, dass das so vorsieht, dass die Aufsicht durch das Appellationsgericht gemacht wird, aber nur über sogenannte untere Gerichte und nicht über das Sozialversicherungsgericht. Deshalb ist wichtig, dass eine innergerichtliche Aufsicht funktioniert, gerade in solchen Fällen und dass innerhalb des Gerichts eine Diskussion stattfindet, dass innerhalb des Gerichts solche Zustände auch aufgenommen werden können. Und deshalb ist es hier nicht der Gerichtsrat, der die gerichtsinterne Qualitätssicherung eingehend zu überprüfen und zu verbessern haben wird, sondern es sind die einzelnen Gerichte, die sich darum bemühen müssen und da ist der Gerichtsrat selbstverständlich sehr interessiert, dass das an den einzelnen Gerichten funktioniert. Wenn Sie das anders haben wollen, dann müssen Sie tätig werden. Sie sind der Gesetzgeber und wir haben uns bekanntlich an das Gesetz zu halten. Das vielleicht zu diesem Punkt.

Bericht der Ombudsstelle

Christian von Wartburg, Präsident GPK: Ich muss diese Gelegenheit nutzen für ein kurzes Schlussvotum, weil wir nachher dann am Ende der Diskussion sind. Ich möchte nur allen danken für die angeregte Debatte. Sie werden seitens der Regierung verstehen, dass wir jetzt heute vonseiten der GPK noch nicht im Detail reagieren konnten auf Ihre Antworten, die ja schon da sind auf unseren GPK-Bericht in Rekordzeit. Da müssen wir vielleicht auch noch schauen, wenn das die Idee wäre, dass das schon in der Debatte aufgenommen werden soll. Da müssten wir mindestens eine Woche Vorlaufzeit haben, dass wir das in der Kommission auch besprechen können, aber ich bin trotzdem froh, sind diese Antworten schon da und einige sind ja jetzt schon gegeben worden im Plenum.

Hier bin ich doch der Auffassung, dass dieser dialektische Prozess, den ich angesprochen habe, ein Stück weit Früchte trägt, indem die Signale schon schlechter waren hier drinnen gegenüber der GPK. Wir haben schon kategorischere Zurückweisungen unserer Empfehlungen erlebt als heute und in diesem Sinne, in diesem Geist hoffe ich, dass die Oberaufsicht und die Regierung wieder in Zukunft auch Stück für Stück in dieser Art und Weise des Arbeitens etwas dazu beitragen können, dass das, was da oben steht, das "Salus publica suprema lex", dass unser oberstes Gebot das öffentliche Wohl ist, dass wir das auch konstant weiterbearbeiten können.

Ich bin insbesondere erfreut über die Signale zum Waaghof. Dort bin ich der festen Überzeugung, dass man einfach darüber nachdenken muss, wie man diesen Ort entdichtet, ich finde das ein gutes Wort, und dort auch Haftbedingungen schafft, die modern genug sind und die uns auch als Kanton gut anstehen und ich bin sehr erfreut, diesen Hinweis gehört zu haben.

Ich habe mich auch ein Stück weit bestätigt gefühlt im Zusammenhang mit dieser Messehalle-Vermietung, dass doch zumindest eingeräumt wird, dass es nicht unbedingt optimal gelaufen ist. Genauso wenig optimal war unsere Empfehlung. Von dem her sind wir da etwa auf pari und hoffen, dass wir im nächsten Jahr keine solchen Hallengeschichten erleben und auch keine missratenen Empfehlungen der GPK. In diesem Sinne vielen Dank allen Beteiligten.

Vielleicht etwas, was ich noch vergessen habe, ein letzter Punkt, was Luca Urgese angesprochen hat, IGPKs. Hier geht wirklich auch meine Bitte an Sie, die in den verschiedenen IGPKs sind, dass Sie sich selber dort, genauso wie wir als GPK, als wahrhaftige Oberaufsicht begreifen und auch zusammen dann in diesen bikantonalen Gremien dieser Funktion gerecht werden. Wir haben das versucht bei diesem Departement für Biomedizin einmal korrekt zu machen, dass nicht die GPK das von Anfang an einfach untersucht und Baselland wieder sagt, jetzt haben die das gemacht, sondern wollten das zugleich an das bikantonale Gremium geben. Jetzt ist dieser Versuch ein bisschen ein Versuch geblieben, aber hier einfach pro futuro, denken Sie daran, es ist eigentlich die Idee gewesen, dass man interparlamentarische Geschäftsprüfungskommissionen schafft, und da wäre ich froh, wenn Sie dann in der gleichen Unerbittlichkeit, die wir manchmal an den Tag legen, im gemeinsamen Geiste auch über Kantonsgrenzen hinaus arbeiten. Das ist sicher auch eine gewisse Entwicklung, ich war auch einmal in der IGPK UKBB und habe das auch eher als Begleitgremium erlebt, aber da besteht einfach noch ein Stück weit Luft nach oben und ich glaube, da sind Sie eben gefragt. Das sind nicht alles nur GPK-Mitglieder, da sind Sie auch aus den verschiedenen Sachkommissionen involviert und ich hoffe, dass wir da pro futuro ein wenig mehr Oberaufsicht haben und ein bisschen weniger Begleitung.

Damit möchte ich mich bedanken, auch Ihnen für die Moderation und habe geschlossen.

Detailberatung

Titel und Ingress

Ziffer 1 Genehmigung Jahresbericht des Regierungsrates

Ziffer 2 Genehmigung Bericht des Gerichtsrats und der Gerichte

Ziffer 3 Genehmigung Bericht der GPK

Ziffer 4 Kenntnisnahme der Empfehlungen und Erwartungen der GPK

Publikationsklausel.

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der GPK, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 0 Nein. [Abstimmung # 761, 28.06.23 16:40:01]

Der Grosse Rat beschliesst

1. Der Jahresbericht des Regierungsrates für das Jahr 2022 wird genehmigt.
2. Der Bericht des Gerichtsrats und der Gerichte für das Jahr 2022 wird genehmigt.
3. Der Bericht der GPK für das Jahr 2022 wird genehmigt.
4. Die Empfehlungen und Erwartungen im Bericht der GPK werden in zustimmendem Sinne zur Kenntnis genommen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

6. Kantonale Volksinitiative Für den Ausbau der separativen Angebote an der integrativen Schule Basel-Stadt (Förderklassen-Initiative) ; Bericht und Antrag für eine Verlängerung der Frist für die Berichterstattung des Regierungsrates an den Grossen Rat

[28.06.23 16:40:21, ED, 22.1303.02, RZI]

Der Regierungsrat beantragt, die Frist zur Berichterstattung um vier Monate bis am 11. November 2023 zu erstrecken.

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf das Geschäft ein.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Publikationsklausel wird ergänzt

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 0 Nein. [Abstimmung # 762, 28.06.23 16:41:33]

Der Grosse Rat beschliesst

Die Frist für die Berichterstattung des Regierungsrates an den Grossen Rat zur unformulierten kantonalen Volksinitiative «für den Ausbau der separativen Angebote an der integrativen Schule Basel-Stadt (Förderklassen-Initiative)» wird um vier Monate bis zum 11. November 2023 verlängert.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

7. Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zur kantonalen Volksinitiative Kinderbetreuung für Alle . Fristverlängerung zur Bearbeitung

[28.06.23 16:42:04, BKK, 21.0998.04, RZI]

Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, die Frist zur Berichterstattung bis zum 20. November 2023 zu verlängern. Die Frist zur Durchführung der Volksabstimmung wird somit bis zum 3. März 2024 verlängert.

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf das Geschäft ein.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Publikationsklausel

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 0 Nein. [Abstimmung # 763, 28.06.23 16:43:02]

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zur Fristverlängerung, NEIN heisst Ablehnung.

Der Grosse Rat beschliesst

Die Frist zur Berichterstattung zur kantonalen Volksinitiative «Kinderbetreuung für alle» wird bis zum 20. November 2023 verlängert. Die Frist zur Durchführung der Volksabstimmung wird somit bis zum 3. März 2024 verlängert.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

8. Kantonale Volksinitiative für Sicherere Velorouten in Basel-Stadt ; Bericht und Antrag für eine Verlängerung der Frist für die Berichterstattung des Regierungsrates an den Grossen Rat sowie eine Verlängerung der Frist zur Durchführung der Volksabstimmung

[28.06.23 16:43:40, BVD, 22.0979.02, IMG]

Der Regierungsrat beantragt, die Frist zur Berichterstattung bis zum 7. März 2024 zu erstrecken sowie die Frist zur Durchführung der Volksabstimmung bis 11. April 2025 zu verlängern.

Detailberatung

Titel und Ingress

1. Frist Berichterstattung

2. Frist Volksinitiative

Publikationsklausel wird ergänzt

Ergebnis der Abstimmung

88 Ja, 0 Nein. [Abstimmung # 764, 28.06.23 16:44:31]

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zur Fristverlängerung, NEIN heisst Ablehnung.

Der Grosse Rat beschliesst

1. Die Frist für die Berichterstattung des Regierungsrates an den Grossen Rat zur unformulierten Volksinitiative «Sichere Velorouten in Basel-Stadt» wird bis zum 7. März 2024 verlängert.

2. Die Frist zur Durchführung der Volksabstimmung über die unformulierte Volksinitiative «Sichere Velorouten in Basel-Stadt» wird bis 11. April 2025 verlängert.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

9. Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Bericht zur kantonalen Volksinitiative Für ein gesundes Stadtklima (Gute-Luft-Initiative) sowie zum Ratschlag zum Gegenvorschlag sowie Bericht der Kommissionsminderheit

[28.06.23 16:45:10, UVEK, BVD, 21.1249.03, IMG]

Die Mehrheit der Umwelt-, Verkehr und Energiekommission beantragt, der Initiative ihren Gegenvorschlag gegenüberzustellen und die Initiative den Stimmberechtigten zur Verwerfung zu empfehlen.

Die Minderheit der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission beantragt, der Initiative ihren Gegenvorschlag gegenüber zu stellen und die Initiative den Stimmberechtigten zur Annahme zu empfehlen.

Zuerst führen wir eine Eintretensdebatte durch und führen danach die Detailberatung anhand des Gegenvorschlags der Kommissionsmehrheit. Die Anträge der Kommissionsminderheit behandeln wir als Änderungsanträge. Danach entscheiden Sie, ob der beratene Gegenvorschlag der Initiative gegenübergestellt werden soll oder die Initiative ohne Gegenvorschlag dem Volk vorgelegt wird.

Ebenfalls ist dann ein Beschluss zur Abstimmungsempfehlung zu fassen.

Nicole Strahm-Lavanchy Sprecherin der Kommissionsmehrheit: Ich rede hier als Kommissionssprecherin der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission und als Sprecherin der Kommissionsmehrheit zum Bericht zur kantonalen

Volksinitiative "für eine zukunftsfähige Mobilität" und zum Bericht zur kantonalen Volksinitiative "für ein gesundes Stadtklima (Gute-Luft-Initiative)".

Vorbemerkung. Aufgrund der engen Verbundenheit der Gute-Luft-Initiative und der Zukunfts-Initiative sind die Texte in den beiden Berichten der UVEK teilweise identisch. Ich rede deshalb hier in einem von der Stadtklimainitiative und werde die Unterschiede jeweils separat hervorheben.

Der Grosse Rat hat der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission den Bericht zur kantonalen Volksinitiative "Gute-Luft-Initiative" sowie den Ratschlag zum Gegenvorschlag und den Bericht zur kantonalen Volksinitiative "für eine zukunftsfähige Mobilität (Zukunfts-Initiative)" sowie den Ratschlag zum Gegenvorschlag am 19. Oktober 2022 überwiesen. Das Geschäft wurde an mehreren Sitzungen beraten. Den vorliegenden Bericht verabschiedete die UVEK am 31. Mai 2023. Ich danke der Regierung und der Verwaltung für die intensive und konstruktive Kooperation und natürlich allen meinen Kolleg*innen aus der UVEK für die ausgezeichnete Zusammenarbeit. Selbstverständlich gilt auch unser Dank unserem Kommissionssekretär Niklaus Wunderle.

Wir waren uns in der UVEK-Kommission alle einig, dass der Klimawandel ein Problem darstellt, dass wir alle gefordert sind und unseren Beitrag in unserem Kanton dazu beitragen möchten. Die Kommission ist sich einig in der Stossrichtung, aber mit nicht ganz gleichgesinnten Anforderungen in der Umsetzung der beiden Initiativen mit dem Ergebnis eines Kommissionsmehrheiten- und eines Kommissionsminderheitenberichts an den Grossen Rat mit jeweils unterschiedlichen Gegenvorschlägen zu den zwei Volksinitiativen. Auch der Regierungsrat hat seinerseits Gegenvorschläge ausgearbeitet, welche wir in der UVEK intensiv diskutiert und behandelt haben.

Die beiden Volksinitiativen sind, sofern sie nicht zurückgezogen werden, der Gesamtheit der Stimmberechtigten vorzulegen mit oder ohne Gegenvorschläge. Sowohl die Kommissionsmehrheit als auch die Kommissionsminderheit beantragen Gegenvorschläge zu den beiden Initiativen, welche auch Anpassungen an den beiden Gegenvorschlägen des Regierungsrats beinhalten. Die Kommissionsmehrheit beantragt dem Grossen Rat, den Stimmberechtigten zu empfehlen, die beiden Initiativen zu verwerfen und ihre Gegenvorschläge anzunehmen. Die Kommissionsminderheit dagegen empfiehlt zu ihren Gegenvorschlägen auch die Initiative zur Annahme.

Zu den beiden Initiativen. Der Verein umverkehr hat die beiden Volksinitiativen lanciert und eingereicht. Beide zielen auf eine Verbesserung des Stadtklimas ab und fordern Ergänzungen in der Kantonsverfassung. Beide Initiativen folgen in ihren Grundzügen den klima-, verkehrs- und siedlungspolitischen Zielen des Kantons Basel-Stadt, begehren aber eine weitergehende Förderung von umweltfreundlichen Verkehrsmitteln und Fortbewegungsarten sowie eine klimaangepasste Siedlungsentwicklung.

Bei der Gute-Luft-Initiative, und hier geht es konkret um das Stadtklima, steht die Anpassung an den Klimawandel im Vordergrund. Mit mehr Grünflächen und Bäumen sollen Hitzeinseln reduziert und kühlende Elemente in den Strassenraum gebracht werden, um so wirksame Massnahmen zu treffen zum Schutz der Bevölkerung vor den negativen Auswirkungen der Klimaerwärmung wie insbesondere gegen Hitzetage und Tropennächte. Sie fordert, während zehn Jahren jährlich mindestens 0,5 Prozent des bestehenden Strassenraums in Grünflächen und Flächen mit Baumbestand umzuwandeln.

Bei der Zukunfts-Initiative, und hier geht es um die Verkehrspolitik, möchte man den Fuss-, Velo- und öffentlichen Verkehr fördern und die CO₂-Emissionen des motorisierten Individualverkehrs reduzieren. Sie will ebenfalls jährlich während zehn Jahren weitere 0,5 Prozent des Strassenraums umwandeln. Diese neu gewonnenen Flächen sollen zusätzlich für eine sichere, wirtschaftliche, umweltgerechte und energiesparende Mobilität sorgen. Bei beiden Initiativen sind die Flächen für den Fussverkehr, den Veloverkehr sowie den öffentlichen Verkehr und die bestehenden Baumstandorte je mindestens in ihrem Bestand zu erhalten. Mit einem jährlichen Bericht soll der Staat über den Stand der Umsetzung, der Massnahmen und deren Wirkung berichten.

Die von der UVEK eingeladene Vertretung des Initiativkomitees bezeichnet die Stadtklimainitiative als nötig, möglich und als grosse Chance. Eine Mehrheit der Bevölkerung möchte einen klima- und ressourcenschonenden, flächeneffizienten und emissionsarmen Verkehr. Da der Verkehr für rund einen Drittel der CO₂-Emissionen verantwortlich sei, brauche es in diesem Bereich einen Paradigmenwechsel. Ein solcher könne mit dem von den Stadtklimainitiativen vorgeschlagenen Massnahmenpakete geleistet werden und dieser sei auch zwingend, um das Netto-Null-Ziel bis 2037 zu erreichen.

Von steigenden Temperaturen und Hitzesommern sind die Städte gemäss den Initiantinnen und Initianten speziell betroffen. Versiegelte Flächen und fehlende Luftzirkulation führen zu um bis zehn Grad höhere Temperaturen in der Stadt als im Umland. Die Umwandlung von Strassen zu Grünflächen und die Pflanzung von Bäumen würde einen grossen Beitrag zur Kühlung in künftigen Hitzeperioden leisten. Leider sei es in der Vergangenheit bei Erhaltungsmaßnahmen oft versäumt worden, den Strassenraum grüner zu gestalten. In den Quartieren sollte der Strassenraum aus ihrer Sicht konsequent verschmälert, auf Trottoirs verzichtet und Grünflächen mit Bäumen geschaffen werden und nicht nur entsiegelte Flächen.

Die Initiativen fordern Massnahmen zur Flächenumwandlung in den dicht bebauten und von der Problematik am stärksten betroffenen Stadtquartieren und nicht in den Entwicklungsarealen. Der Fokus müsste auf dem bestehenden Strassenraum liegen und statt mehr unversiegelte müssten mehr Grünflächen geschaffen werden. Es geht jede Baustelle zu nutzen, Begegnungszonen, Velo- und Vorzugsrouten und breitere Velostreifen liessen sich günstig und rasch auch mit Signalisationen und Markierungen realisieren. Verkehrsfreie Flächen könnten mit temporären Möblierungen abgegrenzt werden.

Mit der Verankerung des Gegenvorschlags zur Zukunfts-Initiative auf Gesetzesstufe wird aus der Sicht des Initiativkomitees die Gelegenheit verpasst, die im Umweltschutzgesetz festgehaltene Priorisierung von ÖV, Fuss- und Veloverkehr auf Stufe Verfassung zu heben. Einverstanden erklärt hat sich das Initiativkomitee hingegen mit einer gewissen Verlängerung der Umsetzungsdauer, insbesondere bei Massnahmen mit baulichen Anpassungen. Dies

allerdings nur, wenn gleichzeitig die Flächen deutlich erhöht werden.

Einem grossen Teil der UVEK erscheint dies alles nicht ganz unproblematisch, denn die Initiativen zielen auf eine andere Nutzung des bestehenden öffentlichen Strassenraums ab, stehen sie doch in einer gewissen Konkurrenz mit anderen Ansprüchen wie der verkehrlichen Nutzung, der Boulevard-Gastronomie und der Ver- und Entsorgung. Und zur Information, zum bestehenden Strassenraum zählen alle ebenerdigen Strassen inklusiv Parkplätze, Trottoirs und Grünrabbatten. Nicht dazu zählen Tunnels, Brücken und Unterführungen und auch keine Bahnflächen, Pärke und Plätze. Von den so ermittelten 4'771'000 m² Gesamtfläche des bestehenden öffentlichen Strassenraums im Kanton Basel-Stadt, müsste bei Annahme beider Initiativen je 240'000 m² oder insgesamt 480'000 m² Fläche umgewandelt werden. Diese Fläche entspricht annähernd der Fläche des Gotthelf-Quartiers oder knapp der Hälfte der Fläche des Gundeli-Quartiers. Die konkreten Zahlen und Grafiken über die Aufteilung des heutigen öffentlichen Strassenraums und Tabellen sowie Analysen der Mischflächen mit dem MIV entnehmen Sie bitte den beiden schriftlichen Berichten.

Die UVEK stellt auch fest, dass im Kanton Basel-Stadt bereits verschiedene rechtliche und gestalterische Grundlagen existieren, die den Zielen der Stadtklimainitiativen grundsätzlich entsprechen. Zumindest auf strategischer Ebene sind die Grundforderungen der beiden Initiativen also bereits verankert. Gehandelt wird heute schon nach dem Umweltschutzgesetz. Unser aller Ziel ist die Erreichung Netto-Null-Treibhausgasausstoss im 2037. Der Ausbau des Fernwärmenetzes ist im vollen Gange. Angestrebt wird eine klimaangepasste Siedlungsentwicklung mittels dem behördenverbindlichen Klimakonzept und die erarbeitete Mobilitätsstrategie "Basel unterwegs - klimafreundlich ans Ziel" trägt auch dazu bei.

In der UVEK-Kommission ist unbestritten, dass Flächen begrünt, die Stadt im Sommer gekühlt und die Böden durchlässiger werden sollen. Die Stossrichtung, stadtklimatisch dort zu entlasten, wo die höchsten Emissionen entstehen, nämlich im Strassenraum, ist entscheidend und wegweisend. Es wollen alle eine lebenswerte, grüne und ökologische Stadt mit angenehmem Klima und auch wir in der UVEK sehen diesbezüglich Handlungsbedarf. Gleichzeitig müssen aber die Ansprüche des kantonalen Stadtklimakonzepts erfüllt werden können und die Machbarkeit muss realistisch umsetzbar sein. Sie dürfen sich nicht nur auf den heutigen bestehenden Strassenraum beschränken, die Belastung der Bevölkerung, der Wirtschaft und der Verwaltung darf nicht noch massiv grösser werden.

Deshalb lehnen der Regierungsrat und die Kommissionsmehrheit beide Initiativen ab und beide stellen ihnen aber jeweils einen Gegenvorschlag gegenüber. Auch bei den beiden Gegenvorschlägen wurde aufgrund der thematischen Verbundenheit beide Initiativen gemeinsam geprüft und aufeinander abgestimmt. Die Kommissionsmehrheit und die Regierung sind sich in der Haltung ihrer jeweiligen Gegenvorschläge einig, unterscheiden sich aber im Umfang der umzuwandelnden Fläche und in der Zeitdauer der Umsetzung von zehn auf 14 Jahre. Durch die Verlängerung der Umsetzungsdauer bis 2037 wird einerseits die Machbarkeit erleichtert, andererseits entspricht dies in etwa der Frist der Klimagerichtkeitsinitiative und des Fernwärmeausbaus. Durch die Verteilung der Umsetzung auf einen längeren Zeitabschnitt müssen nach Ansicht der UVEK-Mehrheit auch weitergehende Massnahmen möglich sein, als dies die Regierung vorsieht. Da ist die UVEK-Mehrheit ein bisschen mutiger als die Regierung.

Die Kommissionsmehrheit und auch der Regierungsrat, trotz der Konkurrenz von Zielen und Stossrichtungen mit seiner eigenen Politik, lehnen die Stadtklimainitiativen aus folgenden Gründen ab. Die Planungs-, Anhörungs-, Genehmigungsprozesse müssen eingehalten werden. Daher ist die Umnutzungsfrist von zehn Jahren zu kurz und es braucht zusätzliche Ressourcen. Weiteres Problem, der Fachkräftemangel. Nächstes, enorme zusätzliche Baustellendichte. Wir haben heute schon enorm viele Baustellen, in den nächsten 10/15 Jahren werden sie noch vervielfacht. Konkurrenzierung des bestehenden öffentlichen Strassenraums, unzureichende Strassenbreite für die Ver- und Entsorgung und die Blaulichtorganisationen, Ausgrenzen der Entwicklungsarealen, wir brauchen eine zusammenhängende grosse Fläche in unserer engen Stadt zur Begrünung, Restwertvernichtung an der bestehenden Infrastruktur, eine riesige Reduktion des Parkplatzangebotes und, was man sich nicht bewusst ist, der MIV-Flächenabbau betrifft hauptsächlich Quartier- und Nebenstrassen.

Kurze Worte zu den Gegenvorschlägen des Regierungsrats. Uns wurde versichert, dass die vorgelegten Gegenvorschläge das Ergebnis einer Einschätzung sind, was für die Stadt Basel verkraftbar ist. Sie werden als ambitioniert, aber machbar eingestuft. Statt der Verankerung sehr konkreter Forderungen in der Kantonsverfassung schlägt der Regierungsrat ausserdem Anpassungen am Umweltschutzgesetz vor. Er schlägt als Gegenvorschlag zur Gute-Luft-Initiative die Schaffung von mindestens 100'000 m² neuer unversiegelter Flächen und die Erhöhung des Baumbestandes um mindestens 1'000 Bäume, was eine Verdoppelung der heutigen jährlichen Baumneupflanzung gleichkäme, bis ins Jahr 2033 in unserem Kanton vor.

Als Gegenvorschlag zur Zukunfts-Initiative sieht der Regierungsrat die Schaffung von mindestens 140'000 m² Verkehrsfläche für den Fuss- und Veloverkehr und zur Bevorzugung des öffentlichen Verkehrs in bestehenden Strassenflächen vor und der Schaffung von neuen Flächen in Entwicklungsarealen. Die Fläche von 140'000 m² setzt sich gemäss Bericht des Regierungsrats aus bereits geplanten Massnahmen im Umfang von 100'000 m² und zusätzlich zu ergreifenden Massnahmen im Umfang von 40'000 m² zusammen. Die bereits ergriffenen und die zusätzlich zu ergreifenden Massnahmen sind detailliert nachzulesen im Bericht auf Seite 5 und 6. Der Kanton kontrolliert den Umsetzungsstand beider Gegenvorschläge mit einer jährlichen Bilanzierung, die 2034 mit einem Abschlussbericht veröffentlicht wird.

Wie bereits erwähnt, hat die UVEK-Mehrheit auch je einen Gegenvorschlag erarbeitet und hier nochmals der Dank an alle Mehrheitsberichtsbeiträge der UVEK. Herzlichen Dank. Als Gegenvorschlag zur Gute-Luft-Initiative schlägt die Kommissionsmehrheit dem Grossen Rat ambitionierte 165'000 m² neue unversiegelter Fläche sowie 2'000 zusätzliche Bäume in unserem Kanton bis ins Jahr 2037 mit einer dreijährlichen Bilanzierung und einem Abschlussbericht vor. Dabei sollen basierend auf Machbarkeitsüberlegungen 100'000 m² umzuwandelnde Fläche in den neuen Entwicklungsarealen

sein und 65'000 m² umzuwandelnde Fläche im bestehenden öffentlichem Strassenraum. Dies entspricht einer umgewandelten Gesamtfläche pro Jahr von rund 12'000 m² und davon rund 5'000 m² im öffentlichen Strassenraum. Die UVEK-Mehrheit beantragt für den Zeitraum von 14 Jahren eine befristete Ausgabe von insgesamt Fr. 4'200'000 für zwei befristete Vollzeitstellen beim Bau- und Verkehrsdepartement.

Als Gegenvorschlag zur Zukunfts-Initiative schlägt die Kommissionsmehrheit dem Grossen Rat bis zum Jahr 2037 die Schaffung von mindestens 188'000 m² Verkehrsfläche für den Fuss- und Veloverkehr und zur Bevorzugung des öffentlichen Verkehrs mit einer regelmässigen Bilanzierung alle drei Jahre und einem Abschlussbericht im 2037 vor. Die Fläche von 188'000 m² setzt sich aus umwandelbarer Fläche im bestehenden Strassenraum im Umfang von 168'000 m² und zusätzlich zu ergreifenden Massnahmen in neuen Entwicklungsarealen im Umfang von 20'000 m² zusammen. Die UVEK-Mehrheit beantragt zudem für den Zeitraum von 14 Jahren eine befristete Ausgabe von insgesamt Fr. 14'500'000 für die Planung, Projektierung und Umsetzung der zusätzlich notwendigen Massnahmen.

Die Kosten sind höher bei den Gegenvorschlägen der Kommissionsmehrheit als bei den Gegenvorschlägen des Regierungsrats. Das ist so. Es sind aber auch vier Jahre mehr zur Umsetzung geplant, das heisst, statt zehn Jahre sind es 14 Jahre, es wird mehr umzuwandelnde Fläche geben, mehr Bäume sollen gepflanzt werden und, und, und. Und das generiert natürlich auch mehr Kosten, welche auch nicht ganz linear mit den Jahren steigen. Die Kosten sind aber immer noch wesentlich tiefer als bei den Initiativen und den Gegenvorschlägen der Kommissionsminderheit.

Ein weiterer Punkt ist der Kommissionsmehrheit auch noch wichtig zu erwähnen. Sie möchte unter keinen Umständen, dass mit den zusätzlich anfallenden immensen Bauvorhaben mit dem Faktor 5 bei Annahme der Initiativen wie auch bei den Gegenvorschlägen der Kommissionsminderheit, dass Stadt Basel in eine jahrzehntelange Dauerbaustelle verwandelt wird und der Bevölkerung ununterbrochen und gesundheitsschädlicher Baulärm, Baubelästigungen und weitere Einschränkungen auferlegt wird. Es dürfen auch nicht wegen den Einsprachemöglichkeiten beim Ausbau des Fernwärmenetzes Verzögerungen geben. Auch muss für die UVEK-Mehrheit ein ordentlicher Betrieb für Rettung, Versorgung und ÖV sichergestellt sein. Auch für unseren Detailhandel und das Gewerbe sind diesbezügliche ununterbrochene Behinderungen, wie sie zurzeit bereits in unserer Stadt erduldet werden müssen, nicht länger zulässig.

Des Weiteren sollen laut UVEK-Mehrheit auch Entlastungsräume geschaffen werden können, die nicht nur geringe Emissionen aufweisen und Kühlung an heissen Sommertagen bieten, sondern auch als Kaltluftentstehungsorte wirken. Dafür braucht es aber grössere zusammenhängende Flächen mit entsprechender Grüngestaltung und vielen neuen Bäumen. In der dicht bebauten Stadt Basel lassen sich solche, nicht nur, aber insbesondere auf den diversen Entwicklungsarealen finden und realisieren. Es ist deshalb richtig und wichtig, dass wie von der Regierung vorgeschlagen auch die Arealentwicklungen miteinbezogen werden. Auch wenn das im Gegenvorschlag der Regierung empfohlene Flächenziel von neuen unversiegelten Flächen in Entwicklungsarealen bereits ambitioniert ist, sieht hier die Kommissionsmehrheit die reale Möglichkeit, das Ziel noch einmal wesentlich zu erhöhen und hat es mit ihren Gegenvorschlägen auch empfohlen.

Gestützt auf meine Ausführung beantrage ich im Namen der Mehrheit der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission dem Grossen Rat die Annahme der beiden Mehrheitenberichte, das heisst, die Annahme der beiden Gegenvorschläge der UVEK-Mehrheit zu den beiden Volksinitiativen und in der Schlussabstimmung eine Zustimmung, dass jeweils die beiden Gegenvorschläge der Kommissionsmehrheit auch vors Volk kommen und nicht einfach nur die beiden Volksinitiativen. Das wäre meines Erachtens eine sehr heikle Taktik.

Raphael Fuhrer, Präsident UVEK: Ich würde gerne darlegen, wie wir als UVEK-Minderheit dazu gekommen sind, einen eigenen Antrag zu beiden Initiativen zu entwickeln. Ich spreche nun zur Gute-Luft-Initiative. Die Klimaerhitzung ist eine Tatsache und darum ist Klimaschutz sehr wichtig, wir kommen dann in der Zukunfts-Initiative noch auf dieses Thema. Genauso wichtig ist aber auch die Anpassung an die Klimaerhitzung. Selbst wenn es uns heute gelänge, Klimaneutralität herzustellen, würden die Temperaturen nach wie vor steigen. Dieser Prozess ist im Gang und Basel rutscht so quasi mehrere Kilometer Richtung Süden und wer von Ihnen schon mal in Mailand oder Madrid im Sommer war, der weiss, wie sich das anfühlt. Wir als Kanton Basel-Stadt müssen uns auf das vorbereiten und wir müssen geeignete Massnahmen dazu ergreifen, die auch das Potenzial haben, etwas gegen diese Hitze entgegenzuhalten.

Was heisst eine überhitzte Stadt. Eine überhitzte Stadt heisst Gesundheitsschäden, sie heisst frühzeitige Todesfälle, substanziiell verringerte Produktivität bei Arbeitnehmenden, hohe Kosten für die Kühlung in Gebäuden. Es gab hier im Grossen Rat bereits etliche Vorstösse vom GAB bis zur LDP dazu, wie man mit dieser Hitze umgeht, wie man spezifisch auch verletzte Bevölkerungsteile schützen kann wie zum Beispiel ältere Menschen.

Wir als UVEK-Minderheit finden, es ist jetzt die Zeit zum Handeln. Wir reden über Begrünung, wir dürfen nicht vergessen, das geht immer auch noch ein paar Jahre, bis dann diese Begrünung wirksam ist, und es ist uns ein Anliegen, mit unserem Gegenvorschlag jetzt die Prioritäten zu verschieben, denn der Vorschlag der UVEK-Mehrheit bzw. nun auch des Regierungsrates genügt in unseren Augen nicht. Es wird zu wenig Fläche im öffentlichen Strassenraum geschaffen, es wird in falschen oder zu allgemeinen Kategorien gearbeitet und das Potenzial, das im Strassenraum vorhanden ist, wird nicht ausgeschöpft.

Unser Antrag ist klar unter den Forderungen der Initiativen. Wir haben aber den Anspruch, dieses Potenzial deutlich besser auszuschöpfen und das bis 2037. Auch wir finden die Koordination mit der Fernwärme sinnvoll. Für uns ist klar, ein weiter wie bisher ist keine Option und ich würde dazu gerne die Folie 1 einblenden. Es ist klar, dass solche Strassenräume, die jetzt sichtbar sind, dass die nicht dazu geeignet sind, all diesen Sachen, die ich vorhin aufgezählt habe, zu begegnen. Es ist für uns auch klar, dass ein wenig Kosmetik hier nicht reicht, es braucht einen Paradigmenwechsel, denn diese Art der Planung, diese Art der Ausführung wird uns nicht helfen. Wir anerkennen, dass auch bei der UVEK-Mehrheit und dem Regierungsrat etwas passiert und dass man sich diesem Thema angenommen hat,

entscheidend für uns ist aber, dass diese Flächen, die geschaffen werden sollen, wirklich auch genügend sind, damit sich im Stadtklima etwas ändert.

Aus unserer Sicht ist das machbar, wenn man sämtliche Baustellen, die anfallen, es fallen enorm viele Baustellen sowieso an, es braucht Erneuerung, Erhaltung, es gibt Leitungen, die kaputt gehen, usw., nutzt, um dort auch das Potenzial auszuschöpfen. Wenn man nicht von vornherein gewisse Projekte ausschliesst, wenn man bei den Projekten selber dann wirklich nach dem Maximum sucht, was möglich ist an Begrünung, und wenn man auch noch mit gezielten, ergänzenden Massnahmen arbeitet, dann sollten mehr Quadratmeter innerhalb dieser 14 Jahre zusammenkommen. Wir schlagen vor, pro Jahr 12'000 m² umzuwidmen in Grünflächen. Wir sind uns bestimmt alle einig, dass das wünschenswert und nötig wäre, wir finden, es ist auch machbar. Darum sollten sie umgesetzt werden und wir sollten dieses Ziel auch so im Gesetz verankern, denn wir brauchen jetzt einen Paradigmenwechsel in der Verwaltung.

Aus diesen Gründen möchten wir einen eigenen Gegenvorschlag beliebt machen und ich werde dann bei den einzelnen Punkten begründen, wie wir auf die Abänderungsanträge gekommen sind.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Vielen herzlichen Dank an die Kommission, das war wirklich auch viel Arbeit. Wir haben insgesamt, glaube ich, 200 Stunden auf unserer Seite investiert, dann Abklärungen, also wir haben das wirklich sehr intensiv geprüft. Jetzt haben wir das Resultat und ich muss Ihnen ganz ehrlich vorab sagen, die Regierung unterstützt den Mehrheitsantrag und lehnt die Initiativen ab. Und weshalb, mir macht das wirklich grosse Sorgen, und zwar für ein Ziel, das wir gemeinsam hier gesetzt haben und das ist die Fernwärme. Sie haben uns einen sehr ambitionierten Zeitplan gesetzt für die Fernwärme und nun wollen wir diesen Zeitplan belasten, indem wir sehr, sehr ambitionierte Vorhaben damit verknüpfen. Bei jeder Strasse, bei der wir eine Wirkungsänderung vornehmen, wo wir eine Änderung vornehmen in der Verkehrssignalisation oder sonst wesentliche Dinge, haben die Leute die Möglichkeit, einzusprechen. Dann hat man die Möglichkeit, nochmals zu rekurrieren, das weiterzuziehen.

Jetzt haben Sie uns heute gesagt in all diesen Aufträgen und Oberaufsichtsberichten, wir sollen doch die Baustellen besser koordinieren, wir sollen doch schauen, dass das möglichst verträglich wird über die nächsten Jahre und gleichzeitig geben Sie uns die Aufgabe, so viel wie möglich auch noch mit diesem Fernwärmeumbau zu machen und damit auch das Koordinationspotenzial zu verringern. Ganz ehrlich, ich sehe da wirklich bei der Minderheit und auch bei den Initiativen ein grosses Widerspruchspotenzial und auch ein grosses Risiko für den Fahrplan der Fernwärme und das wiederum sind unsere Klimaschutzziele, das ist unsere Klimastrategie 2037. Das ist eine grosse Sorge. Verbunden damit auch, dass wir den Strassenraum damit verringern. Das bedeutet natürlich auch, dass die Busse mehr Mühe haben, durchzukommen, Infrastrukturfahrzeuge wie Kehrlichfahrzeuge, aber auch Rettungsdienst, also eine Baustelle, die ist dann für alle dort, wo sie ist.

Ich finde wichtig festzuhalten, die Stossrichtung grundsätzlich, wir sind uns alle im Klaren, wir müssen den städtischen Raum kühlen, wir müssen mehr Wasser in den Boden aufnehmen. Wir sind uns auch einig, dass wir bei der Verkehrszielsetzung auch ambitionierte Ziele haben, mehr Fussgänger wollen, mehr Velofahrende, mehr ÖV, das sieht unsere Gesetzgebung so vor. Sie haben die Stossrichtung schon vorgegeben, jetzt aber ein zu ambitioniertes Flächenziel ins Gesetz zu schreiben, das macht aus meiner Sicht wirklich nicht Sinn aus diesem Risiko und weil auch Sie nachher in ganz konkreten Projekten wieder die Möglichkeit haben, mitzubestimmen. Sie bestimmen ja auch in ganz vielen Projekten, wie die Ausgestaltung sein wird. Da einfach eine abstrakte Zahl festzusetzen, die zu ambitioniert ist, glaube ich, ist wirklich auch nicht richtig.

Ich denke, ich werde nachher noch auf einzelne Punkte eingehen, aber das waren wirklich meine wichtigsten Punkte. Wie gesagt, meine Sorge bezüglich Fernwärme, meine Sorge bezüglich genereller Verkehrsleistung, was eben auch die Busse betrifft, Infrastrukturwagen. Und nochmals, die Weichen sind gestellt mit dem Stadtklimakonzept. Wir werden jedes Projekt in Zukunft prüfen, ob es auch Potenzial gibt zur Entsiegelung, auch die Mobilitätsstrategie haben wir neu jetzt verabschiedet in der Regierung. Wir haben die wesentlichen Hebel gestellt und deshalb denken wir, dass der Mehrheitsantrag der UVEK diese Stossrichtung unterstützt in einem guten Masse, in einem soliden Mass, ambitioniert, aber machbar, das haben unsere Abklärungen ergeben.

Deshalb bitten wir Sie, den Mehrheitsantrag zu unterstützen und die Initiativen zur Verwerfung zu empfehlen.

Pascal Messerli (SVP): Die SVP-Fraktion wird heute sowohl die Initiative als auch den Gegenvorschlag der Kommissionsminderheit bekämpfen. Bei der Eventualabstimmung werden wir der Mehrheit Folge leisten und dann sind wir aber offen bei der Frage, ob wir dann den Gegenvorschlag tatsächlich den Initiativen gegenüberstellen. Es ist klar, dass wir heute die Dinge beim Namen nennen müssen und wirklich sagen müssen, wie es ist. Erlauben Sie mir ein paar Worte zur Konstellation.

Wir haben auf der einen Seite zwei linksausen, autofeindliche Extreminitiativen und wenn die Initianten ehrlich wären, dann würden sie auf diese Beschönigung Zukunft und gute Luft verzichten und gerade von ARAB-Initiativen, Autos raus aus Basel-Initiativen sprechen. Das wäre ganz klar die ehrlichere Bezeichnung, weil genau darum geht es ihnen. Sie wollen die Autos gänzlich verbieten, sie wollen die Autofahrer aus der Stadt jagen. Sie nehmen keine Rücksicht mehr auf Gewerbe und es wird auch keine Rücksicht mehr genommen auf Menschen, die auf ein Auto angewiesen sind, beispielsweise auf Menschen mit einer Behinderung.

Die Minderheit der Kommission im rot-grünen Lager hat sich während der Kommissionsberatung als verlängerter Arm der Initianten präsentiert. Sie haben auch einen Gegenvorschlag kreiert, der in eine sehr weite Richtung geht. Es geht nicht ganz so weit wie die Initiative, aber auch sie haben ganz klar die Idee und Ideologie, Autos raus aus Basel. Das hat auch der Kommissionsprecher der Minderheit gesagt, wo man auf das Bild geschaut hat. Man möchte einen

Paradigmenwechsel, meint aber damit, Autos raus aus Basel. Das wird hier ganz klar, wenn man auf den Beschluss schaut und wenn man sieht, was man hier wirklich ändern will.

Die SVP-Fraktion wird beide Vorlagen ganz klar bekämpfen, weil es ist klar, dass beide Versionen zu einem massiven Verkehrskollaps führen würden und es ist auch uns ein absolutes Rätsel, wenn man immer wieder sagt, weniger Strassenverkehr gleich weniger Verkehr. Das ist ein Narrativ, welches so nicht stimmt. Es ist nämlich in der Tat und Wahrheit so, dass weniger Zuwanderung zu weniger Verkehr führen würde, weil wenn wir von einer 10- oder einer 12-Millionen-Schweiz sprechen, ist es doch völlig klar, dass es auch vielmehr Individual- und viel mehr genereller Verkehr in der Schweiz auf den Strassen sich befinden wird. Und es ist hier auch völlig klar, dass diese Menschen, nicht alle oder die wenigsten zumindest, mit dem Kistenvelo in die Schweiz einreisen. Auch wenn sie von Lörrach nach Riehen ziehen, machen sie das nicht. Also wenn wir von einer 10-/12-Millionen-Schweiz sprechen, dann ist es auch klar, dass der Verkehr zunimmt und dieses linke Narrativ von wegen, man könnte etwas entsiegeln und somit die Leute umerziehen, ist generell völlig falsch.

Es ist auch klar, dass beide Vorlagen zu einem massiven Baustellenkollaps führen würden. Es ist ja nicht so, dass wir jetzt schon weniger Baustellen haben, wir haben überall Baustellen in der Stadt. Es ist momentan ein Zustand, der absolut untragbar ist. Eigentlich wäre es aus finanzpolitischer, ökonomischer Sicht besser, man würde dort signalisieren, wo aktuell keine Baustellen sind, weil wir wirklich überall in der Stadt einen Zustand haben, in der die Leute behindert und eingeschränkt werden. Mit beiden Vorlagen würde sich das noch zuspitzen. Die Kommissionssprecherin der Mehrheit hat es gesagt, eine Verfünfachung von Baustellen und hier haben wir dann wirklich auch einen Zustand, der auch die Lebensqualität im Kanton Basel-Stadt massiv schwächen würde und das können wir unseren Bürgerinnen und Bürgern selbstverständlich nicht zumuten.

Bevor Sie sagen, die SVP sei gegen Grünflächen, das stimmt selbstverständlich nicht. Auch wir sind der Meinung, dass es Grünflächen im Kanton benötigt, dass es Entsiegelung benötigt, aber sicherlich nicht auf diese Art und Weise. Wir haben mehrere Transformationsareale, dort sollten wir schauen, dass wir möglichst viele Grünflächen neu schaffen können, dass wir dort wirklich auch einen gossen Prozentsatz an den neuen Flächen, die entstehen, begrünen können. Das wäre der erste Schritt und der zweite Schritt wäre, dass wir bestehende Grünflächen nicht überbauen. Es gibt zahlreiche Beispiele in der Vergangenheit, wo auch Ratslinke für eine Überbauung von Grünflächen waren. Ich erinnere Sie an die Stadtrandentwicklung Ost und Süd, ich erinnere Sie an das Freizeitgartengesetz, ich erinnere aber auch an eine aktuelle Vorlage bei der Unibibliothek, wo man die Hebelschanze überbauen möchte. Hier wäre es schon mal richtig, wenn man weniger grüne Flächen abbauen würde oder auch weniger Bäume abholzen würde, dann hätten wir vielleicht auch nicht eine derartige Situation, dass wir in den Strassenverkehr derart stark eingreifen müssten.

Nun noch zum Gegenvorschlag der Kommissionmehrheit. Es ist so, das habe ich anfänglich gesagt, dass wir bei der Eventualabstimmung die Version der Kommissionmehrheit gegenüber der Minderheit bevorzugen. Ich habe das auch in der Kommission gemacht aus Schadensbegrenzung, um Schlimmeres zu verhindern, namentlich die Initiative und der Gegenvorschlag der Minderheit. Die SVP-Fraktion ist hier aber unschlüssig, ob wir tatsächlich den Gegenvorschlag auch gegenüberstellen, hier sind wir offen. Auf der einen Seite ist es so, dass beim Gegenvorschlag der Mehrheit, der sich stark an denjenigen des Regierungsrates orientiert, zumindest eine fundierte Auslegeordnung gemacht werden konnte, dass dies auch wirklich umsetzbar ist. Man hat auch wirklich gesehen, dass man so und so viel entsiegeln kann, und bei den anderen Versionen hat man einfach gesehen, es ist ein grosser Wunsch da, man möchte überall entsiegeln, aber sehr häufig ist es dann auch nicht möglich. Dementsprechend ist hier schon auch der Gegenvorschlag der Mehrheit der Realistischere. Auf der anderen Seite ist es auch klar, dass auch bei diesem Gegenvorschlag mehrere tausend Parkplätze abgebaut werden müssen und das auch eine sehr extreme Forderung ist und dementsprechend fand auch dieser Gegenvorschlag in der SVP-Fraktion keine Mehrheit zur Unterstützung.

Dementsprechend bitte ich Sie, Initiative und die Anträge der Kommissionminderheit abzulehnen und beim Gegenvorschlag, ob wir den gegenüberstellen, sind wir offen.

Tonja Zürcher (GAB): Zuerst möchte ich mich bei der UVEK für die intensive Auseinandersetzung mit den Stadtklimainitiativen bedanken. Ich denke, die Berichte geben eine sehr gute Diskussionsgrundlage, nicht zuletzt auch wegen der differenzierten Auseinandersetzung mit den Zahlen und der Richtigstellung, was den bestehenden Verkehrsraum angeht und auch der Erklärung der tabellarischen Gegenüberstellung der verschiedenen Gegenvorschläge und der Initiative. Ich denke, wir haben hier die Grundlage, um wirklich zu sehen, was die Unterschiede sind und was die Initiativen und der Minderheitsvorschlag bringt und der Mehrheitsvorschlag nicht.

Warum braucht es die Stadtklimainitiativen. Hitzewellen, die bis vor kurzem nur ungefähr alle zehn Jahre vorgekommen sind, kommen nun jährlich vor. Das letzte Jahr war das heisseste seit Messbeginn, Hitze, Dürren werden immer bedrohlicher. Das wissen wir alle, aber ich denke, entscheidend ist, dass wir es nicht nur wissen, sondern auch danach handeln. In der Stadt wird es zunehmend ungemütlich und auch gesundheitlich gefährlich. Ohne Bäume werden die Strassenoberflächen über 50 Grad heiss. Im Baumschatten sind es immerhin 20 Grad weniger, also halbwegs angenehme 30 Grad im Hochsommer. Wegen der Hitzespeicherung von Asphalt und Gebäudefassaden ist es in den Stadtstrassen wie beispielsweise der Feldbergstrasse oder auch auf dem St. Johannis-Platz Tag und Nacht bis zu zehn Grad wärmer oder heisser als im Umland.

Was uns tagsüber davon abhält, draussen zu sein und die Stadt zu geniessen, bringt uns nachts um die notwendige Erholung. Sommer wie 2017 oder 2018, als in der Stadt über 40 Tropennächte gezählt wurden, das ist in Zukunft der Standard. Aber nicht einfach so, sondern nur, wenn wir uns jetzt entscheiden, nichts zu tun, wenn wir die Stadt nicht rasch mit zusätzlicher und wirksamer Anzahl zusätzlichen Bäumen kühlen. 40 Tropennächte heissen 40 Nächte, in denen sich der Körper nicht richtig erholen kann.

Eine internationale Studie hat knapp 100 europäische Städte ausgewertet und gezeigt, dass mit einer Erhöhung der Baumflächen, also mit Bäumen beschattete Flächen auf einen Drittel, 40 Prozent der hitzebedingten Todesfälle vermieden werden können. Zum Vergleich oder um das einordnen zu können, heute sterben schweizweit in einem "normalen" Jahr mehrere hundert Personen aufgrund der Hitze. In einem Hitzesommer bis zu tausend. Am stärksten betroffen sind, wie ich vorher ausgeführt habe, städtische Gebiete wie Basel. Das heisst, Bäume und Schatten sind kein Nice to have. Der aktuelle Trend zum Rückgang des Baumvolumens und des Schattens ist ein extrem schlechtes Zeichen für alle Menschen in Basel, die aufgrund des Alters oder von Krankheit angeschlagen sind.

Wir diskutieren es hier immer wieder. Alte, grosskronige Bäume werden gefällt, manchmal ersatzlos, manchmal werden sie durch so kleine Sprenzels ersetzt, die vielleicht in mehreren Jahrzehnten irgendwann mal so gross sein könnten und die gleiche Kühlleistung bringen könnten, wie der alte gefällte Baum, wenn sie dann nur so gross werden würden, was sie meistens nicht werden, weil sie wieder vorher gefällt werden. Und obwohl Regierungsrätin Esther Keller gerne und oft vom Stadtklima und der Schwammstadt redet, geht die Entwicklung faktisch in die gegenteilige Richtung. Das Baumkronenvolumen nimmt ab, wie ich vorher erklärt habe, und die Bodenversiegelung nimmt zu. Kleine Justierung, wie es der bürgerliche Gegenvorschlag vorsieht, sind wortwörtlich ein Tropfen auf den heissen Beton. Ein paar Bäumchen in Töpfen sind nett gemeint, aber bringen nun mal wirklich keine echte Kühlung noch Schatten.

Und zur Erinnerung, die Bevölkerung hat sich klar und deutlich für Netto-Null 2037 ausgesprochen. Eine Mehrheit der Bevölkerung hätte sogar die Klimagerechtigkeitsinitiative mit 2030 angenommen und das, obwohl die bürgerlichen Parteien und der Regierungsrat überall betont haben, das sei ja gar nicht möglich, das könne man gar nicht erreichen. Generell ist die Aussage, etwas sei nicht möglich, etwas ausgelutscht.

Ich möchte in paar Jahre zurückspulen zu den letzten Initiativen, die der Verein umverkehR eingereicht hat, die Städte-Initiativen. Damals war noch Hans-Peter Wessels im Amt und er hat gesagt, die Initiativen sind nicht umsetzbar und auch der Gegenvorschlag unmöglich, das bekommen wir nicht hin. Trotzdem hat die Bevölkerung den Gegenvorschlag angenommen und siehe da, letzte Woche wurden die neusten Zahlen veröffentlicht und der Gegenvorschlag wurde übertroffen. Der Anteil des motorisierten Individualverkehrs hat um 16 Prozent abgenommen, die Initiativen bzw. der Gegenvorschlag haben nur zehn Prozent verlangt. Das heisst, was damals als unmöglich galt, wurde möglich und seien wir ehrlich, allzu sehr hat man sich dafür nicht anstrengen müssen.

Die Bevölkerung erwartet von uns, dass wir unsere Arbeit machen und nicht einfach weiterwursteln wie bisher, weil es halt bequemer ist. Wenn wir die Lebensqualität in Basel erhalten und auch verbessern wollen, dann müssen wir etwas dafür tun. Anstatt im Sommer in der Hitze der Strasse entlangzuschleichen, ist doch viel schöner und eben auch gesünder, im Schatten von Bäumen zu spazieren.

Nicht zuletzt deshalb hat wahrscheinlich Regierungsrätin Esther Keller in ihrem 100-Tage-Video angekündigt, die Stadt zu begrünen, zu beschatten und zu bewässern. Jede unnötig versiegelte Fläche soll von Teer und Beton befreit werden. Es erstaunt mich schon, wie schnell diese vollmundigen Versprechen der Bremspolitik aus der Verwaltung geopfert wurden. Die Gegenvorschläge von Regierung und bürgerlicher Mehrheit machen das Stadtklimakonzept zum zahnlosen Papiertiger. Zusätzliche Bäume gibt es primär in Entwicklungsarealen, nicht in den dichtbebauten Quartieren, wo sie dringend notwendig wären. Und zusätzliche Grünflächen werden gar nicht erst gefordert, im besten Fall gibt es ein paar Mergelwege und Kieswege, ja, man kann das sehen, wie man will, aber eine Begrünung ist das sicherlich nicht.

Und ich denke, das ist das wichtigste und das steht auch ganz klar im UVEK-Bericht, es werden weiterhin zig Strassen aufgerissen und wieder zugeteert, genauso wie sie waren, ohne dass ein einziger Baum zusätzlich gepflanzt wird oder ein Grünstreifen dazu kommt. Das ist einfach nur schlicht Ressourcenverschwendung und ein grosses Ärgernis für die Bevölkerung. Ja, wir fordern die Koordination der Baustellen, damit eben nicht dauernd aufgerissen und zugeteert wird, um dann ein paar Jahre später wieder aufzureissen und zuzuteeren für ein anderes Ziel. Bringen Sie das endlich zusammen, dann bekommen wir das auch rechtzeitig hin. Und ja, um die Klimakrise zu bekämpfen und Netto-Null zu erreichen, braucht es nicht nur die Fernwärme, sondern eben auch die Verkehrswende und genau das wollen die Stadtklimainitiativen.

Vielleicht noch ein bisschen selbstkritisch oder mit Blick in den Raum hier, wer sich gerne über aktuelle Projekte aufregt, wo dann nach zig Jahren Baustelle kein einziger Baum mehr steht, wie beispielsweise bei der Freien Strasse, jetzt aber sagt, nein, ist schon gut, so richtig wollen wir Bäume eigentlich doch nicht, macht einfach weiter, wie gehabt, sorry, das ist einfach ungläubwürdig. Wenn wir Bäume wollen in dieser Stadt, dann müssen wir uns dafür entscheiden und nicht einfach weiterwursteln.

Vielleicht noch wegen der Anzahl Bäume. Viele Städte in Europa zeigen, was geht, wenn man will. Paris hat zum Beispiel angekündigt und ist aktiv daran, das umzusetzen, in wenigen Jahren 170'000 zusätzliche Bäume zu pflanzen. Das ist fast eine Verdoppelung des bestehenden Stadtbaumbestands von Paris. Und in Basel würde selbst der Minderheitsvorschlag, der ja noch am meisten bringen würde, bloss ein Fünftel mehr Bäume bringen. Also das ist sehr bescheiden im Vergleich zu Paris und alles andere als übertrieben. Insgesamt würde man dann schlussendlich auf etwa 15 Prozent Bäume in den Strassenraum kommen, das ist gerade mal etwa halb so viel wie notwendig wäre, um eine effektive Kühlung der Stadt zu erreichen.

Um die Lebensqualität in Basel zu erhalten, müssen wir also jetzt damit beginnen, Grünflächen und Bäume von Anfang an mitzuplanen und immer umzusetzen, wenn irgendwie möglich. Oder, wie es auch GLP-Nationalrätin Kathrin Bertschy geschrieben hat: "Der Klimawandel verlangt eine ganz andere Prioritätensetzung, einen Paradigmenwechsel: Die Bevölkerung und die Gesundheit müssen an erster Stelle stehen. Kühlung und Biodiversität müssen Ziel und nicht möglicher Nebeneffekt der städtischen Planung werden."

Und für die Biodiversität braucht es bekanntlich nicht nur entsiegelte Flächen, sondern Wiesen, Sträucher, Stauden, Bäume, usw. Mergel- und Kiesflächen bringen nun mal nicht sehr viel Biodiversität.

Ich bin froh, dass schlussendlich die Bevölkerung das letzte Wort über diese Initiativen hat und kann mit der Annahme der Stadtklimainitiativen die Weichen entschlossen Richtung einer echten Begrünung stellen. Wir freuen uns jedenfalls sehr auf diese Abstimmung und ich bin überzeugt, wir werden Strassen in Zukunft anders gestalten als bisher. Die Frage bei dieser Abstimmung ist nur, wie lange Basel noch zögert, während andere Städte und inzwischen auch Gemeinden und Agglomerationen umdenken und handeln.

Die Stadtklimainitiativen sind nötig, möglich und eine grosse Chance für Basel. Packen wir es an. Ich danke Ihnen für die Unterstützung des Minderheitsvorschlags und der Initiative.

Zwischenfrage

Pascal Messerli (SVP): Tonja Zürcher, Sie haben gesagt, dass wir 2037 ja schon beschlossen haben. Haben wir dann nicht schon die gesetzlichen Grundlagen dafür, dass es diese beiden Durchsetzungs-Initiativen eigentlich gar nicht mehr benötigt?

Tonja Zürcher (GAB): Mit der Verfassung ist es halt so, dass wir das umsetzen müssen und genau das haben wir heute vor.

Tobias Christ (GLP): Die GLP unterstützt die Stossrichtung der beiden Stadtklimainitiativen voll und ganz. Sie decken sich mit unseren Zielen, wir brauchen unbedingt ein gesundes Stadtklima. Wir müssen alles daran setzen, dass in der Stadt entsprechend gebaut wird. Mehr Grünflächen, mehr grosse Bäume, Entsiegelung, wo immer möglich, und natürlich gilt das auch für die Schweiz. Noch besser wäre es, man hätte das schon ab 2008 so gehandhabt, seit die Grünliberalen das pausenlos propagieren. Warum 2008? Seit dann gibt es in Basel-Stadt die Grünliberalen. Aber natürlich gab es schon viel früher Stimmen, die vor dem Klimawandel und seinen Auswirkungen warnten und wir hätten gut daran getan, schon früher mehr auf diese zu hören.

Wir brauchen eine zukunftsfähige Mobilität. Wir müssen dringend die Verkehrsplanung zukunftsfähig gestalten und konsequent auf den Langsamverkehr und den ÖV ausrichten. Nur wenn wir das zeitnah schaffen, werden wir es vermeiden können, mit einschneidenden Massnahmen, namentlich Verboten, den MIV zurückzubilden, denn der MIV muss zur Erreichung unserer Klimaziele drastisch zurückgehen.

Nun, warum endet hier mein Votum nicht mit einer Empfehlung zur Annahme der Initiativen. Das Problem ist, dass die Initiativen nicht diese Stossrichtung im Gesetzestext verankern wollen, sondern dass sie konkrete quantitative Ziele vorgeben und Fristen zur Umsetzung setzen. Die Regierung, welche diese Ziele bekanntlich auch teilt, hat sich, wie es ihre Aufgabe ist, sehr vertieft und fundiert mit der Machbarkeit auseinandergesetzt. Leider kommt sie zum Schluss, dass mit den Basler Gegebenheiten eine Umsetzung insbesondere der Guten-Luft-Initiative, oder nennen wir sie besser die Begrünungs-Initiative, schlicht nicht möglich ist. Nicht möglich heisst natürlich, nur mit unverhältnismässigem Aufwand und vielen Kollateralschäden. Mit Kollateralschäden meine ich namentlich Baustellen, die auch den ÖV beeinträchtigen, und Widerstand, der in Einsprachen mündet und damit nicht zuletzt, wie es Regierungsrätin Esther Keller ausgeführt hat, auch das wichtige Ziel des Fernwärmeausbaus gefährden würde.

Das gleiche gilt für die Gegenvorschläge der UVEK-Minderheit. Diese sind zwar in einigen Details kundenbesser als die Initiativen, aber leider auch nicht realistisch. Dies betrifft auch vor allem die Begrünungs-Initiative. Auch ich selber brauchte eine Weile, um einzusehen, dass eine ernsthafte Begrünung nur mit umfassenden Umbauten zu haben ist. Aber leider ist es halt so. Es gibt in diesem Bereich nur selten sogenannte Quick Wins, wo ich noch schnell einen Baum mehr einpflanzen kann. Ich denke, meine Kollegen aus der UVEK kennen diese Problematik sehr gut. Noch entscheidender ist der Unterschied Begrünung versus Entsiegelung, also zwischen dem Gegenvorschlag der UVEK-Mehrheit und der UVEK-Minderheit. Die Regierung hat in ihrem Gegenvorschlag sinnvollerweise das Ziel zur Begrünung relativiert und vorgeschlagen, auch Entsiegelung miteinzurechnen. Entsiegelung bedeutet, dass eine Mehrfachnutzung möglich ist, zum Beispiel für einen Quartiermarkt, da ist eine Grünfläche schwieriger.

Auch die vielen Baustellen, die eine Umsetzung der Initiative oder des UVEK-Minderheitsvorschlags nach sich ziehen würden, auf das muss ich nicht weiter eingehen, das wurde schon gemacht und wird vielleicht noch weiter gemacht werden. Und wie viele mehr es dann genau sind, darüber will ich schon gar nicht streiten. Es reicht festzuhalten, dass niemand eine zusätzliche drastische Zunahme der Baustellen will.

Nun, was wollen wir Grünliberalen. Wir stehen voll und ganz hinter den Anträgen der UVEK-Mehrheit, welche näher bei den Gegenvorschlägen der Regierung bleiben. Wir wollen echte Gegenvorschläge, nicht einfach eine andere Formulierung der Ziele der Initiative, wie es die Minderheit vorschlägt. So hat das Stimmvolk eine echte Wahl. Die Gegenvorschläge der Mehrheit folgen der genau gleichen unbestrittenen Stossrichtung der Initiative. Auch sie setzen uns Ziele, die sehr herausfordernd sind und deutlich über das ohnehin Geplante hinausgehen, aber die eben doch noch einigermaßen machbar sind. Diese Gegenvorschläge der Mehrheit haben echte Chancen auf eine solide Mehrheit an der Urne und werden voraussichtlich eine breite Abstützung geniessen. Bitte unterstützen Sie sie deshalb, so gehen wir in die Richtung der unbestrittenen Ziele und der Unfrieden und die Kollateralschäden bleiben hoffentlich in einem verdaubaren Rahmen.

Wenn wir das Stadtklimakonzept und die Mobilitätsstrategie anschauen, so sehen wir, es geht schon jetzt in die richtige Richtung. Die Prioritätensetzung ist heute anders, als sie früher war. Es braucht letztlich vor allem seriöse Arbeit an den konkreten Projekten, nicht nur diese abstrakt gesetzten Ziele. Auch hier im Parlament, das über grössere Projekte auch berät und mitentscheidet, wir haben es auch teilweise selbst in der Hand. Es geht hier nicht nur darum, Ziele für die

Regierung zu setzen, sondern auch für uns selber, das sollten wir bedenken.

Was, wenn die Gegenvorschläge der UVEK-Mehrheit keine Mehrheit finden, wir kommen kurz zum technischen Teil, wenn die Gegenvorschläge im Sinne der Minderheit beschlossen werden, so würde sich die Fraktion der GLP in der Schlussabstimmung voraussichtlich enthalten. Denn wir teilen die Ziele des Gegenvorschlags der Minderheit, erachten diese aber, wie ausgeführt, als kaum umsetzbar bzw. mit viel zu viel gravierenden Konsequenzen belastet. Falls gar kein Gegenvorschlag verabschiedet würde, dann bedauern wir dies wirklich sehr. Wir glauben, dass die Initiative Chancen auf Annahme hat an der Urne. Wir raten daher dringend davon ab, sie ohne Gegenvorschlag an die Urne zu bringen. Vor allem allfälligen bürgerlichen Kollegen, die auf dieses Szenario setzen wollen, würde ich das ans Herz legen. Bitte helfen Sie uns, einen sinnvollen Gegenvorschlag vorzulegen.

Wir werden auf jeden Fall die Initiative zur Ablehnung empfehlen. Bitte unterstützen Sie die realistischen Gegenvorschläge der UVEK-Mehrheit.

Zwischenfrage

Raffaella Hanauer (GAB): Tobias Christ, Sie haben gesagt, die GLP fordert schon lange Begründung. Was ich nicht verstehe, warum wollen Sie dann Ihre Ziele nun verwerfen und sagen nun, Entsiegelung sei besser, Kopfsteinpflaster und Mergel müssen reichen trotz Klimaerhitzung?

Tobias Christ (GLP): Nein, wir wollen möglichst viel Begründung, aber wir denken, Entsiegelung ist auch schon ein guter Schritt in die richtige Richtung. Bei dieser Gelegenheit, die uns diese Initiative bietet und der Gegenvorschlag, den wir jetzt haben, wollen wir unbedingt diese Sachen miteinbeziehen.

Jean-Luc Perret (SP): Ich halte hier auch ein bisschen ein allgemeines Votum, das für beide Initiativen gilt und ich werde auch schon einzelne Minderheitsanträge vielleicht ein bisschen vorwegnehmend begründen. Die beiden Initiativen fordern eigentlich nichts anderes als die Umsetzung der Massnahmen des Stadtklimakonzepts, auf das sich alle immer gerne berufen. Im Handlungsfeld Platz- und Strassenraumgestaltung Massnahmen wie neue Grünflächen schaffen und den Grünanteil in Frei- und Verkehrsräumen erhöhen oder auch Plätze, Strassen und Wege sowie Gebäude mit Bäumen beschatten. Wir von der SP, wir gehören zur Kommissionsminderheit, wir werden Sie also bitten, die Minderheitsanträge zu unterstützen.

Als wir den regierungsrätlichen Gegenvorschlag gesehen haben, waren wir, ehrlich gesagt, enttäuscht, und zwar nicht einmal nur wegen den halbierten Quadratmetern, sondern weil zwischen jeder Zeile fast schon ein Widerwille zu lesen ist, etwas am bestehenden Konzept der Stadtplanung zu ändern. Etwas salopp lässt sich dieses Konzept zusammenfassen auf zuerst das Auto, dann der Baum. Natürlich wird Begründung immer mitgedacht. Das haben wir gehört und wir möchten uns auch nicht darüber lustig machen. Aber es wird halt immer erst mitgedacht, nachdem der Verkehrsfluss und ausreichend Parkiermöglichkeiten sichergestellt sind. Allzu oft bleibt dann ausgerechnet kein Platz mehr für Begründung und so lesen sich die Gegenvorschläge wie eine Zusammenfassung dessen, was der Regierungsrat unter Fortsetzung der momentanen Planung maximal für möglich erachtet und nicht mehr.

Was wir uns aber wünschen und was diese Stadt auch braucht angesichts der Klimaerhitzung, ist ein Paradigmenwechsel. Wir sollten hier eigentlich über Visionen reden und nicht über Quadratmeter und ich denke sogar, da wären wir weniger weit voneinander entfernt, als die Flächentabellen nun scheinen lassen. Ich gehe davon aus, dass wir alle eine grüne Stadt mit viel Biodiversität schöner finden als eine zugeteerte. Also ganz so, wie auf den Visualisierungen der Entwicklungsarealen, zu denen ich später noch komme.

Aus fast allen politischen Lagern kommen Proteste, wenn irgendwo eine Chance zur Begründung offensichtlich oder auch vermeintlich verpasst wurde. Weshalb also ist es möglich, vom Bild einer grünen Stadt auszugehen, in der die Verkehrswege nicht zum Selbstzweck werden, sondern lediglich die Erschliessung sicherstellen? Weshalb entwickeln wir nicht neue Konzepte, die dem Verkehr zwar deutlich weniger Platz lassen, dafür eine sehr hohe Aufenthaltsqualität schaffen? Waren anliefern, Zügeln oder Brände löschen kann man auch in einer Einbahnstrasse. Andere Städte machen das vor, aber ich bin sicher, diese Städte haben nicht bei einzelnen Baumrabatten angefangen zu streiten, sondern mit einem Gesamtbild angefangen, dass Strasse für Strasse und Platz für Platz umgesetzt wird.

Die Gute-Luft-Initiative ist für uns ein Signal, dass sich grosse Teile der Bevölkerung genau einen solchen Paradigmenwechsel wünschen. Doch das bekommen wir nur hin, wenn wir uns ein ambitioniertes Ziel setzen. Der Mehrheits-Gegenvorschlag setzt diese Anreize nicht, sondern bestätigt die jetzige Praxis. Die im Mehrheits-Gegenvorschlag beschworene Machbarkeit setzt stillschweigend voraus, dass sich an der städtebaulichen Vision nichts ändert.

Mit dem Minderheits-Gegenvorschlag haben wir hingegen versucht, die jährlich neu begrüneten Quadratmeter auf ein erträgliches Mass zu senken, ohne das Flächenziel gross einzuschränken. Wir kommen noch rund auf die Hälfte der Initiativ-Forderung, pro Jahr 12'000 m² für die Gute-Luft-Initiative. Es wird ohnehin viel gebaut in Basel in den nächsten Jahren, der Fernwärmeausbau wurde mehrfach genannt, aber auch andere Strassen müssen saniert werden, da gibt es überall Chancen.

Worauf wir hartnäckig bestehen, ist die Forderung nach Grünflächen. Auch darin unterscheidet sich der Minderheits- vom Mehrheits-Gegenvorschlag. Wir möchten einfach nicht, dass zehntausende Quadratmeter Parkplätze mit Betongittersteinen versickerungsfähig gemacht werden, und dann heisst es, die Initiative sei jetzt erfüllt. Grünflächen haben ein Vielfaches an Potenzial. Sie nehmen mehr Wasser auf, speichern es, beherbergen Biodiversität, in jeder

Hinsicht die bessere Lösung als das, was man unter einfacher Entsiegelung abhandeln könnte.

Ich möchte auch noch kurz begründen, weshalb wir beim Minderheitsvorschlag die Entwicklungsareale wieder herausgestrichen haben. Ziel der Stadtklimainitiativen sind ganz klar Verbesserungen im bestehenden Stadtraum. Wir gehen davon aus, dass die Entwicklungsareale sowieso nach neusten Klimaerkenntnissen gebaut werden. Es würde uns schon sehr wundern, wenn es eine Volksinitiative bräuchte, um Grünflächen in den Entwicklungsarealen zu planen. Alle Visualisierungen zeigen heute schon Fassadenbegrünte Häuser in grüner Umgebung. Das finden die Menschen schöner, das verkauft sich besser, dort ist es angenehmer zu leben. Genau deshalb sollten wir das auch den Menschen zugestehen, die an der Klybeckstrasse, an der Güterstrasse oder an der Elsässerstrasse leben. Nur als Beispiele.

Die Menschen haben bei dieser Initiative nicht mitgemacht, weil sie hauptsächlich grüne Entwicklungsareale mit tollen Velowegen wollen, sie wollen das auch bei sich bei vor der Haustür inmitten der städtischen Hitzeinseln, wo man im Sommer kaum noch durchlüften kann. Wenn wir das nur verbessern, machen wir es uns zu einfach. Deshalb werden wir übrigens auch beantragen, den Zweckartikel "Schutz vor Hitzetagen und Tropennächten" wieder in den Gesetzestext aufzunehmen.

Unser Fazit also, wir sind in der glücklichen Lage, dass wir nicht nur wählen dürfen, was aus Klimasicht notwendig ist, sondern auch, was uns besser gefällt. In unserem Fall, und das möchten wir Ihnen auch herzlich empfehlen, ist dies der ambitionierte Gegenvorschlag der UVEK-Minderheit.

Daniel Hettich (LDP): Vorweggenommen, die LDP lehnt beide Initiativen ab und empfiehlt Ihnen, der Kommissionsmehrheit zu folgen. Dies aus folgenden Gründen. Gegen mehr Bäume kann man ja eigentlich nichts sagen. Sie sind sicher für ein besseres Stadtklima von gutem Nutzen. Wobei gerade das bei dem dichten Leitungsnetz im Untergrund nicht einfach zu lösen ist und die Bäume meistens schlicht keinen Platz für ihr Wurzelwerk haben. Aber die Forderung einer Umwandlung von Stadtflächen in Grünflächen in Quadratmetern ist schon etwas einfach gedacht und mit Sicherheit der falsche Ansatz. Gegen das Anstossen eines Prozesses zum Umdenken, habe ich grundsätzlich nichts, aber diese Forderungen lassen sich kaum umsetzen. Man hat sich ja mal etwas überlegt mit den versiegelten Flächen. Man wollte vielleicht weg aus einer schmutzigen Zeit, wo bei jedem Starkregen die Stadt im Wasser versank. Sichere, befahrbare Strassen für alle Verkehrsteilnehmenden, Flächen, die gut zu reinigen sind, usw. sowie eine schnelle Erreichbarkeit für die Blaublichtorganisationen. Ja, vielleicht erfindet man noch eine Fläche anstelle des Asphalts, die möglichst viele Vorteile für unsere Städte hat. Mit kühlender Wirkung, hoher Versickerung, usw.

Und wie auch schon andere Sprecher festgestellt haben, man will damit einmal mehr den Individualverkehr in der Stadt nicht mehr zulassen, keine Parkplätze mehr zur Verfügung stellen. Um von den Baustellen, die da entstehen müssten, mit den Kosten dazu gar nicht zu sprechen. Und aus Sicht eines Gewerblers fragt man sich schon, wie kann ich meine Kunden in der Stadt überhaupt noch bedienen. Oft ist das Kistenvelo da nicht unbedingt geeignet. Das ist eigentlich eine Schlechte-Luft-Initiative für die Gewerbler. Damit werden die letzten vertrieben und ein rentables Arbeiten nur noch mehr erschwert. Wir brauchen eine Stadt, die funktioniert, aber nicht nur mit Blumenwiesen anstatt Verkehrsflächen, das geht leider nicht.

Beat Braun (FDP): Nicole Strahm hat die Argumente für die Gegenvorschläge der Mehrheit bereits präzise erläutert und Esther Keller hat gut erklärt, warum die Ziele der Gegenvorschläge der Minderheit und die beiden Initiativen zu ambitioniert sind. Die beiden Initiativen und die Gegenvorschläge der Minderheit gehen aufs Ganze. Man verspricht das Blaue vom Himmel und glaubt, dass man Berge versetzen kann. Aber die beiden Initiativen sind schlicht nicht realisierbar und die Gegenvorschläge der Minderheit auch nicht. So viele Ressourcen für die Umsetzung hat das Baudepartement schlicht nicht, es ist nicht machbar. Und wenn es möglich wäre, dann hätten wir irgendwie fünfmal mehr Baustellen als heute während zehn Jahren und das ist kein gangbarer Weg. Heute haben wir schon wegen den Baustellen der Fernwärme die Schmerzgrenze erreicht. Noch mehr Strassen aufreissen, ist kein guter Plan. Und schon jetzt ohne die Initiativen werden die Verkehrsprojekte sehr velo- und fussgängerfreundlich gestaltet und auch die Bäume und Grünflächen werden jeweils berücksichtigt und umgesetzt.

Wenn schon Gegenvorschläge, dann die von der UVEK-Mehrheit. Da legen wir dem Volk wirklich ein Gegenvorschlag vor, der ein Gegenvorschlag ist und nicht einfach eine leichte Abschwächung der Initiative, wie der Gegenvorschlag der Minderheit. Ich finde, das Volk sollte die Wahl haben zwischen der Initiative, die realitätsfremd ist, und einem realistischen, umsetzbaren Gegenvorschlag.

Wir empfehlen Ihnen also die Gegenvorschläge der UVEK-Mehrheit.

Franz Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP): Wir von der Fraktion EVP/ Mitte, für die ich jetzt spreche, sind für den Gegenvorschlag der Mehrheit. Ich möchte aber mit meinem Votum wiederholen, Christian von Wartburg hat seine Rede begonnen mit einem Dank an die Mitarbeitenden des Kantons, ein Dank an die Regierung. Ich möchte diesen Dank jetzt als Bewohner dieser Stadt und als Politiker auch nochmals sagen. Ich bin wirklich dankbar, dass am Morgen der Rheinbord wieder sauber ist, abgespritzt und alles andere in dieser Stadt meistens sehr gut funktioniert.

Und hier bin ich jetzt der Politiker und ich habe mir heute Morgen überlegt, wie ich meine Rede für diesen Mehrheits-Gegenvorschlag beginne. Ich habe mir gesagt, meine Politik, die ich jetzt hier seit zweieinhalb Jahren mache, für was ich einstehe, ist die Kunst des Möglichen. Die Kunst des Möglichen, zu versuchen, was möglich ist. Wir haben in der UVEK lange über dies diskutiert und ich glaube, mit diesem Mehrheitsvorschlag haben wir ein sehr guter möglicher Vorschlag erarbeitet. Und ich muss schon sagen, wenn man diesen als zahnloser Papiertiger bezeichnet, das verstehe ich nicht.

Muss es ein Paradigmenwechsel sein? Ich denke das nicht. Ich denke, wir sind jetzt daran mit dem Netto-Null-Ziel von 2037, was wirklich ein ambitioniertes Ziel ist, und ich habe mich sehr dafür eingesetzt, dieses zu machen. Ich denke, dass wir mit dem Gegenvorschlag der Minderheit und der Initiative den Bogen deutlich überspannen. Es muss ja jemand das auch noch umsetzen und das sind nicht wir, die es umsetzen, sondern es sind die Leute in der Verwaltung. Diese Leute, die setzen das um vielleicht bei einer 40-Stundenwoche in der Zukunft, das gebe ich zu, vielleicht finden wir eine Lösung, aber zusammen mit uns Gewerblern. Diese müssen das umsetzen und ich habe extra am Montag nochmal die Verantwortlichen von diesem Departement gefragt, was man umsetzen kann. Und die Antwort war sehr deutlich. Sie haben gesagt, der UVEK-Mehrheits-Gegenvorschlag, der ist umsetzbar, der ist möglich, der fordert sie heraus. Sie haben auch gesagt, sie sind froh, dass sie vier Jahre länger haben, das war für mich auch neu, also er ist wirklich umsetzbar.

Die Lebensqualität in dieser Stadt, ich denke, die ist nicht nur mit guter Luft und Grün so, sondern es ist auch eine Lebensqualität von Zusammenleben. Ich möchte diese Debatte nicht nutzen, um diese wieder mit Parkplätze abbauen und anderen Sachen zu stören, sondern mein Ziel, meine Vision von einer Stadt ist, dass wir natürlich ganz viel machen für das Klima, aber auch für die Leute, die wenig Geld haben. Oder die Kultur, die wir geniessen können, wie wir morgen noch über die Subvention vom Theater sprechen. Mein Ziel ist, dass wir es zusammen machen.

Und wenn wir schneller sind und wenn wir 3'000 Bäume setzen können, dann umso besser. Und entsiegelt, ja, das kann auch Grün sein, aber von Anfang an zu sagen, es muss Grün sein und entsiegelt ist nicht Grün, das ist so eine sehr akademische Variante und ich bin hier für eine pragmatische Politik des Möglichen. Ich kann auch nicht verstehen, heute im Saal hat jemand gesagt, der Gegenvorschlag der Mehrheit und die Initiative ist wie Pest und Cholera. Nein, es ist nicht Pest und Cholera. Es ist klar, wir müssen das Klima verändern, aber indem wir das Netto-Null-Ziel machen bis 2037, wird das auch mit der Mobilität helfen hier in Basel, den Ausstoss von CO₂ und auch die Temperaturen zu machen. Wir haben viele Möglichkeiten, die wir heute noch nicht wissen.

Ich habe lange gesprochen, wir haben bald Feierabend, wir werden morgen weiterdiskutieren, aber nehmen Sie das mit, überlegen Sie sich gut, was wir morgen dann abstimmen. Und ich möchte Tobias Christ auch noch etwas sagen. Da gehe ich einig, wenn wir natürlich dieses Risiko eingehen mit zweimal Nein, auch wenn wir dem Volk die Initiative nur vorlegen mit Ja und Nein und ohne Gegenvorschlag, finde ich das nicht demokratisch. Ich empfehle das ab, auch meine Fraktion, die EVP/Mitte, ist dieser Meinung.

Daniel Seiler (FDP): Ich möchte jetzt niemandem den Abend verderben, aber ich muss noch ganz kurz von Parkplätzen reden, es geht nicht anders. Es geht um diese 480'000 m² Strassenfläche. Diese 480'000 m² Strassenfläche sind gemäss Regierungsrat die doppelte Menge, wie wir Parkplätze im Kanton auf Allmend noch haben. Die doppelte Menge. Das ist nicht meine Erfindung, das steht so in den Unterlagen. Also wenn wir jetzt von dieser doppelten Fläche ausgehen, dann hätte man gar keine Parkplätze mehr. Jetzt habe ich mir erlaubt, die Flächen der zwei Gegenvorschläge anzuschauen. Beim Mehrheiten-Gegenvorschlag reden wir von 233'000 m² Strassenfläche. Diese 168'000 m² von der einen Initiative und die 65'000 m², alles andere ist da schon weggerechnet. Dann nehmen wir die 12 m² pro Parkplatz im Durchschnitt auf der Allmend und sind irgendwo bei 19'400 Parkplätze, das entspricht etwa drei Viertel der noch vorhandenen 26'000 Parkplätze in diesem Kanton. Vielleicht auch weniger, mittlerweile zählen wir nicht mehr, die verschwinden ja laufend. Nun noch ganz kurz zu dem UVEK-Minderheiten-Gegenvorschlag. Wenn ich das umrechne, sind es 30'000 und etwas Parkplätze. Also eigentlich mehr wie wir überhaupt noch haben. Ich möchte nicht noch viel mehr dazu sagen, ich möchte das einfach noch mit auf den Weg geben, damit wir morgen weitermachen können.

Schluss der 23. Sitzung

18:00 Uhr

Beginn der 24. Sitzung

Donnerstag, 29. Juni 2023, 09:00 Uhr

9. Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Bericht zur kantonalen Volksinitiative Für ein gesundes Stadtklima (Gute-Luft-Initiative) sowie zum Ratschlag zum Gegenvorschlag sowie Bericht der Kommissionsminderheit

[29.06.23 09:00:00, UVEK, BVD, 21.1249.03, IMG]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Letzte Sitzung Jeremy Stephenson

Heute ist die letzte Sitzung von Grossrat Jeremy Stephenson. Er ist seit dem 1. Februar 2017 Mitglied des Grossen Rates und seit seiner ersten Grossratssitzung welche am 8. Februar 2017 war, sowohl Mitglied der JSSK wie auch der BRK. In Erinnerung bleiben wird uns Jeremy Stephenson natürlich als Präsident der Bau- und Raumplanungskommission. Er hat die Kommission weitsichtig geleitet und hier im Plenum viele Geschäfte stets mit prägnanten Voten präsentiert.

Lieber Jeremy, vielen Dank für die dem Kanton geleisteten Dienste und dass Du unseren Rat bereichert hast. Wir

wünschen Dir für Deine Zukunft alles Gute.

[Applaus]

Jeremy Stephenson offeriert uns heute Morgen aufgrund seiner letzten Sitzung den Kaffee. Dafür möchten ich mich im Namen des Grossen Rates ganz herzlich bedanken.

[Applaus]

Eric Weber (fraktionslos): beantragt Rückweisung an den Regierungsrat.

1. Sie schmoren in der eigenen Bratensauce. 2. Der Cloud daran ist, dass Sie es nicht mehr merken. 3. Es kann sich um Verblendung handeln. 4. Ich stimme mit der SVP. 5. Ich stelle als Grossrat diese Anträge: Nichteintreten und Rückweisung.

Ich komme nun zum Kern der Sache. Ich habe viele Bücher zu diesem Thema gelesen. Es handelt sich nach meiner Ansicht um Klimawahn. Ich kann das Wort Klima nicht mehr hören. Es ist eine Diktatur. Die Nationale Aktion war die erste Ökopartei der Schweiz. Wir waren die Grünen, die in den 1960-er Jahren das Klima schützen wollten, als Bergtäler verbaut wurden. Alle Grünen waren rechts, auch der Gründer der Grünen, Herbert Kruhl war ein politisch konservativer Mensch wie ich. Dann wurden die Grünen gekapert und umgedreht. Und darum haben wir nun diese Klimadiskussion. Deshalb stimme ich mit der SVP.

Sie reden nur nach, was Sie von oben geliefert bekommen. Ich weiss etwas mehr. In der Basler Zeitung steht, dass Kühe durch Gase die Umwelt verpesten. Wenn Sie es ehrlich meinen, reden Sie zum Thema Kuh. Was hier besprochen wurde von meinen Vorredner, ist übertrieben. Ich weise das klar zurück. Die Grünen fahren alle Auto. Ich habe kein Auto und keinen Kühlschrank.

Erich Bucher (FDP): Ich werde den Eindruck nicht los, dass Sie nicht alle ganz redlich sind. Diejenigen, die Initiativen und Gegenvorschläge unterstützen, stimmen hier die Entsiegelung an und fordern, dass Tausende von Quadratmetern begrünt werden. Sie möchten weniger Beton und Asphalt, sind aber bei der erstbesten Gelegenheit bereit, ein halbes Fussballfeld neu zuzubetonieren. Eine Kommission dieses Rates hat dies mit 12 ohne Gegenstimme diesen Monat bewiesen. Ich rede von der Petitionskommission und dem Tram 15 auf dem Bruderholz. Das Quartier wehrt sich seit 12 Jahren gegen die Verlagerung von Haltestellen und das Zubetonieren eines halben Fussballfeldes. Ich weiss nicht, wie Sie dies bei der Abstimmung zu den Initiativen der Bevölkerung auf dem Bruderholz erklären wollen: Überall weniger Asphalt, ausser auf dem Bruderholz, dort soll es mehr Beton geben.

Sie haben Glück. Sie können sich dies noch einmal überlegen und in der Septembersitzung korrigieren, indem Sie die Petition überweisen und dem Regierungsrat zur Umsetzung übergeben. Ich freue mich auf die Diskussion im September.

Joël Thüring (SVP): Ich bin noch geprägt von der Diskussion von gestern und insbesondere vom Votum von Tonja Zürcher. Sie hat in ihrer gewohnt engagierten Art und Weise für diese beiden Initiativen geworben. Ich bin mir vorgekommen wie im falschen Film. Tonja Zürcher tut jetzt so, als ob in dieser Stadt seit 25 Jahren eine rechtskonservative Regierung dagegen arbeitet, dass die Stadt grüner und lebenswerter wird. Die Wahrheit ist aber eine andere. Sie haben seit 18 Jahren eine links-grüne Regierungsmehrheit, und diese ist seit 18 Jahren mit den Themen, die für Sie so wichtig sind, beschäftigt. Das BVD ist seit über 20 Jahren in Händen links-grüner Politikerinnen und Politiker. Nun so zu tun, als ob eine Regierung auf Biegen und Brechen etwas gegen Grünflächen tun möchte, scheint mir doch etwas sehr verfehlt zu sein. Sie müssten ansonsten vielleicht Ihre eigene Regierung abwählen, wenn Sie mit ihrem Kurs nicht einverstanden sind.

Ich bin im Vergleich zu vielen anderen, auch etwa zu Daniel Seiler, der gestern ein Votum für die Parkplätze gehalten hat, kein Parkplatzfetischist. Ich habe keine spezielle Vorliebe für Parkplätze, auch weil ich kein Auto besitze. Und ich glaube, es ist tatsächlich so, dass der öffentliche Raum heute andere Nutzungsmöglichkeiten braucht als ausschliesslich Parkplätze. Aber es braucht ein gutes Miteinander, und es braucht vor allem ein verträgliches Miteinander. Ich staune schon, wenn Tonja Zürcher behauptet, das sei alles in der Initiative und im Gegenvorschlag der Minderheit problemlos möglich. Wenn wir die Expertinnen und Experten aus dem Departement hören, dann zeigt es sich eindeutig, dass das einfach städteverträglich nicht leistbar ist. Es ist doch auch logisch, dass es nicht verträglich und leistbar ist, wenn wir sehen, wie die Stadt heute schon von Baustellen belastet ist und wie sich Bevölkerung und Gewerbe über diese Baustellen beschweren. Nun wollen Sie mit Initiativen dafür sorgen, dass die halbe Stadt in einer völlig überbrissenen Dauer aufgerissen und umgestaltet wird. Das ist nicht verträglich und das ist auch dem Klima nicht dienlich. Die Titel der beiden Initiativen hören sich wahnsinnig gut an, ich bin auch für gute Luft, ich bin auch für ein städteverträgliches Klima, aber es muss doch so sein, dass die Bevölkerung nicht zusätzlich madig gemacht wird, da wir schon aufgrund des Fernwärmeausbaus eine grosse Vielzahl an Baustellen haben werden, und jede einzelne Baustelle hat Einfluss auf das Miteinander in dieser Stadt und auf die Attraktivität dieser Stadt.

Wir müssen ja heute schon, wie vor zwei Wochen für die Art Basel, praktisch jede Baustelle teuer schliessen, damit sich Gäste überhaupt noch von A nach B bewegen können. Es kann ja nicht sein, dass wir derart viele Baustellen haben, dass wir jedes Mal, wenn etwas Grosses in dieser Stadt passiert, alles schliessen müssen, damit man sich in der Stadt bewegen können. Es wäre eine weitere Konsequenz bei Annahme dieser Initiativen, dass wir dauernd Baustellen öffnen und schliessen müssten.

Ich bin sehr für den Grünflächenerhalt und für die Schaffung weiterer Grünflächen. Ich bin gespannt, ob Tonja Zürcher und

mit ihr die Ratslinke den Neubau der Universitätsbibliothek ablehnen, über den wir sehr bald beschliessen werden. Da wird eine Grünfläche vernichtet, ich hoffe sehr, dass Sie dann Ihren Worten Taten folgen lassen und mit mir gemeinsam diesen Ratschlag ablehnen. Ich bin einverstanden, dass die Grünfläche, die wir neu schaffen, nicht die gleiche Wirkung hat wie die Grünfläche, die wir vernichten. Das sehen wir auch beim Rümelinsplatz, den Sie so umgestalten wollen, dass viele gesunde Bäume gefällt werden und dann erst ein Ersatz kommt, der in vielleicht 20 oder 30 Jahren gleichwertig ist.

Deshalb seien Sie ehrlich, sagen Sie den Leuten, dass diese Initiativen so viele Baustellen zur Folge haben, dass es unverträglich und unrealistisch ist. Ich bitte Sie, die Initiativen und den Gegenvorschlag der Minderheit abzulehnen.

Zwischenfragen

Tonja Zürcher (GAB): Ich werde bei der Hebelschanze meinen Prinzipien treu bleiben, einfach dass das platziert ist. Meine Frage ist aber, wenn Sie schon so interessiert sind, warum Sie gestern nicht bei der Präsentation des Landschaftsarchitekturbüros Bryum in der Markthalle waren, das gezeigt hat, dass heute schon sehr vieles möglich ist?

Joël Thüring (SVP): Weil meine Stimme derzeit etwas angeschlagen ist, muss ich mich abends schonen, damit ich am anderen Tag ein entsprechendes Votum halten kann.

Lisa Mathys (SP): Wie werten Sie die Belastungsdauer durch eine Baustelle gegenüber der Belastungsdauer durch die starke Hitzeentwicklung in Folge der Klimaerwärmung.

Joël Thüring (SVP): Da sind wir beim Grundproblem. Sie haben das Gefühl, dass das Klima mit diesen Initiativen gerettet werden kann. Dem ist nicht so. Es braucht viele verschiedene Massnahmen, aber die halbe Stadt aufzureissen ist nicht klimafreundlicher als es so zu machen, dass es klimaverträglich und stadtverträglich ist.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Tonja Zürcher, ich bitte Sie, keine falschen Tatsachen zu vertreiben. Es ist nicht so, dass das Blattvolumen in Basel-Stadt abnimmt. Es nimmt zu, weil die Bäume wachsen. Ich habe im Frühjahr gestaunt, wie sehr das Grün gewachsen ist. Wir pflanzen jährlich 50 bis 100 Bäume mehr, das Blattvolumen nimmt insgesamt zu. Sie haben weiter gesagt, dass wir die alten Bäume fällen und kleine neue pflanzen würden. Ich denke, wir haben eine Verantwortung gegenüber all den kommenden Generationen, die auch einen Anspruch haben auf Bäume, die schon gewachsen sind und Bäume haben eine natürliche Lebensdauer. In der Stadt sind dies zwischen 100 und 200 Jahren, dann müssen wir schauen, dass diese Bäume nicht einfach abbrechen. Wir müssen den Baumbestand pflegen. Seit ich in dieser Funktion bin, sitze ich bei jedem Sturm auf Nadeln, weil ein Sturm bedeutet der Test für uns, ob wir diese Bäume pflegen. Ich bin immer wieder froh, wenn wir einen Sturm gut überleben, und das zeigt, dass wir unsere Bäume gut pflegen und wir wieder neue Bäume pflanzen, wenn sie so alt sind, dass sie einen Sturm nicht mehr überleben würden. Ich bitte Sie, bei den Fakten zu bleiben und nicht solche Behauptungen, die den Menschen Angst machen, in die Welt zu setzen.

Natürlich können Sie nun Basel mit Paris vergleichen, 2 Millionen Einwohner, ganz anderer Flächenanteil. Oder Sie können einfach bei diesen Projekten, wo Sie überall ein Mitspracherecht haben - Aeschenplatz, Barfüsserplatz - die Gelegenheit nutzen, Grün zu pflanzen. Es gibt Orte, wo wir Verkehrsflächen nicht mehr brauchen. Deshalb müssen Sie vor dem Vorschlag der Mehrheit keine Angst haben. Wir haben das während Hunderten von Stunden abgeklärt, wie das mit der Fernwärme vereinbar ist.

Sie hier haben die Möglichkeit, diese Plätze und ganz viele Strassenräume zu gestalten, wie Sie es übrigens schon sehr lange tun. Die autogerechte Stadtplanung, die wir in diesem Saal über die letzten Jahrzehnte gemacht haben, können wir nicht in zehn Jahren rückgängig machen. Wir können die Prioritäten ändern, aber nicht in zehn Jahren, ansonsten gefährden wir wirklich den Fernwärmeausbau.

Deshalb mein Appell: Bitte arbeiten Sie nicht einfach mit Angst, auf beiden Seiten. Wir haben hier die Köpfe zusammengesteckt und Lösungen gefunden. Deshalb bitte ich Sie im Namen der Regierung, dem Mehrheitsvorschlag zu folgen.

Raphael Fuhrer, Präsident UVEK: Ich würde gerne auf ein paar Punkte eingehen und aus Sicht der Minderheit erwidern. Zum grossen Thema Baustellen, Fernwärme, Einsprachen: Im gemeinsamen Teil des UVEK-Berichts steht ganz klar, dass die gesamte UVEK sich dazu bekennt, dass die Fernwärme bis 2037 gebaut werden soll. Das ist auch für die Minderheit unbestritten und sehr wichtig. Wir sehen aber dort ein grosses Synergiepotenzial. Die Fernwärme wird in den nächsten Jahren pro Jahr rund 6 Kilometer zusätzliche Baustellen bedeuten. Warum nutzen wir diese Baustellen nicht für Begrünung und für Verbesserungen des öffentlichen Verkehrs und des Fuss- und Veloverkehrs. Wir leben in einem Rechtsstaat. Einsprachen von durch Baustellen betroffene Privatpersonen können eingereicht werden, ob dann ein Baum gepflanzt wird oder nicht. Dieser Punkt wird uns beschäftigen, ganz unabhängig davon, wie gut wir diese Baustellen nutzen werden.

Zur allfälligen Behinderung von Bussen: Mir ist eingefallen, dass auf dem Cityring heute ständig Busse behindert werden, das BVD schaut seit Jahrzehnten zu. Ich finde es schon seltsam, dass dieses Argument vorgebracht wird, wenn es um Bäume geht, aber wenn es im Alltag einfach offensichtlich ist, schaut man darüber hinweg.

Zur Mitbestimmung des Grossen Rates: Es ist so, gewisse Projekte kommen in den Grossen Rat, aber die Folie 1, die

gestern eingeblendet wurde, zeigte kein Projekt des Grossen Rats. Es gibt unzählige Projekte, die über gebundene Ausgaben finanziert werden, wo das Tiefbauamt nach Schema X saniert und dann kommen solche Asphaltlösungen. Das genau wollen wir nicht mehr und hier sehen wir ein grosses Potenzial.

Zur Frage, ob die Zuwanderung an all dem Schuld ist: Das kann man ganz klar mit Nein beantworten, die Statistik zeigt, die gefahrenen Personenkilometer in der Schweiz steigen viel stärker als die Bevölkerung, auch die Parkplatzflächen nehmen viel stärker zu als die Bevölkerung. Ganz ehrlich, ob eine Person in München mit dem Auto herumfährt oder in Basel, ist dem Klima egal, wichtig ist, dass diese Person aufs Velo oder auf den ÖV umsteigt. Und genau in diese Richtung gehen die Initiativen und der Vorschlag der Minderheit.

Zur Parkplatzbilanz: Diese ist so, wie sie vorgetragen wurde, falsch. Es ist nicht so, dass jede Fläche, die in diese Bilanz eingeht, zulasten von Parkplätzen geht. Ein Baum kann auf dem Trottoir gepflanzt werden, es kann eine Autospur in eine Busspur umgewandelt werden. Das müssen nicht automatisch Parkplätze sein. Unbestritten ist, dass es zu einer Parkplatzreduktion kommen wird, die Statistik zeigt aber auch, Stand 2019, dass für jeden Parkplatz, der auf öffentlichem Grund aufgelöst wird, zehn Parkplätze auf privatem Areal zugebaut werden. Das heisst, netto steigen die Parkplätze im Kanton Basel-Stadt.

Es ist darum aus Sicht der Minderheit nach wie vor klar, dass wir an diesen ambitionierten Zielen festhalten sollten. Ich werde auf einzelne Dinge bei den Anträgen noch detaillierter eingehen.

Nicole Strahm-Lavanchy Sprecherin der Kommissionsmehrheit: Wir brauchen Mut zur Veränderung. Das haben wir in der UVEK mit dem Bericht der Mehrheit geschafft. Es muss ja alles machbar und umsetzbar sein. Es hat keinen Wert, etwas durchzuzwängen. Darum bitte ich Sie, Ja zum Mehrheitsbericht zu sagen. An meine bürgerlichen Kollegen: Bitte votieren Sie am Schluss für den Gegenvorschlag, ich möchte nicht in Ihrer Haut stecken, sollten die Initiativen angenommen werden.

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf das Geschäft ein.

Abstimmung

über die Rückweisung

JA heisst Rückweisung, NEIN heisst keine Rückweisung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 92 Nein. [Abstimmung # 765, 29.06.23 09:25:57]

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung.

Detailberatung

Titel und Ingress

Römisch I, Gegenvorschlag

Text der Initiative

Änderung des Umweltschutzgesetzes

Titel nach §5 (neu)

§5a (neu)

Abs. 1

Antrag

Die Kommissionsminderheit beantragt einen allgemeinen Abs. 1: «Der Kanton und die Gemeinden Bettingen und Riehen treffen wirksame Massnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor den negativen Auswirkungen der Klimaerhitzung, wie insbesondere gegen Hitzetage und Tropennächte.» Falls Sie diesem zustimmen, würde er als neuer Abs. 1 eingefügt.

Wir eröffnen dazu die Debatte:

Raphael Fuhrer, Präsident UVEK: Aus Sicht der Minderheit ist es ganz klar, wir sprechen hier über den öffentlichen Raum. Der öffentliche Raum ist für die Gesellschaft sehr relevant, weil wir uns dort aufhalten und unsere Häuser, in denen wir wohnen, grenzen direkt an den öffentlichen Raum. Der Staat hat eine Schutzfunktion, er ist verantwortlich dafür, vermeidbare negative Effekte auf uns alle abzuwenden. Es spricht darum aus unserer Sicht nichts dagegen, diesen Passus in das Gesetz zu schreiben. Beachten Sie, welchen Unterschied das macht hinsichtlich Temperaturen. Es scheint

logisch, dass die Verantwortung auch beim Staat liegt und dass diese Verantwortung auch im Gesetz festgeschrieben werden soll. Darum beantragen wir, diesen Absatz 1 einzufügen.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

46 Ja, 49 Nein. [Abstimmung # 766, 29.06.23 09:29:23]

Der Grosse Rat beschliesst

Ablehnung des Änderungsantrags.

Antrag

Die Kommissionmehrheit beantragt: „.. Der Kanton und die Gemeinden Bettingen und Riehen schaffen mindestens 165'000 m2 neue unversiegelte Flächen"

Hier liegt ein Änderungsantrag vor: Die Kommissionminderheit beantragt folgenden Abs. 2: «Der Kanton und die Gemeinden Bettingen und Riehen schaffen dazu mindestens 169'000 m² neue Grünfläche im bestehenden Strassenraum bis ins Jahr 2037.»

Raphael Fuhrer, Präsident UVEK: Unser Antrag unterscheidet sich in drei Punkten, in der Fläche, in der Kategorie und im Ort.

Zum Ort: Auf den ersten Blick scheint es, als ginge es nur um 4'000 m². Bei uns ist aber der heute bestehende Strassenraum im Fokus. Entwicklungsreale, die jetzt geplant werden und in den nächsten 15 bis 20 Jahren unterliegen den heutigen Planungsgrundsätzen. Wir haben die Mobilitätsstrategie, die behördenverbindlich ist, wir haben das Stadtklimakonzept, das ebenfalls behördenverbindlich ist. Wir haben in unserer Kommissionsberatung schwarz auf weiss die Bestätigung erhalten, dass man natürlich diese Areale nicht wie in den 1960-er Jahren im Sinne der autogerechten Stadt planen wird sondern genau nach den Grundsätzen, die wir anscheinend alle teilen, nämlich ökologisch, begrünt, für den Fuss- und Veloverkehr. Wenn wir uns nun also ein Ziel setzen, das eigentlich schon gesetzt und abgedeckt ist, ist das als ob wir eine Versicherung abschliessen würden für etwas, für das wir schon versichert sind, oder als ob ich mir für nächstes Jahr das Ziel setze, 38 Jahre zu werden. Es sind Ziele, die bereits durch andere Bestimmungen abgedeckt sind. Es ist daher aus unserer Sicht eine Art, die Bilanz aufzubessern, wenn man solche Ziele noch einmal übernimmt. Es ist doch genau wichtig, dass im bestehenden Strassenraum etwas passiert, dort wo die grosse Menge der Leute wohnt und auch in Zukunft wohnen wird. Warum gönnen wir das den Leuten auf den Arealen, verwehren es aber all jenen, die bereits heute in einem Haus in Basel-Stadt wohnen und Steuern zahlen. Das ist die Begründung, weshalb wir die Areale hier nicht mitrechnen möchten. Das macht aus unserer Sicht viel mehr Sinn.

Der zweite Punkt betrifft den Flächenumfang. Wir finden, wenn die Baustellen kommen, soll man sie maximal nutzen, sowohl die Baustellen für die Fernwärme als auch andere. Es geht nicht darum, einfach Autos aus der Stadt zu werfen. Das sieht man auf der Folie 3. Es wurde mehrfach behauptet, dass diese Initiativen unglaublich radikal wären und dass dadurch der Verkehrskollaps sicher sei. Wenn wir diese Statistik betrachten, dann sehen wir die 5 Millionen Quadratmeter, unseren Strassenraum in Kantonskompetenz. Die farbigen Balken auf der Folie bezeichnen die verschiedenen Zielgrössen der Gegenvorschläge, Initiativen, Mehr- und Minderheit. Wir bewegen uns weit weg von einem radikalen Baustelleninferno, das auf uns zukommen wird. Es ist wirklich alles sehr überschaubar und darum wundere ich mich wirklich sehr, wie man auf diese Aussagen kommen kann. Wir sind überzeugt, dass die 169'000 Quadratmeter machbar sind, wenn man die sowieso anfallenden Baustellen nutzt und mit zusätzlichen Baustellen. Begründung ist aus unserer Sicht auch ein Grund, warum man mal einen Strassenraum anfassen darf, wenn man diese umsetzt, werden wir diese Zahlen erreichen.

Und schliesslich zur Begründung versus unversiegelte Fläche: Wir haben neben der Klimaerhitzung auch eine Biodiversitätskrise. Wir brauchen auch in der Stadt Grünräume, Bäume, Büsche, Gräser, Pflanzen, Stauden. Diese tragen dazu bei, dass diese Stadt ein wertvoller Ort wird, auch aus Sicht der Biodiversität. Das erreichen wir nur mit Begründung. Mit einer Schotterfläche haben wir noch nichts gewonnen. Und wenn wir schon von Überhitzung sprechen: Wir kennen alle die Bahnareale. Diese wären unversiegelt, sind aber im Sommer genauso heiss wie die Hausfassaden und der Asphalt. Nur die Bäume, die Feuchtigkeit verdunsten, sorgen für eine Kühlung in der Stadt. Darum ist es so wichtig, die Grünflächen im Gesetz festzuhalten.

Das hat uns dazu bewogen, diesen Minderheitsantrag einzugeben. Die Flächen sind machbar, wir müssen auch an den bestehenden Strassenraum denken, wo viele Menschen wohnen, und wir müssen mit Begründung arbeiten, entsiegelte Flächen sind gut, aber genügen nicht.

Nicole Strahm-Lavanchy Sprecherin der Kommissionmehrheit: Wir lehnen den Minderheitsbericht und die Anträge ab. Wir brauchen die Entwicklungsareale, wir brauchen grosse, zusammenhängende begrünte Flächen. Das haben wir nur

noch in den Entwicklungsarealen. In der Innenstadt können wir die grossen Flächen gar nicht umsetzen. Dort müssen wir Alternativen finden.

Unversiegelt versus Grünfläche: Wir hätten keinen Spielplätze mehr mit Holzpellets, dort wären nur noch Büsche und Blumen, die ohnehin vertrocknen, weil es nicht mehr regnet laut gewissen Meinungen. Wir hätten keinen Wochenmarkt mehr, wir hätten viele Dinge nicht mehr, weil wir uns selber mit den Bäumen in der Quere stehen würden.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich möchte auch kurz auf das eingehen, was Nicole Strahm-Lavanchy am Schluss erwähnt hat, nämlich die Mehrfachnutzung von Flächen. Natürlich können wir einen Teil entsiegelte Parkplätze schaffen, damit möchte ich auch dem Votanten Daniel Seiler, der gestern so vehement befürchtet hat, dass so viele Parkplätze abgeschafft werden, versichern, dass der Gegenvorschlag der Mehrheit es zulässt, gewisse Parkplätze zu entsiegeln und so das Wasser in den Boden lässt. Auch da bitte ich Sie, nicht primär mit Angst zu operieren und Zahlen hochzurechnen, die nicht zulässig sind. Weshalb sollten wir versuchen, die ganzen Ziele mit Parkplätze zu lösen? Wir wüssten ganz genau, was passieren würde. Es würde Einsparungen hageln, die weitergezogen würden über Rekurse. Wir haben kein Interesse, diese Fläche nur über Parkplätze zu lösen. Das wäre auch nicht sinnvoll. Wir wollen dort Veränderungen vornehmen, wo es sinnvoll ist. Deshalb an diejenigen, die sich Sorgen um die Parkplätze machen: Umso mehr müssten Sie für den Mehrheitsantrag der UVEK sein.

Ich möchte noch ein Argument von Raphael Fuhrer aufnehmen: Ich freue mich wirklich sehr zu hören, dass er bestätigt, dass unsere heutigen Planungsgrundlagen neue Prioritäten setzen. Da ist es aber auch wichtig zu wissen, dass diese gelten auch für den bestehenden Strassenraum gelten. Es ist also nicht nötig, andere Ziele zu setzen für die Arealentwicklungen als für den gebauten Strassenraum. Denn die Planungsgrundlagen gelten für alle Baustellen. Deshalb ist diese Unterscheidung künstlich und nicht nötig.

Ich finde es wichtig, dass wir die Option der Formulierung unversiegelter Flächen offenlassen und dann wieder im Einzelfall entscheiden, wo man total entsiegeln kann, Grünflächen schaffen kann und wo im Moment eine Zwischenlösung wegen Wochenmärkten und Mehrfachnutzung wichtig und gut ist.

Raffaella Hanauer (GAB): Wir haben nun immer wieder konkrete Quadratmeterzahlen gehört, und die Anträge der Mehrheit und der Minderheit arbeiten mit Quadratmetern. Wir vorher eine Debatte gehört, die eher auf einer höheren Ebene diskutierte. Ich möchte nun gerne tiefer tauchen in der Detailberatung und werde die Quadratmeterzahlen bei Seite lassen und sie übersetzen in prozentuale Anteile am gesamten Strassenraum in der Stadt Basel.

Die Forderungen der beiden Initiativen arbeiten genau mit Prozentzahlen und nicht mit absoluten Quadratmeterzahlen. Dies tue ich, um die Debatte auch verständlicher zu machen für die Bevölkerung und um die Anträge der Mehrheit und Minderheit gut mit den Initiativen vergleichen zu können. Die Zahlen für die Prozentzahlen entstammen dem Bericht der UVEK.

Raphael Fuhrer hat es schon gesagt, wir diskutieren über drei entscheidende Punkte, über die Entwicklungsareale, über die Anzahl Quadratmeter und über die Frage Begrünung oder Entsigelung. Ich gehe zunächst auf die Entwicklungsareale ein. Während die Initiative die Umwandlung von 5% der Fläche im heutigen Strassenraum fordert, sieht der Gegenvorschlag der Mehrheit nur eine Umwandlung von ca. 1,5% der Fläche umgerechnet vor, das sind also die 65'000 Quadratmeter, die im Strassenraum entsiegelt werden sollen. Das ist in meinen Augen ein sehr mickriges und mutloses Angebot. Letzten Sommer wurde es in Basel fast 40° heiss, am wärmsten ist es oft in dicht bebauten Quartieren mit wenig Grün wie dem Kleinbasel, dem St. Johann oder dem Gundeli und nicht auf Entwicklungsarealen. Mich würde wunder nehmen, was die bürgerliche Mehrheit in Kleinbasel sagen wird, nachdem sie nur 1,5% des Strassenraums entsiegelte aber 100'000 Quadratmeter in Entwicklungsarealen zusätzlich entsiegelte, wenn die Bewohnerinnen und Bewohner dieser Quartiere im Sommer wieder so warm haben und es vielleicht sogar heisser wird als im letzten Sommer. Die Antwort der bürgerlichen Mehrheit mit der GLP lautet anscheinend: Wir haben bei Euch 1,5% des Asphalts mit Kopfsteinpflastern ersetzt, vielleicht hattet Ihr Glück, es kamen noch ein paar Büsche hinzu. Das muss reichen, wir haben entsiegelt. Die Haltung des GAB sieht ganz klar anders aus. Die Bevölkerung hat es verdient, überall gleich behandelt zu werden. Die Bewohnenden dieser Quartiere können nicht einfach auf Entwicklungsarealen schlafen gehen, um in der Nacht der zunehmenden Hitze zu entfliehen. Daher stützt das GAB den Minderheitsantrag und möchte damit auf den Einbezug der Entwicklungsareale verzichten. Die Menschen in Basel brauchen Kühlung und Begrünung dort, wo sie wohnen, leben und sich im Alltag bewegen.

An alle diejenigen, die immer noch denken, es sei ein grosser Gewinn, die Entwicklungsareale mit einzubeziehen: Die Entwicklungsareale kommen sowieso, dort wird es mehr Begrünung geben, es gibt beschlossene Konzepte. Wir bitten daher Regierungsrätin Esther Keller, sich an ihre Konzepte zu halten und diese umzusetzen. Die Entwicklungsareale in die Gegenvorschläge einzubeziehen ist in meinen Augen ein bürgerliches Trickli von der Regierung und von der bürgerlichen Mehrheit in der Kommission, um die mutlosen Gegenvorschläge mit der Quadratmeterzahl aufzubessern. So können wir nämlich von 165'000 Quadratmetern sprechen und nicht von 65'000.

Das ist für mich ein Zeichen, dass man eigentlich gerne weitermachen würde wie bisher. Ein Weiter wie bisher ist jedoch absolut fehl am Platz, und übrigens hat keine andere Stadt die Entwicklungsareale in ihre Gegenvorschläge einbezogen.

Die bürgerliche Mehrheit will 1,5% der Fläche im Strassenraum entsiegeln, den Rest machen sie auf Entwicklungsarealen. Ich möchte Ihnen das gerne visualisieren, was das für den Strassenraum heisst. Wir sind 100 gewählte Grossratsmitglieder. Wären die Grossratsmitglieder der Strassenraum, dann würden 1,5 Grossratsmitglieder die Fläche repräsentieren, in der zusätzlich entsiegelt werden würde mit dem Mehrheitsantrag. Vielleicht gibt es noch ein paar Büsche. Grünflächen machen heute verteilt im Strassenraum insgesamt 8% aus, also 8 Personen in diesem Rat. Mit dem

schwachen Gegenvorschlag der GLP würden wir also die Grünflächenfraktion um 1,5 Kopfsteinpflasterpersonen verstärken, also von 8 auf 9,5 Personen. Was hier die bürgerliche Mehrheit vorschlägt, ist kein Richtungswechsel hin zu mehr Grün in Basel, sondern ein mutloses Schneckentempo. Dieses Schneckentempo können wir uns in Zeiten der Klimaerhitzung nicht mehr leisten.

Der Minderheitsantrag fordert hingegen statt 1,5% 4% an Fläche umzuwidmen in Grünfläche. Im Vergleich würde die Grünflächenfraktion so um 4 Personen zunehmen. Wir hätten so also 12 Personen, die dann grün und nicht Kopfsteinpflaster wären. Sie sehen also, der Minderheitsantrag wird dem grossen Bedürfnis der Bevölkerung nach Begrünung deutlich mehr gerecht und daher sollte klar sein, wer mehr Grün will und auch zu diesem Ziel konsequent steht, der oder die stimmt mit der Minderheit.

Nun noch zum Unterschied zwischen Entsiegelung und Begrünung. Dieser liegt auf der Hand. Raphael Fuhrer hat auch die Notwendigkeit von echter Begrünung bereits herausgestrichen, für die Biodiversität aber auch für die Gesundheit. Zu bemerken gilt es nur noch, dass die GLP die entscheidende Kraft ist, die sowohl in der Regierung als auch im Grossen Rat als auch in der Kommission anscheinend Begrünungsanliegen blockiert, was mich doch sehr erstaunt. Wo das Grün im Namen der GLP geblieben ist, ist mir ein Rätsel.

Zuletzt möchte ich noch auf das Baustellenargument eingehen. Es wurde mehrfach gesagt, dass Grünflächen zu viele Baustellen bringen. Hier möchte ich klar erwidern, eine Baumpflanzung ist keine Baustelle, sondern eine Baumpflanzung. Das Baustellenargument ist hier völlig deplatziert. Wer Baumpflanzungen und Begrünung verhindern will, indem man sie als schädliche Baustelle darstellt, hat die Klimaerhitzung nicht verstanden. Das Beispiel Eulerstrasse zeigt, dass es auch ganz anders geht. Wir müssen nicht die ganze Strasse aufreissen, um Bäume zu pflanzen. Wir können sie auch so pflanzen, das haben wir in Basel schon bewiesen. Gestern gab es eine Veranstaltung des Planungs- und Landschaftsarchitekturbüros Bryum und auch dort wurde gesagt und erklärt, dass wir sogar auf Fernwärmeleitungen, wenn sie verschraubt sind, Bäume pflanzen können. Das wurde im Roche-Areal in Kaiseraugst schon gemacht. In keiner anderen Stadt wurde behauptet, dass für die Begrünung einer Teilfläche des Strassenraums die ganze Strasse aufgerissen werden müsse. So etwas sagen nur Vertretende der Asphalt- und Betonfraktion, und es braucht ganz klar einen Paradigmenwechsel.

Seien Sie heute ein bisschen mutig bei diesem Antrag der Minderheit, setzen Sie sich für mehr Grün ein und stimmen Sie mit uns.

Zwischenfrage

Johannes Sieber (GLP): Sie haben gefühlte 50 Jahre diese Regierung präsiert. Warum finden Sie denn, dass wir so im Nachtreffen sind und warum haben Sie nicht mehr gemacht während dieser Zeit?

Raffaella Hanauer (GAB): Ihnen sollte klar sein, dass wir im Moment nicht in der Regierung sind und dass in den letzten Jahren endlich auch in der Bevölkerung deutlich angekommen ist, dass es die Klimaerhitzung gibt, dass es eine Klimakrise gibt und dass wir jetzt die Mehrheiten hätten und dass wir uns daher von der Regierung deutlich mehr Ambitionen wünschen.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich möchte darauf eingehen, weshalb die Regierung die Transformationsareale selbstverständlich einbezieht und weshalb das in anderen Städten nicht geschehen ist. Das liegt schlicht und einfach daran, dass wir im Vergleich zu anderen Städten in der Schweiz mit Abstand die grössten Transformationsareale haben und die werden ganz natürlich in die Quartiere hineinwachsen und ein Teil dieser Stadt werden. Ich sehe die künstliche Trennung nicht zwischen Transformationsarealen und dem bestehenden Strassenraum und muss noch einmal darauf hinweisen, dass die Planungsgrundlagen, die Sie vorher gelobt haben und mit denen wir die Weichen gestellt haben und ja, deren Resultate wir erst in ein paar Jahren sehen werden, für den ganzen Kanton gelten. Deshalb ist es wichtig, dass wir diese Unterscheidung hier nicht machen sondern auch diese Transformationsareale als das nehmen, was sie sind, nämlich als einen Teil der Stadt.

Raphael Fuhrer, Präsident UVEK: Ich bin sehr einverstanden, die Transformationsareale sind Teil der Stadt. Es ist einfach augenfällig, dass von der Zielfläche im Vorschlag der Mehrheit zwei Drittel der ganzen Fläche auf diesen Transformationsarealen liegen, obwohl diese Transformationsareale nur einen kleinen Teil des Siedlungsgebiets im Kanton ausmachen. Die Proportionen stimmen einfach nicht. Das heisst konkret, dass im bestehenden Strassenraum unter 5'000 Quadratmeter entsiegelt würden, wenn wir der Mehrheit folgen. Und das reicht einfach bei Weitem nicht, das ist einfach keine Antwort auf das, was in den nächsten Jahren in Sachen Klimaerhitzung passieren wird. Ich möchte noch einmal appellieren, die Bevölkerung nicht zu unterschätzen. Die Bevölkerung regt nichts mehr auf als Baustellen, die ein Jahr lang dauern, und am Schluss sieht die Strasse wieder genau gleich asphaltiert aus. Das ist genau das, was wir nicht möchten, und darum möchten wir uns ambitionierte Ziele setzen. Ich bitte Sie darum, der Minderheit zu folgen.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommissionsminderheit, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

46 Ja, 49 Nein. [Abstimmung # 767, 29.06.23 09:52:14]

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag abzulehnen.

Antrag

Die Kommissionsmehrheit beantragt in Abs. 1 "..... und erhöhen den Baumbestand um mindestens 2'000 Bäume bis ins Jahr 2037.

Hier liegt ein Änderungsantrag vor. Die Kommissionsminderheit beantragt einen neuen Abs. 3: «Der Kanton und die Gemeinden Bettingen und Riehen erhöhen dazu den Baumbestand um mindestens 4'000 Bäume bis ins Jahr 2037.»

Raphael Fuhrer, Präsident UVEK: Eine Klimaadaptationsstrategie, ein Stadtklimakonzept ohne Bäume ist nicht möglich. Bäume sind das zentrale Element, wir haben das schon mehrfach gehört, und hier im Grosse Rat gibt es sehr viele Baumfreundinnen und Baumfreunde, das haben wir immer wieder gemerkt. Dem gegenüber wird nun ein Gegensatz aufgebaut, und der sagt, dass mit mehr Bäumen auch mehr Baustellen in Kauf genommen werden müssen. Aus unserer Sicht ist das nicht der Fall. Ich möchte einen Vergleich machen. In der Medizin gibt es Operationen mit der sogenannten Schlüssellochchirurgie. Da kann man ganz gezielt die Operation vornehmen, es ist ein minimal invasiver Eingriff. Ein ähnliches Prinzip gibt es auch bei den Bäumen, und dazu würde ich gerne die Folie 4 einblenden.

Hier sieht man die Eulerstrasse, ein ähnliches Prinzip gibt es in der Amerbachstrasse, wo es möglich ist, Bäume zu realisieren, ohne dass der gesamte Strassenraum verändert werden muss. Ich gebe Ihnen recht, Kanalisationen und Entwässerung ist ein Eingriff, aber es geht auch ohne. Ein solcher Baumstandort hat damals Fr. 16'000 gekostet. Das geht aus dem Ratschlag zur Eulerstrasse hervor. Es ist aus unserer Sicht wirklich nötig, dass wir die Bäume jetzt pflanzen. Sie brauchen mehrere Jahrzehnte, bis sie die Kronen haben, die Schatten spenden und Wasser verdunsten. Es gibt Möglichkeiten, wie wir diese Bäume in den Strassenraum bekommen, ohne grosse Baustellen. Es gibt einen technologischen Wandel. Man kann mit flach wurzelnden Bäumen arbeiten, man kann mit der Verschweissung der Leitungen arbeiten anstatt einer Versteckung der Leitungen, sodass die Bäume die Leitungen nicht beschädigen können. 4'000 Bäume sind machbar und nötig, wir bitten Sie darum, diesen Antrag anzunehmen.

Abstimmung

Ja heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

46 Ja, 49 Nein. [Abstimmung # 768, 29.06.23 09:56:40]

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag abzulehnen.

Detailberatung

Abs. 2

Antrag

Die Kommissionsminderheit beantragt einen neuen Abs. 4: «Der Kanton kontrolliert den Umsetzungsstand mit einer jährlichen Bilanzierung, die alle drei Jahre mit einem Bericht veröffentlicht wird.»

Raphael Fuhrer, Präsident UVEK: Wir haben vor ein paar Jahren beschlossen, dass im Rahmen des Fernwärmeausbaus der Regierungsrat alle drei Jahre einen Bericht erstellt. Die Kommissionsminderheit findet, dass dort genau dieses Thema angehängt werden kann. Die Daten sind sowieso vorhanden, das geografische Informationssystem verzeichnet jeden Baum, jede Rabatte, jede Mittelinsel, jede Fläche. Warum lassen wir uns bei so einem wichtigen Projekt nicht auch alle drei Jahre einen Bericht geben.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

46 Ja, 49 Nein. [Abstimmung # 769, 29.06.23 09:59:20]

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag abzulehnen.

Detailberatung

II. Ausgabengenehmigung

Antrag

Die Kommissionsmehrheit beantragt Ausgaben von Fr. 4.2 Mio. für zwei befristete Vollzeitstellen.

Die Kommissionsminderheit beantragt Ausgaben von Fr. 10.5 Mio. für fünf befristete Vollzeitstellen.

Raphael Fuhrer, Präsident UVEK: Die Kommissionsmehrheit hat die auf den Entwicklungsarealen zu planende Fläche verdoppelt, hat bei den Stellen aber gar nichts angepasst. Wir hätten einen ähnlichen Flächenumfang vorgeschlagen, aber es ist aus unserer Sicht klar, wenn man die Fläche verdoppelt, braucht es auch mehr Ressourcen. Deshalb möchte ich an diesem Antrag festhalten. Es ist illusorisch, nur mit zwei Vollzeitstellen 160'000 Quadratmeter grün zu planen.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

46 Ja, 49 Nein. [Abstimmung # 770, 29.06.23 10:01:36]

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag abzulehnen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen nun zur Schlussabstimmung über den Gegenvorschlag.

Wenn Sie dem Gegenvorschlag zustimmen, wird dieser der Initiative so gegenübergestellt.

Wenn Sie den Gegenvorschlag ablehnen, kommt die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Abstimmung.

Schlussabstimmung

Bereinigter Gegenvorschlag der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (UVEK)

JA heisst Zustimmung zum Gegenvorschlag, NEIN heisst Verzicht auf einen Gegenvorschlag.

Ergebnis der Abstimmung

38 Ja, 54 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 771, 29.06.23 10:04:06]

Der Grosse Rat beschliesst

der Initiative keinen Gegenvorschlag gegenüber zu stellen.

Der Regierungsrat und die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (UVEK) beantragen, die Initiative den Stimmberechtigten zur Verwerfung zu empfehlen.

Raphael Fuhrer, Präsident UVEK: Die UVEK-Minderheit hat von Anfang an gesagt, dass der Mehrheitsvorschlag nicht genügt, wenn man das Stadtklima ernst nimmt. Wir haben ihn darum jetzt mehrheitlich abgelehnt. Das Thema ist aber enorm wichtig, die Initiative ist die richtige Antwort darauf. Sie setzt die Ziele in der Verfassung, dass die Klimaerhitzung angegangen wird in der Verwaltung, in der Politik. Alle, denen das Stadtklima ein Anliegen ist, bitte ich nun, der Initiative zuzustimmen und sie der Stimmbevölkerung zur Annahme zu empfehlen.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Der Regierungsrat empfiehlt Ihnen, die Initiativen zu verwerfen.

Abstimmung

Abstimmungsempfehlung zur Initiative

JA heisst Annahme der Initiative, NEIN heisst Ablehnung

Detailberatung

Römisch II. Weitere Behandlung

Ergebnis der Abstimmung

45 Ja, 49 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 772, 29.06.23 10:07:07]

Der Grosse Rat beschliesst

die Initiative den Stimmberechtigten zur Verwerfung zu empfehlen.

Detailberatung

Römisch III. Publikation

Der Grosse Rat beschliesst

Die von 3'843 im Kanton Basel-Stadt Stimmberechtigten eingereichten formulierten Volksinitiative «für ein gesundes Stadtklima (Gute-Luft-Initiative)» mit dem folgenden Wortlaut:

«Gestützt auf § 47 der Verfassung des Kantons Basel-Stadt vom 23. März 2005 und auf das Gesetz betreffend Initiative und Referendum vom 16. Januar 1991 (IRG) reichen die unterzeichnenden, im Kanton Basel-Stadt Stimmberechtigten folgende Initiative ein:

Die Verfassung des Kantons Basel-Stadt vom 23. März 2005 wird wie folgt ergänzt:

§ 33a Stadtklima

1 Der Staat trifft wirksame Massnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor den negativen Auswirkungen der Klimaerwärmung, wie insbesondere gegen Hitzetage und Tropennächte.

2 Zu diesem Zweck erhöht er insbesondere die Anzahl Bäume und schafft oder sichert zusätzliche Grünflächen.

3 Er wandelt im erforderlichen Umfang insbesondere Strassenräume in Flächen für Bäume und Grünflächen um. Flächen für den Fussverkehr, den Veloverkehr sowie den öffentlichen Verkehr sind je mindestens in ihrem Bestand zu erhalten.

Übergangsbestimmung zu § 33a

1 Nach Inkrafttreten von § 33a ist während zehn Jahren jährlich eine Fläche, welche mindestens 0.5 Prozent des gesamten Strassenraums auf Staatsgebiet im Referenzjahr 2020 entspricht, von befestigten Strassenräumen in Flächen für Bäume und Grünflächen umzuwandeln.

2 Der Kanton veröffentlicht jährlich einen Bericht über den Stand der Umsetzung der Massnahmen und deren Wirkung.»
ist, sofern sie nicht zurückgezogen wird, der Gesamtheit der Stimmberechtigten mit der Empfehlung auf Verwerfung und ohne Gegenvorschlag zum Entscheid vorzulegen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

10. Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Bericht zur kantonalen Volksinitiative Für eine zukunftsfähige Mobilität (Zukunfts-Initiative) sowie zum Ratschlag zum Gegenvorschlag sowie Bericht der Kommissionsminderheit

[29.06.23 10:08:04, UVEK, BVD, 21.1250.03, IMG]

Der Regierungsrat und die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (UVEK) beantragen gestützt auf den Bericht 21.1250.03, der Initiative einen Gegenvorschlag gegenüberzustellen.

Der Regierungsrat und die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (UVEK) beantragen, die Initiative zur Verwerfung zu empfehlen.

Raphael Fuhrer, Präsident UVEK: In der vorhergehenden Initiative war das Hauptargument Baustellen. In dieser Initiative geht es um die Organisation und Abwicklung des Verkehrs und um die Frage, wer welche Flächen erhält. Hier ist sehr viel möglich mit Pinsel, Farbe und Signalisation. Das heisst, das Argument Baustelle zieht nicht mehr, und ich bin gespannt, wie die Fraktionen argumentieren werden, warum man den umweltfreundlichen Verkehr nicht in dem Umfang fördern möchte, wie es die Kommissionsminderheit möchte.

Die Basler Stimmbevölkerung hat letztes Jahr Tatsachen geschaffen. Sie möchte einen klimaneutralen Verkehr bis 2037, sie hat diesen bestellt, und nun müssen wir diesen auch liefern. Die umweltfreundlichen Verkehrsmittel und

Fortbewegungsarten sollen diese Flächen erhalten, die sie auch nötig haben, das heisst sichere, durchgehende Velowege, Busspuren, damit Busse pünktlich sind, Trams ebenso und attraktive Fussverkehrsverbindungen.

Der Antrag der Mehrheit bzw. des Regierungsrats genügt diesen Anforderungen nicht. Mehr ist möglich, und darum sollten wir das auch umsetzen. Der Vorschlag des Regierungsrats bzw. der Kommissionsmehrheit setzt die Akzente vor allem bei den schon beschlossenen Massnahmen. Von den anvisierten Quadratmetern weist der Regierungsrat aus, dass bereits ein grosser Teil dieser Zielvorgabe beschlossen ist. Auch hier finden wir, wenn man auf eine Initiative eingeht, sollte man sich überlegen, was zusätzlich möglich ist, und da sehen wir mehr Potenzial. Ich werde das beim Antrag dann noch näher ausführen.

Bei der Klimagerechtigkeitsinitiative wurde argumentiert, dass unrealistische, strenge Ziele demotivierend wirken. Nun können wir die Bevölkerung darin unterstützen, den klimaneutralen Verkehr mitzutragen, indem sie auf den Öffentlichen Verkehr umsteigen können, auf das Velo oder vermehrt Strecken zu Fuss zurücklegen, indem wir dafür sorgen, dass der ÖV pünktlicher wird, dass die Velorouten sicherer werden und dass die Fussverkehrsverbindungen attraktiver werden. Basel war einmal sehr führend in der Verkehrspolitik, Basel wurde als Tramstadt, als Velohauptstadt bezeichnet. In der Zwischenzeit sind andere Städte an uns vorbeigezogen, und mit dem Antrag der Minderheit möchten wir diesen Rückstand möglichst schnell wieder aufholen.

Keller, Esther, RR BVD

Ich glaube, die meisten von Ihnen haben schon vorher zu den meisten Initiativen gesprochen. Tatsächlich sind hier weniger das Thema die Baustellen aber doch die Fläche, die hier umgewidmet werden soll, die wir als Regierungsrat als problematisch erachten. Deshalb bitten wir Sie, der UVEK-Mehrheit zu folgen.

Tonja Zürcher (GAB): Ein kleiner Rückblick: Die Bevölkerung hat im letzten Herbst Netto Null 2037 mit 64% angenommen. 56% hat sich sogar für 2030 ausgesprochen. Dieses Bekenntnis wurde erst kürzlich mit der Abstimmung zum Klimaschutzgesetz bestätigt, ganze 73% haben Ja gesagt, dass hier etwas gehen muss.

Und nun haben wir den Verkehr, der für einen Drittel der CO₂-Emissionen verantwortlich ist. Wie wollen wir diese Zielvorgaben, die wir auf kantonaler und auch auf Bundesebene gegeben haben, umsetzen, ohne hier wirklich etwas zu machen. Das geht nicht. Wir müssen die klimafreundlichen Mobilitätsformen fördern, es braucht sichere Velowege, attraktive Fussgänger- und Begegnungszonen und eine echte Priorisierung des öffentlichen Verkehrs. Und wir brauchen das nicht nur wegen dem Klima, wir wollen schliesslich alle eine attraktive und sichere Stadt, eine Stadt, in der die Kinder und ältere Menschen sicher unterwegs sein können, damit wir nicht Schlagzeilen lesen müssen wie in den letzten Tagen, dass Velofahrende von Lieferwagen oder anderen Fahrzeugen überrollt wurden oder dass es leider auch zu Toten kommt.

Dass es diese Veränderung braucht, ist ja grundsätzlich auch der Regierung klar. Leider ist es aber so, dass die beschlossene Mobilitätsstrategie und die bis jetzt geplanten Massnahmen nicht ausreichen, um Netto Null zu erreichen. Sie reduzieren die CO₂-Emissionen im besten Fall gerade mal um einen Drittel. Das ist nicht meine Berechnung, das steht so im Bericht der Regierung. Es braucht also grob gesagt eine Verdreifachung der Ambitionen und des Engagements für klimafreundliche Mobilität.

Nun liegen uns die Zukunftsiniziative und die Gegenvorschläge vor. Der Mehrheitsvorschlag entspricht wieder genau dem, was schon geplant wird, ergänzt mit ein paar kleinen Flächen in den Entwicklungsarealen. Aber auch das ist nichts Neues, es ist ja klar, dass wir die neuen Areale nicht bauen, wie wir sie in den 1950-er oder 1960-er Jahren gebaut hätten, sondern dass wir es von Anfang so machen, wie wir es heute machen müssten. Der Mehrheitsvorschlag bringt deshalb keine zusätzliche Wirkung. Damit wird eine weitere Chance vertan, den Verfassungsauftrag und den klaren Willen der Bevölkerung umzusetzen. Man kann schon sagen, dass es nun halt eine Weile braucht, um von der autogerechten Stadtplanung wegzukommen. Aber wir haben diese Zeit nicht, um uns jetzt noch ewig mit Konzepten herumzuschlagen und in dieser Zeit nicht wirklich zu handeln. Wir müssen handeln, ausprobieren, vorwärts machen, und es kann sein, dass wir bei einem oder anderen Projekt wieder merken, dass es nicht ganz optimal war. Aber jetzt einfach weitermachen wie bisher, das ist keine Lösung, und damit kommen wir nicht auf Netto Null.

Es gibt immer noch einige, die denken, dass die E-Autos alle Probleme lösen. Nun ist es halt einfach so, dass weder auf kantonaler noch auf nationaler Ebene ein Verbot für fossil betriebene Fahrzeuge absehbar ist. Der Bundesrat hat gerade gestern kommuniziert, dass er nur schon einen Verkaufsstopp von Benzin- und Dieselfahrzeugen ablehnt, er lehnt es sogar ab, dass keine neuen fossil betriebene Fahrzeuge auf den Markt kommen, geschweige denn die bestehenden vom Markt zu holen. Es ist also klar, dass die Förderung des Umstiegs auf klimafreundliche Verkehrsmittel wie Velo, ÖV und Fussverkehr nicht nur die wirksamste und effizienteste Massnahme ist, sondern auch die einzige, die rechtzeitig wirkt. Sie bringt darüber hinaus weitere Vorteile, die eigentlich alleine schon reichen müssten, um hier darauf zu setzen. Sie bringen weniger Lärm, weniger Umweltbelastung, weniger Unfälle, weniger Ressourcenverbrauch und zusätzlich eine Reduktion des Platzverbrauchs. Auf der gleichen Fläche können mit dem ÖV, dem Velo oder dem Fussverkehr ungefähr zehn Mal mehr Menschen unterwegs sein als wenn sie in einem Auto sitzen. Es handelt sich also um eine Verdichtung um den Faktor zehn.

Dadurch wird Platz frei für andere Nutzungen, für Bäume und Grünflächen, aber eben auch für Spielplätze, Boulevardgastronomie, für den Wochenmarkt, all das wird eher möglich. Ich bin überzeugt, dass wir nicht nur beim Bauen dazu schauen sollen, dass wir keine zusätzlichen Boden brauchen und versiegeln, sondern eben auch beim Verkehr auf eine effiziente Nutzung des Bodens achten. Boden ist gerade in einem dicht bebauten Stadtkanton wie Basel-Stadt enorm wertvoll, es macht einfach keinen Sinn, hier weiterzuplanen wie gehabt und Platz zu verschleudern.

Es braucht mehr sichere Velowege, und zwar nicht nur auf den Entwicklungsarealen, sondern überall in der Stadt und auf

allen Achsen. Eine wichtige Umsetzung dieser Zukunftsinitiative sind auch die Begegnungszonen, Sie können das dem Bericht entnehmen. Eigentlich wäre es möglich, die Initiative alleine mit den Begegnungszonen umzusetzen, also alle geeigneten Quartierstrassen, die heute Tempo 30 sind, in Begegnungszonen umzuwandeln. Das ist nicht unsere Meinung, aber das Potenzial ist so gross, dass das alleine reichen würde. Wie bereits vom Minderheitssprecher gesagt wurde, dazu braucht es keine Baustellen. Dazu reichen Farbe, ein paar Schilder und diese Möblierungen, die meiner Meinung nach durchaus etwas hübscher gemacht werden könnten, aber auch diese brauchen keine Baustelle, da reicht ein Bohrer und ein Schrauber, um sie zu verankern. Ich wäre dafür, dass diese Begegnungszonen in einem nächsten Schritt auch begrünt würden, aber das braucht es für die Umsetzung der Zukunftsinitiative nicht.

Wie angesprochen, braucht es für den Umstieg auf klimafreundliche Verkehrsmittel auch dringend die Förderung des Tram- und Busverkehrs. Das heisst, neben den neuen Tramlinien, die angesprochen sind, und dem Umbau der Haltestellen auf Behindertengerechtigkeit erhöhen auch Eigentrassees und Busspuren und ganz wichtig eine echte Bevorzugung des ÖV bei den Lichtsignalanlagen die Attraktivität und vor allem auch die Berechenbarkeit des öffentlichen Verkehrs. Wenn wir möchten, dass mehr Menschen auf den ÖV umsteigen, sei es in der Stadt selbst oder auch aus dem Umland, dann muss der ÖV pünktlich ankommen. Eine Minute später oder früher kommt nicht drauf an, aber wenn der Bus über 10 Minuten im Stau stecken bleibt, kann ich ja geradezu im eigenen Auto im Stau stecken bleiben.

Es ist also klar, dass wir hier vorwärts machen müssen, und dafür braucht es Platz auf unseren Strassen. Mit dem Umstieg auf flächensparende und klimafreundliche Verkehrsmittel schaffen wir vor allem auch Platz für die Menschen und Begegnungen. Es ist kein Zufall, dass die Idee der Superblocks gerade in allen Quartieren auf Begeisterung stösst. Nach dem Vorbild von Barcelona gestalten auch diverse andere Städte in ganz Europa Quartiere zugunsten der Bevölkerung. Es entstehen kleine Parks, Spielplätze, attraktive Sitzgelegenheiten unter Bäumen, die Menschen kommen zusammen, sie machen mitten auf der Strasse Sport, und die Kinder können frei herumrennen, wir müssen sie nicht an der Hand zum nächsten Spielfeld zerrren, damit sie endlich loslaufen dürfen, sondern es ist sicher auf der Strasse. Es wird immer die Angst geäussert, was das für das Gewerbe zur Folge hat. Ich bitte einfach, die Erfahrungen aus anderen Städten zu beachten, beispielsweise aus Barcelona. Auch da hatte das Gewerbe riesige Angst, bevor die Superblocks eingeführt wurden. Sie hatten Angst, dass keine Kundinnen und Kunden mehr kommen, dass der Umsatz einbricht, dass es nicht mehr geht. Und was zeigt die Erfahrung? Dazwischen lag noch Corona, wofür die Superblocks ja nicht können, aber in den Quartieren, in denen die Superblocks umgesetzt wurden, waren die Umsätze besser als in den Quartieren, wo sie nicht umgesetzt wurden. Die Geschäfte sind froh darum.

Ich wünsche mir, dass wir uns mehr von anderen Städten inspirieren lassen, dass wir von ihnen lernen und schauen, welche Resultate die Umgestaltung bei ihnen gezeigt hat, anstatt hier zu rufen, geht nicht, wollen wir nicht. Damit wir Klimagerechtigkeit und Netto Null bis 2037 erreichen, muss ein Ruck durch die Politik gehen, durch die Bevölkerung ist bereits gegangen. Weitermachen wie bisher geht einfach nicht. Es ist Zeit, einen Zacken zuzulegen, und die Bevölkerung hat uns diesen klaren Auftrag gegeben. Ich bitte Sie, nehmen Sie diesen Auftrag ernst und stimmen Sie dem Minderheitsvorschlag und der Initiative zu.

Jean-Luc Perret (SP): Ich habe das meiste schon in meinem Votum zur vorherigen Initiative gesagt, möchte nun aber noch auf einen Punkt kommen aus dem Themenkatalog der Klimaanpassung, und zwar die sogenannte Verkehrswende. Weit weg vom motorisierten Verkehr, dafür mehr Fuss-, Velo- und öffentlicher Verkehr. Die Elektrifizierung ist das eine, aber auch ein Umstieg auf andere Verkehrsformen ist nötig. Nur so können wir das Netto Null-Ziel bis 2037 erreichen.

Bei dieser Initiative ist die Machbarkeit eindeutig weniger komplex. Das sieht man auch daran, dass hier die Forderungen von Initiative, Mehrheit und Minderheit gar nicht so weit auseinanderliegen. Das Baustellenargument kann man hier nicht mit derselben Vehemenz einbringen wie vorher, denn sehr viele Umwidmungen sind sehr einfach zu machen. Es muss nicht immer das Zehnfache der Strassenfläche aufgerissen werden, wie es gewisse Fachkreise bereits grob über den Daumen schätzen, bevor überhaupt klar ist, was Sache ist.

Wir befürworten insbesondere die Umwandlung von Quartierstrassen in Begegnungszonen, wie es der Kommissionsbericht vorschlägt. Mit einem Effort bei den Begegnungszonen liessen sich die Ziele der Zukunftsinitiative schon weitgehend erreichen. Es wird Zeit, den sehr komplizierten Bottom-up- Ansatz zu überdenken. Besser wäre es, die Verwaltung würde auch hier und dort von sich aus Spielstrassen signalisieren und nicht nur, wenn die Anwohnenden sie explizit verlangen. Dazu kommen viele Massnahmen, die ohnehin in den nächsten Jahren angegangen werden, beispielsweise die Schliessung der Lücken im Teilrichtplan Velo, die Schnellrouten oder die Velosicherheitsinitiative, für die wir gerade die Frist verlängert haben. Auch darauf werden wir eine Antwort geben müssen.

Ich möchte noch eine beeindruckende Zahl aus dem Kommissionsbericht hervorheben. Es gibt in Basel noch 36 Kilometer Teilrichtplanstrecke auf Tempo-50-Strassen, ohne Massnahmen. Würden allein auf diesen Strassen jeweils ein 1,80 Meter breiter Velostreifen eingezeichnet, käme man schon auf 130'000 m² Langsamverkehrsfläche. Oder auch bei den geforderten Massnahmen zur Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs. Langsamverkehrsspuren, Eigentrassees für Trams sind sogar noch breiter als Velowege. In all diesen Projekten wird schnell genug anrechenbare Fläche zusammenkommen. Die Zukunftsinitiative wäre hier nur der Auslöser für die Umsetzung und Finanzierung solcher Projekte.

All das, was ich bis jetzt genannt habe, passiert im bestehenden Strassenraum. Deshalb ist es aus Sicht der Minderheit auch überhaupt nicht nötig, einen Teil der umzuwandelnden Flächen in die Entwicklungsareale auszulagern, wie es der Mehrheitsvorschlag wünscht. Denn nochmals: Entwicklungsareale sind heute normalerweise weitgehend befreit vom motorisierten Verkehr, und es gibt dort hauptsächlich Fuss- und Veloverkehr. Es ist wirklich nicht im Sinn der Initiative, die Velowege anzurechnen, die dort ohnehin gebaut werden, und dafür im bestehenden Strassenraum weniger zu machen. Das alles wollen wir nicht, sondern wir wollen es im bestehenden Strassenraum.

Wir empfehlen Ihnen deshalb, den Minderheitsanträgen zu folgen.

Zwischenfrage

Daniel Seiler (FDP): Sehen Sie das nicht so, dass es demokratisch entschieden wird von den Anwohnern einer Strasse, ob sie das wollen oder nicht? Das ist doch ein sehr gutes Instrument, die Leute zu fragen.

Jean-Luc Perret (SP): Ich könnte mir vorstellen, den Ansatz umzudrehen, dass man zum Beispiel eine Begegnungszone vorschlägt und dann abwartet, ob sich niemand wehrt. Das wäre schon viel einfacher als der jetzige Prozess.

Franz Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP): Wir werden eine Initiative ohne Gegenvorschlag dem Volk präsentieren, und nun ist die Frage, ob wir den Mehrheitsbericht auch dem Volk vorlegen möchten. Das wird eine komplizierte Abstimmung. Aber die Fraktion die Mitte/EVP besteht darauf, dass wir auch hier den Gegenvorschlag der Mehrheit der UVEK dem Volk vorschlagen und wir bleiben dabei.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Zuerst führen wir eine Eintretensdebatte durch und beraten dann den vorgelegten Gegenvorschlag zur Initiative.

Nach der Detailberatung entscheiden Sie in einer Schlussabstimmung über den Gegenvorschlag, ob der beratene Gegenvorschlag der Initiative gegenübergestellt werden soll oder die Initiative ohne Gegenvorschlag der Volksabstimmung zu unterbreiten ist.

Ebenfalls ist dann ein Beschluss zur Abstimmungsempfehlung zu fassen.

Eintretensdebatte

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf das Geschäft ein.

Detailberatung

Gegenvorschlag

Titel und Ingress

Römisch I. Gegenvorschlag zur Initiative

[...]

Raphael Fuhrer (GAB): Aus unserer Sicht genügt der Gegenvorschlag der Mehrheit bzw. des Regierungsrats nicht. Wir sehen Chancen für mehr Flächen, und wir sehen nicht ein, warum wir das nicht einlösen sollten. Viele der Massnahmen - Begegnungszonen, Velostreifen, Busspuren - benötigen keinerlei Baustellen, zumindest nicht in einem ersten Schritt. Im Bereich Velo wurden bereits Zahlen genannt, denen ich noch eine hinzufügen möchte. Der Regierungsrat verweist in seinem Bericht auf 10'000 m² zusätzliche Eigentrassees für den öffentlichen Verkehr und leitet die von den neuen Tramlinien ab, die es zum Beispiel im Petersgraben, im Klybeck usw. geben sollte.

Der Busverkehr wird spannenweise mit keiner Silbe erwähnt. Die Minderheit sieht tagtäglich, dass die Busse hängen bleiben, zum Beispiel auf dem Cityring. Es gibt praktisch keine Buslinie, die während der Rushhour den Fahrplan einhalten kann. Und wenn wir uns überlegen, dass man alleine mit dem Abschnitt Universitätsspital-Holbeinplatz, wo die Buslinien 30 und 33 verkehren, 3'000 bis 5'000 m² zur Bilanz hinzugewinnen könnte, dann sehen wir die Ziele, die der Regierungsrat gesetzt hat, wirklich als sehr überschaubar und nicht genügend an.

Die Stadt Basel besteht zu einem Drittel aus Verkehrsfläche. Diese Verkehrsfläche ist heute sehr zum Vorteil des MIV verteilt. Luft- und Schadstoffgrenzwertüberschreitungen, Klimaausstossbilanz zu hoch, Lärmgrenzwerte flächendeckend überschritten, Ressourcenverbrauch im Verkehr viel zu hoch, Verkehrssicherheit für viele verletzte Verkehrsteilnehmende nicht gegeben, Flächeninanspruchnahme sehr klar dominiert von Autos, mit weitem Abstand folgen der öffentliche, Fuss- und Veloverkehr. Die UVEK-Minderheit findet, dass die Leute sich wieder getrauen sollten, in unserer Stadt Velo zu fahren. Sie sollten darauf vertrauen können, dass die Busse und Trams pünktlich ankommen und sie sollten Lust haben, vermehrt Strecken zu Fuss zu unternehmen, und darum möchten wir mehr Fläche beantragen und bitten Sie, dem Minderheitsantrag zu folgen.

Raffaella Hanauer (GAB): Auch hier möchte ich kurz die Zeit dazu nutzen, um die Anzahl Flächen, die im Bericht der Mehrheit in Tabellen aufgeführt sind, zu übersetzen in Prozentzahlen und damit ein bisschen tiefer in die Materie einzutauchen. Sie erinnern sich, die Zukunftsinitiative fordert 5% des heutigen Strassenraums umzuwandeln in Flächen für den Fuss-, Velo- und öffentlichen Verkehr. Ich finde es äusserst wichtig, dazu die Flächen zu vergleichen, wie sie heute im Strassenraum aufgeteilt sind.

Velofahrende haben für sich eine Fläche von 3% des gesamten Strassenraums in der Stadt Basel zur Verfügung. Der

öffentliche Verkehr hat für sich eine Fläche von 2% zur Verfügung. Autofahrende beanspruchen für sich alleine eine Fläche von 11%. Nimmt man Tempo 50-Strecken hinzu, die für das Auto gebaut wurden, auf denen das Velo jedoch zugelassen ist, auch wenn keine Velostreifen und keine einzige Velomassnahme umgesetzt sind, dann kann man sagen, dass der Autoverkehr 16% des gesamten Strassenraums beansprucht, während das Velo 3% und der öffentliche Verkehr 2% hat. Ich finde das höchst ungerecht. Die Hälfte aller Haushalte im Kanton besitzt nicht einmal ein Auto. Ich möchte das gerne kurz veranschaulichen, weil wir genau 100 Personen sind.

Übersetzen wir die Flächenverhältnisse in Basel auf unsere 100 gewählten Grossrätinnen und Grossräte, dann bedeutet das, dass die Autofraktion 16 Personen hätte, das wäre beispielsweise die ganze GLP und die ganze FDP und noch eine Person. Das wäre also ganz schön mächtig. Die Velofraktion bestünde aus 3 Mitgliedern und könnte nicht mal eine eigene Fraktion bilden. Der ÖV hätte zwei Personen und könnte auch keine Fraktion bilden. Das wäre hier im Rat ungerecht, und es ist auch bei der Aufteilung des Strassenraums ungerecht und sicher nicht zukunftsgerichtet für die Erreichung unserer Klimaziele auch im Verkehrssektor.

Das Anliegen der Minderheit, mehr Flächen umzuwidmen, ist also mehr als berechtigt. Die Grünen und die BastA! wollen die Verkehrsflächen gerechter aufteilen, daher sind wir für den Minderheitsantrag, und wir empfehlen die Initiative zur Annahme, die 5% zusätzlich fordert und die Fraktionen des Fuss-, Velo- und öffentlichen Verkehrs stärken möchte.

Wir haben dafür drei grosse Hebel. Der erste grosse Hebel ist der Veloverkehr. Der Ausbau des Veloroutennetzes stagniert. Wie unangenehm das für Velofahrende ganz konkret ist, kann man selbst erleben, wenn man vom Kleinbasel über die Schanzenstrasse, Klingelbergstrasse, Schönbeinstrasse zum Bahnhof SBB fährt. Das ist eine sehr wichtige Veloroute für Pendelnde. Hier fordern wir schon seit längerem Velomassnahmen, wir haben auch bereits einen Vorstoss überwiesen und einen verbindlichen Richtplan, der besagt, dass man auf genau der Strecke sicher Velo fahren soll und dass dort die Veloroute durchgeht. Wir müssen jetzt den Hebel umlegen, es gibt viel Potenzial.

Zum ÖV hat Raphael Fuhrer schon sehr viel gesagt. Ich möchte nur noch ergänzen, dass das Velo und der ÖV oft, wenn es um den Bus geht, zusammengedacht werden können, durch die Schaffung von zusätzlichen Bus- und Velospuren können wir gleich doppelt gewinnen.

Zu den Begegnungszonen, das grösste und einfachste Potenzial liegt für unsere Anträge zur Umsetzung bei den Begegnungszonen. Der Strassenraum in der Stadt Basel besteht zu 20% aus Tempo 30-Zonen. Nur gerade mal weitere 2% des Strassenraums sind Begegnungszonen. Sie können mir also nicht erzählen, dass wir mit Begegnungszonen nicht ein paar Prozent mehr Fläche für den Fuss- und Veloverkehr herausholen können, und das ganz ohne Baustellen.

Damit schliesse ich und bitte Sie, mit der Minderheit zu stimmen.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Auch hier möchte ich auf die Argumente der vorherigen Debatte verweisen. Die Weichen sind wirklich gestellt, auch mit der Mobilitätsstrategie. Wir schliessen jedes Jahr Lücken im Velonetz, wir machen Pilotversuche mit innovativen Dingen wie Rechtsabbiegen bei Rotlicht. Wir machen wirklich vorwärts, auch mit den Superblocks. Sie haben uns entsprechende Vorstösse überwiesen.

Auch hier glaube ich, dass die Frist zu kurz resp. die Flächen zu ambitioniert sind, und deshalb bittet Sie der Regierungsrat, der Kommissionsmehrheit zu folgen.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

47 Ja, 48 Nein. [Abstimmung # 773, 29.06.23 10:38:34]

Der Grosse Rat beschliesst

Ablehnung des Änderungsantrags.

Detailberatung

Die Kommissionsmehrheit beantragt Gesamtausgaben von Fr. 14.5 Mio..

Die Kommissionsminderheit beantragt Gesamtausgaben von Fr. 20.7 Mio.

Die Kosten sind in Alinea 1 – 3 aufgeteilt. Ich schlage vor, dass wir über die gesamten Antrag der Minderheit abstimmen. Falls jemand einzeln über die Alineas abstimmen möchte, bitte ich Sie sich entsprechend zu melden.

Raphael Fuhrer, Präsident UVEK: zieht den Antrag zurück.

Im Gegensatz zur vorherigen Initiativen hat hier die Mehrheit aufgestockt im Vergleich zum Vorschlag des Regierungsrats. Unser Antrag ist vorher knapp nicht durchgekommen, deshalb macht es keinen Sinn, am Antrag festzuhalten.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen nun zur Schlussabstimmung über den Gegenvorschlag.

Wenn Sie dem Gegenvorschlag zustimmen, wird dieser der Initiative so gegenübergestellt.

Wenn Sie den Gegenvorschlag ablehnen, kommt die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Abstimmung.

Schlussabstimmung

Bereinigter Gegenvorschlag der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (UVEK)

JA heisst Zustimmung zum Gegenvorschlag, NEIN heisst Verzicht auf einen Gegenvorschlag.

Ergebnis der Abstimmung

36 Ja, 56 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 774, 29.06.23 10:41:30]

Der Grosse Rat beschliesst

der Initiative keinen Gegenvorschlag gegenüber zu stellen.

Detailberatung

Römisch II. Weitere Behandlung

Der Regierungsrat und die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (UVEK) beantragen, die Initiative den Stimmberechtigten zur Verwerfung zu empfehlen.

Raphael Fuhrer, Präsident UVEK: Vor ein paar Minuten haben sich die Fraktionen GLP, die Mitte/EVP, FDP, LDP und SVP explizit gegen mehr Begründung in unserem Kanton ausgesprochen. Nun geht es um die gerechte Verteilung der Verkehrsflächen. Der Gegenvorschlag der UVEK-Mehrheit wurde nicht angenommen, derjenige der UVEK-Minderheit auch nicht, das heisst, wenn Sie bis 2037 klimaneutralen Verkehr möchten, dann bitte ich Sie, der Initiative zuzustimmen bzw. diese dem Stimmvolk zur Annahme zu empfehlen. Wir schaffen den klimaneutralen Verkehr bis 2037 nicht, wenn wir nicht dem öffentlichen Verkehr, dem Fuss- und Veloverkehr die dafür nötige Fläche im bestehenden Strassenraum geben. Das ist häufig möglich ohne Baustellen. Man kann mit Markierungen arbeiten, man kann mit Signalisation arbeiten, man kann Begegnungszonen einrichten, Busspuren markieren, Velostreifen durchgängig machen und genug breit machen. Ich bitte Sie daher wirklich, die Initiative zur Annahme zu empfehlen.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Vorher hat sich die Regierung nicht gegen mehr Begründung in diesem Kanton ausgesprochen sondern gegen diese ambitionierten Flächen, die aus Sicht des Regierungsrats mit der Fernwärme in Konflikt stehen. Auch hier bittet Sie die Regierung, diese ambitionierte Zielsetzung nicht zu verfolgen.

David Wüest-Rudin (GLP): Eigentlich war nicht vorgesehen, ein Fraktionsvotum zu halten, aber die Aussagen von Raphael Fuhrer haben mich schon noch einmal motiviert. Wir haben uns bei den Abstimmungen sicher nicht gegen mehr Grünraum in Basel-Stadt ausgesprochen. Wir haben uns für mehr Grünraum ausgesprochen. Wir haben einen Gegenvorschlag vorgelegt, der mehr Grünraum vorsieht. Was Sie jetzt hier machen, ist, zu verhindern, dass wir der Bevölkerung eine Auswahl geben können für sehr sehr viel Grünraum mit extremen Konsequenzen für die ganze Stadt oder für viel mehr Grünraum mit verträglichen Konsequenzen. Sie haben es abgelehnt, der Bevölkerung diese Auswahl zu geben. Es liegen nun nur noch die Extremvarianten vor.

Dasselbe gilt hier. Wir sprechen uns nicht gegen einen klimaverträglichen Verkehr aus, wenn wir diese Initiative ablehnen. Natürlich sprechen wir uns für klimaverträglichen Verkehr aus, aber diese Initiative geht zu weit. Mit der E-Mobilität bekommen wir klimaverträglichen Verkehr, und wenn auf Bundesebene nicht vorwärts gemacht wird, müssen wir hier im Kanton schauen, dass wir vorwärts machen. Sie haben unsere Vorstösse zur Förderung der E-Mobilität abgelehnt, einfach weil Sie ideologisch verboht gegen das Auto sind. So kommen wir nicht zum Ziel. Wenn wir am Schluss der Bevölkerung nur noch die Extremvarianten vorlegen, dann werden Sie sich entscheiden müssen und die Verantwortung tragen müssen, wenn die Bevölkerung den Extremvarianten zustimmt oder ablehnt. An die Linke: Wenn Sie dann 51 zu 49% für Ihre Initiative haben, haben Sie die Bevölkerung gespalten. Wir werden massive Folgen bei der Umsetzung dieser Initiativen haben. Das muss doch eine Mehrheit der Bevölkerung mittragen. Wir haben versucht, eine mehrheitsfähige Lösung hinzubekommen. Und an die bürgerliche Ratsseite: Wir sind Ihnen weit entgegengekommen. Einige von uns hätten gerne einen Teil der Anträge der Minderheit mitgetragen, aber wir wollten eine mehrheitsfähige Lösung, einen Gegenvorschlag, durch den die Bevölkerung entscheiden kann, ob sie extrem, viel oder gar nichts will. Nun kann sie nur noch zwischen extrem oder gar nichts entscheiden. Das ist keine gute Situation.

Ich wehre mich dagegen, dass hier suggeriert wird, wir wären gegen mehr Grünraum und gegen klimaverträgliche Mobilität. Nein, wir wollen das, aber wir wollen das auf realistische Art und Weise. Und darum werden wir jetzt auch hier Nein stimmen.

Zwischenfragen

Raffaella Hanauer (GAB): Wenn Sie sich für mehr Grünraum ausgesprochen haben, würde mich interessieren, warum die Gegenvorschläge der GLP mit keinem Wort Begründung im heutigen Strassenraum vorsahen. Sie sprachen nur von

Entsiegelung und von Bäumen vor allem auf Entwicklungsarealen.

David Wüest-Rudin (GLP): Es war immer beides mitgemeint und das wissen Sie ganz genau.

Tonja Zürcher (GAB): Ich danke für das flammende Votum für die E-Mobilität. Wird die GLP einen Vorstoss einreichen, um auf Kantonsgebiet fossile Autos zu verbieten oder bleibt das auch bei leeren Worten?

David Wüest-Rudin (GLP): Sie wissen ganz genau, dass man das kantonal nicht regeln kann.

Fleur Weibel (GAB): Würden Sie nicht auch sagen, dass der Klimawandel auch ziemlich extrem ist? Worauf warten Sie dann noch bei der GLP?

David Wüest-Rudin (GLP): Wir warten nicht. Wir haben das Ziel 2037 unterstützt, aber ohne Mitnahme der Bevölkerung und der Wirtschaft werden wir auch das nicht schaffen.

Daniel Sägesser (SP): Sie haben gesagt, Sie wären uns gerne mehr entgegengekommen für mehr Grünfläche. Sie anerkennen aber schon, dass im Gegenvorschlag der UVEK-Mehrheit gegenüber dem Vorschlag der Regierung der Zubau pro Jahr sogar noch reduziert wurde?

David Wüest-Rudin (GLP): Nein.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich wollte das Votum bezüglich Gegenvorschlag oder Initiative vorher halten, aber es gab keine Debatte bei der Schlussabstimmung, deshalb möchte ich das trotzdem noch einmal aufnehmen und meiner Verwunderung kundtun, dass Sie hier nicht möchten, dass die Stimmbevölkerung eine echte Auswahl hat. Auch der Regierungsrat hätte es als sehr sinnvoll empfunden, wenn eine wirkliche Auswahl vorgelegen hätte. Wir können es der Stimmbevölkerung zutrauen, zwischen drei Varianten zu entscheiden. Ich möchte wirklich meiner Verwunderung kundtun. Ich finde das auch immer schwierig für die Kommissionsarbeit, wenn man über so lange Zeit Gegenvorschläge erarbeitet und sie dann in der Schlussabstimmung wieder verworfen werden. Der Regierungsrat bittet Sie, die Initiative zu verwerfen.

Raphael Fuhrer, Präsident UVEK: Ich möchte ganz kurz für die Minderheit sagen, dass wir auch versucht haben, eine Auswahl zu schaffen. Wir haben über längere Zeit mit mehreren Anträgen Sie alle versucht zu überzeugen, ein bisschen weiter zu gehen. Das wäre auch eine Auswahl gewesen. Leider wurde das alles abgeblockt. Die Initiativen sind sehr klar und fordern genau das, was wir brauchen. Wenn man das möchte, dann sollte man der Initiative zustimmen und sie der Bevölkerung zur Annahme empfehlen. Ich finde es schräg, zu sagen, dass man für die Ziele der Initiative ist, diese der Stimmbevölkerung aber zur Ablehnung empfiehlt.

Abstimmung

Abstimmungsempfehlung zur Initiative

JA heisst Annahme der Initiative, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

47 Ja, 49 Nein. [Abstimmung # 775, 29.06.23 10:52:45]

Der Grosse Rat beschliesst

die Initiative den Stimmberechtigten zur Verwerfung zu empfehlen.

Detailberatung

IV. Publikation

Die von 3'859 im Kanton Basel-Stadt Stimmberechtigten eingereichten formulierten Volksinitiative «für eine zukunftsfähige Mobilität (Zukunfts-Initiative)» mit dem folgenden Wortlaut:

«Gestützt auf § 47 der Verfassung des Kantons Basel-Stadt vom 23. März 2005 und auf das Gesetz betreffend Initiative und Referendum vom 16. Januar 1991 (IRG) reichen die unterzeichnenden, im Kanton Basel-Stadt Stimmberechtigten folgende Initiative ein:

Die Verfassung des Kantons Basel-Stadt vom 23. März 2005 wird in § 30 Abs. 1 wie folgt geändert:

1 Der Staat ermöglicht und koordiniert eine sichere, wirtschaftliche, umweltgerechte und energiesparende Mobilität. Er trifft Massnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor den negativen Auswirkungen des Verkehrs. Der öffentliche Verkehr, der Fussverkehr und der Veloverkehr geniessen Vorrang.

Übergangsbestimmung zu § 30 Abs. 1

1 Zur Umsetzung von § 30 Abs. 1 wandelt der Staat bezogen auf das Referenzjahr 2020 während zehn Jahren jährlich mindestens 0.5 Prozent des Strassenraums auf Staatsgebiet in Flächen für den Fussverkehr, den Veloverkehr und Flächen mit Bevorzugung des öffentlichen Verkehrs um.

2 Flächen für den Fussverkehr, den Veloverkehr sowie den öffentlichen Verkehr sind je mindestens in ihrem Bestand zu erhalten.

3 Der Staat veröffentlicht jährlich einen Bericht über den Stand der Umsetzung der Massnahmen und deren Wirkung.» ist, sofern sie nicht zurückgezogen wird, der Gesamtheit der Stimmberechtigten mit der Empfehlung auf Verwerfung und ohne Gegenvorschlag zum Entscheid vorzulegen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

11. Bericht der Bau- und Raumplanungskommission zum Ratschlag betreffend Spezielle Nutzungspläne für den öffentlichen Raum; Festsetzung spezieller Nutzungspläne sowie Abweisung von Einsprachen im Bereich Barfüsserplatz Theaterplatz, Kasernenareal, Marktplatz, Münsterplatz, Oberer Rheinweg, Schützenmattpark und Unterer Rheinweg

[29.06.23 10:53:33, BRK, BVD, 19.1491.02, BER]

Die Bau- und Raumplanungskommission beantragt, Nichteintreten.

Jeremy Stephenson Sprecher der Bau- und Raumplanungskommission: Wenn wir über SNUP reden, hat das nichts mit neuen Gummibärchen zu tun, sondern das ist die Abkürzung für Spezielle Nutzungspläne für den öffentlichen Raum. Wenn ich nun gefragt werde, weshalb die BRK und der Grosse Rat erst heute über dieses SNUP diskutiert und entscheidet, kann ich eine plausible Antwort geben. Der Ratschlag SNUP wurde der BRK im Dezember 2019 überwiesen, und die BRK hat sich gleich an die Arbeit gemacht. Gleichzeitig lag aber auch der Ratschlag zum LESP (Lärmempfindlichkeitsstufenplan) auf dem Tisch. Auf Anraten des damaligen Vorstehers des BVD wurde zunächst der Ratschlag LESP behandelt, unser entsprechender Bericht kam dann bald in den Grossen Rat und wurde verabschiedet. Gegen diesen Beschluss hat eine Person Beschwerde eingelegt, und es dauerte fast zwei Jahre, bis der Grossratsbeschluss zum LESP rechtskräftig wurde. Aufgrund der gegenseitigen Abhängigkeiten zwischen LESP und SNUP hat die BRK erst in diesem Frühjahr die Arbeit an den SNUP wieder aufnehmen können. Gemäss §24 Abs. 1 des NöRG (Gesetz über die Nutzung des öffentlichen Raums) kann mit speziellen Nutzungsplänen für den öffentlichen Raum die Nutzung näher geregelt werden, soweit das geltende Recht dafür Raum lässt und öffentliche Interessen wie beispielsweise ein hoher Nutzungsdruck es rechtfertigen.

Die Projektverantwortlichen haben sich diese Kann-Bestimmung zunutze gemacht und für insgesamt sieben Plätze spezielle Nutzungspläne erstellt, nämlich für den Barfüsserplatz, Theaterplatz, Kasernenareal, Marktplatz, Münsterplatz, Oberer Rheinweg, Unterer Rheinweg und Schützenmattpark. Für die BRK wäre der einzig erkennbare Gewinn der Vorlage die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage. Die damit verbundene erhöhte demokratische Legitimation würde auf den ersten Blick mehr Verbindlichkeit schaffen. Dies wäre allerdings der einzige Vorteil. Eine eigentliche Praxisänderung würde dies nicht herbeiführen. Die erhoffte Erleichterung im Bewilligungsverfahren durch den Wegfall von administrativem Aufwand wie Einzelfallbeurteilung, Publikationspflicht, Einsprachemöglichkeiten usw. kann aufgrund von übergeordnetem, insbesondere eidgenössischem Recht nicht erreicht werden. Ein erhoffter Mehrwert für die Veranstalter ist nicht ersichtlich.

In diesem Zusammenhang hat sich die BRK bei verschiedenen Veranstaltern in unserem Kanton über ihre Einschätzung der SNUP erkundigt. Es herrscht weitgehende Übereinstimmung, dass die SNUP in Ergänzung zur weiterhin bestehenden Bewilligungsebene wenig bis gar keine Verbesserung zur heutigen Situation darstellen würden. Ganz entscheidend ist die Erkenntnis, dass die Veranstalter mit den bestehenden Beispielungsplänen durchaus zufrieden sind und weiterhin mit der jetzigen Situation leben können, wenn die SNUP die erhofften Verbesserungen und Vereinfachungen nicht nach sich ziehen können, was eben nicht der Fall ist.

Diese Einschätzung der Veranstalter darf durchaus auch als Anerkennung der bisherigen Arbeit der Allmendverwaltung verstanden werden. Die unter öffentlicher Mitwirkung eingeführten Beispielungspläne, die einen Ausgleich zwischen Beispielung und Ruhebedürfnis schaffen sollten, haben sich auch nach Auffassung der Verwaltung bewährt und sind in der Öffentlichkeit anerkannt.

Die Einführung der SNUP würde nach Auffassung der BRK möglicherweise auch negative Folgen nach sich ziehen. Da nur sieben Plätze durch die SNUP geregelt werden sollten, können diese SNUP auch ein exkludierendes Element erzeugen. Die Behandlung von lediglich sieben Plätzen könnte zum Umkehrschluss führen, dass andere Plätze, zum Beispiel Margarethenpark oder Kannenfeldpark, zur Beispielung nicht geeignet wären oder dort andere Voraussetzungen

für eine Bewilligung verlangt würden. Sodann darf nicht ausser Acht gelassen werden, dass eine gesetzliche Verankerung der speziellen Nutzungspläne eine starre Vorgabe schafft und für Flexibilität oder Ausnahmefälle wenig Raum lässt.

Schliesslich ist nicht zu übersehen, dass über die öffentliche Planaufgabe der sieben SNUPs insgesamt 31 Einsprachen eingereicht wurden. Alleine schon diese Tatsache zeigt, wie kontrovers eine gesetzliche Verankerung der Nutzungspläne in der Öffentlichkeit diskutiert wird. Es wäre nicht ausgeschlossen, dass bei zwei bestimmten Plätzen die Opposition so gross geworden wäre, dass das Referendum ergriffen würde. Dies ist ein absolut legitimer demokratischer Schritt. Bei einem etwaigen Erfolg eines Referendums hätten wir dann aber das mögliche Szenario, dass ein Platz aus dem beabsichtigten Kontingent herausfallen und eine separate Regelung erfahren würde, eine sehr unbefriedigende Situation.

Aus all diesen Gründen ist die BRK einstimmig zum Ergebnis gekommen, den Status Quo, mit dem alle Beteiligten leben können, beizubehalten und auf den Ratschlag betreffend SNUP nicht einzutreten. Immerhin kann die Allmendverwaltung aus der vorliegenden Diskussion und dem Bericht der BRK eine zwar nicht formelle, aber immerhin materielle Legitimation für ihr bisheriges Wirken ableiten. Die BRK beantragt Ihnen deshalb, auf den vorliegenden Ratschlag nicht einzutreten und die Einsprachen folglich abzuweisen.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich möchte der Kommission besonders danken, dass sie das Ganze noch einmal hinterfragt hat. Das hat wirklich eine sehr lange Vorgeschichte. Die Kommission hat nun noch einmal überprüft, ob das Ganze überhaupt noch sinnvoll ist. Und es war genau diese Güterabwägung - auf der einen Seite fehlt uns tatsächlich die gesetzliche Grundlage für die Bespielungspläne, aber die Praxis funktioniert. Wenn Sie uns heute mit der Zurückweisung zum Ausdruck bringen, dass Sie zufrieden sind mit der bisherigen Praxis, dann ist das aus Sicht der Verwaltung in Ordnung, dann werden wir weiter so verfahren.

Klar ist auch, dass sich die Gewohnheiten verändern - Stichwort Ihr Vorstoss zu den mediterranen Nächten. Wir werden weiter daran arbeiten müssen. Auch klar ist, dass es weiter Einzelfallprüfungen braucht, aber der Regierungsrat versteht sehr gut, dass sich die Ausgangslage verändert hat und er kann dem Vorschlag der BRK zustimmen.

Stefan Wittlin (SP): Ich danke dem abtretenden Präsidenten der BRK und Regierungsrätin Esther Keller für die Erläuterungen. Die SP-Fraktion unterstützt den Antrag auf Nichteintreten. Ich möchte gerne einen Punkt noch etwas beleuchten.

Mit der Einführung des Gesetzes über die Nutzung des öffentlichen Raums war vorgesehen, dass mit den speziellen Nutzungsplänen auf die Einzelfallbeurteilung verzichtet werden kann, also eben nicht jedes Gesuch für eine Veranstaltung publiziert werden muss. Dies wäre tatsächlich eine massgebliche Verbesserung für die Veranstalter gewesen. Da die Einzelfallprüfung aber aus rechtlichen Gründen aufrechterhalten werden muss, stellte sich für die Veranstaltenden die Frage, was die SNUP überhaupt bringen und welche ursprünglichen Ziele mit dem Instrument tatsächlich erreicht werden können.

Auch wir sind zum Schluss gekommen, der Fortschritt durch die Einführung der speziellen Nutzungspläne klein wäre, während die Risiken nicht zu unterschätzen sind, weil Begehrlichkeiten geweckt würden. Natürlich hätten wir die Anzahl Veranstaltungen verändern können. Aber ist der Grosse Rat dafür die richtige Instanz? Hätten wir die Anzahl im Interesse der Veranstaltenden erhöht, wäre der Widerstand aus den jeweils direkt betroffenen Anwohnenden wohl gross gewesen. Die 31 Einsprachen, die meisten von Privatpersonen und Anwohnervereinigungen, sprechen eine deutliche Sprache. Hätten wir eine flexiblere Handhabung eingebaut, wären wir wahrscheinlich wieder da gelandet, wo die aktuelle Praxis steht. Anhand von individuellen Bespielungsplänen und Kriterien wird festgelegt, wo wie viele und welche Veranstaltungen stattfinden können.

Wichtig scheint uns auch, dass die Bespielungspläne sich an sich verändernde Rahmenbedingungen anpassen können, was bei den SNUP mit hohen demokratischen Hürden verbunden gewesen wäre. Verzichteten wir also auf dieses neue Instrument, das wahrscheinlich niemanden wirklich glücklich gemacht hätte, und bleiben wir bei der bewährten Praxis.

An dieser Stelle möchte ich mich noch bei den Mitarbeitenden der Verwaltung bedanken, die sich intensiv mit der Thematik auseinandergesetzt haben, sorgfältige Arbeit geleistet haben und dann erst noch jahrelang warten mussten, bis wir darüber beraten haben. Ich möchte betonen, dass wir nicht die Qualität der Vorlage in Frage stellen. Ich kann mir vorstellen, dass unser Entscheid für die eine oder andere beteiligte Person auch frustrierend sein kann. Ich glaube aber, es ist ein Entscheid der Vernunft, und wir ersparen uns dadurch viel Frust von anderer Seite. Sagen wir also Adieu zu den SNUP und freuen uns umso mehr auf die kommenden Veranstaltungen diesen Sommer, denn Basel ist eine lebendige Kulturstadt mit oder ohne SNUP.

Abstimmung

JA heisst Eintreten, NEIN heisst Nichteintreten

Ergebnis der Abstimmung

0 Ja, 85 Nein. [Abstimmung # 776, 29.06.23 11:05:44]

Der Grosse Rat beschliesst

Nichteintreten.

12. Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an das Theater Basel für den Zeitraum vom 1. August 2023 bis 31. Juli 2027

[29.06.23 11:06:09, BKK, PD, 22.0686.02, BER]

Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, den Beschlussvorlagen zuzustimmen.

Franziska Roth, Präsidentin BKK: Das Theater Basel hat einen finanziellen Mehrbedarf von Fr. 2'600'000 für die nächste Beitragsperiode errechnet. Dieser Mehrbedarf entwickelt sich in folgenden Themen: Theater Public, Sozialkosten, Personalkosten, Digitalisierung, Energiepreise IWB, Rohstoffe und Organisationsentwicklung. Durch Einsparungen, Umstrukturierungen und durch erwartete Mehreinnahmen könnte das Theater Fr. 1'400'000 aus eigenen Mitteln kompensieren. Für die verbleibende Fr. 1'200'000 hat das Theater Basel einen Antrag auf Erhöhung des Staatsbeitrags gestellt. Die Hälfte soll für die Intensivierung der Vermittlungstätigkeit und den Bereich Theater Public eingesetzt werden, die andere Hälfte für die Deckung der steigenden Personal- und Sozialkosten. Zudem hat das Theater einen Zusatzantrag für die anfallenden höheren Energiekosten eingereicht, dies, weil das Theater Basel sich vor einigen Jahren entschieden hat, den Strom auf dem freien Markt einzukaufen und die Energiekosten dort massiv gestiegen sind.

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat eine Erhöhung des Staatsbeitrags um Fr. 700'000. Fr. 400'000 sollen dem Theater Basel pauschal mehr zur Verfügung stehen, um die postpandemisch bedingten Mindereinnahmen, die es immer noch gibt, zu kompensieren. Weitere Fr. 300'000 sollen für die Weiterentwicklung und den Ausbau des Foyer Public eingesetzt werden. Dieser Ausbau ist wichtig, um das Theater bei anderen Bevölkerungsgruppen bekannt zu machen, um mittel- und längerfristig eine jüngere Generation anzusprechen und um das Theater zu öffnen. Dieses Konzept des dritten Raums, wo sich Soziales und Kulturelles vermischt, ist bereits von anderen Institutionen erprobt und erfolgreich umgesetzt worden. Da im Foyer Public Theaterpädagogik und Vermittlung stattfinden, kann das als Teil des Leistungsauftrags gewertet werden.

Die Vertreterinnen und Vertreter des Theater Basel haben am Hearing mit der BKK erklärt, dass das Foyer Public für die Weiterentwicklung im Bereich Publikum für das Theater wichtig sei. Darum habe man Geld aus den einzelnen Sparten abgezogen, um diese vierte Sparte, das Foyer Public, zu installieren. Durch das Prinzip der offenen Häuser lasse sich die Hemmschwelle, ins Theater zu gehen, senken. So seien 20% der 3'000 bis 4'000 Menschen, die das Foyer im ersten Jahr besucht haben, noch nie im Theater gewesen. Diese Öffnung sei ein wichtiges Werkzeug für die Schaffung von Diversität und Teilhaben sowie zur Gewinnung von neuem Publikum. Die BKK ist grossmehrheitlich davon überzeugt, dass durch die Initialisierung des Foyer Public eine breitere Öffentlichkeit am Geschehen innerhalb und ausserhalb des Theaters partizipieren kann und dies angesichts der hohen Staatsbeiträge auch richtig ist. Die BKK erhofft sich, dass das Theater Basel durch diese Öffnung ein Ort der Begegnung für alle wird und so auch neues Publikum gewinnen kann.

Wie sich der Kanton Basel-Landschaft finanziell am Theater beteiligt, ist über den Kulturvertrag geregelt. Die BKK hat aber eine Zusammenstellung der Beiträge der Gemeinden einsehen können. Dort ist ersichtlich, dass diese Beiträge stetig sinken. Anhand der Publikumsumfrage erkennt man, dass etwa die Hälfte der Besucherinnen und Besucher des Theater Basel aus dem Kanton Basel-Stadt kommen. Knapp 35% kommen aus dem Kanton Basel-Landschaft, der Rest, also etwa 20% aus den angrenzenden Kantonen, der übrigen Schweiz und dem Ausland. Dass das Theater Basel sein gesamtes Zuschauerpotenzial ausschöpfen möchte, indem es aus seiner überregionalen Strahlkraft zusätzliches Publikum zu gewinnen versucht, findet die BKK grundsätzlich gut. Allerdings soll gleichzeitig versucht werden, auch das finanzielle Bekenntnis der Region zu erhöhen. So erwartet die BKK, dass sich die umliegenden Gemeinden gleichmässiger und regelmässiger im Sinne eines fairen Bekenntnisses zum Theater finanziell an den Kosten beteiligen. Das Gleiche gilt für die Gemeinden der angrenzenden Kantone und des angrenzenden Auslands. Um hier einen Schritt weiter zu kommen, haben die Vertreterinnen und Vertreter des Theater Basel am Hearing bekräftigt, dass Lobbying hierfür in Zukunft verstärkt wird und beispielsweise das Angebot eines Gemeindeabos eine alternative Unterstützungsmöglichkeit darstellen könnte.

Die BKK musste zur Kenntnis nehmen, dass sich nebst dem Historischen Museum auch das Theater Basel entschieden hat, seinen benötigten Strom auf dem freien Strommarkt zu beziehen. Davon konnte das Theater Basel ein paar Jahre profitieren. Aufgrund der nun hohen Strompreise, die vor allem im freien Strommarkt durchschlagen, sieht sich das Theater Basel mit so hohen Energiekosten konfrontiert, dass es für diese nicht mehr selber aufkommen kann. Dazu kommt, dass sich die Geschäftsleitung um den Einkauf des Stroms kümmern muss, der Markt muss beobachtet und es müssen regelmässig neue Verträge mit den Stromanbietern verhandelt und abgeschlossen werden. Dazu braucht es spezielles Know-how, welches nicht zur Kernaufgabe der Geschäftsleitung eines Theater gehört. Die BKK erachtet es als stossend, wenn ein unternehmerisches Risiko, sobald es nicht mehr selber getragen werden kann, auf den Staat abgewälzt werden soll. In diesem Zusammenhang hat die BKK eine schriftliche Anfrage an den Regierungsrat gestellt. Die Kommission hat Fragen zu möglichen weiteren Staatsbeitrageempfängern, die ihren Strom auf dem freien Markt beziehen, zur finanziellen Entwicklung aber auch zu Voraussetzungen, Bedingungen, Verantwortlichkeiten und wie weiter gestellt.

Nun noch ein paar Worte zur Lohnsituation am Theater Basel. Die BKK hat sich sowohl am Hearing mit den Vertreterinnen und Vertretern des Theaters wie auch im Austausch mit den Vertreterinnen und Vertretern des Präsidialdepartements über

die aktuellen Löhne und die Lohnentwicklung informieren lassen. Der schriftliche Bericht der Kommission gibt Auskunft über das Verfahren, weshalb ich dies hier nicht wiederhole. Das Anliegen der UNIA, den laufenden Konflikt zu lösen, indem der Grosse Rat einfach entsprechend mehr Subventionen spricht, hat die BKK abgelehnt. Die Kommission ist klar der Meinung, dass auch wenn Staatsbeiträge an das Theater Basel gesprochen werden, es nicht Aufgabe des Parlaments ist, über die Höhe von Löhnen zu entscheiden oder gar einen laufenden Lohnkonflikt zu lösen. Das ist insofern auch nicht nötig, zumal der branchenübliche Mindestlohn eingehalten oder sogar überschritten wird. Dass nun eine Lösung des Lohnkonflikts mit den Tänzerinnen und Tänzern gefunden werden konnte, begrüsst die BKK sehr und sie dankt an dieser Stelle ganz speziell dem Präsidenten des Verwaltungsrats für seine stetige und sehr transparente Kommunikation. Die BKK ist überzeugt, dass das Theater Basel weiterhin sorgsam mit all seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern umgehen wird, und dass dieser sorgsame Umgang auch die Lohnentwicklung beinhalten wird.

Die BKK unterstützt die Überlegungen des Regierungsrats zur Weiterentwicklung des Theater Basel und beantragt darum dem Grossen Rat mit 10 Stimmen bei 1 Enthaltung, die beiden Beschlüsse gemäss dem schriftlichen Bericht der BKK anzunehmen.

Joël Thüring, Präsident FKom: Wir möchten noch ergänzend bemerken, dass die Ausführungen von Franziska Roth als Kommissionspräsidentin der BKK in Bezug auf die Frage der Stromkosten auch für die FKom sehr interessant ist. Wir werden dies in der Weiterbehandlung der Geschäfte genauer ansehen und uns allenfalls dazu vernehmen lassen. Für den Moment stimmen wir dem Nachtragskredit gerne so zu.

Regierungspräsident Beat Jans, Vorsteher PD: Ich bedanke mich bei der BKK für die zügige und sorgfältige Behandlung des Ratschlags. Es ist schön, dass Sie ihm hohe Priorität zugemessen haben, das erlaubt es, rechtzeitig ans Ziel zu kommen, obwohl sich die Verhandlungen wegen der raschen Teuerung verkompliziert haben.

Ich möchte mich kurz zum Lohnkonflikt äussern, auch weil die BKK ihn in ihrem Bericht aufgegriffen hat. Seit die BKK diesen Bericht gemacht hat, sind weitere Gespräche geführt worden und am 12. Juni 2023 konnte eine Lösung zwischen der Theaterleitung und dem Ensemble gefunden werden. Neben den bereits kommunizierten Lohnerhöhungen per 1. August 2023 wird das Theater Basel neu auch weitere substantielle Lohnanpassungen vornehmen, gleichzeitig wird eine stärkere Differenzierung der Löhne nach Erfahrungsjahren eingeführt. Das Theater erfüllt damit zentrale Forderungen der Tänzerinnen und Tänzer. Es ist positiv, dass alle Akteure sich an dieser konstruktiven Lösung beteiligt haben.

Das Theater Basel ist die Institution mit dem grössten Staatsbeitrag. Es hat aber auch eine hohe Relevanz für die Kulturstadt Basel. Es ist das grösste Dreipartienhaus in der Schweiz, es nimmt einen kulturellen und gesellschaftlichen Auftrag als Leitinstitution der Darstellenden Künste in der Region wahr. Es bietet rund 600 Vorstellungen pro Spielzeit mit rund 30 Premieren und total 3 Bühnen. Und es hat auch eine hervorragende Wirkung als Veranstaltungsort, mit seinen Räumlichkeiten bietet es Platz und Infrastruktur für Festivals, zum Beispiel auch für den Schweizer Buchpreis. Zudem bietet es ein umfassendes Jugend- und Vermittlungsprogramm für diverse Zielgruppen.

Das Theater Basel ist auch ein relevanter Arbeitgeber und Wirtschaftsfaktor in der Region. 429 feste Mitarbeiter arbeiten dort, rund 700 freie Mitarbeitende werden pro Saison noch dazukommen, und es werden rund 100 Berufe ausgeübt. Es ist also auch eine wichtige Ausbildungsstätte, auch Schnupperlehren und Praktika können dort absolviert werden.

Das Theater Basel generiert auch einen sogenannten Umwegrentabilität, indem es für Übernachtungen, für Aufenthalte in Restaurants und Bars sorgt und zusätzlich Aufträge für das Gewerbe ermöglicht. Die Publikums- und Auslastungszahlen waren vor Corona steigend, mit der Pandemie fielen sie zusammen, seither steigen sie wieder an, sie sind aber noch nicht auf dem Niveau, das wir vor Corona hatten.

In den letzten beiden Saisons hat das Theater einen starken Fokus auf dieses Foyer Public gelegt. Es möchte sich positionieren als öffentlicher Ort für die breite Bevölkerung. Das ist ihm auch weitgehend gelungen. Wenn Sie sich jetzt ins Theater Basel begeben, werden Sie feststellen, dass es ein besuchter und begehrter Ort ist, wo sich interessante Veranstaltungen ganz spontan bilden können. Es ist dem Theater so auch gelungen, mehr junge Menschen hereinzuholen in die Veranstaltungen. Auch das ist aus unserer Sicht eine sehr positive Entwicklung. Dieses grosse Gewicht auf den Potenzialen der Theatervermittlung und Theaterpädagogik begrüsst der Regierungsrat. Wir sind deshalb auch der Meinung, dass das durch zusätzliche Mittel unterstützt werden kann. Ich komme noch auf die Verteilung der Mittel zurück.

Für die Unterstützung all dieser angestossenen Neuausrichtungen hat das Theater beim Kanton um eine Erhöhung von 1,2 Millionen Franken ersucht. Es weist einen totalen Bedarf von 2,6 Millionen Franken aus, sagt aber, dass es 1,4 Millionen Franken durch Umlagerungen und Einsparungen wettmachen könne. Es kommt also auf einen Antrag von 1,2 Millionen Franken. Der Regierungsrat hat das geprüft, hat zwei Mal darüber beraten und schliesslich einer Erhöhung der Staatsbeiträge um 700'000 Franken pro Jahr zugestimmt. Das heisst, für die totale Laufzeit von diesen vier Jahren erhält das Theater 191 Millionen Franken, also knapp 48 Millionen pro Jahr. Das wird aufgeteilt in einen Grundstaatsbeitrag von 41 Millionen Franken pro Jahr und einen Beitrag zum Einkauf von Orchesterleistungen, der jeweils gesondert aufgeführt wird, von rund 7 Millionen Franken pro Jahr. Daneben beantragen wir auch weiterhin, die Liegenschaft zu kalkulatorischen Kosten dem Theater Basel zu überlassen und eine aktualisierte Kostenschätzung wurde so vorgenommen gemäss dem Grossratsbeschluss.

Der Regierungsrat hat das Erhöhungsgesuch sehr sorgfältig geprüft und hat folgende Faktoren der finanziellen Situation in die Beurteilung einbezogen. Die finanzielle Situation war einerseits geprägt vom erfolgreichen Ausbau der Drittmittelakquise, das ist nicht selbstverständlich. Es ist auch in und nach Coronazeiten eher schwieriger geworden, Sponsoren und Drittmittel zu finden. Das Theater hat es dennoch geschafft. Gleichzeitig wurde der Einbruch der Publikumszahlen vermerkt. Das ist kein unmittelbares Versagen der Theaterleitung, sondern eine Realität für sämtliche

Kulturinstitutionen. Wir wissen von Theatern aus ganz Europa, dass dort die Zahlen noch viel tiefer sind als das etwa beim Theater Basel der Fall ist. Wir haben auch berücksichtigt, dass die Stromkosten massiv angestiegen sind, auch die Sozialkosten unter anderem wegen gesetzlicher Anpassungen, und generell mussten wir auch die Teuerung berücksichtigen.

Wir gehen davon aus, dass die Auswirkungen der Covidpandemie auf die Publikumsentwicklung noch etwa zwei bis drei Spielzeiten anhalten wird. Auch das mussten wir berücksichtigen. Erfreulich, dass junges Publikum nun anteilmässig stärker vertreten ist, besser gewonnen werden kann. Auch das haben wir berücksichtigt, es war uns immer ein wichtiges Anliegen.

Allgemein ist es so, dass die Teuerung und die Energiekosten tatsächlich beim Theater relevant sind. Wir haben Verständnis für die Kritik der BKK betreffend den Wechsel dieser Institution in den freien Strommarkt. Nachträglich kann man klar sagen, dass das ein Fehlentscheid war. Institutionen dieser Grösse können das enorme Risiko, das mit den Stromschwankungen auf dem freien Markt besteht, nicht selber auffangen. Deshalb war der Regierungsrat fast gezwungen, einen Teil dieser Mehrkosten zu übernehmen, um abzuwenden, dass das Theater insolvent wird. Wir plädieren deshalb für eine Kompensation dieser pauschalen Zusatzkosten von 400'000 Franken pro Spielzeit, wir sind aber dezidiert der Meinung, dass das Theater weiterhin Massnahmen ergreifen muss, um Mehreinnahmen zu generieren, um Energiekosten einzusparen und interne Umlagerungen vornehmen muss im Sinne der Kosteneffizienz. Wir plädieren zudem, zu diesen 400'000 Franken, auch für eine Erhöhung um 300'000 Franken an der Beteiligung des Ausbaus des Foyer Public. Es ist wirklich eine Intensivierung der gesellschaftlichen Teilhabe festzustellen. Es ist ein interessantes wichtiges Investment in die Zukunft und ein Signal für weitere mäzenatische Unterstützung, deshalb haben wir das von Anfang an mit unterstützt.

Zusammenfassend, diese Erhöhung soll helfen, das Theater im Verhältnis zu seiner Grösse und Relevanz als kulturelle Institution für die ganze Bevölkerung weiterzuentwickeln. Weiterhin werden Anstrengungen im Bereich der Drittmittelakquise und strukturelle Überprüfungen vorausgesetzt und erwartet, dass der Kostenrahmen stabil bleibt. Der Regierungsrat ist überzeugt davon, dass die Theaterleitung mit sehr engagiertem Team und auch der Verwaltungsrat eine hervorragende Arbeit leisten. Sie haben dieses Vertrauen von uns verdient. Wir sind sehr erfreut darüber, dass auch die BKK den Antrag des Regierungsrats unterstützt und zwar fast einstimmig. Ich freue mich auf die Diskussion.

Nicole Kuster-Simon (LDP): Es geht vorliegend um einen Betriebsbeitrag von gesamthaft über 191 Millionen Franken für das Theater Basel. Im Vergleich zu den bisherigen Beiträgen sind das 700'000 Franken mehr pro Jahr. Der Mehrbetrag wird im Umfang von 300'000 Franken für das Foyer Public eingesetzt und 400'000 Franken werden unter anderem gebraucht, um Kostensteigerungen bei Sozial- und Sachkosten zu decken. Das Theater wird trotz des erhöhten Staatsbeitrags weitere eigene Massnahmen ergreifen müssen, damit alle Kosten gedeckt werden können. Das Engagement des Theaters bei der Drittmittelakquisition ist gross. Den Kürzungsantrag betrachten wir als nicht angemessen.

Was bedeutet das Theater neben all diesen Zahlen für unsere Region? Es ist mit der Oper, dem Schauspiel und dem Ballett das grössten Dreispartenhaus der Schweiz und bildet einen wichtigen Teil der Kulturstadt Basel. Es heisst, das Theater habe einen Leuchtturmcharakter. Dieser Begriff umschreibt das Theater jedoch nur teilweise, denn ein Leuchtturm hat zwar Strahlkraft, ist aber selten für die breite Öffentlichkeit zugänglich. Das Theater hingegen bietet beides. Es hat eine starke, überregionale Reichweite und ist zudem offen und bietet Raum für alle.

Mit dem Foyer Public hat das Theater seine Türen noch mehr für die gesamte Stadt Basel geöffnet. Im Foyer Public ist von Dienstag bis Sonntag ein Erlebnisraum für die gesamte Bevölkerung über den Theaterbesuch hinaus entstanden. Man kann tagsüber im Foyer des Theaters ohne Konsumzwang verweilen und die Räumlichkeiten nutzen. Der Aufbau wurde mit Drittmitteln finanziert, diese Quellen sind jetzt erschöpft, weshalb es den geforderten Mehrbetrag braucht.

Mit dem Projekt "Eins mehr" positioniert sich das Theater als soziale Institution, welche die kulturelle Vielfalt an alle Interessierten vermitteln will. Besuchende können ein zusätzliches Ticket ab 20 Franken kaufen und bei der Kasse hinterlegen, welches dann Menschen die sich den regulären Eintrittspreis nicht leisten können, weitergegeben wird.

Auch das Theater spürt noch immer die Auswirkungen von Covid. Es fehlen noch 10 bis 15% der Besuchenden. Das Theater bemüht sich, junge neue Besuchende zu gewinnen, so wurden die Preise für junges Publikum angepasst. Diese Bemühungen werden erst langfristig greifen. Eine neuere Tendenz ist, dass Theaterbesuche spontaner erfolgen und die Besuchenden nicht mehr an fixe Abo-Tage gebunden sein wollen. Auch diese Dynamik wurde erkannt, das Theater unternimmt viele Anstrengungen, um darauf zu reagieren.

Wie wir gehört haben, ist das Theater auch Arbeitgeber. Rund 20 Millionen Franken sind Lohnzahlungen an Mitarbeitende aus den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft. Unser Theater bietet somit nicht nur einen grossen kulturellen Mehrwert für unsere Stadt, sondern ist ein gesellschaftlicher und offener Begegnungsraum für alle sowie ein wirtschaftlich relevanter Arbeitgeber in der Region. Dieser Vielfalt gilt es Sorge zu tragen. Deshalb beantrage ich Ihnen im Namen der LDP-Fraktion, den beiden Grossratsbeschlüssen zuzustimmen.

Zwischenfrage

Pascal Messerli (SVP): Sie haben gesagt, Sie finden den Kürzungsantrag nicht angemessen. Ist Ihnen aber bewusst, dass wir gar nichts kürzen, sondern den Beitrag einfach nicht erhöhen wollen.

Nicole Kuster-Simon (LDP): Ja.

David Jenny (FDP): Ich beginne mit einem Zitat aus den Statuten einer Genossenschaft. Dort heisst es: Der Verwaltungsrat besteht aus neun Mitgliedern. Vier wählt die Generalversammlung, unter ihnen die Personalvertretung ... Fünf Mitglieder des Verwaltungsrats werden vom Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt nach Absprache mit weiteren Subventionierenden für eine Amtsperiode ernannt. Und am Schluss dieser Statuten heisst es: Ergibt sich bei der Liquidation ein Überschuss, so haben die Mitglieder keinen Anspruch darauf. Er ist dem Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt für kulturelle Zwecke gleicher oder ähnlicher Art zur Verfügung zu stellen.

Sie werden es alle erraten haben, es sind die Statuten unserer Theatergenossenschaft. Aus diesen Bestimmungen ergibt sich auch, dass es nicht eine gewöhnliche Beitragsnehmerin ist, es ist eine Institution, die schlussendlich von unserem Kanton kontrolliert wird. Das hat auch auf diese Energiediskussion und ob das Anlass sein soll, die Beiträge doch real zu kürzen, Einfluss. Ich meine, der Verwaltungsrat ist die Geschäftsleitung, und die Ernennung des Direktors bedarf der Zustimmung des Regierungsrats. Wenn Sie das zum Vorwand nehmen, um 700'000 Franken zu streichen, dann wäre genau zu prüfen, ob es nicht eine Mitschuld unseres Kantons gäbe. Daher können Sie diese Institution nicht mit normalen Empfängerinnen von Staatsbeiträgen vergleichen. Deshalb bin ich und die FDP gegen diesen Streichungsantrag. Die Höhe der Staatsbeiträge wurde gut begründet von der Präsidentin der Kommission, vom Regierungspräsidenten und von meiner Vorrednerin. Wir sollten nicht kürzen, wir haben nicht allen Erhöhungsanträgen des Theaters stattgegeben. Natürlich wäre es wünschbar, wenn aus den Gemeinden in der Nähe etwas mehr Geld kommt. Leider werden das fromme Wünsche bleiben. Wir sollten uns auch hüten, Oberarbeitgeber zu spielen und uns nicht einmischen in normale Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern. Es wurde uns in der Kommission versichert, dass alle Löhne, die im Theater bezahlt werden, im grünen Bereich bezüglich GAV und Mindestlöhnen sind. Wenn das Theater selber zu besseren Lösungen für das Personal gekommen ist, dann ist das in der Verantwortung des Verwaltungsrats, der wiederum zum grossen Teil durch den Regierungsrat zusammengesetzt wird.

In diese Sinne und ohne weiteren Ausführungen zur Symbolik des Leuchtturms bitte ich Sie, den Anträgen zuzustimmen.

Pascal Messerli (SVP): Die SVP-Fraktion bittet Sie, unserem Änderungsantrag zuzustimmen. Eine Nichterhöhung des Beitrags ist weder eine Streichung noch eine Kürzung. Das ist ein finanzpolitischer Unterschied, und ich komme mir etwas blöde vor, wenn ich das jedes Mal erklären muss.

Wir haben gestern von Championsleague gesprochen und davon, wie toll unsere Finanzen im Kanton sind. In Tat und Wahrheit haben wir aber einen aufgeblähten Staat, wir wachsen und wachsen und haben überhaupt keinen Sinn für Nachhaltigkeit im Bereich der Finanzpolitik. Und aus diesem Grunde ist die SVP der Meinung, dass wir diese 700'000 Franken nicht sprechen sollten.

Die Nutzer des Theaters Basel sind wahrscheinlich mehr Menschen aus dem Baselbiet als aus dem Kanton Basel-Stadt, und es sind wahrscheinlich eher Leute aus der Bildungselite. Das ist wertneutral festgestellt, aber wenn man einen derart hohen Betrag spricht, dann darf man den Gesamtnutzen für die Gesamtbevölkerung durchaus auch in Frage stellen. Wir sind der Meinung, dass es sich hier um eine Institution handelt, die von sehr wenigen benutzt wird und von der Allgemeinheit finanziert wird. Deshalb muss man sich darüber Gedanken machen, ob man diese 700'000 Franken sprechen sollte, und wir sind zum Entschluss gelangt, dass wir dies nicht tun sollten.

Uns brennt aber auch unter den Nägeln diese Sache mit dem Strom. Da entscheidet sich eine Institution für den freien Markt, macht wahrscheinlich Jahre lang einen Gewinn damit, und dann kommt eine Stromkrise und man rennt wieder zum Papa Staat. Papa Staat sagt dann, ja, ist in Ordnung, wir geben euch das Geld wieder zurück. Das kann doch nicht unser Ernst sein. Es wird ja von der BKK kritisiert, offenbar auch ein bisschen vom Regierungsrat, aber dann dürfen wir doch diese Gelder nicht sprechen. Wenn man sich zum freien Markt bekennt - und auch die SVP-Fraktion ist für den freien Markt -, sollte man in einer Krise nicht zurück zum Papa Staat rennen, und wir als Papa Staat sollten nicht belohnen, dass man jahrelang Gewinn gemacht hat. Auch aus diesem Grund sollte man diesen Betrag nicht sprechen.

Auch das Foyer Public kann man unserer Meinung nach gewinnerbringend betreiben oder zumindest bei der Drittmittelbeschaffung noch besser werden. Wenn ich sehe, dass eher die Bildungselite im Theater ein und ausgeht könnte man durchaus bei den Drittmitteln noch besser werden. Dann ist vielleicht die aktuelle Drittmittelbeschaffung doch nicht so rosig, wie sie von allen gelobt wird. Dementsprechend gibt es auch hier andere Möglichkeiten.

Noch ein letztes Wort zum Thema Gemeinden: Die BKK hat geschrieben, sie hoffe, dass in Zukunft auch die Gemeinden sich mehr am Theater Basel beteiligen. Vergessen Sie das. Die allgemeinen Kosten auf kommunaler Ebene insbesondere im Bereich Bildung, Gesundheit sind in vielen Gemeinden viel höher, dementsprechend haben sie rote Zahlen geschrieben und kein Geld mehr für solche Nice-to-have. Nun kann man wieder sagen, dass diese Gemeinden ja nicht in der Championsleague spielen, aber in Tat und Wahrheit müssen sie halt mit viel weniger auskommen. Dementsprechend ist die Prognose, dass in den nächsten Jahren mehr Geld aus dem Gemeinden fließen wird, ziemlich unrealistisch. Viel mehr müsste man dafür sorgen, dass man mit dem Baselbiet einen besseren Kulturvertrag aushandelt, wenn man sieht, wie viele Menschen unsere Institutionen generell nützen und wie wenig sie dafür bezahlen. Das ist ein grobes Missverhältnis, hier müsste man besser verhandeln, aber zu hoffen, dass die Gemeinden mehr bezahlen, ist eher unrealistisch.

Ich bitte Sie, diese Erhöhung von 700'000 Franken nicht zu sprechen und dem Änderungsantrag der SVP zuzustimmen.

Sasha Mazzotti (SP): Ich habe gehört, dass die Verhandlungen nicht einfach waren. Es wurde erwähnt, was sich das Theater ausgerechnet hat. Sie sehen heute im Ratschlag, dass sie lediglich 700'000 Franken bekommen, wenn wir heute zustimmen, gebraucht hätten sie 1,2 Millionen Franken mehr. Der Regierungsrat hat es gesagt, das Theater Basel

beschäftigt 429 feste Mitarbeitende, dazu kommen 700 Freie, aus den unterschiedlichsten Berufen, und die wenigsten davon stehen im Rampenlicht. Es sind nebst künstlerischen Berufen auch handwerkliche, technische und administrative Berufe. Zudem ist das Theater Basel mit den unterschiedlichsten Kooperationspartnerinnen und -partnern unterwegs, sie geniessen sowohl ein nationales wie ein internationales Renommee. Dies ist einer kleinen Nusschale, um zu zeigen, warum die Investition, die wir heute hoffentlich tätigen, auch wichtig ist.

Vieles in unserer Gesellschaft ist im Umbruch. Was jahrelang funktioniert hat, worauf man sich verlassen konnte, kann nicht mehr als gegeben angenommen werden. So auch, dass die Bildungsbürgerin und der Bildungsbürger nicht einfach zur Abendunterhaltung ins Theater geht oder seit Jahren ein Theaterabo hat. Das Theater hat ausgedient, es lebe Netflix, würden einzelne mit jetzt gerne zurufen. Das zuverlässige reguläre Theaterpublikum schwindet, das ist allerdings nichts Neues. Schon lange hat man in den Theatern sich damit beschäftigt, das Publikum von morgen anzufixen, Theater, Tanz und Oper zu besuchen. Anfang der 1990-er Jahre erkannte man, dass ein spielerischer Workshop als Einstieg für einen Theaterbesuch für Schulklassen mehr zum Verstehen des Stoffes beitragen kann und ein Publikum erreicht werden kann, welches nicht von Haus aus mit den Klassikern oder moderner Dramatik zu tun hat.

Aber es geht hier um mehr als um Anfixen. Es geht um kulturelle Teilhabe. Laut Artikel 3 des Kulturförderungsgesetzes des Bundes soll der Bevölkerung der Zugang zu Kultur ermöglicht und erleichtert werden. Das Theater Basel geht weiter als die üblichen Einführungen vor einem Stück, von theaterpädagogischen Angeboten für Schulklassen oder Theaterclubs. Sie haben die Vermittlung gestärkt und mit der Galerie 7 das Theater Public entwickelt, und das Foyer Public, das Foyer als öffentlicher Stadtraum. Ein niederschwelliges Angebot, um die Öffnung dieser Institution zu manifestieren, neue Besuchende zu gewinnen und Menschen aller sozialen und kulturellen Herkunft die Möglichkeit zu geben, dass ins Theater gehen eine Selbstverständlichkeit und keine zu überwindende Hürde wird.

Das Institut Educult evaluiert kontinuierlich das Foyer Public und es wurde festgestellt, dass 20% der Besuchenden noch nie vorher im Theater waren. Das Konzept scheint aufzugehen. Ich finde das eine hohe Quote, wie nachhaltig das ist, wird die Zukunft zeigen. Ich bin aber zuversichtlich. Dranbleiben, möchte ich dem Theater sagen, und auch das Publikum in den Aussenquartieren abholen.

An die Kritiker und Kritikerinnen dieses Ratschlags: Es ist ein Teil des Leistungsauftrags, die Institution zugänglich zu machen, nicht das Programm möglichst zu reduzieren, weil das Geld immer weniger Wert hat oder schlechtere Löhne zu zahlen oder andere untragbare Ideen. Dies an die Adresse der SVP. Wussten Sie, dass wenn der Teuerungsausgleich berücksichtigt wird, das Theater heute weniger Mittel hat als 2005? Und mit diesen wenigeren Mittel hat das Theater Basel mit Innovation trotzdem einiges geschafft. Das Stammpublikum und die treuen Abonnentinnen und Abonnenten schwinden nicht nur, weil das Programm sie nicht mehr anspricht. Das gab es schon immer und bei jeder neuen Intendanz gibt es Wechsel, Enttäuschungen und das Abo wird gekündigt. Die jüngere Generation zieht aber nicht nach, denn sie ticken anders und haben andere kulturelle Bedürfnisse, sind aber auch Steuerzahlende, und daher ist es wichtig, sie mitzunehmen auf die Reise und das Erlebnis Theater, Oper, Tanz und alles, was dazwischen liegt. Klassiker wie Shakespeares Sommernachtstraum bieten nach wie vor Stoff für ein Publikum von heute, und der internationale Erfolg dieser Inszenierung zeigt uns, wo das Theater Basel heute steht und wie wichtig es für unsere Kulturstadt und für die Aussenwirkung ist.

Aber für mich wichtig ist nicht nur die Aussenwirkung, sondern die Innenwirkung. Das Theater lebt in unserer Stadt und für unsere Stadt. Die Institution Theater hat nicht ausgedient und Netflix bleibt im rechteckigen Kasten. Unser Theater fliesst aus seinem Haus auf die Plätze und in die Strassen und zieht mit seinem Strom neues Publikum zurück zu den Brettern, die die Welt bedeuten - ein Theaterzitat musste noch sein.

Es geht mir und der SP aber nicht nur ums Publikum und um die Aussenwirkung. Es geht auch um das Personal und um die Leute, die diese Institution ausmachen. Anfang Juni sah es kritisch aus. Das Ballettensemble hatte genug, in dieser Sparte ist der Einstiegslohn ein Mindestlohn mit wenig Steigerungsmöglichkeiten, trotz Berufserfahrung. Die Theaterleitung hat dies zwar im Hearing mit der Kommission erwähnt und auch, dass sie etwas verändern wollen, aber zurückhaltender als die Forderung des Ensembles, die eine Woche später erst öffentlich wurde. Mitte Juni waren die Verhandlungen zwischen der Theaterleitung und der Gewerkschaft erfolgreich für das Ensemble, was mich sehr freut, denn mit dem Applaus nach der Vorstellung kann man sich kein Brot kaufen, keine Altersvorsorge einrichten geschweige denn eine Familie ernähren oder sich um eine Weiterbildung kümmern. Kultur kostet, und wir in Basel können es uns leisten.

Ich bitte Sie, dem Änderungsantrag der SVP nicht zu folgen. Mehr gehe ich nicht auf die Behauptung meines Kollegen ein.

Barta, Bela, GAB

Ich möchte Pascal Messerli eine kleine Replik geben. Er hat gesagt, dass man diese weiteren Finanzierungen der Gemeinden vergessen solle. Ich sage Ihnen, wenn Sie darauf hoffen, dass noch viele Drittmittel angeworben werden, vergessen Sie das. Es ist immer schwieriger, und der Aufwand schluckt weg, was man vielleicht wieder reinholt. Das kann ich aus leidvoller eigener Erfahrung sagen.

Das Theater beeindruckt seit Bestehen des Dreispartentheaters mit seiner Exzellenz und spielt wiederholt abwechselnd in jeder Sparte europäisch in der obersten Liga mit, und das mit einem sicher hohen, aber für seinen Output doch überschaubaren Budget. Immer und immer wieder wurde nicht zuletzt aus der BKK und den Reihen der SVP gefordert, dass sich das Theater vermehrt gegen die breite Bevölkerung hin öffne und auch in seinem Quartier zu einem Treffpunkt wird, in dem sich nicht nur das theatergeübte Publikum wohl fühlt, sondern sich auch neugierige Menschen aus allen Bevölkerungsteilen ohne Schwellenangst versammeln können. Mit dem Theater Public hat die Theaterleitung zusammen mit seinen Mitarbeitenden nun ein Format geschaffen, das diesem Ziel mit geradezu genialen Konzepten und Aktionen

entgegenkommt. Ich erinnere mich an die Inszenierung der Schöpfung von Haydn, die in Zusammenarbeit mit Schülerinnen und Schülern aus Muttenz und Oberwil durchgeführt wurde und zu einem Teil im Foyer zugänglich und kostenlos für alle, und dann im Hauptsaal mit dem professionellen Chor nur das zahlende Publikum weitergeführt wurde. Ich möchte nicht weiter ins Detail gehen, aber so und genau so lockt man Menschen in unsere Kulturstätten und baut Hemmschwellen ab. Das war wirklich ein strategisches Vorgehen vom Feinsten.

Der Erfolg bleibt wenig überraschend nicht aus. So konnten wir in der BKK erfahren, dass besonders das junge Publikum diese Öffnung sehr schätzt und nach Covid als erstes wieder ins Theater zurückgekehrt ist. Auch wenn wir bei den Abonnentinnen und Abonnenten einen Rückgang haben, bin ich nach dieser guten Nachricht betreffend Jugend sehr zuversichtlich, dass wir uns in Basel um die Zukunft des Theaters, was sein Publikum angeht, keine Sorgen machen müssen.

Aber eben, dieses zusätzliche und teure Angebot ist wie so vieles leider nicht gratis zu haben. Es braucht mehr Personal für längere Aufsichtszeiten, es braucht mehr Arbeitszeit bei den Intendanten und es braucht mehr Aufwand beim Unterhalt. Aber ich habe niemanden gehört, der auch heute noch auf das Format Theater Public verzichten möchte. Was wir aber sehr wohl gehört haben ist, dass wir mehr Mut und Innovation wünschen, und es wäre ein fatales Zeichen, wenn wir ausgerechnet bei einer Institution, die mutig und erfolgreich voranschreitet, die Finanzguillotine zum Einsatz brächten. Vielleicht muss auch noch erwähnt werden, dass es sich bei der hier vorgeschlagenen Erhöhung um einen mit dem Präsidialdepartement und der Abteilung Kultur hart verhandelten Kompromiss handelt und man mit diesen Vorgaben schon an die Grenzen des Möglichen gegangen ist. Wenn man sich dann noch gewahr wird, dass mehr als die Hälfte des zusätzlich gesprochenen Betrags allein schon für den Teuerungsausgleich und den Betrieb flöten geht, dann begreift man, dass diese Erhöhung moderat und sehr verantwortungsvoll ist.

Also unterstützen wir heute den Mut und den Erfolg des Theaters und seiner Crew, und stimmen dem Antrag der BKK und der Regierung zu.

Gysin, Brigitte, die Mitte/EVP

Auch die Fraktion die Mitte/EVP ist für die beiden Beschlussanträge und gegen den Änderungsantrag der SVP. Ich habe einen Widerspruch in der Argumentation von Pascal Messerli entdeckt. Zum einen haben Sie den oft gehörten Vorwurf formuliert, das Theater sei viel Geld für ein sehr beschränktes Publikum, und zum anderen haben Sie gefordert, dass das Foyer Public selbsttragend sein soll. Das ist ein Widerspruch in sich, denn das Theater Public ist ja genau das, das erreicht, dass nicht nur die Wenigen das Theater besuchen. Wir haben es schon gehört, es hat das Ziel erreicht, dass tatsächlich neue Gruppen von Besuchenden ins Theater kommen. Das hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass es niederschwellig ist, dass kein Eintritt verlangt wird, dass man ohne Konsumieren dort sein kann. Darum ist es ein Widerspruch in sich, diese beiden Dinge zu fordern.

Die Fraktion die Mitte/EVP ist auch der Meinung, dass das Theater Basel sich in eine sehr gute Richtung bewege, sehr sorgsam mit seinen Mitteln umgehe, vieles tue, um Drittmittel zu akquirieren, und darum sind für die Anträge, wie sie im Ratschlag formuliert sind.

Jenny Schweizer (SVP): Meine Kolleginnen und Kollegen aus der BKK wissen, dass ich keine Verfechterin bin, kulturelle Institutionen zu unterstützen mit Staatsbeiträgen, wenn sie zu wenig Besucherzahlen oder wenn sie Misswirtschaft mit ihren Finanzen betreiben. Aber beim Theater Basel sehe ich dies wirklich als nicht gegeben, und ich spreche mich deswegen entgegen meiner Fraktion für die Erhöhung der Staatsbeiträge aus. Ich finde die Idee eines Foyer Public überzeugend.

Was ich aber überhaupt nicht goutiere ist, dass das Foyer Public nun von Gewerkschaften missbraucht wird und ich appelliere an diejenigen im Saal, die den Gewerkschaften nahe stehen, sich davon ebenfalls zu distanzieren. Wenn nicht, frage ich Sie, ob das Foyer Public tatsächlich dazu da ist, dass Angestellte sich Gehör verschaffen und Protestaktionen gegen seinen Arbeitgeber abhalten. Ist das Foyer Public tatsächlich dazu da, dass der VPOD eine Bühne hat? Sollen wir wirklich dafür 300'000 Franken Steuergelder sprechen? Solche Aneignungskulturen verstehe ich wirklich nicht. Wie sollen wir darauf vertrauen, dass nun nicht für jedes linke Anliegen zukünftig das Foyer Public missbraucht wird? Schade, dass etwas Innovatives wie dieses Foyer Public wegen solchen Aktionen dem Theater nicht zugute kommen wird. Wenn Sie also Protestaktionen unterstützen, die dem gesamten Kulturbetrieb schaden, dann sind Sie diejenigen, die von Kultur keine Ahnung haben, die Sie mit Füßen treten. Dazu kommt, dass Theaterbesucher und -besucherinnen negative Konsequenzen ziehen werden: Weniger Theater besuchen, Kündigen von Abonnements, Erschwerung der Drittmittelbeschaffung. Dann machen die Techniker im Theater mangels Besuchende die Lichter aus, aber nicht, weil sie zu wenig Lohn erhalten haben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf das Geschäft **einzutreten**.

Detailberatung

GRB I Nachtragskredit

Titel und Ingress

Einziger Absatz

Publikationsklausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

79 Ja, 5 Nein, 4 Enthaltungen. [Abstimmung # 777, 29.06.23 11:58:47]

Der Grosse Rat beschliesst

Zur Finanzierung der Mehrkosten im Rahmen der Staatsbeiträge an das Theater Basel für die Jahre 2023/24 bis 2026/27 wird für das Jahr 2023 ein Nachtragskredit in der Höhe von Fr. 166'667 bewilligt (Präsidialdepartement, Dienststelle Abteilung Kultur, Kostenartengruppe 36 Staatsbeiträge).

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Detailberatung

Grossratsbeschluss II

Titel und Ingress

1. Ausgaben

Antrag

Hier liegt ein Änderungsantrag der Fraktion SVP vor. Sie beantragt Staatsbeiträge von 188'465'888 statt 191'265'888. Der schriftliche Antrag liegt Ihnen vor. Ich beantrage Ihnen, dass wir in einer Abstimmung über sämtliche beantragten Anpassungen in Abs. 1 abstimmen. Sind Sie damit einverstanden?

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

7 Ja, 82 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 778, 29.06.23 12:00:18]

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Detailberatung

2. Teuerungsausgleich

3. Liegenschaften

Publikations- und Referendumsklausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

84 Ja, 5 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 779, 29.06.23 12:01:13]

Der Grosse Rat beschliesst

1. Für das Theater Basel werden Ausgaben in Höhe von Fr. 191'265'888 (Fr. 47'816'472 p. a.) für den Zeitraum vom 1. August 2023 bis 31. Juli 2027 bewilligt. Die Ausgaben setzen sich wie folgt zusammen:

Grundstaatsbeitrag

insgesamt Fr. 163'790'076 (Fr. 40'947'519 p. a. Spielzeit)

1. August 2023 bis 31. Dezember 2023 Fr. 17'061'466

1. Januar 2024 bis 31. Dezember 2024 Fr. 40'947'519

1. Januar 2025 bis 31. Dezember 2025 Fr. 40'947'519

1. Januar 2026 bis 31. Dezember 2026 Fr. 40'947'519

1. Januar 2027 bis 31. Juli 2027 Fr. 23'886'053

Orchesterleistungen

insgesamt Fr. 27'475'812 (Fr. 6'868'953 p. a. Spielzeit)

1. August 2023 bis 31. Dezember 2023 Fr. 2'862'064

1. Januar 2024 bis 31. Dezember 2024 Fr. 6'868'953

1. Januar 2025 bis 31. Dezember 2025 Fr. 6'868'953

1. Januar 2026 bis 31. Dezember 2026 Fr. 6'868'953

1. Januar 2027 bis 31. Juli 2027 Fr. 4'006'889

2. Ein allfälliger Teuerungsausgleich gemäss § 12 des Staatsbeitragsgesetzes wird vom Regierungsrat jährlich beschlossen.

3. Die Liegenschaften Stadttheater und Schauspielhaus werden dem Theater Basel für den Zeitraum vom 1. August 2023 bis 31. Juli 2027 unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Der Unterhalt der beiden Liegenschaften bemisst sich nach dem effektiven Aufwand:

Dies entspricht Sachleistungen von:

a) Stadttheater:

kalkulatorische Kosten Gebäude- und Landwert

Fr. 104'700'000 à 5 % Fr. 5'235'000

Unterhalt Stadttheater inkl. Einrichtungen gemäss effektivem Aufwand

b) Schauspielhaus:

kalkulatorische Kosten Gebäude- und Landwert

Fr. 22'600'000 à 5 % Fr. 1'130'000

Unterhalt Schauspielhaus inkl. Einrichtungen gemäss effektivem Aufwand

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Antrag

Der Präsident beantragt das Geschäft 13 noch abzuschliessen

Raffaela Hanauer (GAB): beantragt um 15:00 Uhr mit der Sitzung fortzufahren.

Ich möchte die Sitzung um 15 Uhr fortführen, denn die Bündelitagssitzung ist dazu da, dass wir mit einer leeren Traktandenliste in die Sommerpause gehen können. Daher stelle ich Antrag auf Abbruch der Sitzung und Fortführen um 15 Uhr.

Abstimmung

JA heisst Trakt. 13 jetzt abschliessen, NEIN heisst die Sitzung um 15:00 Uhr fortführen.

Ergebnis der Abstimmung

53 Ja, 25 Nein, 12 Enthaltungen. [Abstimmung # 780, 29.06.23 12:03:19]

Der Grosse Rat beschliesst

Mit der Sitzung fortzufahren, bis Traktandum 13 abgeschlossen ist.

13. Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Leistungsauftrag und den Gesamtinvestitionen der IWB Industrielle Werke Basel für die Periode 2023-2026 (Planungsbericht IWB 2023-2026)

[29.06.23 12:03:54, UVEK, WSU, 22.1690.02, BER]

Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Raphael Fuhrer, Präsident UVEK: Die UVEK hat dieses Geschäft Anfang des Jahres überwiesen bekommen und wir haben uns in verschiedenen Sitzungen mit dem Geschäft auseinandergesetzt. Es geht um die Leistungsperiode 2023-2026, die bereits angebrochen ist. Die Diskussionen in der Kommission haben sich vor allem um den Investitionsrahmen und dort im Bereich Energie gedreht. Die UVEK ist zum Schluss gekommen, dass sie dem Plenum beantragen möchte, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen und die Investitionen so zu genehmigen.

Betreffend Energie geht es um die Rahmenbedingungen, die im Moment eine grosse Wichtigkeit haben aus verschiedenen Gründen. Einerseits aufgrund der Klimadiskussion, andererseits aufgrund des Kriegs in der Ukraine und die daraus entstehenden Konsequenzen auf dem Energiemarkt. Die Dekarbonisierung ist darum der zentrale Nenner in diesem Geschäft, und wir haben uns intensiv mit diesem Thema auseinandergesetzt. In diesem Zusammenhang haben wir uns erkundigt hinsichtlich Preisstabilität, Eigenproduktion der IWB, Versorgungssicherheit aber eben auch, wie die Dekarbonisierung konkret aussehen könnte und wie sie zusammenpasst mit der allgemeinen Geschäftsstrategie der IWB. Dazu möchte ich auf sechs Punkte eingehen. Im Übrigen verweise ich auf den schriftlichen Bericht der Kommission.

1. Trennung von Sozial- und Umweltpolitik: Die Preissignale, die sich ergeben aufgrund der Knappheit gewisser Energieträger, animieren dazu, mit der Energie sparsam umzugehen. Sie ermöglichen auch individuelle Strategien, wie mit diesen gestiegenen Preisen umzugehen ist. Grundsätzlich ist das positiv. Auf der anderen Seite haben wir aber in der Gesellschaft ein Ungleichgewicht, was Wohlstand angeht, und der UVEK ist es darum ein Anliegen, dass wenn man sich zu diesem Grundsatz des Spielens der Preise auf der einen Seite bekennt, auf der anderen Seite für einen sozialen Ausgleich sorgen muss, der diesen Namen auch verdient. Zusätzlich sind aber auch Ver- und Gebote angebracht, denn sie stellen sicher, dass gewisse Grundsätze für alle Menschen gleich gelten, unabhängig des Einkommens.
2. Erdgas: Wir haben zur Kenntnis genommen, dass für den Regierungsrat der Aufbau eines Pflichtlagers keine Priorität hat und wir sehen das als UVEK gleich. Wir haben uns erkundigt zum Terminal für Flüssiggas, womit sich der Gasverbund Mittelland im Moment befasst. Aus Sicht der UVEK wäre das ein klarer Rückschritt, denn erstens sind wir ein Binnenland und es wäre wohl strategisch falsch, wenn man das Flüssiggas mit Lastwagen oder Schiffen nach Basel bringen würde. Zweitens ist es eine berechnete Frage, was ein Terminal zur Versorgungssicherheit beitragen würde und drittens muss man sich die Frage stellen, ob dieses Gas wirklich aus erneuerbarer Quelle kommt. Darum war für uns klar, dass die IWB beim Gasverbund Mittelland intervenieren sollen und wir haben vom Vorsteher des WSU bestätigt bekommen, dass sich Basel-Stadt nicht aktiv am Ausbau von fossiler Infrastruktur beteiligen wird.
3. Stilllegung des Gasnetzes: Dort geht es im Moment in den öffentlichen Diskussionen vor allem darum, wie viel Vorlauf es braucht, wenn das Gasnetz stillgelegt wird. Gemäss Gesetz sind es zwei Jahre, die UVEK ist der Ansicht, dass das genügt, aber eine frühere proaktive Information wäre sicher hilfreich. Wir haben in unserem Bericht eine Karte verlinkt.
4. Solaroffensive: Die UVEK wartet sehr gespannt auf einen Ratschlag, der schon seit längerem angekündigt worden ist, für eine Solaroffensive auf den Dächern und an Gebäuden in Basel-Stadt.
5. Elektromobilität: Die UVEK möchte an die Grundsätze des damaligen Grossratsbeschluss 2 erinnern im Zusammenhang mit der Gesamtstrategie Elektromobilität. Der UVEK ist es wichtig, dass man von Anfang an mitdenkt, dass die Ladesäulen eine smarte Steuerung brauchen. Hier sind andere Anbieter weiter als die IWB. Es wäre sinnvoll, Werkvorschriften zu definieren, welche die Schnittstelle so sicherstellt.
6. Eignerstrategie: Wir haben festgestellt, dass das 1,5 Grad-Ziel nicht als Begriff auftaucht. Wir haben aber sowohl von den IWB wie auch vom Regierungsrat die Zusage erhalten, dass das 1,5 Grad-Ziel verbindliche Rahmenbedingung ist und Basis der Geschäftstätigkeit der IWB. Ich habe vor ein paar Tagen das Magazin der IWB erhalten, wo noch einmal öffentlich kommuniziert wird, dass die IWB sich dem 1,5 Grad-Ziel verpflichten.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Wir sind in der sehr guten Lage, dass wir unsere Energie-, Wasser- und Wärmeunternehmen in kantonaler Hand haben, dass es ein integriertes Unternehmen ist, Stadt und Kanton zuständig sind für das Netz und die Produktion. Das erleichtert uns eine klare politische Steuerung von Seiten des Kantons und auch in Krisensituation ist es sehr hilfreich, das Unternehmen direkt im Kanton zu haben.

Die Steuerung geschieht auf verschiedenen Ebenen. Verfassung und IWB-Gesetz sind klar. Das 1,5 Grad-Ziel, das in der Verfassung gesetzt ist, gilt selbstredend auch für die IWB. Darauf aufbauend haben Sie die Möglichkeit, mit dem Leistungsauftrag und dem Investitionsrahmen alle vier Jahre diese Eckpfeiler zu setzen und zu verabschieden. Der Regierungsrat geht noch feiner in die Steuerung, durch die Eignerstrategie, die Ihnen auch zur Kenntnisnahme vorliegt, durch die Wahl des Verwaltungsrats und auch durch die Tarifgenehmigung. Und die IWB hat nachher die unternehmerische Freiheiten, innerhalb dieser Rahmenbedingungen unternehmerisch vorzugehen und diese Ziele zu erreichen.

Die IWB hat sehr viel vor durch die Dekarbonisierung der Wärme - das ist ein grosses Projekt, den Betrag haben Sie bereits bewilligt. Sie sehen, dass das Investitionsvolumen deutlich ansteigt von 650 Millionen Franken in der vergangenen Leistungsperiode zu fast 1 Milliarde Franken, die die IWB in den nächsten vier Jahren investieren wird. Das fordert das Unternehmen, aber es ist bereit dafür.

Deshalb möchte ich mich an dieser Stelle bedanken bei der UVEK für die intensive Auseinandersetzung. Es ist wichtig für ein öffentliches Unternehmen, dass dieser Dialog und das kritische Begleiten durch die Politik geschieht. Ich möchte mich auch bei der IWB, beim Verwaltungsrat und der Geschäftsleitung bedanken, insbesondere aber auch bei allen Mitarbeitenden, die tagtäglich daran arbeiten, dass wir alle sauberes Wasser haben, Strom aus erneuerbaren Quellen, Wärme, die verstärkt und ab 2037 nur noch erneuerbar sein wird. Dafür möchte ich mich bedanken. Und ich möchte mich

bei Ihnen bedanken, dass Sie dieses Geschäft noch heute behandeln.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf das Geschäft **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

1. Leistungsauftrag

2. Investitionen

Lit. a – lit. d

Publikations- und Referendumsklausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

79 Ja, 0 Nein. [Abstimmung # 781, 29.06.23 12:13:02]

Der Grosse Rat beschliesst

1. Der Leistungsauftrag der IWB für die Periode 2023-2026 wird genehmigt.

2. Der Investitionsrahmen der IWB für die Periode 2023-2026 wird mit Gesamtinvestitionen pro Sparte wie folgt genehmigt:

a. Sparte Strom Fr. 265 Mio.

b. Sparte Wärme Fr. 294 Mio.

c. Sparte Wasser Fr. 117 Mio.

d. Sparte Telekom Fr. 14 Mio.

e. Gesamtunternehmen (spartenübergreifend) Fr. 60 Mio.

Verschiebungen von gesamthaft bis zu Fr. 35 Mio. zwischen einzelnen Sparten sind zulässig, sofern der Investitionsrahmen von total Fr. 750 Mio. eingehalten wird.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Schluss der 24. Sitzung

12:00 Uhr

Basel, 07.08.2023

Bülent Pekerman
Grossratspräsident

Beat Flury
I. Ratssekretär

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Wahl des Präsidenten / der Präsidentin der Bau- und Raumplanungskommission (Nachfolge Jeremy Stephenson, LDP)

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	A	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	A
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Fina Girard (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	A	Oliver Bolliger (GAB)	J	Adrian Iselin (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	A
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	A	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Nicole Kuster (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	A
Jo Vergeat (GAB)	J	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	P
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	A
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	J	Daniel Seiler (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	A	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
Patrick Fischer (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	A	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Christian C. Moesch (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	A	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	A	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Christine Keller (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	J
Leoni Bolz (SP)	A	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	A
Christian von Wartburg (SP)	A	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	82	27	16	10	9	8	6	6	-
N	Nein	1	-	-	-	-	-	-	-	1
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	16	3	2	5	2	2	1	1	-
P	Präsidium	1						1		
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Wahl des Präsidenten / der Präsidentin der Bau- und Raumplanungskommission (Nachfolge Jeremy Stephenson, LDP)

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	A	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Fina Girard (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	A	Oliver Bolliger (GAB)	J	Adrian Iselin (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	E	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Nicole Kuster (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	A
Jo Vergeat (GAB)	J	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	P
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	J	Daniel Seiler (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	A	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
Patrick Fischer (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	E
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	A	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Christian C. Moesch (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	A	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Christine Keller (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	J
Leoni Bolz (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	A
Christian von Wartburg (SP)	A	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	87	28	17	11	9	9	7	6	-
N	Nein	0	-	-	-	-	-	-	-	-
E	Enthaltung	2	-	-	1	-	-	-	-	1
A	Abwesend	10	2	1	3	2	1	-	1	-
P	Präsidium	1						1		
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Bericht der Finanzkommission zur Jahresrechnung 2022 und Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission zur Rechnung 2022 der fünf kantonalen Museen

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	N	Claudio Miozzari (SP)	A	Beda Baumgartner (SP)	N
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	N	Michela Seggiani (SP)	N
Thomas Gander (SP)	N	Seyit Erdogan (SP)	N	Tonja Zürcher (GAB)	N
Tim Cuénod (SP)	A	Stefan Wittlin (SP)	N	Anouk Feurer (GAB)	N
René Brigger (SP)	N	Raffaella Hanauer (GAB)	N	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	N	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	N	Anina Ineichen (GAB)	N	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Fina Girard (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	A	Oliver Bolliger (GAB)	N	Adrian Iselin (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	N	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Nicole Kuster (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	A
Jo Vergeat (GAB)	N	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	P
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	N
Oliver Thommen (GAB)	N	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	N
Patrizia Bernasconi (GAB)	N	Beat K. Schaller (SVP)	N	Daniel Seiler (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	N	Balz Herter (die Mitte/EVP)	N
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	A
Patrick Fischer (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	J
Claudia Baumgartner (GLP)	N	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	N
Tobias Christ (GLP)	N	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	N	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	N	Christian C. Moesch (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	N	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	N	Felix Wehrli (SVP)	N
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	N	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	N	Christine Keller (SP)	N	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	N
Alexandra Dill (SP)	N	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	N
Leoni Bolz (SP)	N	Edibe Gölgeli (SP)	N	Sandra Bothe (GLP)	N
Amina Trevisan (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	N	Béla Bartha (GAB)	N
Daniel Sägesser (SP)	N	Jessica Brandenburger (SP)	N	Olivier Battaglia (LDP)	A
Christian von Wartburg (SP)	A	Mahir Kabakci (SP)	N		
Pascal Pfister (SP)	N	Salome Bessenich (SP)	N		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	2	-	1	-	-	-	-	-	1
N	Nein	88	27	16	12	10	9	7	7	-
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	9	3	1	3	1	1	-	-	-
P	Präsidium	1						1		
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Bericht der Finanzkommission zur Jahresrechnung 2022 und Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission zur Rechnung 2022 der fünf kantonalen Museen

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	A	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	A	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Fina Girard (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	A	Oliver Bolliger (GAB)	J	Adrian Iselin (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Nicole Kuster (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	A
Jo Vergeat (GAB)	J	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	P
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	A
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	J	Daniel Seiler (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
Patrick Fischer (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	A
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Christian C. Moesch (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Christine Keller (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	J
Leoni Bolz (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	A
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	90	28	17	12	10	10	7	6	-
N	Nein	0	-	-	-	-	-	-	-	-
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	9	2	1	3	1	-	-	1	1
P	Präsidium	1						1		
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Rechenschaftsbericht der Geschäftsprüfungskommission und Bericht zum Jahresbericht 2022 des Regierungsrats

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	A	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Fina Girard (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	J	Adrian Iselin (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Nicole Kuster (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	A
Jo Vergeat (GAB)	J	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	P
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	J	Daniel Seiler (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
Patrick Fischer (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	A
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Christian C. Moesch (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	A
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Christine Keller (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	J
Leoni Bolz (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	A
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	92	30	16	13	9	10	7	7	-
N	Nein	0	-	-	-	-	-	-	-	-
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	7	-	2	2	2	-	-	-	1
P	Präsidium	1						1		
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Kantonale Volksinitiative Für den Ausbau der separativen Angebote an der integrativen Schule Basel-Stadt (Förderklassen-Initiative) ; Bericht und Antrag für eine Verlängerung der Frist für die Berichterstattung des Regierungsrates an den Grossen Rat

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	A
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	A	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Fina Girard (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	J	Adrian Iselin (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Nicole Kuster (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	A
Jo Vergeat (GAB)	J	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	P
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	A
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	J	Daniel Seiler (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
Patrick Fischer (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	A
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Christian C. Moesch (FDP)	A	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	A
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	A
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Christine Keller (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	J
Leoni Bolz (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	A
Christian von Wartburg (SP)	A	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	87	29	15	13	8	10	7	5	-
N	Nein	0	-	-	-	-	-	-	-	-
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	12	1	3	2	3	-	-	2	1
P	Präsidium	1						1		
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zur kantonalen Volksinitiative Kinderbetreuung für Alle . Fristverlängerung zur Bearbeitung

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	A	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Fina Girard (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	J	Adrian Iselin (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Nicole Kuster (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	A
Jo Vergeat (GAB)	J	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	P
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	J	Daniel Seiler (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
Patrick Fischer (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	A
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Christian C. Moesch (FDP)	A	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	A	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	A
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Christine Keller (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	J
Leoni Bolz (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	A
Christian von Wartburg (SP)	A	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	89	29	16	13	9	9	7	6	-
N	Nein	0	-	-	-	-	-	-	-	-
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	10	1	2	2	2	1	-	1	1
P	Präsidium	1						1		
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Kantonale Volksinitiative für Sicherere Velorouten in Basel-Stadt ; Bericht und Antrag für eine Verlängerung der Frist für die Berichterstattung des Regierungsrates an den Grossen Rat sowie eine Verlängerung der Frist zur Durchführung der Volksabstimmung

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	A	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Fina Girard (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	J	Adrian Iselin (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	A	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Nicole Kuster (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	A
Jo Vergeat (GAB)	J	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	P
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	A
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	J	Daniel Seiler (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
Patrick Fischer (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	A
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Christian C. Moesch (FDP)	A	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	A	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	A
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Christine Keller (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	J
Leoni Bolz (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	A
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	88	30	16	12	9	9	6	6	-
N	Nein	0	-	-	-	-	-	-	-	-
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	11	-	2	3	2	1	1	1	1
P	Präsidium	1						1		
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Bericht zur kantonalen Volksinitiative Für ein gesundes Stadtklima (Gute-Luft-Initiative) sowie zum Ratschlag zum Gegenvorschlag sowie Bericht der Kommissionsminderheit

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	N	Claudio Miozzari (SP)	N	Beda Baumgartner (SP)	N
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	N	Michela Seggiani (SP)	N
Thomas Gander (SP)	N	Seyit Erdogan (SP)	N	Tonja Zürcher (GAB)	N
Tim Cuénod (SP)	N	Stefan Wittlin (SP)	N	Anouk Feurer (GAB)	N
René Brigger (SP)	N	Raffaella Hanauer (GAB)	N	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	N	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Nicola Goepfert (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	N	Anina Ineichen (GAB)	N	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Fina Girard (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	N	Oliver Bolliger (GAB)	N	Adrian Iselin (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	A	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Nicole Kuster (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	A	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	P
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	N
Oliver Thommen (GAB)	N	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	N
Patrizia Bernasconi (GAB)	N	Beat K. Schaller (SVP)	N	Daniel Seiler (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	N	Balz Herter (die Mitte/EVP)	N
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	A
Patrick Fischer (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	J
Claudia Baumgartner (GLP)	N	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	N
Tobias Christ (GLP)	N	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	N	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	N	Christian C. Moesch (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	N	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	N	Felix Wehrli (SVP)	N
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	N	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	N	Christine Keller (SP)	N	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	N
Alexandra Dill (SP)	N	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	N
Leoni Bolz (SP)	N	Edibe Gölgeli (SP)	N	Sandra Bothe (GLP)	N
Amina Trevisan (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	N	Béla Bartha (GAB)	N
Daniel Sägesser (SP)	N	Jessica Brandenburger (SP)	N	Olivier Battaglia (LDP)	A
Christian von Wartburg (SP)	N	Mahir Kabakci (SP)	N		
Pascal Pfister (SP)	N	Salome Bessenich (SP)	N		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	1	-	-	-	-	-	-	-	1
N	Nein	92	30	15	13	11	9	7	7	-
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	6	-	3	2	-	1	-	-	-
P	Präsidium	1						1		
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Bericht zur kantonalen Volksinitiative Für ein gesundes Stadtklima (Gute-Luft-Initiative) sowie zum Ratschlag zum Gegenvorschlag sowie Bericht der Kommissionsminderheit

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Fina Girard (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	N	Oliver Bolliger (GAB)	J	Adrian Iselin (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Nicole Kuster (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	A	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	P
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	N
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	N
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	N	Daniel Seiler (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	N	Balz Herter (die Mitte/EVP)	N
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	N
Patrick Fischer (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	N	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	N	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	N	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	N	Christian C. Moesch (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	N	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	N	Felix Wehrli (SVP)	N
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	N	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	J	Christine Keller (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	N
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	N
Leoni Bolz (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	N
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	A
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	46	30	16	-	-	-	-	-	-
N	Nein	49	-	-	13	11	10	7	7	1
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	4	-	2	2	-	-	-	-	-
P	Präsidium	1						1		
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Bericht zur kantonalen Volksinitiative Für ein gesundes Stadtklima (Gute-Luft-Initiative) sowie zum Ratschlag zum Gegenvorschlag sowie Bericht der Kommissionsminderheit

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Fina Girard (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	N	Oliver Bolliger (GAB)	J	Adrian Iselin (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Nicole Kuster (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	A	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	P
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	N
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	N
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	N	Daniel Seiler (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	N	Balz Herter (die Mitte/EVP)	N
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	N
Patrick Fischer (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	N	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	N	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	N	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	N	Christian C. Moesch (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	N	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	N	Felix Wehrli (SVP)	N
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	N	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	J	Christine Keller (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	N
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	N
Leoni Bolz (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	N
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	A
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	46	30	16	-	-	-	-	-	-
N	Nein	49	-	-	13	11	10	7	7	1
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	4	-	2	2	-	-	-	-	-
P	Präsidium	1						1		
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Bericht zur kantonalen Volksinitiative Für ein gesundes Stadtklima (Gute-Luft-Initiative) sowie zum Ratschlag zum Gegenvorschlag sowie Bericht der Kommissionsminderheit

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Fina Girard (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	N	Oliver Bolliger (GAB)	J	Adrian Iselin (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Nicole Kuster (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	A	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	P
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	N
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	N
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	N	Daniel Seiler (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	N	Balz Herter (die Mitte/EVP)	N
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	N
Patrick Fischer (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	N	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	N	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	N	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	N	Christian C. Moesch (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	N	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	N	Felix Wehrli (SVP)	N
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	N	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	J	Christine Keller (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	N
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	N
Leoni Bolz (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	N
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	A
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	46	30	16	-	-	-	-	-	-
N	Nein	49	-	-	13	11	10	7	7	1
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	4	-	2	2	-	-	-	-	-
P	Präsidium	1						1		
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Bericht zur kantonalen Volksinitiative Für ein gesundes Stadtklima (Gute-Luft-Initiative) sowie zum Ratschlag zum Gegenvorschlag sowie Bericht der Kommissionsminderheit

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Fina Girard (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	N	Oliver Bolliger (GAB)	J	Adrian Iselin (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Nicole Kuster (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	A	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	P
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	N
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	N
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	N	Daniel Seiler (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	N	Balz Herter (die Mitte/EVP)	N
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	N
Patrick Fischer (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	N	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	N	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	N	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	N	Christian C. Moesch (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	N	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	N	Felix Wehrli (SVP)	N
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	N	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	J	Christine Keller (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	N
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	N
Leoni Bolz (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	N
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	A
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	46	30	16	-	-	-	-	-	-
N	Nein	49	-	-	13	11	10	7	7	1
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	4	-	2	2	-	-	-	-	-
P	Präsidium	1						1		
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Bericht zur kantonalen Volksinitiative Für ein gesundes Stadtklima (Gute-Luft-Initiative) sowie zum Ratschlag zum Gegenvorschlag sowie Bericht der Kommissionsminderheit

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Fina Girard (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	N	Oliver Bolliger (GAB)	J	Adrian Iselin (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Nicole Kuster (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	A	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	P
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	N
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	N
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	N	Daniel Seiler (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	N	Balz Herter (die Mitte/EVP)	N
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	N
Patrick Fischer (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	N	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	N	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	N	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	N	Christian C. Moesch (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	N	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	N	Felix Wehrli (SVP)	N
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	N	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	J	Christine Keller (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	N
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	N
Leoni Bolz (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	N
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	A
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	46	30	16	-	-	-	-	-	-
N	Nein	49	-	-	13	11	10	7	7	1
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	4	-	2	2	-	-	-	-	-
P	Präsidium	1						1		
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Bericht zur kantonalen Volksinitiative Für ein gesundes Stadtklima (Gute-Luft-Initiative) sowie zum Ratschlag zum Gegenvorschlag sowie Bericht der Kommissionsminderheit

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	N	Claudio Miozzari (SP)	N	Beda Baumgartner (SP)	N
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	N	Michela Seggiani (SP)	N
Thomas Gander (SP)	N	Seyit Erdogan (SP)	N	Tonja Zürcher (GAB)	N
Tim Cuénod (SP)	E	Stefan Wittlin (SP)	N	Anouk Feurer (GAB)	N
René Brigger (SP)	N	Raffaella Hanauer (GAB)	N	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	N	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Nicola Goepfert (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	N	Anina Ineichen (GAB)	N	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Fina Girard (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	N	Adrian Iselin (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	N	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Nicole Kuster (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	A	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	P
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	N	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	N	Beat K. Schaller (SVP)	N	Daniel Seiler (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
Patrick Fischer (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	J
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	N
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Christian C. Moesch (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	E	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	N	Christine Keller (SP)	N	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	E
Alexandra Dill (SP)	N	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	N
Leoni Bolz (SP)	N	Edibe Gölgeli (SP)	N	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	N	Béla Bartha (GAB)	N
Daniel Sägesser (SP)	N	Jessica Brandenburger (SP)	N	Olivier Battaglia (LDP)	A
Christian von Wartburg (SP)	N	Mahir Kabakci (SP)	N		
Pascal Pfister (SP)	N	Salome Bessenich (SP)	N		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	38	-	-	13	6	7	7	4	1
N	Nein	54	29	16	-	5	1	-	3	-
E	Enthaltung	3	1	-	-	-	2	-	-	-
A	Abwesend	4	-	2	2	-	-	-	-	-
P	Präsidium	1						1		
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Bericht zur kantonalen Volksinitiative Für ein gesundes Stadtklima (Gute-Luft-Initiative) sowie zum Ratschlag zum Gegenvorschlag sowie Bericht der Kommissionsminderheit

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	E	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Fina Girard (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	N	Oliver Bolliger (GAB)	J	Adrian Iselin (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Nicole Kuster (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	A	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	P
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	N
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	N
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	N	Daniel Seiler (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	N	Balz Herter (die Mitte/EVP)	N
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	N
Patrick Fischer (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	N	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	N	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	N	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	N	Christian C. Moesch (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	N	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	N	Felix Wehrli (SVP)	N
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	N	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	J	Christine Keller (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	N
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	N
Leoni Bolz (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	N
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	A
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	45	29	16	-	-	-	-	-	-
N	Nein	49	-	-	13	11	10	7	7	1
E	Enthaltung	1	1	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	4	-	2	2	-	-	-	-	-
P	Präsidium	1						1		
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Bericht zur kantonalen Volksinitiative Für eine zukunftsfähige Mobilität (Zukunfts-Initiative) sowie zum Ratschlag zum Gegenvorschlag sowie Bericht der Kommissionsminderheit

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Fina Girard (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	N	Oliver Bolliger (GAB)	J	Adrian Iselin (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Nicole Kuster (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	J	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	P
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	N
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	N
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	N	Daniel Seiler (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	N	Balz Herter (die Mitte/EVP)	N
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	N
Patrick Fischer (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	N	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	N	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	N	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	N	Christian C. Moesch (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	N	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	A	Felix Wehrli (SVP)	N
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	N	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	J	Christine Keller (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	N
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	N
Leoni Bolz (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	N
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	A
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	47	30	17	-	-	-	-	-	-
N	Nein	48	-	-	13	11	9	7	7	1
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	4	-	1	2	-	1	-	-	-
P	Präsidium	1						1		
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Bericht zur kantonalen Volksinitiative Für eine zukunftsfähige Mobilität (Zukunfts-Initiative) sowie zum Ratschlag zum Gegenvorschlag sowie Bericht der Kommissionsminderheit

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	N	Claudio Miozzari (SP)	N	Beda Baumgartner (SP)	N
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	N	Michela Seggiani (SP)	N
Thomas Gander (SP)	N	Seyit Erdogan (SP)	N	Tonja Zürcher (GAB)	N
Tim Cuénod (SP)	E	Stefan Wittlin (SP)	N	Anouk Feurer (GAB)	N
René Brigger (SP)	N	Raffaela Hanauer (GAB)	N	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	N	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Nicola Goepfert (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	N	Anina Ineichen (GAB)	N	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Fina Girard (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	N	Adrian Iselin (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	N	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Nicole Kuster (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	N	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	P
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	N	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	N	Beat K. Schaller (SVP)	N	Daniel Seiler (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	N
Patrick Fischer (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	J
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	N
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Christian C. Moesch (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	A	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	E	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	N	Christine Keller (SP)	N	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	E
Alexandra Dill (SP)	N	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	N
Leoni Bolz (SP)	N	Edibe Gölgeli (SP)	N	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	N	Béla Bartha (GAB)	N
Daniel Sägesser (SP)	N	Jessica Brandenburger (SP)	N	Olivier Battaglia (LDP)	A
Christian von Wartburg (SP)	N	Mahir Kabakci (SP)	N		
Pascal Pfister (SP)	N	Salome Bessenich (SP)	N		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	36	-	-	13	6	5	7	4	1
N	Nein	56	29	17	-	5	2	-	3	-
E	Enthaltung	3	1	-	-	-	2	-	-	-
A	Abwesend	4	-	1	2	-	1	-	-	-
P	Präsidium	1						1		
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Bericht zur kantonalen Volksinitiative Für eine zukunftsfähige Mobilität (Zukunfts-Initiative) sowie zum Ratschlag zum Gegenvorschlag sowie Bericht der Kommissionsminderheit

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Fina Girard (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	N	Oliver Bolliger (GAB)	J	Adrian Iselin (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Nicole Kuster (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	J	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	P
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	N
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	N
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	N	Daniel Seiler (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	N	Balz Herter (die Mitte/EVP)	N
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	N
Patrick Fischer (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	N	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	N	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	N	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	N	Christian C. Moesch (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	N	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	N	Felix Wehrli (SVP)	N
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	N	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	J	Christine Keller (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	N
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	N
Leoni Bolz (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	N
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	A
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	47	30	17	-	-	-	-	-	-
N	Nein	49	-	-	13	11	10	7	7	1
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	3	-	1	2	-	-	-	-	-
P	Präsidium	1						1		
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft	Bericht der Bau- und Raumplanungskommission zum Ratschlag betreffend Spezielle Nutzungspläne für den öffentlichen Raum; Festsetzung spezieller Nutzungspläne sowie Abweisung von Einsprachen im Bereich Barfüsserplatz Theaterplatz, Kasernenareal, Marktplatz, Münsterplatz, Oberer Rheinweg, Schützenmattpark und Unterer Rheinweg
-----------------	--

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	N	Claudio Miozzari (SP)	N	Beda Baumgartner (SP)	N
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	N	Michela Seggiani (SP)	N
Thomas Gander (SP)	N	Seyit Erdogan (SP)	N	Tonja Zürcher (GAB)	N
Tim Cuénod (SP)	N	Stefan Wittlin (SP)	N	Anouk Feurer (GAB)	N
René Brigger (SP)	N	Raffaella Hanauer (GAB)	A	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	N	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Nicola Goepfert (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	N	Anina Ineichen (GAB)	N	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Fina Girard (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	A	Oliver Bolliger (GAB)	N	Adrian Iselin (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	N	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	A
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Nicole Kuster (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	A
Jo Vergeat (GAB)	N	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	P
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	N
Oliver Thommen (GAB)	N	Joël Thüring (SVP)	A	Beat Braun (FDP)	N
Patrizia Bernasconi (GAB)	A	Beat K. Schaller (SVP)	N	Daniel Seiler (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	N	Balz Herter (die Mitte/EVP)	N
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	N
Patrick Fischer (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	A
Claudia Baumgartner (GLP)	N	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	N
Tobias Christ (GLP)	N	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	N	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	N	Christian C. Moesch (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	N	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	A	Felix Wehrli (SVP)	A
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	N	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	N	Christine Keller (SP)	N	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	A
Alexandra Dill (SP)	N	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	N
Leoni Bolz (SP)	N	Edibe Gölgeli (SP)	N	Sandra Bothe (GLP)	N
Amina Trevisan (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	N	Béla Bartha (GAB)	N
Daniel Sägesser (SP)	N	Jessica Brandenburger (SP)	N	Olivier Battaglia (LDP)	A
Christian von Wartburg (SP)	N	Mahir Kabakci (SP)	A		
Pascal Pfister (SP)	N	Salome Bessenich (SP)	N		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	0	-	-	-	-	-	-	-	-
N	Nein	85	29	15	12	7	8	7	7	-
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	14	1	3	3	4	2	-	-	1
P	Präsidium	1						1		
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an das Theater Basel für den Zeitraum vom 1. August 2023 bis 31. Juli 2027

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	A	Raffaela Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	A	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Fina Girard (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	J	Adrian Iselin (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	E	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Nicole Kuster (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	A
Jo Vergeat (GAB)	J	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	P
Jérôme Thiriet (GAB)	A	Lukas Faesch (LDP)	A	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	E	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	N	Daniel Seiler (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	E	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
Patrick Fischer (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	A	Eric Weber (fraktionslos)	A
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Christian C. Moesch (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	E
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Christine Keller (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	A
Leoni Bolz (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	A
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	79	29	15	11	2	9	6	7	-
N	Nein	5	-	-	-	5	-	-	-	-
E	Enthaltung	4	-	-	1	3	-	-	-	-
A	Abwesend	11	1	3	3	1	1	1	-	1
P	Präsidium	1						1		
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an das Theater Basel für den Zeitraum vom 1. August 2023 bis 31. Juli 2027

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	N	Claudio Miozzari (SP)	N	Beda Baumgartner (SP)	N
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	N	Michela Seggiani (SP)	N
Thomas Gander (SP)	N	Seyit Erdogan (SP)	N	Tonja Zürcher (GAB)	N
Tim Cuénod (SP)	N	Stefan Wittlin (SP)	N	Anouk Feurer (GAB)	N
René Brigger (SP)	N	Raffaella Hanauer (GAB)	N	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	N	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Nicola Goepfert (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	N	Anina Ineichen (GAB)	A	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Fina Girard (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	N	Oliver Bolliger (GAB)	N	Adrian Iselin (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	N	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	E	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Nicole Kuster (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	A
Jo Vergeat (GAB)	N	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	P
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	N
Oliver Thommen (GAB)	N	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	N
Patrizia Bernasconi (GAB)	N	Beat K. Schaller (SVP)	J	Daniel Seiler (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	N
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	N
Patrick Fischer (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	A	Eric Weber (fraktionslos)	A
Claudia Baumgartner (GLP)	N	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	N
Tobias Christ (GLP)	N	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	N	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	N	Christian C. Moesch (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	N	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	N	Felix Wehrli (SVP)	E
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	N	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	N	Christine Keller (SP)	N	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	N
Alexandra Dill (SP)	N	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	E
Leoni Bolz (SP)	N	Edibe Gölgeli (SP)	N	Sandra Bothe (GLP)	N
Amina Trevisan (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	N	Béla Bartha (GAB)	N
Daniel Sägesser (SP)	N	Jessica Brandenburger (SP)	N	Olivier Battaglia (LDP)	A
Christian von Wartburg (SP)	N	Mahir Kabakci (SP)	N		
Pascal Pfister (SP)	N	Salome Bessenich (SP)	N		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	7	-	-	-	7	-	-	-	-
N	Nein	82	30	16	12	2	9	6	7	-
E	Enthaltung	3	-	-	1	1	1	-	-	-
A	Abwesend	7	-	2	2	1	-	1	-	1
P	Präsidium	1						1		
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an das Theater Basel für den Zeitraum vom 1. August 2023 bis 31. Juli 2027

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	A	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Fina Girard (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	J	Adrian Iselin (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	E	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Nicole Kuster (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	A
Jo Vergeat (GAB)	J	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	P
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	A	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	N	Daniel Seiler (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
Patrick Fischer (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	A	Eric Weber (fraktionslos)	A
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Christian C. Moesch (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Christine Keller (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	E
Leoni Bolz (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	A
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	84	30	15	12	5	9	6	7	-
N	Nein	5	-	-	-	5	-	-	-	-
E	Enthaltung	2	-	-	1	-	1	-	-	-
A	Abwesend	8	-	3	2	1	-	1	-	1
P	Präsidium	1						1		
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an das Theater Basel für den Zeitraum vom 1. August 2023 bis 31. Juli 2027

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	E	Beda Baumgartner (SP)	E
Barbara Heer (SP)	E	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	N
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	N
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	N
René Brigger (SP)	N	Raffaella Hanauer (GAB)	N	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	N	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Nicola Goepfert (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	E	Anina Ineichen (GAB)	A	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Fina Girard (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	E
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	A	Adrian Iselin (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	N	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	E
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Nicole Kuster (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	A
Jo Vergeat (GAB)	N	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	P
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	N
Oliver Thommen (GAB)	N	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	E	Beat K. Schaller (SVP)	J	Daniel Seiler (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	A	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
Patrick Fischer (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	A	Eric Weber (fraktionslos)	A
Claudia Baumgartner (GLP)	N	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	E	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	E	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Christian C. Moesch (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	E	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Christine Keller (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	N
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	N
Leoni Bolz (SP)	N	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	E
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	N	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	A
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	N		
Pascal Pfister (SP)	N	Salome Bessenich (SP)	E		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	53	18	1	12	9	7	-	6	-
N	Nein	25	7	12	-	-	2	4	-	-
E	Enthaltung	12	5	2	1	-	1	2	1	-
A	Abwesend	9	-	3	2	2	-	1	-	1
P	Präsidium	1						1		
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Leistungsauftrag und den Gesamtinvestitionen der IWB Industrielle Werke Basel für die Periode 2023-2026 (Planungsbericht IWB 2023-2026)

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	A	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	A	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	A	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	A	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	A	Fleur Weibel (GAB)	A
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Fina Girard (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	J	Adrian Iselin (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Nicole Kuster (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	A
Jo Vergeat (GAB)	A	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	P
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	J	Daniel Seiler (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	A	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
Patrick Fischer (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	A	Eric Weber (fraktionslos)	A
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Christian C. Moesch (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	A
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	A	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Christine Keller (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	J
Leoni Bolz (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	A	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	A	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	A
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	A		
Pascal Pfister (SP)	A	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	79	22	14	13	8	9	6	7	-
N	Nein	0	-	-	-	-	-	-	-	-
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	20	8	4	2	3	1	1	-	1
P	Präsidium	1						1		
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Anhang B: Neue Geschäfte (Zuweisung)

Direkt auf die Tagesordnung kommen		Komm.	Dep.	Dokument
1.	Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Leistungsauftrag und den Gesamtinvestitionen der IWB Industrielle Werke Basel (Planungsbericht IWB) für die Periode 2023 bis 2026	UVEK	WSU	22.1690.02
2.	Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Bericht zur kantonalen Volksinitiative «für ein gesundes Stadtklima (Gute-Luft-Initiative)» sowie zum Ratschlag zum Gegenvorschlag sowie Bericht der Kommissionsminderheit	UVEK	BVD	21.1249.03
3.	Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Bericht zur kantonalen Volksinitiative «für eine zukunftsfähige Mobilität (Zukunfts-Initiative)» sowie zum Ratschlag zum Gegenvorschlag sowie Bericht der Kommissionsminderheit	UVEK	BVD	21.1250.03
4.	Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zur kantonalen Volksinitiative "Kinderbetreuung für Alle". Fristverlängerung zur Bearbeitung	BKK	ED	21.0998.04
5.	Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an das Theater Basel für den Zeitraum vom 1. August 2023 bis 31. Juli 2027	BKK	PD	22.0686.02
6.	Kantonale Volksinitiative für "Sicherere Velorouten in Basel-Stadt". Bericht und Antrag für eine Verlängerung der Frist für die Berichterstattung des Regierungsrates an den Grossen Rat sowie eine Verlängerung der Frist zur Durchführung der Volksabstimmung		BVD	22.0979.02
7.	Bericht der Finanzkommission zur Jahresrechnung 2022 und Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission zur Rechnung 2022 der fünf kantonalen Museen	FKom / BKK		23.5307.01
8.	Rechenschaftsbericht der Geschäftsprüfungskommission und Bericht zum Jahresbericht 2022 des Regierungsrates	GPK		23.5305.01
9.	Bericht der Bau- und Raumplanungskommission zum Ratschlag Spezielle Nutzungspläne für den öffentlichen Raum; Festsetzung spezieller Nutzungspläne sowie Abweisung von Einsprachen im Bereich Barfüsserplatz/Theaterplatz, Kasernenareal, Marktplatz, Münsterplatz, Oberer Rheinweg, Schützenmattpark und Unterer Rheinweg	BRK	BVD	19.1491.02
10.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Brigitte Kühne und Konsorten betreffend biodiversitätsschädigende Subventionen im Kanton Basel-Stadt		BVD	21.5322.02
Überweisung an Kommissionen				
11.	Ratschlag «Areal Settelen» Zonenänderung im Bereich Türkheimerstrasse, Birkenstrasse, Ahornstrasse, Schlettstadterstrasse (Parzellen 2255, 1474, 4100, 4101, 4102, 3329 und 3889 der Sektion 2) und Abweisung der Einsprachen	BRK	BVD	23.0689.01
12.	Ratschlag "Lockerung und Vereinfachung der Bauvorschriften zur Stärkung des Blockrands sowie eine Differenzierung der Dachgeschossvorschriften" sowie Bericht zum Anzug Stefan Wittlin und Konsorten betreffend Schaffung von Anreizen für die bauliche Verdichtung im Bestand	BRK	BVD	23.0449.01 21.5232.02
13.	Ausgabenbericht betreffend Zusatzbeitrag an die GGG Benevol für die Koordination und Begleitung von Gastfamilien für Geflüchtete aus der Ukraine im Jahr 2023 sowie betreffend Übernahme Fehlbetrag von GGG Benevol für die Koordination und Begleitung von Gastfamilien für Geflüchtete aus der Ukraine im Jahr 2022	GSK	WSU	23.0712.01
14.	Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW): Bericht über die Erfüllung der Leistungsperiode 2022	IPK FHNW	ED	23.0744.01
15.	Universität Basel: Leistungsbericht 2022 <i>Partnerschaftliches Geschäft</i>	IGPK Universität	ED	23.0739.01

- | | | | |
|-----|--|-------|------------|
| 16. | Rücktritt von Stephanie von Sprecher als Richterin am Strafgericht Basel-Stadt per 31. August 2023 | WVKo | 23.5354.01 |
| 17. | Petition P465 "Tempo 30 für die Neuweilerstrasse" | PetKo | 23.5335.01 |

An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung

- | | | | |
|-----|--|-----|--------------------------|
| 18. | Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion der Bau- und Raumplanungskommission betreffend Fuss- und Velobrücke «Güterbahnhof Wolf» | BVD | 23.5087.02 |
| 19. | Zwischenbericht des Regierungsrates zur Motion Alex Ebi und Konsorten betreffend Planung eines neuen Hallenbads und einer neuen Publikums-sporthalle sowie zum Anzug Otto Schmid und Konsorten betreffend 50-Meter-Schwimmbecken in der Region Basel | ED | 20.5443.03
17.5132.04 |
| 20. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Aufstockung von Lehrstellen und Praktika beim Kanton | FD | 21.5303.02 |
| 21. | Motionen: | | |
| 1. | Gesundheits- und Sozialkommission betreffend Kenntnisgabe der Eignerstrategien der öffentlich-rechtlichen Spitäler an den Grossen Rat | | 23.5324.01 |
| 2. | Alex Ebi und Konsorten betreffend Dreifachturnhalle und zusätzlicher Schulraum Campus Bäumlhof, Drei Linden und Hirzbrunnen | | 23.5332.01 |
| 3. | Johannes Sieber und Konsorten betreffend Zwischennutzung Musical Theater ab 2025 jetzt in Angriff nehmen | | 23.5333.01 |
| 4. | Georg Mattmüller und Konsorten betreffend selbstbestimmtes Leben zu Hause – in Zukunft mit zeitgemässen und bedarfsgerechten Leistungen! | | 23.5346.01 |
| 5. | Barbara Heer und Konsorten betreffend Ferienbetreuung in den Tagesstrukturen einführen | | 23.5347.01 |
| 6. | Luca Urgese und Konsorten betreffend neues Steuerrechnungsmodell, statt Steuerinkasso auf die Unternehmen abwälzen | | 23.5348.01 |
| 7. | Béla Bartha und Konsorten betreffend Ergänzung des Baumschutzgesetzes: Nicht nur die Anzahl, sondern auch der ökologische Wert des Baumbestandes in BS muss geschützt werden, um dessen Klimawirkung zu erhalten | | 23.5349.01 |
| 22. | Anzüge: | | |
| 1. | Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend temporäre Massnahmen für die Sicherheit von Velofahrenden bei Baustellen | | 23.5326.01 |
| 2. | Daniel Seiler und Konsorten betreffend Sperrung Brunngässlein, St. Alban-Graben und Elisabethenstrasse | | 23.5327.01 |
| 3. | Franz-Xaver Leonhardt und Konsorten betreffend Veloroute Aeschenplatz – Bruderholz | | 23.5328.01 |
| 4. | Daniel Hettich und Konsorten betreffend Optimierung der Haltezeiten der S6 am Badischen Bahnhof | | 23.5329.01 |
| 5. | Daniel Sägesser und Konsorten betreffend bessere Planbarkeit von Nachtsitzungen für eine bessere Vereinbarkeit von Politik und Familie | | 23.5339.01 |
| 6. | Daniel Albietz und Konsorten betreffend "Die Region Basel fit für Wasserstoff machen" | | 23.5340.01 |
| 7. | Lorenz Amiet und Daniel Sägesser betreffend "E-Fuel als CO2-neutrale Ergänzung zur Elektromobilität" | | 23.5341.01 |
| 8. | Beda Baumgartner und Konsorten betreffend juristische Beratung und Unterstützung für behinderte Menschen und ihre Angehörige | | 23.5342.01 |

- | | | |
|-----|--|------------|
| 9. | Georg Mattmüller und Konsorten betreffend eine bedarfsgerechte Finanzierung der subventionierten Fahrten für mobilitätseingeschränkte Personen | 23.5343.01 |
| 10. | Beda Baumgartner und Konsorten betreffend gezielte Förderung von Forschung und Entwicklung für die Allgemeinheit und den Standort | 23.5344.01 |
| 11. | Pascal Pfister und Konsorten für einen internationalen Ausgleich bei der Verwendung der zusätzlichen Steuereinnahmen | 23.5345.01 |

Kenntnisnahme

- | | | | |
|-----|--|-----|------------|
| 23. | Geschäftsbericht 2022 der Basler Kantonalbank; Genehmigung | FD | 23.0738.01 |
| 24. | Geschäftsbericht 2022 der Pensionskasse Basel-Stadt | FD | 23.0743.01 |
| 25. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Tanja Soland und Konsorten betreffend Einführung einer Gesamtstrategie in der Korruptions-sensibilisierung und –bekämpfung (stehen lassen) | FD | 19.5131.03 |
| 26. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Kurse für das Ausfüllen der Steuererklärung über den Kanton BS? | FD | 23.5151.02 |
| 27. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Steuerhinterziehung | FD | 23.5158.02 |
| 28. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend kostenfreies Wasser in Restaurants | WSU | 23.5175.02 |
| 29. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend sie besetzen eine Basler Schule - und werden willkommen geheissen | ED | 23.5153.02 |
| 30. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Ausladung vom Büro für Gleichstellung zum Mädchen-Parlament | PD | 23.5155.02 |
| 31. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Verlagerung vom Sex-Geschäft der Webergasse in private Wohnungen über den ganzen Kanton hinweg | JSD | 23.5188.02 |
| 32. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend wo sind die Menschen | JSD | 23.5178.02 |
| 33. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend doppelte Strassen Namen sorgen für Verwirrung | JSD | 23.5173.02 |
| 34. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Deutsche Polizei in Basel | JSD | 23.5170.02 |
| 35. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend geplante Demos in Basel | JSD | 23.5169.02 |
| 36. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend illegale Autorennen | JSD | 23.5160.02 |
| 37. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Brand im Roche Turm | JSD | 23.5157.02 |
| 38. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend wer bezahlt die Feuerwehr bei Privat-Anlass im Hotel Drei Könige | JSD | 23.5156.02 |
| 39. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Kriminalität bei der Basler Fasnacht | JSD | 23.5154.02 |
| 40. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend wie viele Velos wurden im Zeughaus abgeholt? | JSD | 23.5144.02 |

Anhang C: Neue Vorstösse

Motionen

1. Motion betreffend Kenntnisgabe der Eignerstrategien der öffentlich-rechtlichen Spitäler an den Grossen Rat

23.5324.01

Das Gesetz über die öffentlichen Spitäler des Kantons Basel-Stadt (ffentliche Spitäler-Gesetz, SpG) legt in  11 betreffend Aufsicht fest, dass der Regierungsrat dem Grossen Rat die Jahresrechnung eines Spitals zur Kenntnis bringt. Die Eignerstrategien, die den inhaltlichen und finanziellen Kurs der Spitäler über einen mehrjährigen Zeitraum festlegen und von der Regierung bestimmt werden, finden in diesem Zusammenhang keine Erwähnung.

Im Gegensatz dazu halten die Gesetze zu den ebenfalls ausgelagerten öffentlichen Institutionen BKB, BVB und IWB die Kenntnisgabe der Eignerstrategien an den Grossen Rat fest.

Die fehlende Kenntnisgabe der Eignerstrategien im Fall der öffentlichen Spitäler stellt einen gesetzlichen Mangel dar. Die BKB-, BVB- und IWB-Gesetze zeigen, dass die parlamentarische Kenntnisnahme und damit auch die Meinungsusserung des Parlaments zur mehrjährigen Planung der Regierung bei anderen, ebenfalls systemrelevanten Institutionen als selbstverständlich angesehen wird. Die GSK fordert daraus folgernd einstimmig die Ergänzung des SpG mit dem Passus, dass der Regierungsrat dem Grossen Rat die Eignerstrategien der Spitäler zur Kenntnis bringt.

Für die Gesundheits- und Sozialkommission: Oliver Bolliger, Präsident

2. Motion betreffend Dreifachturnhalle und zusätzlicher Schulraum Campus Bäumlihof, Drei Linden und Hirzbrunnen

23.5332.01

Allgemeines

Es ist hinlänglich bekannt, dass Basel-Stadt über viel zu wenig Sporthallen verfügt. Auf dem Campus Bäumlihof, Drei Linden und Hirzbrunnen stehen Sanierungen an. Es sollen lediglich «Pinsel-Sanierungen» durchgeführt werden, obwohl dem Campus und den Vereinen deutlich zu wenig Sporthallen zur Verfügung stehen.

Schon das Bundesgesetz über die Förderung von Turnen und Sport vom 17. März 1972 wie auch das Sportgesetz des Kantons BS vom 18. Mai 2011, Art. 12 schreibt vor, dass die Kantone dafür sorgen, dass die Schulen über die für Turnen und Sport notwendigen Anlagen und Einrichtungen verfügen.

Zudem hält das Bundesamt für Sport BASPO in ihren Sporthallen Planungsgrundlagen vom Oktober 2017 fest, dass für den Sportunterricht an Schulen auf 24-36 Wochenlektionen (entspricht 8-12 Klassen) eine Sporthalle mit entsprechender Dimension vorzusehen ist:

Einfachhalle (28 x 16 x 7m), Doppelhalle B (44 x 23.5 x 8m), Dreifachhalle (49 x 28 x 9m)

Ausgangslage

Bereits im Dezember 2010 wird im Allokationsbericht als Grundlage für die Neuaufteilung des Schulraums vom Kanton festgehalten, dass für den Schulstandort Bäumlihof/Drei Linden/Hirzbrunnen künftig 83 Schulklassen auf allen Schulstufen geplant sind. Zudem sollen an der Sekundarschule und am Gymnasium die Sportklassen geführt werden. Diese beanspruchen ebenfalls noch zusätzliche Hallenkapazitaten. Das jetzige Sporthallenangebot sei für die geplante Klassenzahl zu gering. Zudem sind die beiden Sporthallen der PS Hirzbrunnen stark renovationsbedurftig. Das Sportamt schlägt deshalb vor, die zwei alten Hallen durch einen Ersatzbau einer Dreifachhalle zu ersetzen.

Auch gemäss Sportanlagenkonzept Basel vom Juni 2022 (S. 67 im Bericht) besteht «Handlungsbedarf bei den grösseren Schulsport- und Sporthallen (Doppelhallen, Dreifachhallen)» und ein «Ausbau der Schulsport- und Sporthallenkapazitaten» sei anzustreben.

Situation

Unterdessen befinden sich auf dem Campus nicht 83 Schulklassen, sondern bereits bald 100 Schulklassen mit ca. 370 Sport-Wochenlektionen.

Die beiden Turnhallen des Hirzbrunnenschulhauses entsprechen nicht den Standards (448m²) des Bundesamts für Sport (siehe Ausfuhungen oben). Mit ca. 290 m² haben diese eine deutlich zu kleine Grundfläche. Bereits ab der 3.

Klasse der Primarschule ist die Hallengrösse zu klein bemessen. Dies gilt erst recht für die Sekundarschule (Drei Linden), die ebenfalls diese Turnhallen nutzt. Ebenfalls ist der Vereinssport betroffen, was auch von Seiten Sportamt bestätigt wird.

Der Regierungsrat wird beauftragt:

- Massnahmen zu treffen, um einerseits den Mangel an Sporthallen auf dem Gebiet des Schul-Campus Bäumlihof, Drei Linden, Hirzbrunnen und dadurch auch auf Kantonsgebiet zeitnah durch den Bau neuen Hallenraums (Dreifachturnhalle), der sowohl die Anliegen des Schul- wie auch des Vereinssports berücksichtigt, und andererseits den Mangel an Schulraum, Räumen für die Tagesstruktur und für die Quartierbevölkerung nutzbaren Raums (fehlende Aula) zeitnah zu beheben.
- Dazu sollen mindestens die zwei renovationsbedürftigen Turnhallen des Hirzbrunnenschulhauses durch eine neu zu bauende Dreifachturnhalle gem. der Norm des BASPO ersetzt werden, anstatt einer teuren Renovation.
- Die Sanierungsvorbereitungen der Hirzbrunnen-Turnhallen sind umgehend nach der Überweisung dieser Motion zu stoppen, damit abgeklärt werden kann, wie die herrschenden Mangellagen für den Schul- und Sportbetrieb sowie für Zusammenkünfte der Quartierbevölkerung durch einen Neubau behoben werden können.
- Die Planungsarbeiten für dieses Projekt so zu terminieren, dass just nach Abschluss der Sanierungsarbeiten der Bäumlihof-Sportanlagen mit den Bauarbeiten für einen neuen Komplex begonnen werden kann.

Alex Ebi, Thomas Gander, Christian von Wartburg, Melanie Eberhard, Nicole Strahm-Lavanchy, Roger Stalder, Philip Karger, Joël Thüring, Jenny Schweizer, Felix Wehrli, Daniel Hettich, Sasha Mazzotti, Adrian Iselin, Bruno Lötscher-Steiger, Olivier Battaglia, Lydia Isler-Christ, Pascal Pfister, Sandra Bothe, Béla Bartha, Lorenz Amiet, Luca Urgese, Christian C. Moesch, Johannes Sieber, Oliver Thommen, André Auderset, Beat Braun, Daniel Seiler, Balz Herter, Brigitte Gysin, Oliver Bolliger, Pasqualine Gallacchi, Harald Friedl, Jo Vergeat, Laurin Hoppler, Anouk Feurer, Mahir Kabakci, Tonja Zürcher, Heidi Mück, Nicola Goepfert, Lukas Faesch, Catherine Alioth, Raoul I. Furlano, Michael Hug, Annina von Falkenstein, Fleur Weibel, Jérôme Thiriet

3. Motion betreffend Zwischennutzung Musical Theater ab 2025 jetzt in Angriff nehmen

23.5333.01

Mit seiner Ankündigung im April 2022, am Standort des heutigen Musical Theater Basel am Riehenring ein neues Hallenbad mit einem 50-Meter-Schwimmbecken bauen zu wollen, hat der Regierungsrat bekanntlich eine breite Diskussion um das gegeneinander ausspielen von Sport und Kultur ausgelöst. In der Folge wurde die Initiative «Erhalt des Musical Theater Basel» lanciert und ist laut Medienberichten bereits zustande gekommen.

Im März 2023 hat der Grosse Rat dem Antrag der Regierung zugestimmt und die Abstimmungsfrist für die kantonale Volksinitiative «50 Meter Hallenbad für Basel! – JETZT!» um 18 Monate bis zum 14. März 2025 verlängert. Mit der Fristenverlängerung sollen etwaige Konflikte im Zusammenhang mit der kantonalen Volksinitiative «Erhalt des Musical Theater Basel» vermindert und das Vorgehen mit beiden Initiativen abgestimmt werden können.

Der Mietvertrag mit der heutigen Betriebsgesellschaft im Musical Theater endet Ende 2024. Reizt der Regierungsrat die bewilligte Abstimmungsfrist aus, wird erst dann über die Initiativen abgestimmt, wenn der heute laufende Betrieb im Musical Theater bereits eingestellt wurde. Es droht ein jahrelanger Leerstand. Die Grundbetriebskosten laufen weiter. Das nicht bespielte Gebäude verliert zusätzlich an Wert. Es werden keinerlei Mieterträge erzielt und auch für die Öffentlichkeit und den Kanton erzielt das leere Gebäude keinerlei positive Effekte, ganz im Gegenteil. Das Musical Theater ist heute und auch nach Ende 2024 ohne weiteres bespielbar (ohne Zusatzinvestitionen). Die Räumlichkeiten erfüllen die sicherheitsrelevanten Aspekte und die auftretenden Künstler:innen loben gar die Infrastruktur (z.B. bestehende Prozebühne, grosszügiges Foyer, Büroräumlichkeiten etc.).

Es ist aus oben genannten Gründen nicht realistisch, dass das weitere Vorgehen mit dem Musical Theater vor Ende 2024 bekannt ist. Eine mehrjährige Verzögerung ist schon heute klar; selbst wenn dereinst eine Schwimmhalle gebaut werden sollte. Sollte das Volk dem Erhalt des Musical Theaters zustimmen, wäre ein Leerstand besonders schädlich. Daher muss die Regierung möglichst bald aktiv werden und i.S. einer lückenlosen Zwischennutzung eine Betriebsgesellschaft finden, welche diese Lücke füllt. Es haben sich offensichtlich schon Interessierte gemeldet, die fachlich und finanziell dies betreiben können und wollen. Mit einer solchen professionellen Betriebsgesellschaft ergäbe sich für den Kanton zusätzlich die Chance, dass bei Annahme der Initiative «Erhalt des Musical Theater Basel» der Betrieb lückenlos übernommen werden könnte. Die Regierung darf jedenfalls nicht zuwarten. Der Schaden wird täglich grösser: Veranstaltungen für das Jahr 2025 werden nun schon im Jahr 2023 angefragt.

Daher beauftragen die Motionär:innen den Regierungsrat dringlich:

Die lückenlose Zwischennutzung des Musical Theaters ab dem Jahr 2025 sicherzustellen, indem dies innerhalb eines halben Jahres ausgeschrieben und vertraglich an eine Betriebsgesellschaft vergeben wird (entgeltlich/Mietzins/ohne Subventionen); auch als parallel notwendige Massnahme in der Behandlung der Initiativen und des in Ausarbeitung stehenden Kreditbeschlusses i.S. Umnutzungsvariante.

Johannes Sieber, René Brigger, Lorenz Amiet, Daniel Seiler, Andrea Strahm, Tonja Zürcher, Niggi Daniel Rechsteiner, Bruno Lötscher-Steiger, Christoph Hochuli, Alex Ebi, Alexandra Dill, Béla Bartha, Fleur Weibel, Christine Keller, Claudia Baumgartner, Laurin Hoppler, Mahir Kabakci, Christian von Wartburg, Stefan Suter, Balz Herter, Amina Trevisan, Franz-Xaver Leonhardt, Thomas Widmer-Huber, Christian C. Moesch, Jérôme Thiriet, Brigitte Gysin, Jo Vergeat, Sasha Mazzotti, Daniel Albietz, Nicola Goepfert, Sandra Bothe, Joël Thüring

4. Motion betreffend Selbstbestimmtes Leben zu Hause – in Zukunft mit zeitgemässen und bedarfsgerechten Leistungen!

23.5346.01

Ein selbstbestimmtes Leben zu führen, muss auch in Lebenssituationen möglich sein, in denen Menschen auf Unterstützung in verschiedenen Formen angewiesen sind. Typischerweise ist dies bei Alter und Behinderung, aber auch bei Unfall und Krankheit der Fall. Die Unterstützungen sind vielfältig, aber selten koordiniert. Die demografischen Anforderungen sind mit der zunehmenden und älter werdenden Bevölkerung anspruchsvoll.

Nicht nur selbstbestimmte Lebensführung, sondern auch steigende Gesundheitskosten prägen daher die planerische Stossrichtung «ambulant vor stationär». Dieser Grundsatz ist in der Versorgung der Spitäler strategisch angelegt, nicht aber im spitalexternen Bereich sowie im Bereich der Pflege, Betreuung und Assistenz. Es fehlt eine grundsätzliche Strategie, zusammenhängende Angebote und Leistungen zu planen und einzurichten, die den Eintritt oder den Verbleib in einer Institution der Alters- oder Behindertenhilfe im Sinne der Selbstbestimmung verhindern oder zumindest verzögern.

Es braucht eine Strategie in der «integrierten Versorgung», die insbesondere Pflege, Betreuung und Assistenz einbezieht, wenn der Grundsatz «ambulant vor stationär» nicht eine Absichtserklärung bleiben soll. Diese sollte folgende Punkte beinhalten:

- Eine integrierte Versorgung regelt ausgehend von der übergeordneten Zielsetzung «ambulant vor stationär» die einzelnen spitalexternen Leistungen der Pflege, Betreuung und Assistenz sowie deren Schnittstellen.
- Bedarfs- und fachgerechte spitalexterne Leistungen sind sowohl in der stationären wie in der ambulanten Versorgung sichergestellt und erfolgen mittels Fach- Betreuungs- oder Assistenzleistungen.
- Der Kanton stellt Angebote der Angehörigenentlastung und bei Not- und Überbrückungssituationen (inkl. die Anzeige prekärer oder sich schnell verändernder Umstände) sicher.
- Der Kanton fördert den Ressourcenerhalt, die Selbständigkeit und die Beziehungspflege der Leistungsbeziehenden.
- Die neue Gesetzesgrundlage ermöglicht die Umsetzung weiterer Leistungen in der Pflege, Betreuung und Assistenz von zu Hause lebenden Personen.

Die Leistungen des Kantons bleiben subsidiär zu Leistungen der Sozialversicherungen des Bundes (AHV, IV, KVG, UVG, BVG etc.).

Mit einer gesetzlichen Grundlage der «integrierten Versorgung» ermöglicht der Kanton eine zeitgemässe, bedarfsgerechte Versorgung und selbstbestimmtes Verbleiben zu Hause bzw. die Rückkehr nach Hause.

Die Unterzeichnenden beauftragen den Regierungsrat, eine entsprechende Gesetzesvorlage für die integrierte Versorgung auszuarbeiten, sei es mit einer Revision des Gesundheitsgesetzes (GesG) oder mit einem neuen Gesetz, das insbesondere Leistungen der Pflege, Betreuung und Assistenz zuhause als Teil der kantonalen Versorgungsstrategie regelt.

Georg Mattmüller, Christine Keller, Christian C. Moesch, Pasqualine Gallacchi, Oliver Bolliger, Raoul I. Furlano, Melanie Nussbaumer, Tobias Christ, Thomas Widmer-Huber, Patrick Fischer, Melanie Eberhard

5. Motion betreffend Ferienbetreuung in den Tagesstrukturen einführen

23.5347.01

Das Kinderbetreuungssystem in Basel hat ein strukturelles Problem: die Tagesstrukturen haben während den Schulferien geschlossen. Der beschlossene Ausbau der Tagesstrukturen in den Kindergärten (21.0064) und das neue Tagesbetreuungsgesetz (17.1460), welches darauf abzielt, dass Kinder ab Kindergartenalter von den Kitas in die Tagesstrukturen wechseln, haben das Problem nochmals deutlich verschärft für Familien im Kanton.

Neben den Lösungen auf privater Ebene (z.B. Grosseltern), gibt es auf institutioneller Ebene zwar Tagesferien, Ferienbetreuung an Schulen und Sportlager, die von verschiedenen öffentlichen und privaten Anbietern durchgeführt werden. Die Ferienbetreuung bedeutet aber, insbesondere für Familien mit mehreren Kindern, einen grossen Organisations-, Zeit-, und Kostenaufwand (siehe Interpellation Heer 22.5282). Weil Angebote im Quartier rasch ausgebucht sind, verbringen Kinder Tagesferien häufig an unbekanntenen Orten, an denen sie niemanden von den Betreuungspersonen oder den Kindern kennen. Insbesondere für Kinder im Kindergartenalter, die mehrere Wochen in den Tagesferien verbringen, kann dies eine Überforderung sein. Wegen dem Mangel an Angeboten in Quartiersnähe müssen Eltern ihre Kinder an die Tagesferien-Standorte begleiten. Dies verschlechtert die Vereinbarkeit Beruf und Familie während den Schulferien deutlich: es ist schlicht nicht möglich, zwei Kinder an zwei

verschiedene Standorte in der Stadt zu bringen, sie abzuholen, und dazwischen ein übliches Tagespensum zu arbeiten.

Weil der während der Schulzeit geltenden Anspruch auf zumutbaren Schulweg und der in den Kindertagesstätten und Tagesstrukturen geltenden pädagogische Qualitätsanspruch auf eine gewisse Konstanz der Betreuungsgruppen für Tagesstruktur-Kinder während den Ferien nicht gelten, hat Basel eine deutliche Angebotslücke bei der Ferienbetreuung. Am stärksten betroffen davon sind Familien, die die Lücke nicht mit einem privaten Betreuungsnetz abdecken können. Dazu gehören ausländische Fachkräfte und andere Familien, die kürzlich nach Basel gezogen sind. Der geplante quantitative Ausbau der Tagesferien und das neue Online-Portal reichen bei weitem nicht aus, um diesen deutlichen Nachteil in der Standortattraktivität Basels zu verringern. Insbesondere für frisch aus dem Ausland zugezogene Familien bleibt das unübersichtliche und komplizierte System der Ferienbetreuung schwierig zu verstehen, kaum zu bewältigen und somit kaum zugänglich. Deshalb sind für die hier ansässigen grossen internationalen Unternehmen, die sich im internationalen Wettstreit um Fachkräfte befinden, strukturelle Vereinbarkeitsverbesserungen rund um die Schulferien in Tagesstrukturen von grossem Wert und dringend nötig. Aus Sicht der Unterzeichnenden braucht es deshalb jetzt die Einführung von Ferienbetreuung an den Tagesstrukturen. Alle Tagesstrukturen sollen Ferienangebote haben, welche an einzelnen Tagen buchbar sind. Nur diese Lösung garantiert verlässlich die Vereinbarkeit für alle Familien, zumutbare Wege und eine gewisse Vertrautheit mit Orten und Personen. Komplementär dazu sollen Tagesferien-Angebote selbstverständlich weiterexistieren, da sie die Bedürfnisse nach Abwechslung und Neuem in den Ferien abdecken. Bei den heutigen drei Schulstandorten mit dem Angebot «Ferienbetreuung an Schulen» sei die Nachfrage gering (Interpellation von Wartburg 23.5044), doch das hat Gründe in der mangelhaften Bewerbung und in einem Konzept, das aus Sicht der Kinder wenig attraktiv ist. Diese operativen Probleme gilt es zu lösen. Die Erfahrungen von erfolgreichen Tagesferien-Anbietern und Tagesstrukturen, die bereits Ferienbetreuung anbieten, sollen genutzt werden für den Aufbau von Ferienangeboten in allen Tagesstrukturen. Es könnten durch attraktive Kooperationen neue Konzepte entstehen.

Die Unterzeichnenden fordern den Regierungsrat dazu auf, an allen Tagesstrukturen Ferienbetreuung einzuführen. Verbundlösungen im Quartier sollen möglich sein.

Barbara Heer, Melanie Nussbaumer, Niggi Daniel Rechsteiner, Nicole Amacher, Tobias Christ, Christian C. Moesch, Pascal Pfister, Oliver Thommen, Lisa Mathys, Edibe Gölgegi, Franziska Roth, Fleur Weibel, Heidi Mück, Christine Keller

6. Motion betreffend neues Steuerrechnungsmodell, statt Steuerinkasso auf die Unternehmen abwälzen

23.5348.01

Im Jahr 2017 hat es der Grosse Rat abgelehnt, im Kanton Basel-Stadt ein Lohnabzugsverfahren einzuführen (Geschäft Nr. 17.0347). Dieses Verfahren hätte vorgesehen, dass Arbeitgebende vom Lohn ihrer Angestellten einen Abzug vornehmen und den abgezogenen Betrag an die Steuerverwaltung abliefern müssen. Nun soll das Lohnabzugsverfahren mittels einer Volksinitiative nochmals zur Diskussion gestellt werden.

Die Argumente, die gegen ein solches Lohnabzugsverfahren sprechen, sind nach wie vor gültig. Es ist jedoch unbestritten, dass Steuerforderungen für viele Menschen im Kanton ein Problem sind. Das hat zunächst damit zu tun, dass die Steuern - trotz kürzlich erfolgter Steuersenkung – einen substanziellen Teil des Einkommens in Anspruch nehmen. Zu viele Menschen schieben - teils aus finanzieller Not, teils aus falscher Priorisierung von Ausgaben, teils aber auch aus Nachlässigkeit - Steuerzahlungen auf, bis sie mit Steuerschulden konfrontiert sind und in Probleme geraten.

Die Motionäre lehnen ein Lohnabzugsverfahren weiterhin entschieden ab. Es liegt in der Verantwortung der Steuerpflichtigen, ihre Steuern rechtzeitig zu bezahlen. Schon heute können die Steuerpflichtigen mittels Dauerauftrag dafür sorgen, dass jeden Monat ein Teil ihrer Steuern an die Steuerverwaltung überwiesen wird. Es ist zudem naheliegend, dass gerade die Zielgruppe dieser Massnahme sich für ein Opt-out entscheiden und damit dem Lohnabzugsverfahren entziehen wird, weil das Geld anderweitig beansprucht wird. Schliesslich ist nicht einzusehen, wieso Steuern mittels eines solchen Lohnabzugs gegenüber anderen Forderungen privilegiert behandelt werden sollen. Eine solche Privilegierung ist vom Gesetzgeber nicht vorgesehen.

Statt das Inkasso der Steuern auf die Unternehmen abzuwälzen, sollte der Staat sich selbst um das Inkasso seiner Steuern kümmern. Die Motionäre schlagen deshalb folgendes Alternativmodell vor:

- Der Kanton soll periodisch (z.B. monatlich oder nach Wahl der steuerpflichtigen Person) Rechnungen an die Steuerpflichtigen für einen Teilbetrag der Steuern verschicken.
- Im Gegensatz zur heutigen Praxis, einmal jährlich eine unbezifferte Einladung zur Vorauszahlung zu verschicken, soll auf der Rechnung ein konkreter Betrag aufgeführt werden, welcher aufgrund der Vorjahressteuer berechnet wird.
- Die Zahlung dieser Rechnung ist freiwillig. Es darf weniger (oder mehr) bezahlt werden. Es erfolgt kein Mahn- oder Inkassoverfahren.
- Beim Versand dieser Rechnungen sollen die Möglichkeiten der Digitalisierung und Automatisierung ausgereizt werden, Z.B. Rechnungsversand per Mail, eBill oder LSV/LSV+, um die Kosten für den Kanton so gering wie möglich zu halten und den Prozess so weit wie möglich zu automatisieren.

- Schliesslich soll der Kanton in geeigneter Form Unterstützung anbieten bei der Einrichtung eines Dauerauftrages für regelmässige Steuerzahlungen.

Die Vorteile dieser Lösung liegen auf der Hand:

- Die Selbstverantwortung der Steuerpflichtigen bleibt bestehen.
- Der Staat wälzt den Aufwand für das Steuerinkasso nicht auf private Unternehmen ab. Diese werden nicht zusätzlich mit grossem bürokratischem Aufwand belastet. Sie werden auch keinem Haftungs- und keinem Strafbarkeitsrisiko ausgesetzt.
- Es erfolgt keine Privilegierung von Steuerforderungen des Staates gegenüber anderen privaten Forderungen.
- Die wesentlichen Punkte des Lohnabzugsverfahrens - regelmässige Zahlung der Steuern, Opt-out-Möglichkeit, Information der Steuerpflichtigen, Verzinsung - werden auch mit dieser Lösung umgesetzt.
- Die Kosten dieser Lösung dürften günstiger sein, als das Lohnabzugsverfahren mit Entschädigung der Arbeitgebenden für ihren Aufwand.

Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Grossen Rat eine Vorlage zu unterbreiten, mit dem ein Steuerrechnungsmodell im Sinne der vorstehenden Ausführungen eingeführt werden kann. Hierbei sind unter anderem die Kosten dieser Lösung den Kosten eines Lohnabzugsverfahrens (inkl. Aufwendungen der Arbeitgebenden) gegenüberzustellen. Das Modell soll nach einem geeigneten Zeitraum ausgewertet werden, um zu beurteilen, ob die Zielgruppe effektiv erreicht und die Zahl der Steuerschuldner reduziert werden kann.

Luca Urgese, Daniel Seiler, Joël Thüring, Raoul I. Furlano, David Wüest-Rudin, Balz Herter

7. Motion betreffend Ergänzung des Baumschutzgesetzes: Nicht nur die Anzahl, sondern auch der ökologische Wert des Baumbestandes in BS muss geschützt werden, um dessen Klimawirkung zu erhalten

23.5349.01

Es ist unwidersprochen, dass Bäume eine sehr positive Wirkung auf das Klima in der Stadt haben. Es ist daher erfreulich, dass der Baumbestand in Zahlen seit Jahren steigend ist. Dagegen steht aber leider, dass sowohl die Lebensdauer als auch die ökologische Qualität der Bäume nicht in gleichem Masse zu- sondern stetig abnehmen. Der Klimawandel setzt dem bestehenden Baumbestand dazu. Baumarten, die früher stadtvträglich waren, leiden unter Hitzestress, Trockenheit oder Krankheiten, sterben früher und erreichen häufig nicht mehr dieselbe Grösse und dasselbe Kronenvolumen wie in früheren Zeiten. Heute geht die Stadtgärtnerei von einer mittleren Lebensdauer für einen Stadtbaum in Basel von nur noch 30 bis 40 Jahren aus. Dies bedeutet, dass viele Stadtbäume während ihrer Lebenszeit, ihre optimale Grösse und damit eine maximal positive Wirkung für das Stadtklima nicht mehr erreichen oder dann nur für wenige Jahre. Zahlen hierzu wurden bereits 2019 in der Motion 19.5151.02 von Thomas Grossenbacher und Konsorten zum wirkungsvollen Baumschutz dargelegt.

Für den Schutz des Baumbestands im öffentlichen und privaten Raum spielte das bestehende Baumgesetz in der Vergangenheit eine weitgehend zielführende Rolle. Es verlangt, dass der Baumbestand im Kanton Basel-Stadt zu erhalten und möglichst zu vermehren ist. Entsprechend wird im kantonalen Baumkataster die Baumart, die Anzahl, das Alter und weitere Angaben erfasst und Verluste werden durch Ersatzpflanzungen ersetzt. Nicht erfasst wird hingegen die Grösse der Bäume bzw. ihr Kronenvolumen, obwohl dieses für die ökologische Bedeutung bzw. die positive Auswirkung eines Baumes für das Stadtklima entscheidend ist. Es ist zu befürchten, dass in den letzten Jahren trotz einer zunehmenden Anzahl von Bäumen in der Stadt ihre positive ökologische Rolle für das Stadtklima abgenommen hat, weil die Bäume heute im Durchschnitt kleiner sind und ein geringeres Kronenvolumen haben.

Aus diesem Grund sind die Unterzeichnenden der Ansicht, dass in Zukunft auch die ökologische Qualität des Baumbestands erhoben werden muss, um beurteilen zu können, ob mit den getätigten Ersatzpflanzungen nicht nur die Anzahl der Bäume, sondern auch ihre ökologische Bedeutung, d.h. die positive Wirkung des Baumbestands für das Stadtklima, erhalten bleibt. Früher konnte die Biomasse von Stadtbäumen nur grob auf Grund von auf Basis von Standardwerten abgeschätzt werden. Seit einigen Jahren ist es jedoch möglich, mit schweizweit verfügbare Laser-Scanning Daten (LiDAR) das Kronenvolumen städtischer Baumbestände zu messen und daraus die Biomasse und den darin eingelagerten Kohlenstoff mit grosser Genauigkeit abzuleiten. Mit wiederholten LiDAR-Messungen kann so über die Zeit auch die Zu- bzw. Abnahme des Kronenvolumens gemessen werden. Der Regierungsrat hat bereits in seiner Antwort auf die Motion Th. Grossenbacher vom August 2019 erwähnt, dass er beabsichtige, den ökologischen Wert des Baumbestandes basierend auf den LiDAR-Daten 2020 zu erheben.

Die Unterzeichnenden sind der Ansicht, dass dies eine notwendige Grundlage ist, um auch unter den Bedingungen des Klimawandels, den ökologischen Wert des Baumbestands im Kanton BS zu erhalten. Basierend auf den obigen Ausführungen fordern sie deshalb den Regierungsrat auf:

- Absatz 1 von § 1 des Baumschutzgesetzes wie folgt zu ergänzen: Der Baumbestand im Kanton Basel-Stadt und sein ökologischer Wert ist im Interesse der Qualität des Lebensraumes, insbesondere der Wohnlichkeit, zu erhalten und möglichst zu vermehren.
- In Zukunft den ökologischen Wert, insbesondere das klimawirksame Kronenvolumen des Baumbestands auf öffentlichem und privatem Grund alle 5-10 Jahre mittels LiDAR-Daten zu erheben und die Ergebnisse zu veröffentlichen.
- Als Zielgrösse für den Erhalt des Baumbestands in Zukunft nicht mehr nur die Anzahl Bäume, sondern zusätzlich auch deren ökologischer Wert, d.h. ihr Kronenvolumen zu verwenden. Die erstmalige Erhebung des

Kronenvolumens anhand von LiDAR-Daten ist dabei Grundlage, um Zielgrössen für das Gesamt-Kronenvolumen des Baumbestands für die verschiedenen Stadtteile zu formulieren.

- Bei Baumfällungen auf öffentlichem als auch privatem Grund darauf hinzuwirken, dass mittels Ersatzpflanzungen über die Zeit auch der ökologische Wert und damit der positive Klimaeffekt zumindest erhalten, wenn nicht verbessert wird.

Béla Bartha, Lisa Mathys, Alexandra Dill, Erich Bucher, David Wüest-Rudin, Jean-Luc Perret, Nicole Strahm-Lavanchy

Anzüge

1. Anzug betreffend temporäre Massnahmen für die Sicherheit von Velofahrenden bei Baustellen

23.5326.01

Strassen brauchen Pflege und Unterhalt. Von Zeit zu Zeit sind grössere Bauarbeiten fällig. Auch die unter den Strassen verlaufende Infrastruktur für Versorgung und Entsorgung bringt Bauarbeiten mit sich, aktuell beispielsweise der Ausbau des Fernwärmenetzes. Zudem tangieren Neu- und Umbauten von Liegenschaften häufig auch den Strassenraum und engen ihn ein. Auch der Baustellenverkehr mit meist grossen, manövrierenden Lastwagen bringt weitere Gefahren mit sich. Baustellen verlangen von allen Verkehrsteilnehmenden erhöhte Aufmerksamkeit. Häufig verändert sich die Situation während der Dauer der Baustelle, was zusätzlich zur Gefahr werden kann.

Um die Sicherheit an Baustellen für alle Verkehrsteilnehmenden, insbesondere aber für Velofahrende, zu erhöhen, drängt sich Tempo-30 im Bereich von Baustellen direkt auf. Auf anfangs Januar 2023 hat der Bundesrat die Einführung von Tempo-30-Zonen deutlich vereinfacht und bisherige bürokratische Hürden abgebaut. Auch nach einer allfälligen Ausweitung von Tempo 30 auf das ganze Siedlungsgebiet verbleiben möglicherweise noch Strassen, auf denen ein höheres Tempo erlaubt ist und wo auch Velos zirkulieren.

Bisher unterscheiden die Behörden bei der Anordnung von temporären Massnahmen in der Regel nicht, ob die Baustelle an einer Velostrasse, einer im «Teilrichtplan Velo» festgelegten Pendler:innenroute oder an einer Basisroute liegt. So konnte beispielsweise letztes Jahr während einiger Zeit auf der Velostrasse Maulbeerstrasse infolge einer Baustelle nicht mehr gekreuzt werden. Velofahrende mussten anhalten und den Gegenverkehr abwarten. Mit der temporären Aufhebung von wenigen Parkplätzen hätte die Velostrasse in beiden Richtungen problemlos befahren werden können. Die zuständige Behörde hat eingeräumt, dass es keine Richtlinien gäbe, wie bei Baustellen an einer Velostrasse zu verfahren sei. Es drängt sich deshalb geradezu auf, dass der Regierungsrat oder das zuständige Departement Richtlinien erlässt, wie die möglichst reibungslose Durchfahrt für Velos bei Velostrassen, Pendler/innenrouten und Basisrouten auch bei Baustellen beibehalten werden kann.

Eine spezielle Problematik entsteht dadurch, dass Signale und Vorsignale von Baustellen häufig in den Lichtraum von Zufussgehenden und Velofahrenden ragen. Je nach Örtlichkeit sind die Folgen davon ärgerlich bis brandgefährlich. Die Baustellenverantwortlichen brauchen hier bessere Vorgaben.

Um die von Baustellen ausgehende Gefahr insbesondere für Velofahrende zu mindern und den Fahrkomfort aufrecht zu erhalten, bitten die Unterzeichnenden den Regierungsrat,

- ab sofort bis zur definitiven Umsetzung von Tempo-30 im ganzen Siedlungsgebiet neu bei Baustellen im Kanton mit Ausnahme der Autobahnen grundsätzlich maximal Tempo-30 signalisieren zu lassen und damit die Verkehrssicherheit deutlich zu erhöhen,
- für Baustellen an Velostrassen, Pendler/innenrouten oder Basisrouten gemäss Teilrichtplan Velo Richtlinien zu erlassen, wie die Durchfahrt optimiert werden kann und wie allenfalls Umfahrrouten für Velofahrende einzurichten und zu signalisieren sind.
- die nötigen Massnahmen einzuleiten, damit Baustellensignale den Fuss- und Veloverkehr nicht mehr unnötig und gefährlich behindern.

Jérôme Thiriet, Jean-Luc Perret, Tobias Christ, Beat Braun, Tonja Zürcher, Brigitte Gysin, Laurin Hoppler, Christoph Hochuli, Lisa Mathys, Raphael Fuhrer

2. Anzug betreffend Sperrung Brunngässlein, St. Alban-Graben und Elisabethenstrasse

23.5327.01

Mitte Mai kündigte die Regierung an, dass Fussgängerinnen und Fussgänger in der Aeschenvorstadt dank eines sich derzeit in Arbeit befindenden Gestaltungsprojektes mehr Raum erhalten sollen. In der gleichen Medienmitteilung kündigte die Regierung auch an, dass der Autoverkehr künftig nicht mehr durch den St. Alban-Graben und die Elisabethenstrasse in Richtung Bahnhof SBB rollen soll. Umgesetzt werden sollen die Verkehrsmassnahmen zeitnah und nicht erst dann, wenn das Gestaltungskonzept in der Aeschenvorstadt umgesetzt wird. Künftig sollen die Autos vom Kleinbasel herkommend ab Kreisel Kunstmuseum via Dufourstrasse über den Aeschensplatz fahren. Gleichzeitig

soll auch der Durchgangsverkehr zwischen Dufourstrasse und Aeschenvorstadt untersagt werden, das Brunngässli also für den motorisierten Verkehr gesperrt werden.

Der gesamte Autoverkehr aus dem Kleinbasel soll also in Zukunft über den Aeschenplatz geführt werden. Also über den Platz, der heute schon regelmässig überlastet und verstopft ist – und deshalb für viele Menschen eine grosse Herausforderung darstellt. Zudem soll der Aeschenplatz ja bald umfassend und während längerer Zeit saniert und komplett umgestaltet werden.

Die Unterzeichnenden befürchten, dass es während der Umgestaltung des Aeschenplatzes zu grossen Behinderungen für alle Verkehrsteilnehmer kommen wird. Die Nutzung der bestehenden Achse vom Kleinbasel via St. Alban-Graben und der Elisabethenstrasse Richtung Bahnhof SBB würde den Aeschenplatz während der Umbauzeit massgeblich entlasten. Mit einer baldigen Sperrung würde diese Entlastung wegfallen.

Der Regierungsrat wird deshalb ersucht, zu prüfen und zu berichten, ob mit der Sperrung des St. Alban-Graben und der Elisabethenstrasse für Autos nicht zumindest bis nach der erfolgten Umgestaltung des Aeschenplatz zugewartet werden kann. Damit würde während den Umbau- und Sanierungsarbeiten am Aeschenplatz eine Verbindung vom und ins Kleinbasel sichergestellt.

Daniel Seiler, Erich Bucher, Jeremy Stephenson, Philip Karger, Joël Thüring, Beat K. Schaller, Balz Herter, Beat Braun, Felix Wehrli, Michael Hug, Daniel Albietz, André Auderset, Alex Ebi, Niggi Daniel Rechsteiner, Johannes Sieber, Lorenz Amiet, Mahir Kabakci, Seyit Erdogan, Luca Urgese, Andreas Zappalà, Tim Cuénod, Christian C. Moesch, Franz-Xaver Leonhardt

3. Anzug betreffend Veloroute Aeschenplatz – Bruderholz

23.5328.01

Mit der Umsetzung des Verkehrsversuchs auf der Münchensteinerbrücke ist die Veloroute zwischen Aeschenplatz und Bruderholz auf diesem Abschnitt merklich sicherer und komfortabler geworden. Eine gute Veloroute muss aber auf der ganzen Strecke einen bestimmten Standard erfüllen, damit mehr Menschen auf das gesunde, stadt- und umweltfreundliche Velo gebracht werden können. Vom Aeschenplatz her gibt es auf der offiziellen Pendelroute aufs Bruderholz noch immer diverse Problemstrecken und -stellen:

- In der St. Jakobs-Strasse bis zum Denkmal fehlen auf fast der ganzen Länge Velostreifen.
- Die Fahrt in der Thiersteinallee ist seit der Entfernung der Autoparkplätze zwar merklich besser geworden, bei der Haltestelle Heiliggeistkirche fährt man aber unvermittelt auf den Randstein der Kaphaltestelle zu und muss mühsam und potentiell gefährlich zwischen die Geleise wechseln um nicht entlang der Haltestelle mit dem vorgezogenen Randstein zu kollidieren.
- Vor der Querung der Gundeldingerstrasse ist der Velostreifen vor der neu gestalteten Haltestelle Zwinglihaus unterbrochen.
- Auf dem Gundeldingerrain müssen Velos auf dem Trottoir fahren, auf dem gleichzeitig viele Kindergärtler- und Primarschüler:innen unterwegs sind. Zudem sind mehrere Verkehrssignale auf dem Trottoir montiert, welche den Fuss- und Veloverkehr einschränken.

Wir bitten die Regierung zu prüfen und zu berichten, wie und bis wann die ganze Route durchgehend als sichere und klar als solche erkennbare Veloroute eingerichtet werden kann. Insbesondere bitten wir zu prüfen:

- An der Haltestelle Heiliggeistkirche – allenfalls auch mit raschen provisorischen, kostengünstigen Massnahmen - eine Haltestellenüberfahrt (Velozeitinsel) einzurichten.
- Den Velostreifen vor der Haltestelle Zwinglihaus durchgehend zu markieren – nötigenfalls auch durch Verschiebung des Baumstandorts.
- Auf dem Gundeldingerrain permanent Tempo 30 und bergwärts einen durchgehenden Velostreifen einzurichten so dass die Velofahrenden, insbesondere mit schnellen E-Velos sicher auf der Strasse fahren können.

Franz-Xaver Leonhardt, Christian von Wartburg, Brigitte Kühne, Bruno Lötscher, Christoph Hochuli, Raffaella Hanauer

4. Anzug betreffend Optimierung der Haltezeiten der S6 am Badischen Bahnhof

23.5329.01

Der Ausbau auf den trinationalen S-Bahnstrecken rund um Basel wird vorangetrieben und optimiert. Auch auf der Linie der S6, wo ein Viertelstundentakt angeboten werden soll, sind die Planungen ja bekanntlich am Laufen.

Man strebt auf allen Strecken eine gute und schnelle Verbindung an, jetzt und erst recht in Zukunft. Beim Halt der S6 im Bad. Bahnhof steht der Zug unverständlicherweise bis ca. 8 Min, bevor er weiterfährt. Da das gewünschte Herzstück noch in weiter Ferne liegt, ist es aus Sicht der Pendler wünschenswert, wenn die Haltezeit bald möglichst verkürzt werden kann. Ganz im Sinne eines attraktiven öffentlichen Verkehrs.

Die Unterzeichneten bittet den Regierungsrat zu berichten und prüfen:

- Aus welchen Gründen entstehen die langen Wartezeiten?
- Kann die Zeit auf eine normales Mass gekürzt werden?

- Auf wann können die Anpassungen gemacht werden?

Daniel Hettich, Nicole Strahm-Lavanchy, Andreas Zappalà, Adrian Iselin, Thomas Widmer-Huber, Felix Wehrli, Olivier Battaglia, Sasha Mazzotti, Daniela Stumpf, Sandra Bothe, Stefan Suter, Edibe Gölge

5. Anzug betreffend bessere Planbarkeit von Nachtsitzungen für eine bessere Vereinbarkeit von Politik und Familie

23.5339.01

Im Milizsystem steht die politische Tätigkeit gezwungenermassen in Konkurrenz zu anderen Tätigkeiten und Verantwortungen wie Beruf, Vereinsleben, Bildung oder Betreuungsaufgaben. Manche dieser Tätigkeiten sind mehr oder weniger stark an einzelne Personen gebunden als andere. Während die Leitung einer Teamsitzung im Büro möglicherweise eher von einer anderen Person übernommen werden kann, ist beispielsweise die Aufgabe, einen Säugling ins Bett zu bringen, schwieriger einer anderen Person zu übertragen. Gar nicht zu übertragen ist das Recht, im Grossen Rat an Abstimmungen teilzunehmen.

Manchen Erzählungen zufolge gab es früher weniger Nachtsitzungen als heute. Die Effizienz der Ratsarbeit ist immer wieder ein politisches Thema. Fakt ist, dass Nachtsitzungen insbesondere Personen mit Betreuungspflichten zuhause vor grössere Herausforderungen stellen, wie wenn die Sitzungen tagsüber stattfinden, wenn Kitas und andere Betreuungsangebote zur Verfügung stehen. Für Alleinerziehende ist dadurch eine politische Tätigkeit besonders erschwert. Meist muss aber auch in anderen Konstellationen auf familiäre Unterstützung oder professionelles Babysitting ausgewichen werden, was wiederum Aufwand und Mehrkosten mit sich bringen kann. Schwierig daran ist insbesondere die oft sehr kurzfristige Absage, welche die Planbarkeit erschwert. Aktuell wird grundsätzlich in jeder Session eine Nachtsitzung provisorisch angesagt, die dann kurzfristig wieder abgesagt wird. Manchmal mit einer Woche Vorlauf, manchmal aber auch erst am Tag selbst, vereinzelt gar erst um 17 Uhr, wenn das Plenum in einer Abstimmung darüber entscheidet. Für diese Eventualität muss jedes Mal vorgesorgt werden und eine extern organisierte Betreuung kann auch nicht derart kurzfristig wieder abgesagt werden.

Hilfreich wäre, wenn die Nachtsitzungen bereits mit der Sessionseinladung definitiv festgesetzt und insgesamt zurückhaltender angesagt werden würden. Auch wenn dies dazu führen kann, dass möglicherweise die Traktandenliste nicht abgearbeitet werden kann, könnte für die kommende Session bereits frühzeitig festgelegt werden, dass eine Nacht-sitzung definitiv stattfindet, was die Planbarkeit für alle Ratsmitglieder verbessern würde. Es könnte auch nur jede zweite Session eine Nachtsitzung eventualiter angesetzt werden.

Eine weitere Möglichkeit wäre, zusätzliche Sitzungsstunden tagsüber einzuplanen. Hier gäbe es verschiedene Lösungsansätze, die nur beispielhaft erwähnt sein sollen. So könnte man etwa die regulären Sitzungen verlängern (bspw. Beginn um 8 Uhr und/oder Beginn um 14 Uhr), wie dies bereits 2020 gemacht wurde. Man könnte auch prüfen, ob etwa am zweiten Sessions-tag eine zusätzliche Sitzung bei Bedarf über Mittag sinnvoll wäre, was allerdings Auswirkungen auf die Tätigkeit in den Kommissionen hätte, die sich zu dieser Zeit beraten. Ferner wäre es auch denkbar, dass ein paar Mal im Jahr ein zusätzlicher Sessionstag ein-geplant wird, der nur bei Bedarf stattfindet, wie dies bereits im Januar 2022 wie auch Januar 2023 gemacht wird.

Möglichkeiten und Lösungsansätze wären viele weitere denkbar, die Anzugsstellenden wollen sich mit diesem Vorstoss nicht für eine bestimmte Variante aussprechen, sondern das Ziel vorgeben, dass die Anzahl Nachtsitzungen allgemein reduziert und die Planbarkeit von zusätzlichen Sitzungen verbessert werden soll. Konkrete Vorschläge sollen in einem nächsten Schritt ausgearbeitet und diskutiert werden.

Vor diesem Hintergrund wird das Ratsbüro gebeten, zu prüfen und zu berichten,

1. wie die Anzahl Nachtsitzungen im Allgemeinen reduziert werden kann;
2. ob eventuelle Nachtsitzungen nur noch in jeder zweiten Session angesagt werden können;
3. ob die Absage von Nachtsitzungen jeweils mit der Sessionseinladung definitiv oder mindestens eine Woche im Voraus erfolgen kann;
4. ob es sinnvoll wäre, ein anderes Zeitfenster tagsüber für zusätzliche Sitzung einzuplanen und falls ja, welche Lösungen hier zielführend und umsetzbar wären;
5. ob es andere Lösungsansätze gibt, die dem Ziel Rechnung tragen würden.

Daniel Sägger, Michael Hug, Oliver Thommen, Franz-Xaver Leonhardt, Stefan Wittlin, Christian C. Moesch, Beat Braun, Christoph Hochuli, Tobias Christ, Lorenz Amiet

6. Anzug betreffend "Die Region Basel fit für Wasserstoff machen"

23.5340.01

Der Ukraine-Krieg hat die angespannte Lage auf den Energiemärkten nochmals akzentuiert, weshalb einige Staaten die Produktion und Anwendung von (grünem) Wasserstoff forcieren. Ein Durchbruch dieses Energieträgers und seiner Derivate (z. B. grünes Methanol oder grüner Ammoniak) für den massenhaften Einsatz, insbesondere dort, wo eine Elektrifizierung wirtschaftlich oder technisch nicht umsetzbar ist, wird somit immer wahrscheinlicher.

Für die Schweiz und die Region Basel ist es daher von grösster Bedeutung, hier den Anschluss nicht zu verlieren. Einige unternehmerische Initiativen existieren bereits oder formieren sich derzeit, auch in der Region Basel. Die trinationale Wasserstoff-Initiative 3H2 bündelt diese Anstrengungen zu einem Ökosystem und setzt sich überdies für

die rasche Integration der Oberrheinregion in den European Hydrogen Backbone (EHB), eine europaweite Pipelineinfrastruktur für Wasserstoff mit einer Gesamtlänge von rund 53'000 km, ein. Dieses Übertragungsnetz soll neben anderen Transportwegen wie etwa dem Rhein die Versorgung mit Wasserstoff sicherstellen, sodass dieser bis zu 20 Prozent des Energieeinsatzes in der EU bis 2050 decken kann.

Während die benachbarten Länder und Gebietskörperschaften auf politischer Ebene bereits eigene Strategien betreffend Wasserstoff entwickelt haben oder diese gerade entwickeln, ist dies in der Region Basel nicht der Fall. Auch auf Bundesebene ist man bei diesem wichtigen Zukunftsthema in Verzug. Die vom Stände- und Nationalrat angenommene Motion 20.4406 «Grüne Wasserstoffstrategie für die Schweiz» verlangt eine nationale Strategie für nachhaltigen, grünen Wasserstoff, wobei ein Schwerpunkt auf der Importstrategie für grünen Wasserstoff liegen soll.

Die Region Basel wird aufgrund ihrer Lage als Tor der Schweiz nach Europa und der geplanten Infrastruktur eine Schlüsselrolle beim Import von grünem Wasserstoff spielen – sei dies per Pipeline, per Schiff oder weiteren Transportwegen. Dies stellt für die Logistikregion Basel insbesondere aus standortpolitischer Sicht eine grosse Chance dar. Um diese zu ergreifen, muss der Kanton Basel-Stadt in Zusammenarbeit mit dem Bund und den Nachbarkantonen eine mit der Strategie des Bundes kongruente Strategie Wasserstoff und seiner Derivate ausarbeiten. Der Kanton soll die Rahmenbedingungen möglichst attraktiv ausgestalten, sodass sich ein Ökosystem aus Unternehmen bestmöglich entwickeln kann.

Konkret wird der Regierungsrat dazu aufgefordert, zusammen mit den Nachbarkantonen, dem Bund sowie allenfalls grenzüberschreitenden Gebietskörperschaften eine die Arbeiten des Bundes unterstützende und mit diesen kongruente regionale Wasserstoffstrategie auszuarbeiten. Neben der Identifikation möglicher Standorte für Anlagen zur Produktion und Lagerung sowie Anlagen für die Logistik von Wasserstoff soll insbesondere eine Kuratierung der hierfür benötigten Perimeter und Flächen vorgenommen werden. Dies, da Wasserstoff und einige seiner Derivate störfallrelevant sind und daher potenziell weiterreichenden Einschränkungen unterliegen als andere Nutzungen in Industriegebieten. Zudem sollen weitere relevante Rahmenbedingungen derart angepasst werden, dass die Wasserstoffwirtschaft möglichst begünstigt wird. Somit soll der Kanton Basel-Stadt im Rahmen seiner Kompetenzen und Möglichkeiten einen Beitrag an den Anschluss der Schweiz an die geplante europäische Infrastruktur sicherstellen.

Ein ähnlich lautender Vorstoss wurde vom Landrat des Kantons Basel-Landschaft bereits überwiesen.

Daniel Albietz, Christoph Hochuli, Franz-Xaver Leonhardt, Andrea Elisabeth Knellwolf, Bruno Lötscher-Steiger, Michela Seggiani, Béla Bartha, Pasqualine Gallacchi, Andrea Strahm, Balz Herter, Brigitte Gysin, Thomas Widmer-Huber, Luca Urgese, Lorenz Amiet, Felix Wehrli, Nicola Goepfert, David Wüest-Rudin, Michael Hug, Daniel Seiler, Johannes Sieber, Erich Bucher

7. Anzug betreffend "E-Fuel als CO2-neutrale Ergänzung zur Elektromobilität"

23.5341.01

Der Kanton Basel-Stadt setzt im Rahmen seiner Bemühungen zur Dekarbonisierung im Strassenverkehr derzeit ganz auf die Technologie BEV (Battery Electric Vehicle). Zweifelsohne sind batteriebetriebene Elektrofahrzeuge die derzeit technologisch reifste Option, um Fahrzeuge CO2-neutral zu betreiben.

Nicht nur in der Debatte um die Beschaffung von eTransportern für die Berufsfeuerwehr Basel-Stadt im Frühjahr 2022 wurde von verschiedener Seite die Frage aufgeworfen, ob für gewisse Anwendungen andere CO2-freie Antriebstechnologien als der batterieelektrischen sinnvoll sein könnten und vielleicht sogar ökologische und wirtschaftliche Vorteile haben könnten. Für eine erfolgreiche Dekarbonisierung ist es wichtig, dass auch neue Technologien entwickelt und erprobt werden.

Dabei zeichnet sich ab, dass E-Fuels für gewisse Anwendungen schon bald eine echte Alternative zum Batterieelektrischen Antrieb sein könnten. Unter E-Fuels werden synthetische Kraftstoffe verstanden, welche aus der Umgebungsluft entnommenem CO2 und Wasser produziert werden, wobei Energie in Form von Elektrizität oder Sonnenlicht verwendet wird. Dank hoher Energiedichte kann gegenüber heutigen Batterien deutlich Gewicht und Platz gespart werden, weshalb insbesondere auch für den Luftverkehr oder auch die Schifffahrt E-Fuels eine interessante Lösung für die Dekarbonisierung sein könnten. Bisher grösster Nachteil von E-Fuels war der grosse Stromverbrauch bei der Produktion. Es gibt deshalb Bemühungen in Forschung und Entwicklung über die direkte Verwendung von Sonnenlicht den Umweg über die Produktion von Elektrizität und Wasserstoff zu umgehen.

Beispielsweise konnte sich das Schweizer Unternehmen Synhelion (<https://synhelion.com>) mit einer entsprechenden innovativen Technologie am Weltmarkt positionieren. Diese vielversprechende Technologie beginnt Unternehmensangaben zufolge gerade durch Skalierung marktfähig zu werden. Basel-Stadt könnte sich mit dem Einbezug dieser neuen Technologie als "Early Adopter" auszeichnen.

Ferner hat die IWB angekündigt, im Rahmen des Joint Venture greenH2 AG zusammen mit Fritz Meyer AG in Birsfelden eine Produktionsanlage für Wasserstoff zu erstellen. Zudem soll durch die Schaffung des "H2-Hub Schweiz" die Region Basel an das sich im Aufbau befindende europäische Wasserstoffleitungsnetz angeschlossen werden. Dadurch könnte für die Region Basel auch der Aufbau einer konventionellen E-Fuels-Produktionsanlage (via Wasserstoff) in Frage kommen.

Deshalb bitten die unterzeichneten Anzugssteller den Regierungsrat, zu prüfen und zu berichten:

- ob - und falls ja, wie - das Gesamtkonzept Elektromobilität um E-Fuels zielführend ergänzt und flexibilisiert werden kann;

- ob in gewissen Fällen auch für Fahrzeuge der Verwaltung und/oder der ausgelagerten Betriebe ausschliesslich mit E-Fuels betriebene Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren in der Gesamtbilanz die ökologisch, wirtschaftlich und betrieblich sinnvollste Lösung sind;
- welches Potential er im Bereich der Luftfahrt für E-Fuels sieht und wie der Kanton die Erschliessung dieses Potentials unterstützen und vorantreiben kann und will;
- welches Potential er im Bereich der Fracht- und Personenschifffahrt auf dem Rhein für E-Fuels sieht und wie der Kanton die Erschliessung dieses Potentials unterstützen und vorantreiben kann und will;
- welche weiteren Anwendungen sinnvollerweise mit Hilfe von E-Fuels dekarbonisiert werden könnten;
- ob z. B. durch Einbezug der IWB der Kanton Basel-Stadt über eine Pilotanlage E-Fuel für den Eigenbedarf herstellen und dadurch technologisch fördern kann.

Lorenz Amiet, Daniel Sägesser

8. Anzug betreffend juristische Beratung und Unterstützung für behinderte Menschen und ihre Angehörige

23.5342.01

Menschen mit schwerwiegenden gesundheitlichen Problemen sowie Behinderungen haben zwangsläufig und unfreiwillig juristischen Beratungs- und Unterstützungsbedarf, sei dies auf Grund eines möglichen sozialversicherungsrechtlichen Anspruchs oder aber auf Grund des Lebensbedarfs wie Bildung Arbeit und Wohnen.

Sozialversicherungsrechtliche Ansprüche sind bundesrechtlich geregelt, ein entsprechendes Beratungsangebot in Basel-Stadt wird durch den Bund in bescheidenem Rahmen und lediglich rund zur Hälfte finanziert. Zudem sind diese Beiträge seit über 10 Jahren gedeckelt, im Gegenzug steigt der Bedarf an juristischer Beratung, da der Zugang zu Leistungen der Invalidenversicherungen in den vergangenen 15 Jahren erschwert wurde. Dies trifft nicht IV-berechtigte Personen insbesondere Menschen mit einer psychischen Beeinträchtigung, die daher Existenzbeiträge trotz ihrer gesundheitlichen Beeinträchtigung durch die kantonale Sozialhilfe erhalten. Die Situation hat sich durch die Pandemiejahre zudem akzentuiert. Die Nachfrage an unentgeltlicher und vorgerichtlicher juristischer Beratung übersteigt das Angebot klar.

Probleme und damit verbundene und juristische Fragestellungen ergeben sich für behinderte Personen aber auch im praktischen Lebensalltag bezüglich Bildung Arbeit und Wohnen. Dieses Beratungs- und Unterstützungsangebot wurde vor 2008 durch den Bund finanziert, seit dem NFA (Neuer Finanzausgleich Bund/Kantone) sind die Kantone für diese Leistungsbereiche zuständig. Der Kanton hat die Leistungen übernommen, nicht aber die unentgeltliche Rechtspflege in den Bereichen. Der Bedarf an Beratung und Unterstützung zeigt sich vor allem bei kognitiver und psychischer Beeinträchtigung sowie im Bereich des Autismus-Spektrums (ASS). In der juristischen Beratung und Unterstützung von Betroffenen (auch von Angehörigen) besteht daher eine offensichtliche Angebotslücke.

Unentgeltliche Rechtsberatung zur rechten Zeit hat eine deeskalierende und unter dem Strich auch für den Kanton kostenmindernde Wirkung. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn für die Fragestellungen qualifizierte Anwält:innen und Jurist:innen zur Verfügung stehen. Bislang finanziert der Kanton Basel-Stadt in beiden Aspekten keine niederschwellige, vorgerichtliche Rechtsberatung.

Die Unterzeichnenden bitten daher den Regierungsrat daher zu prüfen und zu berichten,

1. ob er den Nachfrageüberhang, bzw. die Finanzierungs- /Leistungs-lücke bezüglich unentgeltlicher und vorgerichtlicher juristischer Beratung bestätigen kann und inwieweit diese unentgeltliche und vorgerichtliche Rechtsberatung Existenzkosten und Gerichtslast reduziert.
2. ob er den Bedarf an unentgeltlicher und vorgerichtlicher juristischer Beratung im Rahmen der Behindertenhilfe anerkennt und inwieweit diese unentgeltliche und vorgerichtliche Rechtsberatung die Gerichtslast reduzieren kann.
3. ob er die Notwendigkeit sieht, bzw. die Bereitschaft hat, solche Rechtsberatungs- und Vertretungsangebote zu finanzieren.

Beda Baumgartner, Melanie Eberhard, Bruno Lötscher-Steiger, Brigitte Gysin, Oliver Bolliger, Daniela Stumpf, Niggi Daniel Rechsteiner

9. Anzug betreffend eine bedarfsgerechte Finanzierung der subventionierten Fahrten für mobilitätseingeschränkte Personen

23.5343.01

Die beiden Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt koordinieren auf der Basis einer bikantonalen Vereinbarung seit 2016 die Finanzierung der subventionierten Fahrten für mobilitätseingeschränkte Personen in den beiden Kantonen. Seit der Einführung des «Anbietermodells» 2013 wurden die verschiedenen Stellschrauben wie Fahrtenkontingente oder Selbstbehalte der Fahrgäste so gesteuert, dass die budgetierten kantonalen Finanzen ausreichen.

Mit der Öffnung des ursprünglichen «Behindertentransport» in ein Angebot von Fahrdiensten für subventionierten Fahrten mobilitätseingeschränkter Personen wurde die Bezugsgruppe korrekterweise für betagte Personen geöffnet, was aber zur Folge hatte, dass die Anzahl der bezugsberechtigten Personen in beiden Kantonen in den letzten

Jahren markant angestiegen ist. Ebenfalls haben sich für die anbietenden Fahrdienste die Rahmenbedingungen für angemessene, faire Arbeitsbedingungen seither geändert.

Weiter hat der Kanton Basel-Landschaft mit dem im Januar 2023 beschlossenen neuen Gesetz über Fahrdienste für mobilitätseingeschränkte Personen beschlossen, dass die Finanzierung der Fahrten möglichst «ÖV-nah» ausgestaltet sein soll und hat dafür auch ein entsprechendes Budget bereitgestellt.

Diese beiden Tatsachen führen zum Umstand, dass die seitens Basel-Stadt budgetierten finanziellen Mittel nicht mehr ausreichen, beziehungsweise nicht koordiniert sind mit BL und den stark gestiegenen Bedarf der bezugsberechtigten Personen nicht mehr zu decken vermögen.

Der Regierungsrat wird gebeten zu prüfen und zu berichten, wie und in welcher Höhe eine aktuelle, bedarfsgerechte Finanzierung der subventionierten Fahrten für mobilitätseingeschränkte Personen ermöglicht werden kann.

Georg Mattmüller, Amina Trevisan, Daniela Stumpf, Oliver Bolliger, Melanie Nussbaumer, Christoph Hochuli, Nicole Strahm-Lavanchy

10. Anzug betreffend gezielte Förderung von Forschung und Entwicklung für die Allgemeinheit und den Standort

23.5344.01

Im Kontext von Diskussionen rund um den Wirtschaftsstandort Basel-Stadt (u.a. auch die OECD-Steuerreform) wird häufig über die Möglichkeit von Förderung von Forschung und Entwicklung im Bereich der Pharmaindustrie gesprochen. Dabei geht allerdings vielfach unter, dass Forschung und Entwicklung meist auf Felder ausgerichtet ist, die viel Gewinn und Umsatz versprechen. Gleichzeitig existieren diverse vernachlässigte Forschungsgebiete: die Antibiotikaforschung und der Umgang mit Resistenzen, die Forschung zur Bekämpfung und Vorbeugung von Demenz und zu seltenen Tropenkrankheiten (NTDs) oder allgemein seltenen Krankheiten. Auch Forschungsarbeiten im Bereich der geschlechtsspezifischen Medizin sind erst im Anfangsstadium begriffen. Diese Liste ist dabei nicht als abschliessend zu betrachten.

Auch bei der Produktion in der Pharmaindustrie wird in erster Linie nicht auf gesamtgesellschaftliche Interessen geschaut: Die Versorgungssicherheit mit Medikamenten (bspw. Generika) durch die anwesende lokale Industrie ist nicht gewährleistet bzw. in der Ablösung begriffen (bspw. Verkauf von Sandoz).

Im Kontext von möglichen Förderungen von Forschung und Entwicklung ist es wichtig, diese auch am Interesse der Allgemeinheit auszurichten. Dabei sollen auch soziale und ökologische Nachhaltigkeitskriterien berücksichtigt werden und, wo möglich, auf Tierversuche verzichtet werden. So könnte eine Situation entstehen, die sowohl für die Industrie wie auch die Bevölkerung einen zusätzlichen Nutzen bieten kann.

Die Anzugsstellenden bitten den Regierungsrat darum, zu prüfen und zu berichten, wie

- die Forschung im Bereich der Antibiotika und Resistenzen sowie von seltenen (Tropen)krankheiten durch den Kanton Basel-Stadt gefördert werden kann?
- wie universitäre Grundlagenforschung in im Anfangsstadium begriffenen Themenbereichen, wie der geschlechtsspezifischen Medizin, gefördert werden kann?
- für die oben genannten Massnahmen zu Forschung und Entwicklung ein geeignetes finanzielles Gefäss eingerichtet werden kann?
- wie die Verteilung möglicher Mittel an Kriterien der Nachhaltigkeit und des öffentlichen Interesses geknüpft werden kann?
- eine Beteiligung der öffentlichen Hand an möglichen Gewinnen, welche durch erfolgreiche Forschungsprojekte erwirtschaftet wurden, sichergestellt werden kann?

Beda Baumgartner, Melanie Nussbaumer, Christoph Hochuli, Jérôme Thiriet, Olivier Battaglia, Oliver Bolliger, Thomas Gander, Christine Keller, Pascal Pfister, Fleur Weibel, Thomas Widmer-Huber, Nicole Amacher, Lisa Mathys, Leoni Bolz

11. Anzug für einen internationalen Ausgleich bei der Verwendung der zusätzlichen Steuereinnahmen

23.5345.01

Durch die Einführung der OECD-Mindeststeuer werden in Basel-Stadt zusätzliche Einnahmen durch Unternehmenssteuern generiert werden. Mit der Mindeststeuer will die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) den Steuerwettbewerb eingrenzen. Die Gewinne werden jedoch auch mit der Reform nicht dort versteuert werden, wo sie erarbeitet wurden. Die anstehende Einführung führt potenziell, solange es keinen internationalen Finanzausgleich gibt, zu grossen Mehreinnahmen für unseren Kanton.

Basel-Stadt ist jedoch Teil eines internationalen Systems. Hier ansässige Konzerne haben Niederlassungen in Ländern auf der ganzen Welt und generieren dort Wertschöpfung. Diese Länder sind mit uns nicht nur wirtschaftlich verbunden, auch der Klimawandel betrifft uns alle. Basel-Stadt als wohlhabender Kanton ist in der Lage, einen Teil der zusätzlichen Steuereinnahmen, in Zusammenarbeit mit hier ansässigen Firmen für Klimamassnahmen in diesen Ländern zu verwenden. Unser Kanton profitiert von der Wertschöpfung in anderen Ländern und sollte deshalb auch

etwas dazu beitragen, dass diese trotz der Klimafolgen weiterhin erbracht wird bzw. damit diese Klimafolgen nicht noch schlimmer werden.

Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, wie in Zusammenarbeit mit hiesigen Unternehmen ein Programm für Investitionen zum Klimaschutz gestaltet werden könnte und welche Standorte dieser Unternehmen dabei berücksichtigt werden können.

Pascal Pfister, Melanie Eberhard, Jean-Luc Perret, Christoph Hochuli, Raphael Fuhrer, Nicole Amacher

Schriftliche Anfragen

1. Schriftliche Anfrage betreffend Monitoring von und Umgang mit Long Covid

23.5364.01

Als Long Covid (oder Post-Covid-Syndrom, Post-Covid-Erkrankung) werden gemäss WHO Symptome bezeichnet, die nach einer bestätigten oder vermuteten Covid-Infektion mehr als 3 Monate andauern und nicht anderweitig erklärbar sind. Die Corona-Pandemie ist fast schon wieder aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwunden. Dennoch ist es von Interesse, welche Ergebnisse das Monitoring von Long Covid in unserem Kanton zum Vorschein gebracht hat und wie in unserem Kanton mit den Betroffenen von Long Covid umgegangen wird. Der Unterzeichnende stellt dem Regierungsrat deshalb folgende Fragen.

1. Wie ist die Versorgungs-Situation von Long Covid-Betroffenen in Basel-Stadt? Was sind die Behandlungsmöglichkeiten?
2. Was ist der Erfolg der Versorgungsangebote? Wie viele Personen haben sich durch Behandlung oder Reha von Long Covid erholt?
3. Wie viele Personen sind in Basel-Stadt betroffen? Wie viele davon sind im Gesundheitswesen beschäftigt oder Lehrkräfte?
4. Wie viele sind bereits seit über 12 Monaten, über zwei Jahre und über drei Jahre krank?
5. Was sind die Prognosen für Betroffene?
6. Wie viele der Long Covid-Betroffenen erfüllen Kriterien für ME/CFS (die schwerste Form von LC, unheilbar und stark einschränkend mit Heilungschance unter 10%)?
7. Wie viele sind nicht arbeitsfähig? Wie viele haben ihren Job verloren? Wie viele sind jetzt beim RAV, Sozialamt? Wie viele erhalten Taggelder, wie viele Unfallversicherung?
8. Wie viele Kinder sind betroffen? Wie viele Kinder können nicht zur Schule gehen? Wie ist die Situation für Kinder unter 14 Jahre bei der IV?
9. Welche interdisziplinären Unterstützungsangebote gibt es (Spitex, HA, Spezialkliniken, Therapeuten, APNs)?
10. Wie viele klinische Studien werden durchgeführt? Welche diagnostischen Methoden gibt es?

Pascal Pfister

2. Schriftliche Anfrage betreffend Lehre in überbetrieblichem Verbund

23.5365.01

Der Verband der Lebensmitteldetaillisten (VELEDES) ist für die Lernenden im Bereich Detailhandel der Branche Nahrungs- und Genussmittel verantwortlich. Lernende werden in Bäckereien und Metzgereien ausgebildet. Andere Lebensmittelfachgeschäfte hingegen können keine Lernenden ausbilden. In Basel-Stadt gibt es Gewerbetreibende aus dem spezialisierten Lebensmittelhandel, die dazu bereit wären. Dies ist ihnen aber nicht möglich mit der Begründung, dass die Ausbildung den Einblick in verschiedene Bereiche des Lebensmittelhandels bedinge. Für solche Betriebe bräuchte es deshalb unter Umständen einen Verbund, damit die Lernenden ihre Lehrzeit in verschiedenen Betrieben verbringen können.

In diesem Zusammenhang stellen sich folgende Fragen:

1. Gibt es die Möglichkeit einer betriebsübergreifenden Lehre in einem Verbund von Ausbildungsbetrieben?
2. Waren solche Verbünde in Basel-Stadt ein Thema?
3. Welche gesetzlichen Grundlagen müssten geändert werden, um solche Verbünde möglich zu machen?

Pascal Pfister

3. Schriftliche Anfrage betreffend Beleghebammen als Erfolgsmodell, aber wer bezahlt die Rechnung?

23.5366.01

Die Arbeit als Beleghebamme ist sehr vielfältig. Sie umfasst den ganzen Betreuungsbogen von Schwangerschaft, Geburt, Wochenbett- und Stillzeit. Die interprofessionelle Zusammenarbeit mit Fachärzt*innen der Gynäkologie, Anästhesie, Neonatologie, Pädiatrie, Psychiatrie, Hämatologen und z. T. auch der inneren Medizin hat sich sehr bewährt. Die werdenden Eltern werden in physiologischen und komplexen geburtshilflichen Situationen betreut und begleitet. Beleghebamme sein heisst, in Beziehung sein mit werdenden Eltern, in Abrufbereitschaft sein bei Problemen in der Schwangerschaft, für die Geburt und für die ganze Wochenbettzeit (bis zum 56. Tag nach der Geburt, ggf. darüber hinaus) und dies rund um die Uhr, sieben Tage die Woche und 365 Tage im Jahr. Mit dem Angebot verpflichtet sich eine Beleghebamme, diese Dienstleistungen anzubieten und für die Zeit abrufbereit zu sein. Eine Beleghebamme ist eine Hebamme, die werdende Eltern während der Schwangerschaft, während der Geburt im Spital und danach im Wochenbett zu Hause betreut. Somit steht den werdenden Eltern eine vertraute Hebamme in allen Phasen rund um die Geburt zur Seite. Die Beleghebamme betreut die Gebärenden in der Gebärabteilung eines Spitals individuell und 1:1. Frauen sind mit einer kontinuierlichen Betreuung durch Hebammen zufriedener (Sandall, Soltani, Gates, Shennan, & Devane, 2016). Damit dies möglich ist, schliessen Beleghebammen mit Spitälern Verträge ab. Die Verträge umfassen Schwangerschaftsbetreuung, Geburt und Wochenbett sowie die Pikettenschädigungen. Teilweise müssen Kosten von den Eltern selber übernommen werden.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Spitäler im Kanton Basel-Stadt haben Stand heute Verträge mit Beleghebammen abgeschlossen?
2. Wie hoch sind die Entschädigungen der Beleghebammen in den verschiedenen Spitälern für Schwangerschaftsbetreuung, Geburt und Wochenbett?
3. Wie sind die «Überstunden» bei längeren Geburten organisiert und finanziert in den verschiedenen Spitälern?
4. Wie hoch sind die Pikettenschädigungen bei jedem Spital?
5. Welchen Handlungsbedarf sieht der Regierungsrat bei den Arbeitsbedingungen der Beleghebammen?
6. Wie hoch ist der Betrag, den die werdenden Eltern selber bezahlen müssen pro Spital?
7. Welche Möglichkeiten sieht der Regierungsrat, um die Kosten für Eltern zu senken?

Barbara Heer

4. Schriftliche Anfrage betreffend Verhalten des Fachausschusses Literatur bei der Behandlung des Fördergeld-Gesuches eines Schriftstellers

23.5367.01

Einem Bericht der Basler Zeitung ist zu entnehmen, dass der weit über die Landesgrenzen bekannte und mehrfach ausgezeichnete Basler Schriftsteller Alain Claude Sulzer sein Fördergesuch an den Fachausschuss Literatur beider Basel zurückgezogen hat, nachdem er von diesem Gremium aufgefordert worden war zu erklären, was seine Überlegungen beim Gebrauch der Bezeichnung «Zigeuner» in seinem neuen Buch seien.

Dieses Verhalten eines Gremiums, welches darüber entscheidet, wer finanziell unterstützt werden kann und wer nicht, wirft Fragen auf:

Im Zentrum steht die künstlerische Freiheit, welche in Art. 21 der Bundesverfassung gewährleistet ist. Darf der Staat Einfluss nehmen auf die Gestaltungsfreiheit einer Künstlerin oder eines Künstlers? Bezogen auf diesen Fall: Darf die Verwendung dieses Wortes, welches früher üblich war und meist auch ohne jegliche Diskriminierungsabsicht gebraucht wurde, Anlass sein, Nachfragen anzustellen, denen die Vermutung diskriminierender Äusserungen zugrunde liegt? Hätten die Verantwortlichen dieses Gremium sich nicht vertieft einerseits mit dem hervorragenden bisherigen Werk und der Persönlichkeit von Alain Claude Sulzer beschäftigen müssen und somit zur Einsicht gelangen können, dass er ganz gewiss nie Diskriminierungsabsicht hatte und hat und andererseits die Ausführungen der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus zu «Kunst und Wissenschaft» beachten müssen? Darf der Fachausschuss in dieser Weise Grund zur Annahme bieten, man habe Zensur-Absicht?

Durch dieses Vorgehen des Fachausschusses wurde in Kauf genommen, dass das Ansehen des Schriftstellers und Trägers des Basler Kulturpreises sowie weiterer bedeutender Auszeichnungen beschädigt wird.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Anerkennt der Regierungsrat die künstlerische Freiheit als Grundrecht?
2. Muss auch der Fachausschuss Literatur die künstlerische Freiheit respektieren?
3. Kennt der Fachausschuss die Ausführungen der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus zu «Kunst und Wissenschaft»?
4. Erachtet der Regierungsrat das Vorgehen des Fachausschusses Literatur im Zusammenhang mit der Bearbeitung des Gesuches von Alain Claude Sulzer als gerechtfertigt und angemessen?
5. Anerkennt der Regierungsrat die Gefahr einer rufschädigenden Beschuldigung, diskriminierende Äusserungen zu verwenden, durch dieses Vorgehen des Fachausschusses?

6. Ist der Regierungsrat der Ansicht, mit dem Rückzug des Gesuches durch den Schriftsteller sei diese Angelegenheit abgeschlossen?
7. Besteht Bereitschaft, die Angelegenheit einvernehmlich zu bereinigen und – falls erwünscht – bei Erfüllung der Förderkriterien – nachträglich einen Förderbeitrag zu sprechen?

Michael Hug

5. Schriftliche Anfrage betreffend Auswirkungen der kantonalen Kulturförderung auf die Kunstfreiheit und das Kulturschaffen

23.5369.01

Die Rückfrage auf ein Gesuch um Unterstützung bei der Finanzierung eines Buches (Roman «Genienovelle» von Alain Claude Sulzer) hat schweizweit und über die Schweiz hinaus (FAZ, SZ, DLF) mediales Echo gefunden¹. Der Autor wurde aufgefordert sich zu erklären, mit welcher Absicht er in seinem Roman das Wort «Zigeuner» verwende. Das Wort wird von Duden mit «hat diskriminierende Bedeutung(en)» klassifiziert. Gemäss Medienberichten² waren die Kulturbeauftragten beider Basel der Ansicht, dass es im betreffenden Fall eine Ergänzung und eine Kontextualisierung brauche.

Anders sieht das der Autor. Er versteht die Aufforderung zur Erklärung der Verwendung einzelner Wörter in der Erzählstimme des Protagonisten seiner Geschichte als Einschüchterungsversuch und befürchtet negative Folgen für die Kunstfreiheit im Allgemeinen und für die Literatur im Speziellen. SRF-Literaturclub-Moderatorin Nicola Steiner spricht von einer Zumutung, dass der Autor sowas erklären muss. Mindestens ein Mitglied der involvierten Fachjury ist nach publik werden des Vorfalls ausgetreten.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist die Kunstfreiheit in Basel-Stadt garantiert? (Art. 21 der Bundesverfassung)
2. Ist der Regierungsrat der Ansicht, dass es Gründe gibt, die Kunstfreiheit einzuschränken? Falls ja, welche sind das?
3. Teilt der Regierungsrat die Ansicht des Autors, dass im oben beschriebenen Vorgehen ein Zensor (Abteilung Kultur) tätig wurde und es sich um Zensur handelt?
4. Anerkennt der Regierungsrat, dass sich solche Aufforderungen zur Erklärung zumindest in einem Graubereich der Zensur bewegen? In dem Sinne, dass die Aufforderungen bei Autor:innen eine selbstzensurierende Wirkung auf ihr Kunstschaffen haben können? Stichwort: Schere im Kopf?
5. Was erwartet der Regierungsrat von solchen Abklärungen? Aus welchem Grund und mit welchem Ziel werden sie vorgenommen? Soll den Kunstschaffenden eine Selbstreflexion nahegelegt werden? Falls ja, mit welchem Ziel und hält der Regierungsrat das für angebracht?
6. Ist der Regierungsrat der Ansicht, dass Literatur frei von Wörtern sein soll, die Duden mit «hat diskriminierende Bedeutung(en)» klassifiziert? Gibt es andere Wörter, die in der Literatur nicht verwendet werden dürfen? Falls ja: welche und warum?
7. Ist der Regierungsrat der Ansicht, dass es möglich oder zumindest erstrebenswert sei, beispielsweise einen literarischen Dialog von zwei Nationalsozialisten im zweiten Weltkrieg ohne Wörter zu verfassen, die Duden mit «hat diskriminierende Bedeutung(en)» klassifiziert?
8. Verfolgt der Regierungsrat mit der Kulturförderung gesellschaftspolitische Ziele, die sich steuernd oder einschränkend auf die Kunstfreiheit auswirken? Falls ja, welche sind das? Wie wird gesteuert?
9. Welche Rolle spielt das Geschlecht von Kunstschaffenden bei Fördergesuchen? Werden Werke anonymisiert beurteilt? Also ohne Kenntnisse zur kunstschaffenden Person, so wie das aus anonymisierten Bewerbungsverfahren auf ausgeschriebene Arbeitsstellen bekannt ist? Falls nein warum nicht?
10. Sind andere nichtveränderbare Persönlichkeitsmerkmale von Kunst- und Kulturschaffenden relevant für die Beurteilung ihrer Gesuche? Falls ja, welche?
11. Basierend auf welchen Angaben finden diese Merkmale Relevanz beim Entscheiden? Sind die Persönlichkeitsmerkmale bei Gesuchen durch die Kunstschaffenden zu deklarieren (Selbstdeklaration) oder werden sie angenommen (Zuschreibung)?
12. Welches ist die entscheidende Instanz bei Fördergesuchen. Ist es die Fachjury oder ist Abteilung Kultur? Welche Gründe führen zu einem Entscheid, der sich von der Beurteilung durch die Fachjury unterscheidet?
13. In welchem Ausmass, also in welchem prozentualen Anteil werden Fördergesuche im Bereich Kultur juristisch abgeklärt? In welchen Kultursparten gibt es eine Häufung von juristischen Gutachten zu Gesuchen und warum? Welchen Einfluss haben juristische Gutachten auf den Förderentscheid? Wie hoch waren die Kosten für juristische Gutachten im Jahr 2022?

¹ <https://www.nzz.ch/feuilleton/so-etwas-wie-zensur-alain-claude-sulzer-und-das-z-wort-ld.1742344>

² <https://bajour.ch/a/clj4o4i2w15378832siyy8jcz9gd/podium-zum-fall-sulzer-groegel>

6. Schriftliche Anfrage betreffend «Nach Nein zu den Flüchtlings-Containerdörfern: Öffnet der Regierungsrat endlich die Zivilschutzanlagen oder will er die Quartierbevölkerung weiter belasten?»

23.5371.01

Das erfreuliche Nein der eidgenössischen Räte zu einem Bundeskredit zur Errichtung von Flüchtlings-Containerdörfern ist eine herbe Niederlage für die zuständige SP-Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider. Das Parlament, namentlich der Ständerat mit den Kantonsvertretern, hat dem behördlich tolerierten Asylmissbrauch einen Riegel geschoben. Es kann nicht sein, dass wegen der Unfähigkeit der Behörden, das Asylchaos wirkungsvoll zu bekämpfen, weitere Luxus-Containersiedlungen für Asylbewerber entstehen und so ohne Mitsprache der Bevölkerung Gemeinden und Quartiere noch stärker belastet werden.

Die Bundesbehörden rechnen weiterhin damit, dass die Zahl der Asylsuchenden im Sommer und Herbst explodieren wird. Schon heute geht man von 40'000 Gesuchen im Jahr 2023 aus – so viel wie noch nie und sogar noch mehr wie im Jahr 2015 (39'523 Gesuche), als Europa von einer gigantischen Asylwelle betroffen war.

Zu Recht wurde im Ständerat argumentiert, dass die Container nicht notwendig seien, da für die Unterbringung von Asylbewerbern Zivilschutzanlagen vorgesehen sind. Diese sind geeigneter als Wohncontainer-Dörfer in Quartieren, in welchen die Bevölkerung von den negativen Auswirkungen der Migrationswelle übermässig betroffen wäre – wie die jüngsten Ereignisse rund um den Erlenmatt-Platz im Kleinbasel wieder gezeigt hat.

Nach dem Entscheid der eidgenössischen Räte sind nun die Kantone gefordert. Gemäss der Generalsekretärin der Sozialdirektorenkonferenz müssen Abklärungen getroffen werden, wie viele Plätze in Zivilschutzanlagen zur Verfügung stehen und ob diese Anlagen brauchbar sind.

Diese Situation kommt auch auf den Kanton Basel-Stadt zu, wenn man – was zu hoffen ist – die Bevölkerung nicht mit zusätzlichen Asylunterkünften in Wohnquartieren belasten will. Solange keine griffige Rückführungsoffensive von illegalen Asylbewerbern durch den Bund veranlasst wird, wird auch der Druck auf unseren Kanton weiter zunehmen.

Ich bitte den Regierungsrat daher um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Geht der Regierungsrat davon aus, dass im Laufe des Jahres 2023 auch in Basel-Stadt Zivilschutzanlagen benötigt werden?
2. Falls ja, welche Massnahmen ergreift der Regierungsrat bereits heute, um diese Zivilschutzanlagen bereit zu halten resp. sie brauchbar zu machen?
3. Falls nein, will der Regierungsrat weiterhin die Quartierbevölkerung mit Asylunterkünften – und den entsprechen negativen Auswirkungen in Bezug auf die Wohnqualität und die Sicherheit – belasten?
4. Wie viele Plätze stehen in Basel-Stadt in den Zivilschutzanlagen für Asylsuchende zur Verfügung?
5. Existiert ein Vollkostenvergleich (Platz Zivilschutzanlage vs. Platz Containerdorf)? Falls ja, bitte um detaillierte Angabe / Falls nein, bitte um Begründung, weshalb diese fehlt.
6. Welche weiteren Massnahmen trifft er, damit die Wohnbevölkerung vom anhaltenden und weiterhin stark zunehmenden Flüchtlingschaos nicht noch stärker betroffen sein wird?

Joël Thüring

7. Schriftliche Anfrage betreffend Lavabos an öffentlichen Recyclingstationen

23.5374.01

Das Entsorgen von Recyclingabfällen an den öffentlichen Recyclingstationen gehört zum Alltag der Bevölkerung vom Kanton Basel-Stadt. Die Recyclingstationen werden rege genutzt und leisten einen wichtigen Beitrag zur Schliessung des Rohstoffkreislaufs. Die rege Nutzung und die oft vielseitig verschmutzte Recyclingware führt aber zu sehr schmutzigen Recyclingstationen und demnach oft auch schmutzigen Händen. Oft wird die Aufgabe des Recyclens aufgrund der Distanz der Stationen mit anderen Aufgaben verbunden. Während mit einem Abfalleimer dafür gesorgt ist, dass übrig gebliebene Taschen oder Nicht-Recyclebares entsorgt werden kann, gibt es für die verschmutzten Hände keine Lösung. Mit einem Händewaschbecken umgangssprachlich Lavabos könnte dies leicht behoben werden und das Recyclen würde den Menschen im Kanton noch etwas leichter gemacht.

Die Unterzeichnende bittet den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- ob und wenn ja welche Recyclingstationen in Basel über einen Wasseranschluss verfügen
- wie viele und welche Recyclingstationen einen Brunnen in Laufradius (20m) haben
- ob an alle Recyclingstationen ohne Brunnennähe ein simples Händewaschbecken installiert werden könnte
- was die Kosten dafür wären
- ob, falls kein Wasseranschluss möglich ist, ein Desinfektionsspender angebracht werden könnte.

Jo Vergat

8. Schriftliche Anfrage betreffend gesamtheitliche/s Areal-Organisation/-Management St. Jakobs-Areal

23.5375.01

Das Gebiet St. Jakob entwickelte sich in den letzten Jahrzehnten auf einer Fläche von ca. 95ha zu einer der grössten Sport- und Freizeitanlagen Europas. Die Sport- und Eventanlagen umfassen das Fussballstadion St. Jakob-Park, die St. Jakobshalle, die Eishalle St. Jakob-Arena, die Pferdesportanlage Schänzli, das Gartenbad St. Jakob sowie die Sportanlagen St. Jakob mit unter anderem 19 Fussballfeldern und einem Leichtathletikstadion sowie dem Departement für Sport, Bewegung und Gesundheit der Universität Basel.

Die obengenannten Teile des Areals werden grösstenteils organisatorisch separat, jedoch meist mit einer teilweise oder vollständigen Beteiligung/Einbezug des Kantons Basel-Stadt betrieben. Es stellt sich die Frage, ob mit einem gesamtheitlicheren Ansatz, die Nutzung des Areals für alle Nutzenden attraktiver machen, die Marke St. Jakobs-Areal gestärkt und die Auslastung der Veranstaltungsorte verbessert werden könnte.

Deshalb bittet die Unterzeichnende den Regierungsrat, folgende Fragen zu beantworten:

- ob besonders für den Eventbereich St. Jakobs-Park, St. Jakobshalle und die St. Jakob-Arena eine gemeinsame Planung und Verknüpfung/Zusammenlegung/Bündelung der Ressourcen sinnvoll wäre
 - ob ein Beirat aus den wichtigsten Akteuren gebildet werden sollte
 - ob es bei vergleichbaren Arealen weltweit ähnliche Konzepte und Benchmarks gibt, die es auch für das St. Jakobs-Areal zu prüfen gälte
 - ob das (zusätzliche) Potenzial des St. Jakobs-Areal mit einer Studie vertieft geprüft und eruiert werden kann
- Jo Vergat

9. Schriftliche Anfrage betreffend Massnahmen zu Gunsten Quereinsteiger:innenausbildung zur Lehrperson

23.5376.01

Der Kanton Basel-Landschaft hat im Mai 2023 Massnahmen präsentiert, mit welchen er gegen den Lehrpersonenmangel vorgehen möchte. Viele der Herausforderungen, auf die der Nachbarkanton dabei reagiert, bestehen auch im Kanton Basel-Stadt, der seinerseits aber keine entsprechenden Massnahmen kommuniziert hat. Aus diesen Gründen bittet die Unterzeichnende den Regierungsrat, folgende Fragen zu beantworten.

1. Quereinsteiger:innen müssen mindestens während einem Jahr auf Erwerbsarbeit verzichten. Das ist ein Hauptgrund für die geringe Nachfrage nach dieser Ausbildung. Der Kanton BL prüft nun die Einführung eines Ausbildungslohns. Prüft auch der Kanton BS diese Massnahme? Welche Anpassungen der rechtlichen Vorgaben sind notwendig, um so einen Ausbildungslohn einführen zu können für alle, die diese Ausbildung absolvieren?
2. Strebt auch der Kanton Basel-Stadt eine bessere Entlohnung der Studierenden im weiteren Verlauf der Quereinsteiger:innenausbildung an?
3. Berufseinsteiger: innen und Lehrpersonen in Ausbildung müssen häufig bereits grosse Verantwortung übernehmen. Wie können sie individueller und bedarfsgerechter begleitet werden? Können die Vorgaben für Mentor:innen vereinfacht und deren Entschädigung verbessert werden?
4. Inwiefern unterscheidet sich der Rechtsschutz bei nicht diplomierten Lehrpersonen von demjenigen ihrer offiziell qualifizierten Kolleg:innen (sowohl betreffend die zivil- als auch strafrechtliche Haftpflicht)?
5. Unterstützt der Regierungsrat einen vereinfachten Zugang zu den Pädagogischen Hochschulen für Absolvent:innen der Berufsmatura?
6. Nimmt der Kanton BS ebenfalls an der geplanten interkantonalen Kampagne für den Beruf der Lehrperson teil?
7. Wie überprüft der Kanton Basel-Stadt die Sicherstellung von quantitativen und qualitative Fachkräftebedarfs an den Schulen mittel- und langfristig?

Sasha Mazzotti

10. Schriftliche Anfrage betreffend problematisches Zusatzabkommen V des Regierungsrates mit dem Bürger-rat und der Christoph Merian Stiftung bezüglich der CMS-Fördermittel-Verteilung und -Verwendung

23.5377.01

Christoph Merian hat in seinem Testament von 1857 die Stadtgemeinde als die seiner Frau Margarethe nachgesetzte Universalerbin bestimmt (auch in Hinblick auf die Errichtung einer öffentlich-rechtlichen Stiftung). Mit der im Jahre 1875 in Kraft gesetzten neuen Kantonsverfassung verschwand die Institution der Stadtgemeinde; an ihrer Stelle wurden die Einwohnergemeinde und die Bürgergemeinde eingesetzt. Diese beiden Institutionen haben im Jahre 1876 bezugnehmend auf das Testament von Christoph Merian in einem Grundabkommen («Ausscheidungsvertrag») die Kompetenzen bezüglich der Christoph Merian Stiftung (CMS) festgelegt; dieses Abkommen wurde am 6.6.1876 vom Grossen Rat ratifiziert und darin unter anderem die Verteilung und Verwendung der Erträge des Stiftungsvermögens unter der Bürgergemeinde und der Einwohnergemeinde in dem

Grundabkommen geregelt: a.) Bürgergemeinde: ein Drittel der Erträge: für Armenhäuser, Linderung der Not und des Unglücks; b.) Einwohnergemeinde: zwei Drittel der Erträge: für nützliche und zweckmässige städtische Einrichtungen. – Der Verteilschlüssel und teilweise die Verwendung der Erträge wurden in verschiedenen Zusatzabkommen (I-IV) immer wieder neu geregelt; letztmals Ende 1975.

Ein neues Zusatzabkommen (zum Grundabkommen) haben der Regierungsrat und der Bürgerrat in den letzten Monaten ausgehandelt (neu: Zusatzabkommen V) – erstmals mit einem neuen, dritten Vertragspartner, der CMS: a.) Der Ertragsüberschuss wird hälftig unter der Bürger- und Einwohnergemeinde aufgeteilt, b.) Die CMS erarbeitet Förderprogramme und legt diese der EG und BG zur Genehmigung vor. – Über die inhaltliche Verwendung der Fördermittel gibt es in der Vereinbarung keine Aussage und auch der Stifter Christoph Merian sowie der Stiftungszweck werden im Abkommen V mit keinem Wort erwähnt.

Dieses Zusatzabkommen V wurde vom Regierungsrat am 28.3.2023 genehmigt; auch der Bürgerrat hat am 28.3.2023 dieses Abkommen genehmigt; die CMS hat dem Abkommen schon früher zugestimmt. Das Zusatzabkommen V wurde am 20.6.2023 als «wichtiger Vertrag» noch dem Bürgergemeinderat vorgelegt und trotz kritischer Voten genehmigt. Mit der Unterzeichnung des Zusatz-Abkommens V (mit dem Titel «Vereinbarung über die Genehmigungsanteile») werden die Zusatzabkommen I («Vereinbarung über die Unterstützung der bürgerlichen Armenhäuser») und das Zusatzabkommen IV («Vereinbarung über die Unterstützung der bürgerlichen Fürsorgeinstitutionen») aufgehoben.

Ich bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Weshalb wurde das Zusatzabkommen V nicht dem Grossen Rat unterbreitet? Denn das neue Zusatzabkommen hat drei gewichtige Änderungen zu dem vom Grossen Rat ratifizierten Grundabkommen (Ausscheidungsvertrag): a.) neuer Verteil-schlüssel: EG: 50% statt zwei Drittel, BG: 50% statt eines Drittel. b.) Ganz neues Vertragskonstrukt: Dreiparteien- statt Zweiparteien-Vertrag - mit der CMS als zusätzlicher Vertragspartner c.) Die Mittelverwendung (für soziale oder städtische Zwecke) ist mit keinem Wort im Abkommen erwähnt und so nicht mehr geregelt.
2. Im Dreiparteien-Vertragskonstrukt schliesst der Bürgerrat nicht nur mit dem Regierungsrat, sondern auch mit der CMS einen Vertrag ab; und so schliesst das Stiftungsaufsichtsorgan (=Bürgerrat) einen Vertrag über die Verteilung der Fördermittel mit der zu beaufsichtigenden Stiftung (=CMS) ab. Ein solches Vertragskonstrukt erscheint aus Good Governance-Gründen fraglich. Weshalb hat der Regierungsrat diesem Konstrukt zugestimmt?
3. Die CMS schreibt auf ihrer Homepage, dass «ein Drittel der gesamten Förderung» (ca. CHF 6-8 Mio.) für eigene Institutionen (Merian Gärten, Cartoons Museum, Verlag) mit ihren diversen Förder-Projekten (Projekt Schule und Landwirtschaft, Ausstellungsprojekte, Buchprojekte etc.) eingesetzt wird. Weshalb hat der Regierungsrat nicht dafür gesorgt, dass die Verwendung dieser Projekt-Fördermittel transparent gemacht und auch im Zusatzabkommen V geregelt wird, um so die (für öffentlich-rechtliche Stiftungen wichtige) demokratische Kontrolle dieser Mittel zu gewährleisten?
4. Im Ausscheidungsvertrag und in den Zusatzabkommen I-IV wurde jeweils klar deklariert, für welche Stiftungszwecke (Armutsprojekte, sozialer Zweck etc.; siehe auch: die Bezeichnung der Zusatzvereinbarungen) die Fördermittel eingesetzt werden. Diese Zwecksetzung diente jeweils als Leitlinie für die Förderprogramme. Indem der Stiftungszweck im neuen Abkommen nicht mehr enthalten ist, besteht die Gefahr, dass der Stiftungszweck ausgehöhlt wird. Wie schätzt der Regierungsrat diese Gefahr ein und weshalb sind Stifterwille und die Stiftungszwecke im Abkommen nicht mehr weiterhin explizit abgebildet?
5. Ist der Regierungsrat bereit, aufgrund neuer Erkenntnisse aus den obigen Fragestellungen, die Vereinbarung vor der definitiven Unterzeichnung zu überdenken sowie neu zu verhandeln und dann das Zusatzabkommen dem Grossen Rat zur Ratifizierung vorzulegen? Falls nein, weshalb nicht?
6. Ist der Regierungsrat gewillt zu prüfen, ob das Grundabkommen zwischen Einwohnergemeinde und Bürgergemeinde aus dem Jahre 1876 noch zeitgemäss ist?

Nicola Goepfert

11. Schriftliche Anfrage betreffend Härtefallbewilligungen für Sans-Papiers

23.5378.01

Laut Ausländer- und Integrationsgesetz (AIG) sowie Asylgesetz (AsylG) besteht im Falle eines persönlichen Härtefalls die Möglichkeit, ausländischen Personen eine Aufenthaltsbewilligung zu erteilen.

Im Kanton Basel-Stadt wurde auf den Anzug Leonhard Burckhardt und Konsorten betreffend «Legalisierung von Sans-Papiers nach dem Muster des Kantons Genf» hin ein Merkblatt ausgearbeitet. Mit diesem öffentlichen Merkblatt wird detailliert geregelt, wann jemand die Voraussetzungen für eine Härtefallbewilligung erfüllt. Die Einführung dieses Merkblattes hatte zum Ziel, den betroffenen Personen grösstmögliche Rechtssicherheit zu geben.

Jedes Jahr publiziert das Staatssekretariat für Migration SEM die Zahlen zu den Härtefallbewilligungen. Gesetzlich werden drei Zugänge zu einer Härtefallbewilligung festgehalten: Über den Art. 84 Abs. 5 AIG können vorläufig Aufgenommene ein Gesuch stellen. Art. 30 Abs.1 Bst. B AIG ermöglicht es eine Aufenthaltsbewilligung an Personen zu erteilen, die sich ohne Aufenthaltsstatus in der Schweiz aufhalten. Und schliesslich Art. 14 Abs. 2 AsylG bestimmt, dass asylsuchende Personen auf Antrag des Kantons eine Aufenthaltsbewilligung erhalten können.

Die vom SEM dargelegten und ausgewiesenen Zahlen vermitteln jedoch kein vollständiges Bild. Es listet nur diejenigen Gesuche auf, die von den Kantonen überhaupt an das SEM überwiesen wurden.

Ich bitte die Regierung um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele sogenannte Sans-Papiers leben gemäss aktuellen Schätzungen im Kanton Basel-Stadt?
2. Wie lange leben Sans-Papiers im Schnitt bereits in Basel-Stadt?
3. Wie hoch ist die Erwerbsquote bei Sans-Papiers in Basel-Stadt und in welchen Branchen arbeiten sie hauptsächlich?
4. Wie viele von den in Basel-Stadt lebenden Sans-Papiers haben keinen geregelten Aufenthaltsstatus aufgrund eines negativen Asylentscheides?
5. Wie wird das ausgearbeitete «Merkblatt über Gesuche um Härtefallregelung» in der Praxis angewendet? Bitte berichten Sie ausführlich anhand eines möglichen Fallbeispiels.
6. Wie hat sich die Anzahl eingereicherter Härtefälle seit der Einführung des Merkblattes verändert? Wie erklärt man sich die entsprechende Veränderung, falls eine vorliegt?
7. Wie viele Härtefallgesuche wurden, aufgeschlüsselt nach Jahr und den drei im Text genannten gesetzlichen Zugangsmöglichkeiten, in den letzten 5 Jahren im Kanton Basel-Stadt gestellt?
8. Wie viele Härtefallgesuche wurden erst nach der Prüfung durch die Härtefallkommission dem Staatssekretariat für Migration vorgelegt, wieder aufgeschlüsselt nach Jahr und den drei im Text genannten Zugängen?
9. Wie viele dieser Gesuche wurden, wieder aufgeschlüsselt nach Jahr und den drei im Text genannten Zugängen, in den letzten 5 Jahren nicht an das SEM weitergeleitet?
10. Welche Kriterien des Merkblattes führten in wie vielen Fällen dazu, dass ein Gesuch nicht an das SEM weitergeleitet wurde?
11. Welche Möglichkeiten haben die betroffenen Personen, gegen das Nicht-Weiterleiten eines Gesuches an das SEM vorzugehen?
12. Werden betroffene Personen vom Kanton aktiv auf die Möglichkeit eines Härtefallgesuches hingewiesen? Wenn ja, in welcher Form? Wenn nein, warum nicht?

Nicola Goepfert